



Nr. 9	Braunlage, 10. Juli	Jahrgang 2023
-------	---------------------	---------------

Lfd. Nr.	INHALT	Seite
9	Jahresabschluss der Stadt Braunlage für das Haushaltsjahr 2014	28

Stadt Braunlage

Sommerfreizeit und Wintersport 600 - 1000 m ü. NN.



Luftkurort
Bergstadt St. Andreasberg

Erholungsort
Hohegeiß

Der Bürgermeister

Stadt Braunlage, Postfach 1140, 38691 Braunlage

Hausanschrift:
Herzog-Johann-Albrecht-Straße 2
38700 Braunlage

Amt: Kämmerei
Frau Hennig
Durchwahl: 940-126 Zimmer-Nummer: 8
Email: annegret.hennig@stadt-braunlage.de

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom

Meine Zeichen/
Meine Nachricht vom

Datum 7. Juli 2023

Öffentliche Bekanntmachung

Jahresabschluss der Stadt Braunlage für das Haushaltsjahr 2014

Der Rat der Stadt Braunlage hat in seiner Sitzung am 22. Juni 2023 aufgrund des § 129 Abs. 1 S. 3 i.V.m. § 58 Abs. 1 Nr. 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) den Jahresabschluss der Stadt Braunlage für das Haushaltsjahr 2014 beschlossen.

Gleichzeitig wurde dem Bürgermeister die Entlastung erteilt.

Der Beschluss über den Jahresabschluss und die Entlastung sowie die öffentliche Auslegung des um die Stellungnahme des Bürgermeisters ergänzten Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Goslar werden gemäß § 129 Abs. 2 und § 156 Abs. 4 des NKomVG bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss 2014 sowie der Schlussbericht des Landkreises Goslar einschließlich der Stellungnahme des Bürgermeisters liegen in der Zeit

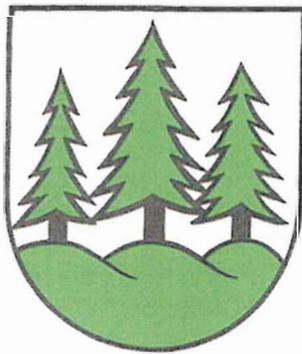
vom 12. Juli 2023 bis einschließlich 20. Juli 2023

zur Einsichtnahme während der Dienststunden im Rathaus der Stadt Braunlage, Zimmer Nr. 6, Herzog-Johann-Albrecht-Str. 2, 37800 Braunlage, öffentlich aus.

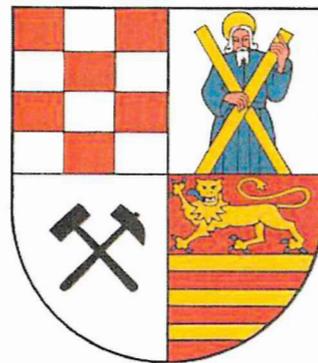
Außerdem besteht die Möglichkeit, im Internet unter der Adresse: www.stadt-braunlage.de Rubrik Bürgerservice, Bekanntmachungen, die Unterlagen einzusehen.

(Langer)

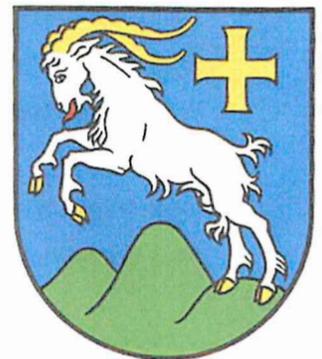
Stadt Braunlage



Braunlage



St. Andreasberg



Hohegeiß

Jahresabschluss 2014

Gem. § 128 NKomVG



Inhalt

1. Vorbemerkungen.....	1
1.1. Rechtliche Grundlagen	1
1.2. Bestandteile des Jahresabschlusses.....	1
1.3. Vollständigkeitserklärung.....	2
2. Ergebnisrechnung.....	3
2.1. Teilergebnisrechnung (Teilhaushalt 10)- Hauptamt.....	4
2.2. Teilergebnisrechnung (Teilhaushalt 20)- Kämmerei.....	5
2.3. Teilergebnisrechnung (Teilhaushalt 32)- Ordnungsamt.....	6
2.4. Teilergebnisrechnung (Teilhaushalt 60)- Bauamt.....	7
3. Finanzrechnung.....	8
3.1. Teilfinanzrechnung (Teilhaushalt 10)- Hauptamt	10
3.2. Teilfinanzrechnung (Teilhaushalt 20)- Kämmerei	11
3.3. Teilfinanzrechnung (Teilhaushalt 32)- Ordnungsamt	12
3.4. Teilfinanzrechnung (Teilhaushalt 60)- Bauamt.....	13
4. Schlussbilanz zum 31.12.2014	15
4.1. Aktiva	15
4.2. Passiva	16
4.3. Vermerke unter der Bilanz	17

1. Vorbemerkungen

1.1. Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 128 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) hat die Kommune für jedes Haushaltsjahr einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich aufzustellen. Im Jahresabschluss sind sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune darzustellen.

1.2. Bestandteile des Jahresabschlusses

Bestandteile des Jahresabschlusses sind gemäß § 128 Abs. 2 NKomVG:

- Ergebnisrechnung (§ 50 GemHKVO)
- Finanzrechnung (§ 51 GemHKVO)
- Bilanz (§ 54 GemHKVO)
- Anhang (§ 55 GemHKVO)

In den Anhang des Jahresabschlusses werden diejenigen Angaben aufgenommen, die zu den einzelnen Posten der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Bilanz zum Verständnis sachverständiger Dritter notwendig oder vorgeschrieben sind. Dabei werden die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen erläutert.

Dem Anhang sind gemäß § 128 Abs. 2 Ziffer 4 und Abs. 3 NKomVG beizufügen:

- ein Rechenschaftsbericht (§ 57 GemHKVO)
- eine Anlagenübersicht (§ 56 Abs. 1 GemHKVO)
- eine Schuldenübersicht (§ 56 Abs. 3 GemHKVO)
- eine Rückstellungsübersicht
- eine Forderungsübersicht (§ 56 Abs. 2 GemHKVO) und
- eine Übersicht über die in das Folgejahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen.

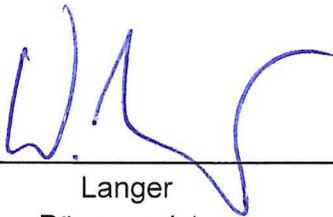
1.3. Vollständigkeitserklärung

Gemäß § 129 Absatz 1 Satz 2 NKomVG stellt der Hauptverwaltungsbeamte die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses fest und legt ihn der Vertretung unverzüglich mit dem Schlussbericht der Rechnungsprüfung und mit einer eigenen Stellungnahme zu diesem Bericht vor.

Es wird bestätigt, dass

- alle Finanzvorfälle richtig und vollständig ausgewiesen sind und die Führung der Geschäfte sowie die Aufstellung des Jahresabschlusses nach bestem Wissen und Gewissen erfolgten,
- alle im Jahresabschluss zu bilanzierenden Vermögensgegenstände, Sonderposten, Rückstellungen, Forderungen und Verbindlichkeiten und die Rechnungsabgrenzungen enthalten sind und darüber hinaus alle Aufwendungen, Erträge, Auszahlungen und Einzahlungen im Jahresabschluss erfasst worden sind und
- der Anhang und der Rechenschaftsbericht sämtliche für eine umfassende Beurteilung der Vermögens- und Finanzlage der Stadt Braunlage erforderlichen Angaben enthalten und diese den gesetzlich vorgeschriebenen Regelungen entsprechen.

Braunlage, den 15.08.2022



Langer
Bürgermeister

2. Ergebnisrechnung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	Plan-Ist-Vergleich mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5
Ordentliche Erträge				
01. Steuern und ähnliche Abgaben	5.205.157,90	5.515.478,29	5.188.200,00	327.278,29
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.871.327,78	1.848.621,01	1.787.100,00	61.521,01
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	435.655,43	471.112,61	346.200,00	124.912,61
04. sonstige Transfererträge	79.131,07	0,00	0,00	0,00
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	5.021.595,16	4.913.652,03	5.105.300,00	-191.647,97
06. privatrechtliche Entgelte	207.591,86	257.193,67	159.600,00	97.593,67
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	418.474,18	168.575,87	182.600,00	-14.024,13
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	400.785,22	34.914,81	43.000,00	-8.085,19
09. aktivierte Eigenleistung	0,00	0,00	0,00	0,00
10. Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
11. sonstige ordentliche Erträge	1.239.486,88	900.648,06	584.000,00	316.648,06
12.= Summe ordentliche Erträge	15.879.205,48	14.110.196,35	13.396.000,00	714.196,35
Ordentliche Aufwendungen				
13. Aufwendungen für aktives Personal	3.098.694,13	2.910.695,03	2.999.800,00	-89.104,97
14. Aufwendungen für Versorgung	42.275,85	8.672,78	33.600,00	-24.927,22
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.310.858,72	2.925.532,88	2.912.000,00	13.532,88
16. Abschreibungen	720.835,98	922.460,92	635.600,00	286.860,92
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	488.175,39	145.460,18	195.000,00	-49.539,82
18. Transferaufwendungen	7.623.581,39	7.511.308,18	7.646.600,00	-135.291,82
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	470.969,54	416.192,21	412.700,00	3.492,21
20.= Summe ordentliche Aufwendungen	15.755.391,00	14.840.322,18	14.835.300,00	5.022,18
21. ordentliches Ergebnis	123.814,48	-730.125,83	-1.439.300,00	709.174,17
22. außerordentliche Erträge	6.351.332,33	318.755,40	3.800,00	314.955,40
23. außerordentliche Aufwendungen	17.799,25	402.672,11	0,00	402.672,11
24. außerordentliches Ergebnis	6.333.533,08	-83.916,71	3.800,00	-87.716,71
Jahresergebnis	6.457.347,56	-814.042,54	-1.435.500,00	621.457,46

2.1. Teilergebnisrechnung (Teilhaushalt 10)- Hauptamt

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	Plan-Ist-Vergleich mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5
Ordentliche Erträge				
01. Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
02. Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	229.130,90	264.118,13	229.100,00	35.018,13
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	20.139,24	20.159,24	16.900,00	3.259,24
04. sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	242.875,83	223.830,07	238.800,00	-14.969,93
06. privatrechtliche Entgelte	63.395,32	62.047,37	51.600,00	10.447,37
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	58.897,41	46.670,44	85.500,00	-38.829,56
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	9.740,51	4.996,79	4.600,00	396,79
09. aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
10. Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
11. sonstige ordentliche Erträge	277.946,02	388.880,09	175.100,00	213.780,09
12. = Summe ordentliche Erträge	902.125,23	1.010.702,13	801.600,00	209.102,13
Ordentliche Aufwendungen				
13. Aufwendungen für aktives Personal	1.806.862,52	1.674.758,90	1.690.800,00	-16.041,10
14. Aufwendungen für Versorgung	42.275,85	8.672,78	33.600,00	-24.927,22
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	721.036,07	658.633,82	734.700,00	-76.066,18
16. Abschreibungen	78.066,46	88.419,63	80.300,00	8.119,63
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18. Transferaufwendungen	161.160,75	184.104,98	186.800,00	-2.695,02
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	135.513,35	147.421,35	143.600,00	3.821,35
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	2.944.915,00	2.762.011,46	2.869.800,00	-107.788,54
21. ordentliches Ergebnis	-2.042.789,77	-1.751.309,33	-2.068.200,00	316.890,67
22. außerordentliche Erträge	50.044,65	0,00	0,00	0,00
23. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
24. außerordentliches Ergebnis	50.044,65	0,00	0,00	0,00
25. Jahresergebnis	-1.992.745,12	-1.751.309,33	-2.068.200,00	316.890,67
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	3.000,00	-3.000,00
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	3.000,00	-3.000,00
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	-1.992.745,12	-1.751.309,33	-2.065.200,00	313.890,67

2.2. Teilergebnisrechnung (Teilhaushalt 20)- Kämmerei

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	Plan-Ist-Vergleich mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5
Ordentliche Erträge				
01. Steuern und ähnliche Abgaben	5.205.157,90	5.515.478,29	5.188.200,00	327.278,29
02. Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	2.636.278,00	1.576.584,00	1.552.000,00	24.584,00
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	140.494,08	141.710,61	110.300,00	-31.410,61
04. sonstige Transfererträge	79.131,07	0,00	0,00	0,00
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	4.559.334,59	4.464.243,26	4.670.000,00	-205.756,74
06. privatrechtliche Entgelte	89.751,61	160.685,27	68.700,00	91.985,27
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	323.795,15	93.158,26	88.000,00	5.158,26
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	391.044,71	29.918,02	38.400,00	8.481,98
09. aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
10. Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
11. sonstige ordentliche Erträge	459.293,01	488.783,50	391.900,00	96.883,50
12. = Summe ordentliche Erträge	13.884.280,12	12.470.561,21	12.107.500,00	363.061,21
Ordentliche Aufwendungen				
13. Aufwendungen für aktives Personal	762.498,84	723.798,93	766.400,00	-42.601,07
14. Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	464.421,63	484.837,82	384.300,00	100.537,82
16. Abschreibungen	33.139,10	143.060,10	6.800,00	136.260,10
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	488.175,39	145.460,18	195.000,00	-49.539,82
18. Transferaufwendungen	7.395.899,23	7.289.882,83	7.425.700,00	-135.817,17
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	90.985,21	97.998,67	88.600,00	9.398,67
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	9.235.119,40	8.885.038,53	8.866.800,00	18.238,53
21. ordentliches Ergebnis	4.649.160,72	3.585.522,68	3.240.700,00	344.822,68
22. außerordentliche Erträge	6.091.302,40	4.125,60	3.800,00	325,60
23. außerordentliche Aufwendungen	1,00	0,00	0,00	0,00
24. außerordentliches Ergebnis	6.091.301,40	4.125,60	3.800,00	325,60
25. Jahresergebnis	10.740.462,12	3.589.648,28	3.244.500,00	345.148,28
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	115.700,91	59.851,41	92.000,00	-32.148,59
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	115.700,91	59.851,41	92.000,00	-32.148,59
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	10.856.163,03	3.649.499,69	3.336.500,00	312.999,69

2.3. Teilergebnisrechnung (Teilhaushalt 32)- Ordnungsamt

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	Plan-Ist-Vergleich mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5
Ordentliche Erträge				
01. Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
02. Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	5.918,88	7.918,88	6.000,00	1.918,88
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	82.783,40	129.690,17	41.700,00	87.990,17
04. sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	210.403,05	217.066,78	189.000,00	28.066,78
06. privatrechtliche Entgelte	24.938,04	17.355,81	20.900,00	-3.544,19
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16.555,79	20.497,44	1.600,00	18.897,44
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
09. aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
10. Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
11. sonstige ordentliche Erträge	29.721,61	22.984,47	17.000,00	5.984,47
12. = Summe ordentliche Erträge	370.320,77	415.513,55	276.200,00	139.313,55
Ordentliche Aufwendungen				
13. Aufwendungen für aktives Personal	353.385,29	371.816,02	361.200,00	10.616,02
14. Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	343.299,09	252.473,10	356.700,00	-104.226,90
16. Abschreibungen	201.537,01	293.899,90	150.200,00	143.699,90
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18. Transferaufwendungen	44.407,53	12.435,61	10.200,00	2.235,61
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	65.977,14	55.715,59	60.300,00	4.584,41
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	1.008.606,06	986.340,22	938.600,00	47.470,22
21. ordentliches Ergebnis	-638.285,29	-570.826,67	-662.400,00	91.573,33
22. außerordentliche Erträge	12.843,65	0,00	0,00	0,00
23. außerordentliche Aufwendungen	9,00	8,00	0,00	8,00
24. außerordentliches Ergebnis	12.834,65	-8,00	0,00	-8,00
25. Jahresergebnis	-625.450,64	-570.834,67	-662.400,00	91.565,33
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	3.000,00	-3.000,00
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	-3.000,00	3.000,00
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	-625.450,64	-570.834,67	-665.400,00	94.565,33

2.4. Teilergebnisrechnung (Teilhaushalt 60)- Bauamt

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	Plan-Ist-Vergleich mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5
Ordentliche Erträge				
01. Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
02. Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
03. Auflösungserträge aus Sonderposten	192.238,71	179.552,59	177.300,00	2.252,59
04. sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
05. öffentlich-rechtliche Entgelte	8.981,69	8.511,92	7.500,00	1.011,92
06. privatrechtliche Entgelte	29.506,89	17.105,22	18.400,00	-1.294,78
07. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	19.225,83	8.249,73	7.500,00	749,73
08. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
09. aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
10. Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
11. sonstige ordentliche Erträge	472.526,24	0,00	0,00	0,00
12. = Summe ordentliche Erträge	722.479,36	213.419,46	210.700,00	2.719,46
Ordentliche Aufwendungen				
13. Aufwendungen für aktives Personal	175.947,48	140.321,18	181.400,00	-41.078,82
14. Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.782.101,93	1.529.588,14	1.436.300,00	93.288,14
16. Abschreibungen	408.093,41	397.081,29	398.300,00	-1.218,71
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18. Transferaufwendungen	22.113,88	24.884,76	23.900,00	984,76
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	178.493,84	115.056,60	120.200,00	-5.143,40
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	2.566.750,54	2.206.931,97	2.160.100,00	46.831,97
21. ordentliches Ergebnis	-1.844.271,18	-1.993.512,51	-1.949.400,00	-44.112,51
22. außerordentliche Erträge	197.141,63	314.629,80	0,00	314.629,80
23. außerordentliche Aufwendungen	17.789,25	402.664,11	0,00	402.664,11
24. außerordentliches Ergebnis	179.352,38	-88.034,31	0,00	-88.034,31
25. Jahresergebnis	-1.664.918,80	-2.081.546,82	-1.949.400,00	-132.146,82
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	115.700,91	59.851,41	92.000,00	-32.148,59
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-115.700,91	-59.851,41	-92.000,00	32.148,59
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	-1.780.619,71	-2.141.398,23	-2.041.400,00	-99.998,23

3. Finanzrechnung

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	Plan-Ist-Vergleich mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
01. Steuern und ähnliche Abgaben	5.230.788,51	5.402.356,26	5.188.200,00	214.156,26
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.885.374,08	1.829.198,77	1.787.100,00	42.098,77
03. sonstige Transfereinzahlungen	6.212.381,07	0,00	0,00	0,00
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	4.836.177,00	4.915.236,25	5.105.300,00	-190.063,75
05. privatrechtliche Entgelte	207.311,08	318.263,21	159.600,00	158.663,21
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	404.634,87	289.831,39	182.600,00	107.231,39
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	388.499,31	26.633,46	38.400,00	-11.766,54
08. Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00
09. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	627.864,46	686.205,16	396.600,00	289.605,16
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	20.793.030,38	13.467.724,50	12.857.800,00	609.924,50
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
11. Auszahlungen für aktives Personal	2.871.851,85	2.869.330,47	2.913.900,00	-44.569,53
12. Auszahlungen für Versorgung	36.050,85	-4.896,60	33.600,00	-38.496,60
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für GVG	3.074.824,99	3.036.372,03	2.909.200,00	127.172,03
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	492.209,81	140.730,15	195.000,00	-54.269,85
15. Transferauszahlungen	7.510.204,34	7.783.780,89	7.649.400,00	134.380,89
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	686.207,77	602.108,65	412.700,00	189.408,65
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.671.349,61	14.427.425,59	14.113.800,00	313.625,59
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.121.680,77	-959.701,09	-1.256.000,00	296.298,91
Einzahlungen für Investitionstätigkeit				
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.139.053,83	350.650,57	597.500,00	-246.849,43
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	9.634,50	28.228,10	7.000,00	21.228,10
21. Veräußerung von Sachvermögen	144.708,00	6.030,00	4.400,00	1.630,00
22. Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
23. sonstige Investitionstätigkeit	415.177,29	95.389,20	2.900,00	92.489,20
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	1.708.573,62	480.297,87	611.800,00	-131.502,13
Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	1.472,64	7.000,00	-5.527,36
26. Baumaßnahmen	1.492.069,15	935.125,28	985.700,00	-50.574,72
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	169.437,62	462.977,13	597.200,00	-134.222,87
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	885.053,43	22.890,73	13.400,00	9.490,73
29. Aktivierbare Zuwendungen	2.157,30	53.814,70	61.400,00	-7.585,30
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00

31. = Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.548.717,50	1.476.280,48	1.664.700,00	-188.419,52
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	-840.143,88	-995.982,61	-1.052.900,00	56.917,39
33. Finanzmittel-Überschuss/Fehlbetrag	5.281.536,89	-1.955.683,70	-2.308.900,00	353.216,30
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	1.865.000,00	470.000,00	1.052.900,00	-582.900,00
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	647.725,08	208.643,52	241.000,00	-32.356,48
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Zeile 34 und 35)	1.217.274,92	261.356,48	811.900,00	-550.543,52
37. Finanzmittelbestand (Saldo aus Zeile 33 und 36)	6.498.811,81	-1.694.327,22	-1.497.000,00	-197.327,22
38. haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	14.019.930,29	13.874.226,55	0,00	13.874.226,55
39. haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	8.772.157,60	13.694.076,79	0,00	13.694.076,79
40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (Zeile 38 und Zeile 39)	5.247.772,69	180.149,76	0,00	180.149,76
41. +/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres	-11.980.470,16	-233.885,66	-233.886,00	0,34
42. = Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende d. Jahres) (Summe a. Zeilen, 40a, 41)	-233.885,66	-1.748.063,12	-1.730.886,00	-17.177,12

3.1. Teilfinanzrechnung (Teilhaushalt 10)- Hauptamt

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	Plan-Ist-Vergleich mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
01. Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	231.326,64	247.082,08	229.100,00	17.982,08
03. sonstige Transfereinzahlungen	50.000,00	0,00	0,00	0,00
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	238.554,43	229.011,14	238.800,00	-9.788,86
05. privatrechtliche Entgelte	61.878,30	61.204,05	51.600,00	9.604,05
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	109.365,96	83.482,84	85.500,00	-2.017,16
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG	0,00	0,00	0,00	0,00
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	4.888,26	10.295,76	4.600,00	5.695,76
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	696.013,59	631.075,87	609.600,00	21.475,87
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
11. Auszahlungen für aktives Personal	1.579.614,99	1.642.932,16	1.604.900,00	38.032,16
12. Auszahlungen für Versorgung	36.050,85	-4.896,60	33.600,00	-38.496,60
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	646.882,50	709.335,02	731.900,00	-22.544,98
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15. Transferauszahlungen	124.349,37	344.812,21	189.600,00	155.212,21
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	133.009,44	149.247,70	143.600,00	5.647,70
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.519.907,15	2.841.450,49	2.703.600,00	137.850,49
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.823.893,56	-2.210.374,62	-2.094.000,00	-116.374,62
Einzahlungen für Investitionstätigkeit				
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	100,00	0,00	100,00
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
21. Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
23. sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0,00	100,00	0,00	100,00
Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
26. Baumaßnahmen	10.567,92	28.720,70	13.000,00	15.720,70
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	46.501,29	38.483,93	49.400,00	-10.916,07
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	20.053,43	22.890,73	13.400,00	9.490,73
29. Aktivierbare Zuwendungen	2.157,30	2.279,70	2.400,00	-120,30
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	79.279,94	92.375,06	78.200,00	14.175,06
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	-79.279,94	-92.275,06	-78.200,00	-14.075,06

33. Finanzierungsmittel-Überschuss/Fehlbetrag	-1.903.173,50	-2.302.649,68	-2.172.200,00	-130.449,68
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
37. Finanzmittelveränderung				

3.2. Teilfinanzrechnung (Teilhaushalt 20)- Kämmerei

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	Plan-Ist-Vergleich mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
01. Steuern und ähnliche Abgaben	5.230.788,51	5.402.356,26	5.188.200,00	214.156,26
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.633.528,00	1.576.584,00	1.552.000,00	24.584,00
03. sonstige Transfereinzahlungen	6.162.381,07	0,00	0,00	0,00
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	4.396.838,83	4.447.997,56	4.670.000,00	-222.002,44
05. privatrechtliche Entgelte	89.764,06	219.027,96	68.700,00	150.327,96
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	264.568,02	178.439,83	88.000,00	90.439,83
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	388.499,31	26.633,46	38.400,00	-11.766,54
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG	0,00	0,00	0,00	0,00
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	603.340,25	653.798,48	375.000,00	278.798,48
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	19.769.708,05	12.504.837,55	11.980.300,00	524.537,55
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
11. Auszahlungen für aktives Personal	759.695,20	721.873,73	766.400,00	-44.526,27
12. Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	522.934,63	390.247,79	384.300,00	5.947,79
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	492.209,81	140.730,15	195.000,00	-54.269,85
15. Transferauszahlungen	7.354.068,56	7.370.744,06	7.425.700,00	-54.955,94
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	311.991,17	310.825,70	88.600,00	222.225,70
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	9.440.899,37	8.934.421,43	8.860.000,00	74.421,43
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.328.808,68	3.570.416,12	3.120.300,00	450.116,12
Einzahlungen für Investitionstätigkeit				
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	205,81	0,00	205,81
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
21. Veräußerung von Sachvermögen	135.436,00	6.030,00	4.400,00	1.630,00
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
23. sonstige Investitionstätigkeit	415.177,29	95.389,20	2.900,00	92.489,20
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	550.613,29	101.625,01	7.300,00	94.325,01

Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
26. Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.088,42	205,81	1.000,00	-794,19
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	865.000,00	0,00	0,00	0,00
29. Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	866.088,42	205,81	1.000,00	-794,19
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	-315.475,13	101.419,20	6.300,00	95.119,20
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/Fehlbetrag	10.013.333,55	3.671.835,32	3.126.600,00	545.235,32
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	1.865.000,00	470.000,00	1.052.900,00	-582.900,00
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	647.725,08	208.643,52	241.000,00	-32.356,48
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.217.274,92	261.356,48	811.900,00	-550.543,52
37. Finanzmittelveränderung	11.230.608,47	3.933.191,80	3.938.500,00	-5.308,20

3.3. Teilfinanzrechnung (Teilhaushalt 32) - Ordnungsamt

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	Plan-Ist-Vergleich mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
01. Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	20.519,44	5.532,69	6.000,00	-467,31
03. sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	192.553,43	229.748,10	189.000,00	40.748,10
05. privatrechtliche Entgelte	25.087,84	17.950,93	20.900,00	-2.949,07
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	11.835,73	20.223,87	1.600,00	18.623,87
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG	0,00	0,00	0,00	0,00
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	19.635,95	22.110,92	17.000,00	5.110,92
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	269.632,39	295.566,51	234.500,00	61.066,51
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
11. Auszahlungen für aktives Personal	354.644,86	373.418,19	361.200,00	12.218,19
12. Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	294.134,40	315.059,61	356.700,00	-41.640,39
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15. Transferauszahlungen	9.672,53	47.335,61	10.200,00	37.135,61
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	55.291,49	59.568,37	60.300,00	731,63
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	713.743,28	795.381,78	788.400,00	6.981,78

18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-444.110,89	-499.815,27	-553.900,00	54.084,73
Einzahlungen für Investitionstätigkeit				
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	42.024,66	56.548,12	46.000,00	10.548,12
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
21. Veräußerung von Sachvermögen	5.060,00	0,00	0,00	0,00
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
23. sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	47.084,66	56.548,12	46.000,00	10.548,12
Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
26. Baumaßnahmen	59.789,22	215.210,39	200.000,00	15.210,39
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	118.925,14	385.176,82	519.300,00	-134.123,18
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
29. Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	178.714,36	600.387,21	719.300,00	-118.912,79
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	-131.629,70	-543.839,09	-673.300,00	129.460,91
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/Fehlbetrag	-575.740,59	-1.043.654,36	-1.227.200,00	183.545,64
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00		0,00	0,00
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00		0,00	0,00
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0,00		0,00	0,00
37. Finanzmittelveränderung				

3.4. Teilfinanzrechnung (Teilhaushalt 60)- Bauamt

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	Plan-Ist-Vergleich mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
01. Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
03. sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	8.230,31	8.479,45	7.500,00	979,45
05. privatrechtliche Entgelte	30.580,88	20.080,27	18.400,00	1.680,27
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	18.865,16	7.684,85	7.500,00	184,85
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08. Einzahl. aus der Veräußerung GWG	0,00	0,00	0,00	0,00
09. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
10. = Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	57.676,35	36.244,57	33.400,00	2.844,57

Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
11. Auszahlungen für aktives Personal	177.896,80	131.106,39	181.400,00	-50.293,61
12. Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. GWG	1.610.873,46	1.621.709,61	1.436.300,00	185.409,61
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15. Transferauszahlungen	22.113,88	20.889,01	23.900,00	-3.010,99
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	185.915,67	82.466,88	120.200,00	-37.733,12
17. = Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.996.799,81	1.856.171,89	1.761.800,00	94.371,89
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.939.123,46	-1.819.927,32	-1.728.400,00	-91.527,32
Einzahlungen für Investitionstätigkeit				
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.097.029,17	293.796,64	551.500,00	-257.703,36
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	9.634,50	28.228,10	7.000,00	21.228,10
21. Veräußerung von Sachvermögen	4.212,00	0,00	0,00	0,00
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
23. sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	1.110.875,67	322.024,74	558.500,00	-236.475,26
Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
25. Erwerb von Grundstücken. u. Gebäuden	0,00	1.472,64	7.000,00	-5.527,36
26. Baumaßnahmen	1.421.712,01	691.194,19	772.700,00	-81.505,81
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.922,77	39.110,57	27.500,00	11.610,57
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
29. Aktivierbare Zuwendungen	0,00	51.535,00	59.000,00	-7.465,00
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	1.424.634,78	783.312,40	866.200,00	-82.887,60
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	-313.759,11	-461.287,66	-307.700,00	-153.587,66
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/Fehlbetrag	-2.252.882,57	-2.281.214,98	-2.036.100,00	-245.114,98
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
37. Finanzmittelveränderung				

4. Schlussbilanz zum 31.12.2014

4.1. Aktiva

Bezeichnung	Stand zum 31.12.2013 Euro	Stand zum 31.12.2014 Euro
1. Immaterielles Vermögen	20.772,33	83.651,93
1.1 Konzessionen	0,00	0,00
1.2 Lizenzen	16.527,86	26.070,28
1.3 Ähnliche Rechte	0,00	0,00
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	4.244,47	57.581,65
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00
1.6 Sonstiges Immaterielles Vermögen	0,00	0,00
2. Sachvermögen	19.057.520,07	18.723.983,98
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	2.890.286,14	2.884.088,28
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	4.151.440,87	4.170.590,89
2.3 Infrastrukturvermögen	10.054.605,16	9.391.425,40
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	93.160,33	75.995,32
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	20.857,00	20.857,00
2.6 Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge	886.328,53	1.125.056,20
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	754.319,75	779.931,13
2.8 Vorräte	1,00	40.637,45
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	206.521,29	235.402,31
3. Finanzvermögen	20.033.768,66	12.981.748,65
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	4.981.884,06	4.981.884,06
3.2 Beteiligungen	97.503,24	97.503,24
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	5.534.598,83	5.534.598,83
3.4 Ausleihungen	7.674.225,68	7.626,57
3.5 Wertpapiere	0,00	0,00
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	740.733,90	809.109,54
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	253.848,51	15.501,36
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	547.565,73	1.323.516,37
3.9 Sonstige Vermögensgegenstände	203.408,71	212.008,68
4. Liquide Mittel	103.032,47	49.998,55
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	125.542,55	115.794,73
Bilanzsumme	39.340.636,08	31.955.177,84

4.2. Passiva

Bezeichnung	Stand zum 31.12.2013 Euro	Stand zum 31.12.2014 Euro
1. Nettoposition	13.659.333,04	12.252.842,26
1.1 Basis-Reinvermögen	262.174,73	6.769.187,95
1.1.1 Reinvermögen	10.709.647,66	10.759.313,32
1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss	-10.447.472,93	-3.990.125,37
1.2 Rücklagen	0,00	0,00
1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
1.2.5 Sonstige Rücklagen	0,00	0,00
1.3 Jahresergebnis	6.457.347,56	-814.042,54
1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00
1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen (2013:84.244,54 €), (2014:119.151,59 €)	6.457.347,56	-814.042,54
1.4 Sonderposten	6.939.810,75	6.297.696,85
1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	6.656.695,01	5.997.816,63
1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	276.603,18	288.314,31
1.4.3 Gebührenaussgleich	0,00	0,00
1.4.4 Bewertungsausgleich	0,00	0,00
1.4.5 erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	365,59	5.702,99
1.4.6 Sonstige Sonderposten	6.146,97	5.862,92
2. Schulden	16.166.289,54	10.671.647,66
2.1 Geldschulden	14.967.605,13	10.040.489,88
2.1.1 Anleihen	0,00	0,00
2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	10.630.687,00	3.242.428,21
2.1.3 Liquiditätskredite	4.336.918,13	6.798.061,67
2.1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00
2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	564.498,84	166.273,27
2.4 Transferverbindlichkeiten	274.173,48	224.805,20
2.4.1 Finanzausgleichverbindlichkeiten	0,00	0,00
2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke	269.595,54	224.805,20
2.4.3 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	0,00	0,00
2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	0,00	0,00
2.4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00
2.4.6 Steuerverbindlichkeiten	0,00	0,00
2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten	4.577,94	0,00
2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	360.012,09	240.079,31
2.5.1 Durchlaufende Posten	0,00	0,00
2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer	0,00	0,00
2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	0,00	0,00
2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	0,00	0,00
2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer	0,00	0,00
2.5.3 Empfangene Anzahlungen	0,00	0,00
2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten	360.012,09	240.079,31
3. Rückstellungen	9.362.160,07	8.821.253,31
3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	8.421.712,11	8.098.288,58
3.2 Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	269.831,57	238.346,87
3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	539.657,58	389.190,42
3.4 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00
3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
3.6 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00
3.7 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anh.	4.758,81	4.758,81
3.8 Andere Rückstellungen	126.200,00	90.668,63
4. Passive Rechnungsabgrenzung	152.853,43	209.434,61
Bilanzsumme	39.340.636,08	31.955.177,84

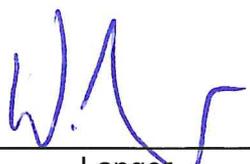
4.3. Vermerke unter der Bilanz

Unter der Bilanz werden gemäß § 54 Abs. 5 GemHKVO Vorbelastungen künftiger Jahre ausgewiesen, dies sind insbesondere:

Haushaltsreste	4.545.013,97 €
Bürgschaften	i. H. v. 30.875,51 € für das Hallenbad Braunlage, Darlehensaufnahme bei der Volksbank über die BTG Braunlage. i. H. v. 138.244,61 € für den Kurparkankauf; Darlehensaufnahme bei der Sparkasse über die BTG Braunlage)
Gewährleistungsverträge	Keine
In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen	Keine
Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften / über das Haushaltsjahr hinaus gestundete Beträge	0,00 / keine gestundeten Beträge
Übertragene Kreditermächtigung	4.898.900,00 €

Die Erläuterungen zum Jahresabschluss 2014 sind dem Anhang zu diesem zu entnehmen.

Braunlage, 15.08.2022



Langer
Bürgermeister

Stadt Braunlage

Anhang

2014



Braunlage



St. Andreasberg



Hohegeiß

Inhaltsverzeichnis

1 Vorbemerkungen	2
2 Erläuterungen zu den Posten der Bilanz	4
2.1 Bilanz - Aktiva.....	4
2.1.1 Immaterielles Vermögen.....	5
2.1.2 Sachvermögen.....	5
2.1.3 Finanzvermögen	10
2.1.4 Liquide Mittel.....	14
2.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzung.....	15
2.2 Bilanz - Passiva.....	16
2.2.1 Nettoposition.....	16
2.2.2 Schulden.....	20
2.2.3 Rückstellungen	22
2.2.4 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	23
2.3 Bilanz - weitere Darstellung	23
3 Erläuterungen zur Ergebnis- und Finanzrechnung.....	24
3.1 Übersicht Ergebnisrechnung (nach GemHKVO)	24
3.2 Übersicht Finanzrechnung (nach GemHKVO).....	29
4 Weitere Angaben gemäß § 55 Abs. 2 GemHKVO	41
5 Ort, Datum, Unterschrift des Berechtigten.....	43
6 Unterlassen von Angaben und Erläuterungen.....	43
7 Anlagen zum Anhang.....	43

1 Vorbemerkungen

Gemäß § 128 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) hat die Gemeinde für jedes Haushaltsjahr einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung klar und übersichtlich aufzustellen. Im Jahresabschluss sind sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage darzustellen.

1.2 Bestandteile des Jahresabschlusses

Die Bestandteile des Jahresabschlusses sind gemäß § 128 Abs. 2 NKomVG:

- Ergebnisrechnung (§ 50 GemHKVO)
- Finanzrechnung (§ 51 GemHKVO)
- Bilanz (§ 54 GemHKVO)
- Anhang (§ 55 GemHKVO)

In den Anhang des Jahresabschlusses werden diejenigen Angaben aufgenommen, die zu den einzelnen Posten der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Bilanz zum Verständnis sachverständiger Dritter notwendig oder vorgeschrieben sind. Dabei werden die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen erläutert.

Dem Anhang sind gemäß § 128 Abs. 2 Ziffer 4 und Abs. 3 NKomVG beizufügen:

- ein Rechenschaftsbericht (§ 57 GemHKVO)
- eine Anlagenübersicht (§ 56 Abs. 1 GemHKVO)
- eine Schuldenübersicht (§ 56 Abs. 3 GemHKVO)
- eine Rückstellungsübersicht
- eine Forderungsübersicht (§ 56 Abs. 2 GemHKVO)
- eine Übersicht über die in das Folgejahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen

Gemäß § 56 Abs. 4 GemHKVO sind dem Anhang, soweit es abgabenrechtlich zur Berücksichtigung von Abschreibungserlösen bei der Ermittlung des beitragsfähigen Aufwandes erforderlich ist, Nebenrechnungen zur Ermittlung und Verwendung der aus speziellen Entgelten für die Inanspruchnahme leistungsgebundener Einrichtungen gedeckten Abschreibungen beizufügen. Sofern Abschreibungen auf Basis von Wiederbeschaffungszeitwerten berechnet werden, ist eine weitere Nebenrechnung beizufügen. Beide Nebenrechnungen sind jedoch für die Stadt Braunlage abgabenrechtlich nicht erforderlich. Die Bewertung und die Gebührenkalkulation erfolgten nach Anschaffungs- und Herstellungskosten.

1.3. Allgemeine Angaben

Die Stadt Braunlage hat das neue kommunale Rechnungswesen (NKR) zum 01.01.2012 eingeführt. Der erste doppische Jahresabschluss 2012 wurde aufgestellt. Dieser Jahresabschluss 2014 ist somit der dritte nach der erfolgten Umstellung der Haushaltsführung.

1.4. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanz der Stadt Braunlage wurde nach den Grundsätzen der Gemeindehaushalts- und kassenverordnung (GemHKVO) aufgestellt. Die Vorschriften zum Ansatz und der Bewertung des Vermögens und der Schulden nach §§ 42 ff. GemHKVO wurden berücksichtigt. Zugänge im Anlagevermögen sind daher grundsätzlich zu Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet. Abschreibungen wurden nach Maßgabe der Abschreibungstabelle des Niedersächsischen Innenministeriums für kommunale Verwaltungen grundsätzlich linear anhand der verbindlich vorgegebenen Nutzungsdauer festgelegt. Zugänge von geringwertigen Vermögensgegenständen wurden mit ihren Anschaffungskosten gemäß § 45 Abs. 6 GemHKVO unmittelbar als Aufwand gebucht.

- Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und das Sondervermögen wurden nach der Eigenkapitalspiegelbildmethode bewertet. Aufgrund der dauerdefizitären Lage des verbundenen Unternehmens Braunlage Tourismus GmbH wurden dort die Jahresverluste auf das Stammkapital und die Kapitalrücklage angerechnet. Das Sondervermögen Kurbetrieb St. Andreasberg wird aufgrund des Niederstwertprinzips mit 1 € Wert angesetzt.
- Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten angesetzt.
- Die Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Buchhaltung notwendig sind, um die Verpflichtungen zu erfüllen.
- Die Verbindlichkeiten und Schulden sind zum Rückzahlungsbetrag (§ 45 Abs. 8 GemHKVO) angesetzt.

Eine detaillierte Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurde in der Inventur- und Bewertungsrichtlinie der Stadt Braunlage vom 02.01.2017 vorgenommen – da diese weiterhin Bestand hat, wird auf eine erneute ausführliche Erörterung verzichtet. Es gilt der Grundsatz der formellen und materiellen Bilanzkontinuität.

Abweichungen von den bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind nicht erfolgt.

In den Anhang des Jahresabschlusses werden diejenigen Angaben aufgenommen, die zu den einzelnen Posten der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Bilanz zum Verständnis sachverständiger Dritter notwendig oder vorgeschrieben sind. Dabei werden die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen erläutert.

2 Erläuterungen zu den Posten der Bilanz

2.1 Bilanz - Aktiva

Die AKTIVA setzt sich aus folgenden Vermögensbereichen zusammen:

Immaterielles Vermögen, Sachvermögen, Finanzvermögen, Wertpapiere, Liquide Mittel und Aktive Rechnungsabgrenzung

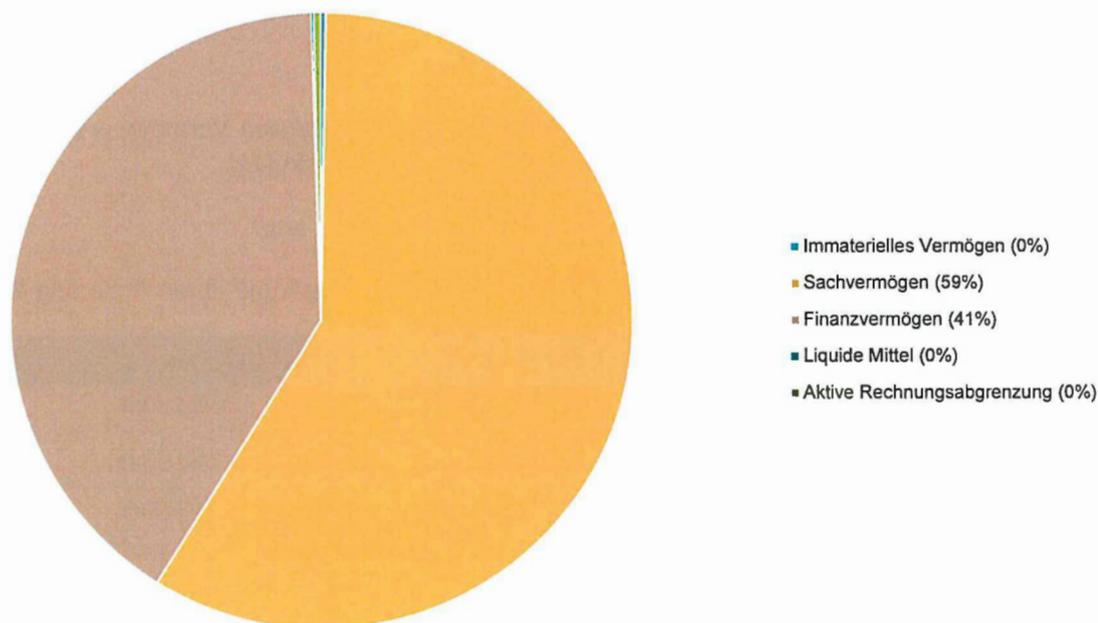
Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 31.955.177,84 EUR aus.

Nachfolgend werden die Bereiche näher aufgeführt.

Bilanz Aktiva (komprimiert gemäß § 54 Abs. 2 GemHKVO)

	2013	2014	Veränderung
1. - Immaterielles Vermögen	20.772,33	83.651,93	62.879,60 ↗
2. - Sachvermögen	19.057.520,07	18.723.983,98	-333.536,09 ↘
3. - Finanzvermögen	20.033.768,66	12.981.748,65	-7.052.020,01 ↘
4. - Liquide Mittel	103.032,47	49.998,55	-53.033,92 ↘
5. - Aktive Rechnungsabgrenzung	125.542,55	115.794,73	-9.747,82 ↘
Summe Aktiva	39.340.636,08	31.955.177,84	-7.385.458,24

Anteilsdarstellung in %



2.1.1 Immaterielles Vermögen

1. Immaterielles Vermögen

Bei immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um Vermögensgegenstände, die nicht körperlich fassbar sind. Dies sind Rechte und Möglichkeiten mit besonderen Vorteilen, zu deren Erlangung bei der Kommune Aufwendungen entstanden und die selbstständig bewertbar sind. Sie sind als Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bilanzieren und planmäßig abzuschreiben.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 83.651,93 EUR aus.

Aufteilung nach Kontenarten

	2013	2014	Veränderung
1. - Immaterielles Vermögen	20.772,33	83.651,93	62.879,60 ↗
1.2 - Lizenzen	16.527,86	26.070,28	9.542,42 ↗
1.4 - Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	4.244,47	57.581,65	53.337,18 ↗

Neuanschaffungen von Lizenzen sorgen für den Anstieg des Bilanzwertes beim immateriellen Vermögen.

Bei den geleisteten Investitionszuweisungen handelt es sich um Ausgleichsmaßnahmen, die für die Rodung von Waldflächen auf dem Wurmberg in Braunlage durchzuführen sind. Die Stadt Braunlage hat sich vertraglich verpflichtet, anteilige Kosten dafür zu übernehmen (in 2014 51.535,00 €). Daneben werden hier die geleisteten Zuschüsse an die Kreisschulbaukasse bilanziert.

2.1.2 Sachvermögen

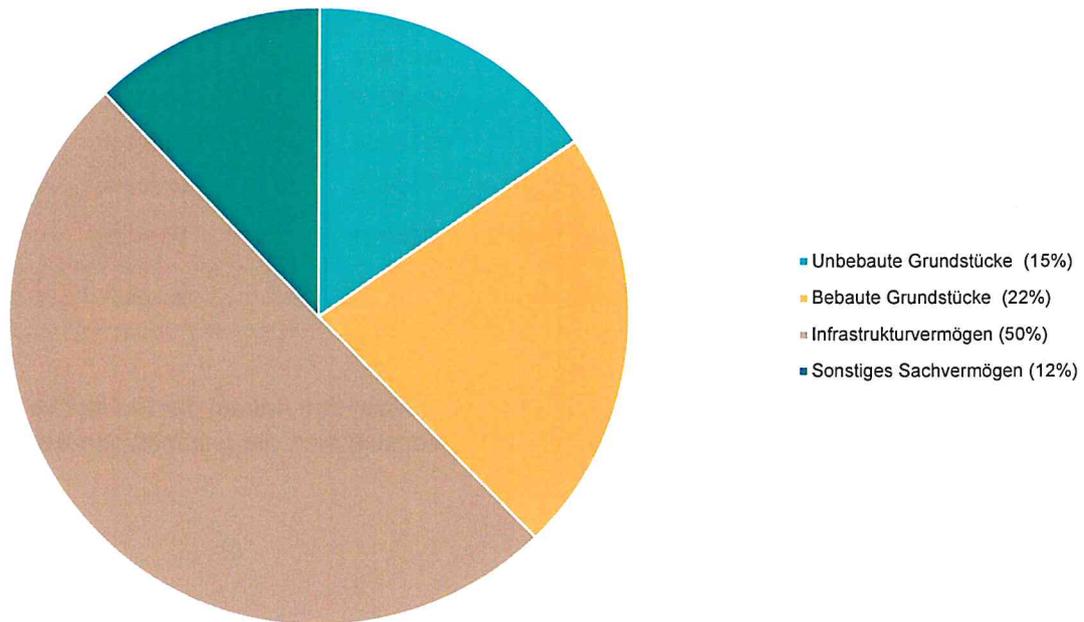
Das Sachanlagevermögen bildet den Hauptbestandteil des kommunalen Vermögens ab. Hierzu gehören insbesondere Grundbesitz, Gebäude, Straßen sowie sonstige Infrastruktur.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 18.723.983,98 EUR aus.

Die nachfolgenden Abschnitte stellen das kommunale Sachvermögen und deren Änderung dar.

	2013	2014	Veränderung
2 - Sachvermögen	19.057.520,07	18.723.983,98	-333.536,09 ↘
2.1 - unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	2.890.286,14	2.884.088,28	-6.197,86 →
2.2 - bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	4.151.440,87	4.170.590,89	19.150,02 →
2.3 - Infrastrukturvermögen	10.054.605,16	9.391.425,40	-663.179,76 ↘
2.4 - Bauten auf fremden Grundstücken	93.160,33	75.995,32	-17.165,01 ↘
2.5 - Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	20.857,00	20.857,00	0,00 →
2.6 - Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	886.328,53	1.125.056,20	238.727,67 ↗
2.7 - Betriebs- und Geschäftsausstattung	754.319,75	779.931,13	25.611,38 ↗
2.8 - Vorräte	1,00	40.637,45	40.636,45 ↗
2.9 - geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	206.521,29	235.402,31	28.881,02 ↗

Aufteilung des Sachvermögens



2.1.2.1 Unbebaute Grundstücke und Grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken

2.1 Unbebaute Grundstücke und Grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 2.884.088,28 EUR aus.

Aufteilung nach Kontenarten

	2013	2014	Veränderung
Grünflächen	1.559.282,43	1.576.506,73	17.224,30 ↗
Ackerland	220.412,86	220.412,86	0,00 →
Wald, Forsten	823.599,00	800.176,84	-23.422,16 ↘
Sonstige unbebaute Grundstücke	286.991,85	286.991,85	0,00 →

Beim Stadtwald in St. Andreasberg sind Wertabgänge aufgrund von Abholzungen zu verzeichnen. Die Flächen werden umgenutzt zu Bergwiesen.

2.1.2.2 Bebaute Grundstücke und Grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken

2.2 Bebaute Grundstücke und Grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 4.170.590,89 EUR aus.

Aufteilung nach Kontenarten

	2013	2014	Veränderung
Grundstücke mit Wohnbauten	261.135,29	256.025,31	-5.109,98 ↘
Grundstücke mit sozialen Einrichtungen	960.258,42	941.390,67	-18.867,75 ↘
Grundstücke mit Schulen	1.377.898,80	1.347.921,51	-29.977,29 ↘
Grundstücke mit Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen	551.675,75	544.662,50	-7.013,25 ↘
Grundstücke für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz	276.378,26	399.564,29	123.186,03 ↗
Grundstücke mit sonstigen Dienst-, Geschäfts- und anderen Betriebsgebäuden	724.094,35	681.026,61	-43.067,74 ↘

Der Wertanstieg bei den Grundstücken für Brandschutz ist auf den Ankauf der Flurstücke für den Neubau der Feuerwehr in St. Andreasberg zurückzuführen. Ansonsten sind die planmäßigen Abschreibungen für die Wertverringerungen verantwortlich.

2.1.2.3 Infrastrukturvermögen

2.3. Infrastrukturvermögen

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 9.391.425,40 EUR aus.

Aufteilung nach Kontenarten

	2013	2014	Veränderung
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	2.692.392,67	2.731.370,54	38.977,87 ↗
Brücken und Tunnel	504.034,07	494.240,19	-9.793,88 ↘
Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	4.729.405,00	4.549.694,81	-179.710,19 ↘
Strom-, Gas-, Wasserleitungen und zugehörige Anlagen	76.170,70	62.176,78	-13.993,92 ↘
Wasserbauliche Anlagen	247.773,29	240.077,80	-7.695,49 ↘
Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen	121.052,47	120.807,56	-244,91 →
Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	1.683.776,96	1.193.057,72	-490.719,24 ↘

Die Wertveränderung bei den Straßen, Wegen und Plätzen ist auf planmäßige Abschreibungen zurückzuführen.

Der hohe Wertverlust bei den sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens ist durch den Teilabbruch der Wurmbergschanze in Braunlage entstanden.

2.1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden

2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden

Bei dieser Position handelt es sich um Baulichkeiten, die von der Kommune auf einem fremden Grundstück errichtet worden sind.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 75.995,32 EUR aus.

Aufteilung nach Kontenarten

	2013	2014	Veränderung
Bauten auf fremdem Grund und Boden	93.160,33	75.995,32	-17.165,01 ↘

Im Jahr 2014 wurden 2 Buswartehäuschen abgerissen, da diese baufällig waren. Die Fundamente bleiben erhalten. Daraus resultieren Wertverluste von rd. 10.500,00 €.

2.1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Hierunter fallen Kunstgegenstände (Gemälde, Skulpturen o. a., die als Kunstwerk anerkannt sind) und Kulturdenkmäler (Bau- und Bodendenkmäler).

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 20.857,00 EUR aus.

Aufteilung nach Kontenarten

	2013	2014	Veränderung
Kunstgegenstände	1,00	1,00	0,00 →
Kulturdenkmäler	20.856,00	20.856,00	0,00 →

2.1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

2.6 Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge

Bei Maschinen und technischen Anlagen handelt es sich um Vorrichtungen aller Art, welche dem Betriebszweck dienen aber nicht wesentlicher Bestandteil eines Grundstückes oder Gebäudes sind. Bei den Fahrzeugen handelt es sich überwiegend um die Ausstattung der Feuerwehr.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 1.125.056,20 EUR aus.

Aufteilung nach Kontenarten

	2013	2014	Veränderung
Fahrzeuge	775.814,03	1.012.781,36	236.967,33 ↗
Maschinen und Technische Anlagen	110.514,50	112.274,84	1.760,34 ↗

Für die Feuerwehr Braunlage wurde in 2014 ein neues Tanklöschfahrzeug im Wert von 316.525,25 € angeschafft.

Der Erwerb eines Aufsitzrasenmähers erhöht den Wert bei den Maschinen und Technischen Anlagen.

2.1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tier

Unter diese Bilanzposition fallen sämtliche Einrichtungsgegenstände von Büros, Sporthallen und Werkstätten (z. B. Stühle, Tische, Schränke, PC, Werkzeuge, Schwingböden in Turnhallen, Spielgeräte, Tragkraftspritzen, Schwimmbecken des Hallenbades, etc.) mit ihren fortgeschriebenen Anschaffungswerten.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 779.931,13 EUR aus.

Aufteilung nach Kontenarten

	2013	2014	Veränderung
Betriebsvorrichtungen	551.936,24	512.734,48	-39.201,76 ↘
Betriebs- und Geschäftsausstattung	86.777,51	116.586,52	29.809,01 ↗
Sammelposten für bewegliche Vermögensgegenstände über 150,- bis 1.000,- Euro	115.606,00	150.610,13	35.004,13 ↗

Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde in erster Linie in Form von Sportgeräten im Kurpark Braunlage, einem Stromerzeuger für die Feuerwehr Braunlage und von Servern angeschafft.

Unter den Sammelposten sind alle Vermögensgegenstände ausgewiesen, deren Anschaffungswert netto zwischen 150,00 € und 1.000,00 € liegt.

2.1.2.8 Vorräte

2.8 Vorräte

Bei Vorräten handelt es sich um Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. Zum Verkauf stehende Grundstücke werden ebenfalls den Vorräten zugeordnet.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 40.637,45 EUR aus.

Aufteilung nach Kontenarten

	2013	2014	Veränderung
Sonstige Vorräte	1,00	40.637,45	40.636,45 ↗

Der Wertanstieg der bilanzierten Vorräte ist auf die Umbuchung der Anlaufspur der Wurmbergschanze Braunlage in das Vorratsvermögen zurückzuführen. Die Anlaufspur wurde abgetragen und eingelagert, um sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufbauen zu können.

2.1.2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Investive Maßnahmen, deren Inbetriebnahme noch nicht oder nur zum Teil erfolgen, sind in dieser Position gesondert bis zum Zeitpunkt der Aktivierung auszuweisen. Mit der Aktivierung (und ggf. Beginn der planmäßigen Abschreibung) ist der Aktivtausch dieser Bestände verbunden.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 235.402,31 EUR aus.

Aufteilung nach Kontenarten

	2013	2014	Veränderung
Anlagen im Bau	206.521,29	235.402,31	28.881,02 ↗

Neue Anlagen im Bau in 2014 sind der Neubau eines Feuerwehrgebäudes in Braunlage sowie der Anbau an der Feuerwehrfahrzeughalle in Hohegeiß. Des Weiteren wurde mit der Errichtung einer Stelen Konstruktion und einer Teilerneuerung der Zaunanlage auf dem Friedhof Braunlage begonnen.

Fortgeführt wurden der Bau von Stützmauern in St. Andreasberg, div. Straßenbaumaßnahmen, der Umbau der Kreuzung B4/L600/Tanner Straße und die Dorferneuerung in Hohegeiß.

2.1.3 Finanzvermögen

3. Finanzvermögen

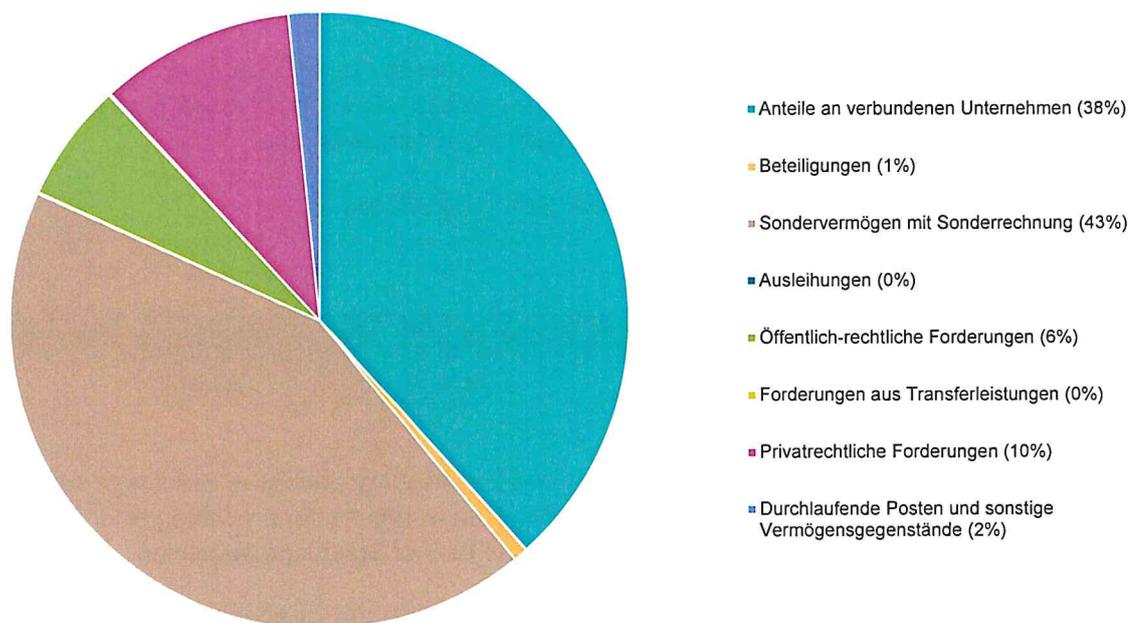
Unter dem Finanzvermögen sind Anteile und Ausleihungen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen, sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens sowie Forderungen auszuweisen.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 12.981.748,65 EUR aus.

	2013	2014	Veränderung
3 - Finanzvermögen	20.033.768,66	12.981.748,65	-7.052.020,01 ↘
3.1 - Anteile an verbundenen Unternehmen	4.981.884,06	4.981.884,06	0,00 →
3.2 - Beteiligungen	97.503,24	97.503,24	0,00 →
3.3 - Sondervermögen mit Sonderrechnung	5.534.598,83	5.534.598,83	0,00 →
3.4 - Ausleihungen	7.674.225,68	7.626,57	-7.666.599,11 ↘
3.6 - Öffentlich-rechtliche Forderungen	740.733,90	809.109,54	68.375,64 ↗
3.7 - Forderungen aus Transferleistungen	253.848,51	15.501,36	-238.347,15 ↘
3.8 - sonstige Privatrechtliche Forderungen	547.565,73	1.323.516,37	775.950,64 ↗
3.9 - Durchlaufende Posten und sonstige Vermögensgegenstände	203.408,71	212.008,68	8.599,97 ↗

Die wesentliche Veränderung bei den Ausleihungen im Vergleich zum Vorjahr 2013 ist auf den Verzicht der Bilanzierung von Ausleihungen der Investitionskredite an die Städtischen Betriebe Braunlage zurückzuführen (-7.636.518,20 €). Zudem wurden die an die Wohnbaugesellschaft Blankenburg gewährten Ausleihungen vorzeitig in voller Höhe zurückgezahlt.

Aufteilung des Finanzvermögens



2.1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

3.1. Anteilen an verbundenen Unternehmen

Unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen sind Anteile an Unternehmen auszuweisen, die in den Konzernabschluss über die Vollkonsolidierung einzubeziehen sind. Verbundene Unternehmen stehen unter der einheitlichen Leitung der Gemeinde, oder der Gemeinde steht die Mehrheit der Stimmrechte zu, oder der Gemeinde steht das Recht zu, die Mehrheit der Mitglieder des Leitungsorgans, Verwaltungs- oder Aufsichtsrats zu bestellen oder abzurufen, oder der Gemeinde steht das Recht zu, einen beherrschenden Einfluss auszuüben. Das einzige verbundene Unternehmen der Stadt Braunlage ist die Braunlage Tourismus GmbH, die mit 100% gehalten wird.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 4.981.884,06 EUR aus.

	2013	2014	Veränderung
Braunlage Tourismus GmbH	4.981.884,06	4.981.884,06	+/- 0,00
Summe Anteile an verbundenen Unternehmen	4.981.884,06	4.981.884,06	+/- 0,00

2.1.3.2 Beteiligungen

3.2 Beteiligungen

Beteiligungen sind Anteile der Kommunen an Unternehmen und Einrichtungen, die in der Absicht gehalten werden, eine dauerhafte Bindung zu diesem Unternehmen herzustellen. Die Anteile der Stadt Braunlage liegen bei den einzelnen Gesellschaften zwischen 0,11 % und 5,99 %.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 97.503,24 EUR aus.

	2013	2014	Veränderung
Kraftverkehrsgesellschaft Braunschweig GmbH	4.485,52	4.485,52	+/- 0,00
Wirtschaftsförderung Region Goslar GmbH & Co KG.	3.000,00	3.000,00	+/- 0,00
Wohnbaugesellschaft Goslar GmbH	89.117,72	89.117,72	+/- 0,00
Volksbank Braunlage e. G.	600,00	600,00	+/- 0,00
Baugenossenschaft Wiederaufbau e.G.	300,00	300,00	+/- 0,00
Summe Beteiligungen	97.503,24	97.503,24	+/- 0,00

2.1.3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung

3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung

Sondervermögen mit Sonderrechnung werden zum Nennwert angesetzt.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 5.534.598,83 EUR aus.

	2013	2014	Veränderung
Eigenbetrieb Städtische Betriebe Braunlage	5.343.013,03	5.343.013,03	+/- 0,00
Sondervermögen Kapitalrücklage SBB	191.584,80	191.584,80	+/- 0,00
Eigenbetrieb Städt. Kur- und Badeverwaltung St. Andreasberg	1,00	1,00	+/- 0,00
Summe Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten, Sparkassen und Ausleihungen an diese	5.534.598,83	5.534.598,83	+/- 0,00

2.1.3.4 Ausleihungen

3.4 Ausleihungen

Ausleihungen werden mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Die Stadt Braunlage bilanziert Ausleihungen, die aus Wohnungsbaudarlehen an private Personen und die Wohnbaugesellschaft Braunlage hervorgegangen sind. Durch die jährlichen Zuschreibungen und Tilgungen ergibt sich die abgebildete Veränderung.

Weitere Veränderungen ergeben sich aus vorzeitigen Rückzahlungen von Wohnungsbaudarlehen und aufgrund des Verzichtes auf die Bilanzierung der Ausleihungen von Investitionskrediten an die Städtischen Betriebe Braunlage.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 7.626,57 EUR aus.

	2013	2014	Veränderung
Ausleihungen aus Wohnungsbaudarlehen	37.707,48	7.626,57	- 30.080,91
Ausleihung an SBB	7.636.518,20	0,00	- 7.636.518,20
Summe Ausleihungen	7.674.225,68	7.626,57	- 7.666.599,11

2.1.3.5 Wertpapiere

3.5 Wertpapiere

Wertpapiere werden zum Nennwert angesetzt. Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 0,00 Euro aus, Wertpapiere sind bei der Stadt Braunlage nicht vorhanden.

2.1.3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen

3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen

Die Bestände wurden unter Bildung von Einzelwertberichtigungen (z. B. aufgrund von Insolvenzen, erfolgloser Vollstreckung, Aussetzung, etc.) in die Bilanz eingestellt.

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen sind um die um die Einzelwertberichtigung zu bereinigen.

Öffentlich-rechtliche Forderungen werden zum Nennwert ausgewiesen.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 809.109,54 EUR aus.

Gemäß § 56 Abs. 2 GemHKVO erfolgt die ergänzende Darstellung als Anlage zum Anhang in der Forderungsübersicht.

Aufteilung nach Kontenarten

	2013	2014	Veränderung
Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	497.921,45	491.383,81	-6.537,64 ↘
Sonstige Forderungen	136.124,85	137.467,89	1.343,04 →
Kommunale Steuern und übrige öffentlich-rechtliche Forderungen	106.687,60	180.257,84	73.570,24 ↗

Öffentlich-rechtliche Forderungen resultieren aus der Festsetzung von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, Beiträgen, Steuern und steuerähnlichen Abgaben. Die größten Positionen sind die Forderungen aus Benutzungsgebühren (249.647,81 €) und aus zweckgebunden Abgaben (260.207,18 €).

2.1.3.7 Forderungen aus Transferleistungen

3.7 Forderungen aus Transferleistungen

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 15.501,36 EUR aus.

Aufteilung nach Kontenarten

	2013	2014	Veränderung
Forderungen aus Transferleistungen	253.848,51	15.501,36	-238.347,15 ↘

Der enorme Rückgang bei den Forderungen aus Transferleistungen ist auf den Ausgleich von Anzahlungen auf Sonderposten für die Stadtsanierung durch Bund und Land zurückzuführen (jeweils 125.000,00 €). Daneben sind geringfügig neue Forderungen entstanden.

2.1.3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen

3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 1.323.516,37 EUR aus.

Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um:

Aufteilung nach Kontenarten

	2013	2014	Veränderung
Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	126.673,34	5.808,10	-120.865,24 ↘
Sonstige Forderungen	405.956,83	1.214.714,50	808.757,67 ↗
Übrige privatrechtliche Forderungen	14.935,56	89.371,66	74.436,10 ↗

Nennenswert ist die Veränderung bei den sonstigen Forderungen von 2013 nach 2014. Die Zunahme um über 800 TEuro bezieht sich zum einen auf das Verwahrkonto, welches für den Eigenbetrieb Städtische Betriebe Braunlage (681.819,87 €) gebucht wird und zum anderen auf des Verwahrkonto, welches für den Eigenbetrieb Kurverwaltung St. Andreasberg (134.383,22 €) gebucht wird.

2.1.3.9 Durchlaufende Posten und sonstige Vermögensgegenstände

3.9 Durchlaufende Posten und sonstige Vermögensgegenstände

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 212.008,68 EUR aus.

Aufteilung nach Kontenarten

	2013	2014	Veränderung
Sonstige Vermögensgegenstände	203.408,71	212.008,68	8.599,97 ↗
Vorsteuer	–	13.622,11	13.622,11 ↗

Die sonstigen Vermögensgegenstände bestehen aus der Versorgungsrücklage für die Beamten und für die Versorgungsempfänger in Höhe der von der Niedersächsischen Versorgungskasse mitgeteilten Beträge.

Zudem wird hier das Treuhandkonto abgebildet, über das die Stadtsanierung in Braunlage abgewickelt wird.

Forderungen aus der Vorsteuer sind entstanden für nachgemeldete geleistete Vorsteuern, die durch die Finanzbehörde noch zu erstatten sind.

2.1.4 Liquide Mittel

4. Liquide Mittel

Gemäß § 59 Nr. 34 GemHKVO bestehen Liquide Mittel (flüssige Mittel) aus Bargeld, Guthaben auf laufenden Konten bei Kreditinstituten (Kontokorrent- oder Girokonto), Schecks sowie Geldanlagen aus dem Kassenbestand (Bargeld, Schecks, Briefmarken, etc.).

Der Bestände sind mit dem Tagesabschluss der Stadtkasse Braunlage bzw. den jeweiligen Kontobeständen zum 31.12.2014 abgestimmt. Der Barkassenbestand stimmt mit dem Stand des Kassenbuches überein.

Die liquiden Mittel betragen 49.998,55 € im Berichtsjahr 2014. Die Bankverbindungen mit negativen Beständen (Kontokorrentkredite) sind auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Zusammen mit diesen (Kontoüberziehung 1.798.061,67 €) hat die Stadt Braunlage einen Bankbestand zum 31.12.2014 in Höhe von -1.748.063,12 €.

Aufteilung nach Kontenarten

	2013	2014	Veränderung
Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten	102.188,40	49.357,88	-52.830,52 ↘
Bargeld	844,07	640,67	-203,40 ↘

2.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzung

5. Aktive Rechnungsabgrenzung

Durch Rechnungsabgrenzungsposten werden Aufwendungen und Erträge den einzelnen Geschäftsjahren periodengerecht durch Abgrenzung zugerechnet.

Es handelt sich um eine Abgrenzung der Sache und der Zeit nach. Bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (ARAP) handelt es sich um Ausgaben, die vor dem Abschlusstag geleistet wurden und Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen (§ 49 Abs.1 GemHKVO).

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 115.794,73 EUR aus.

Bilanziert werden hier die ersten Abschläge für die Beamtenversorgung 2015 an die Niedersächsische Versorgungskasse (113.977,50 €) sowie geringfügige Abgrenzungen aus Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen.

2.2 Bilanz - Passiva

Die PASSIVA setzt sich aus folgenden Vermögensbereichen zusammen:

Nettoposition, Schulden, Rückstellungen und Passive Rechnungsabgrenzung.

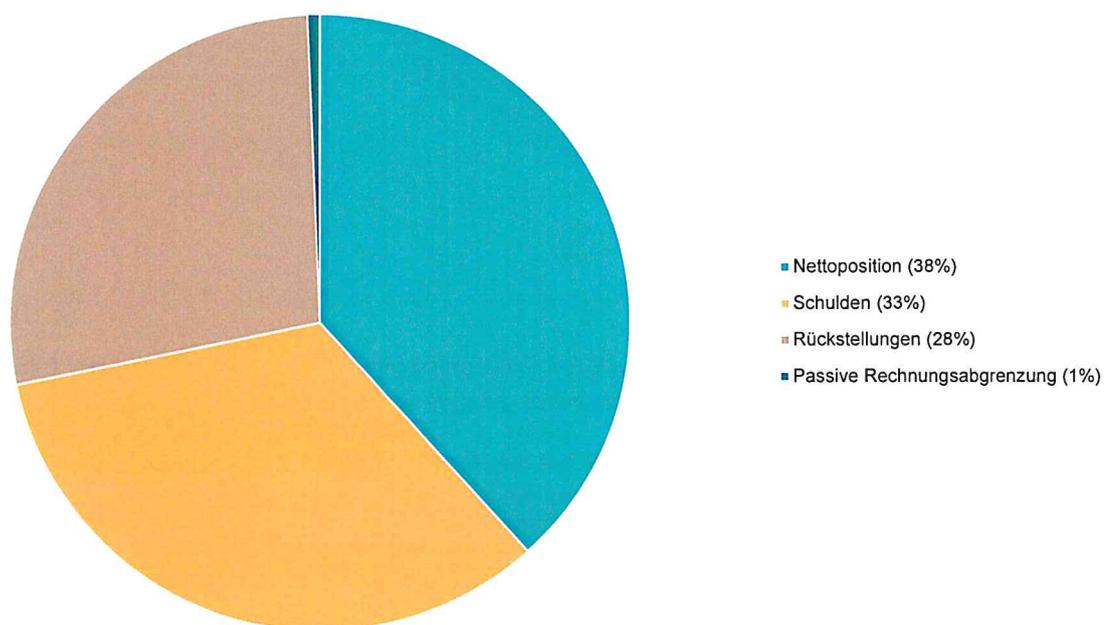
Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 31.955.177,84 EUR aus.

Nachfolgend werden die Bereiche näher aufgeführt.

Bilanz Passiva (komprimiert gemäß § 54 Abs. 4 GemHKVO)

	2013	2014	Veränderung
1. - Nettoposition	13.659.333,04	12.252.842,26	-1.406.490,78 ↘
2. - Schulden	16.166.289,54	10.671.647,66	-5.494.641,88 ↘
3. - Rückstellungen	9.362.160,07	8.821.253,31	-540.906,76 ↘
4. - Passive Rechnungsabgrenzung	152.853,43	209.434,61	56.581,18 ↗
Summe Passiva	39.340.636,08	31.955.177,84	-7.385.458,24 ↘

Anteilsdarstellung in %



2.2.1 Nettoposition

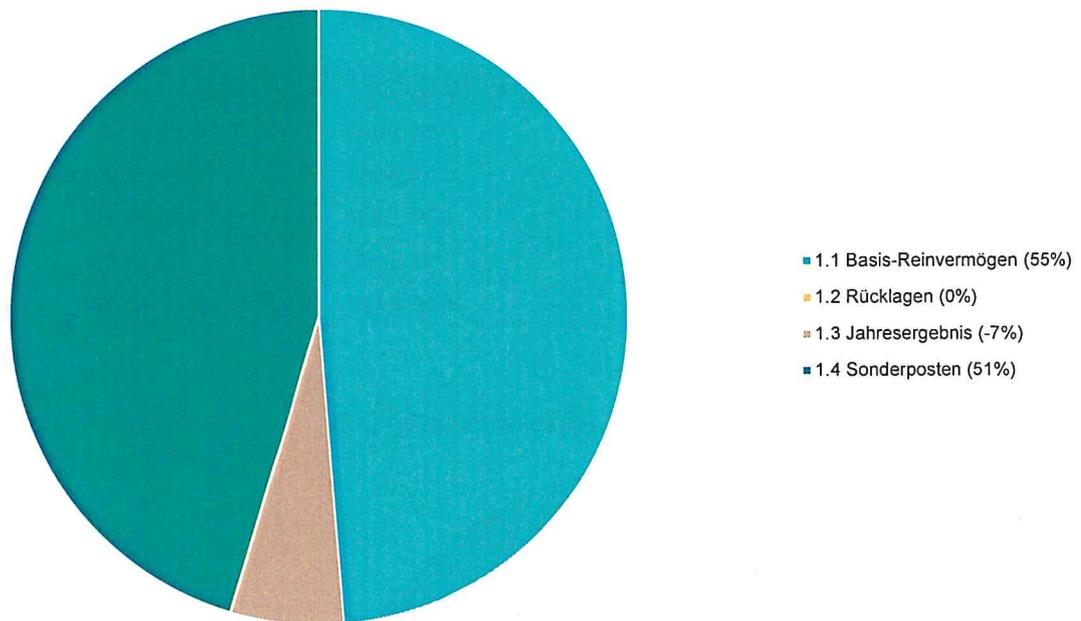
1. Nettoposition

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 12.252.842,26 EUR aus.

Die Aufteilung der Nettoposition wird in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

	2013	2014	Veränderung
1.1 Basis-Reinvermögen	262.174,73	6.769.187,95	6.507.013,22 ↗
1.3 Jahresergebnis	6.457.347,56	-814.042,54	-7.271.390,10 ↘
1.4 Sonderposten	6.939.810,75	6.297.696,85	-642.113,90 ↘

Anteilsdarstellung in %



1.1 Basisreinvermögen

Das Basis-Reinvermögen in der Bilanz stellt die Differenz zwischen den Aktivposten der Bilanz sowie den übrigen Passivposten dar und bildet den Wert des mit eigenen Mitteln finanzierten Vermögens ab.

Korrekturen der Eröffnungsbilanz wirken sich auf das Reinvermögen aus.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 6.769.187,95 EUR aus.

Berichtigungen zur ersten Eröffnungsbilanz sind gemäß § 61 Abs. 2 Satz 3 GemHKVO im Anhang zur Bilanz zu erläutern.

Es haben sich folgende Sachverhalte ergeben:

Herausnahme doppelt erfasster Straßenbeleuchtung	-2,00
Nacherfassung eines Wassertretbeckens	1,00
Saldierung Eigenkapital aus 2013	21.740,16
Rücknahme der Bilanzierung der Investitionskredite SBB als Ausleihung Endbestand per 31.12.2013	- 7.636.518,20

Rücknahme der Bilanzierung der Investitionskredite SBB Endbestand per 31.12.2013	7.636.518,20
Korrektur der Herabsetzung Kapitalrücklage SBB gem. Prüfungsbemerkungen zum JA 2013	49.666,66
Summe Korrektur EÖB	49.665,66

Weitere Positionen des-Reinvermögens sind Zuwendungen und Zuschüsse für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände und nicht aufzulösende Rücklagen aus Zuweisungen und Zuschüssen für geschenkte oder gespendete Vermögensgegenstände.

Der Soll-Fehlbetrag aus kameralem Abschluss (-3.990.125,37 €) des Verwaltungshaushaltes ergibt mit dem Reinvermögen (10.759.313,32 €) dann das Basis-Reinvermögen.

1.2 Rücklagen

Gemäß § 123 Abs.1 NKomVG bildet die Kommune eine Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und eine Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses. Weitere Rücklagen sind zulässig.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition keine Rücklagen aus.

1.3 Jahresergebnis

Der Jahresfehlbetrag stellt den Betrag dar, welcher sich aus dem Saldo des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses ergibt. Fehlbeträge aus Vorjahren sind ebenfalls zu berücksichtigen.

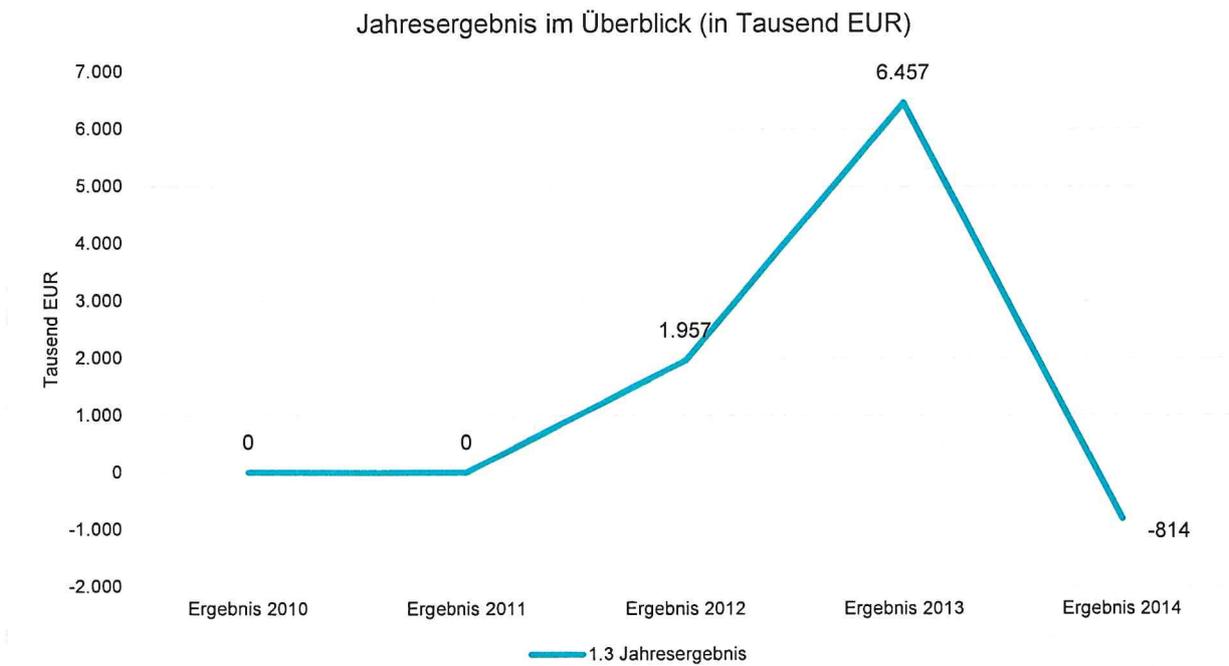
Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition -814.042,54 EUR aus.

	2013	2014	Veränderung
1.3.2 Jahresüberschuss oder Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen	6.457.347,56	-814.042,54	-7.271.390,10 ▼

Das Jahresergebnis teilt sich auf in ordentliches Ergebnis (-730.125,83 €) und außerordentliches Ergebnis (-83.916,71 €).

Somit entsteht in 2014 erstmalig ein doppischer Jahresfehlbetrag. Es wird vorgeschlagen, diesen Jahresfehlbetrag 2014 in Höhe von -814.042,54 € auf die Rechnung des nachfolgenden Haushaltsjahres 2015 vorzutragen. Bestehende Rücklagen zu einer eventuellen Verrechnung existieren nicht. Die Jahresüberschüsse aus 2012 und 2013 wurden zunächst mit dem kameralem Sollfehlbetrag verrechnet.

Über diese Ergebnisverwendung wird mit dem Jahresabschluss per Ratsbeschluss entschieden. Die Buchung erfolgt im nächsten Haushaltsjahr.



Das Ergebnis 2014 entspricht der tatsächlichen finanziellen Lage der Stadt Braunlage. 2012 und 2013 konnten allein deshalb Jahresüberschüsse erzielt werden, da das Land Niedersachsen Entschuldungshilfen in Millionenhöhe leistete. Weitere Entschuldungshilfen des Landes gab es in 2014 nicht.

1.4 Sonderposten

Als Sonderposten sind im Wesentlichen empfangene Zuwendungen für Investitionen (einschl. Geld- und Sachspenden), sowie erhobene Beiträge, Kostenerstattungen und ähnliche Entgelte auszuweisen. Die Sonderposten sind mit den ursprünglich erhaltenen Beträgen abzüglich der bis zum Bilanzstichtag vorzunehmenden Auflösungen angesetzt. Sie sind den damit bezuschussten Vermögensgegenständen sachgerecht zugeordnet. Die Auflösung bemisst sich entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes (§ 42 Abs. 5 GemHKVO).

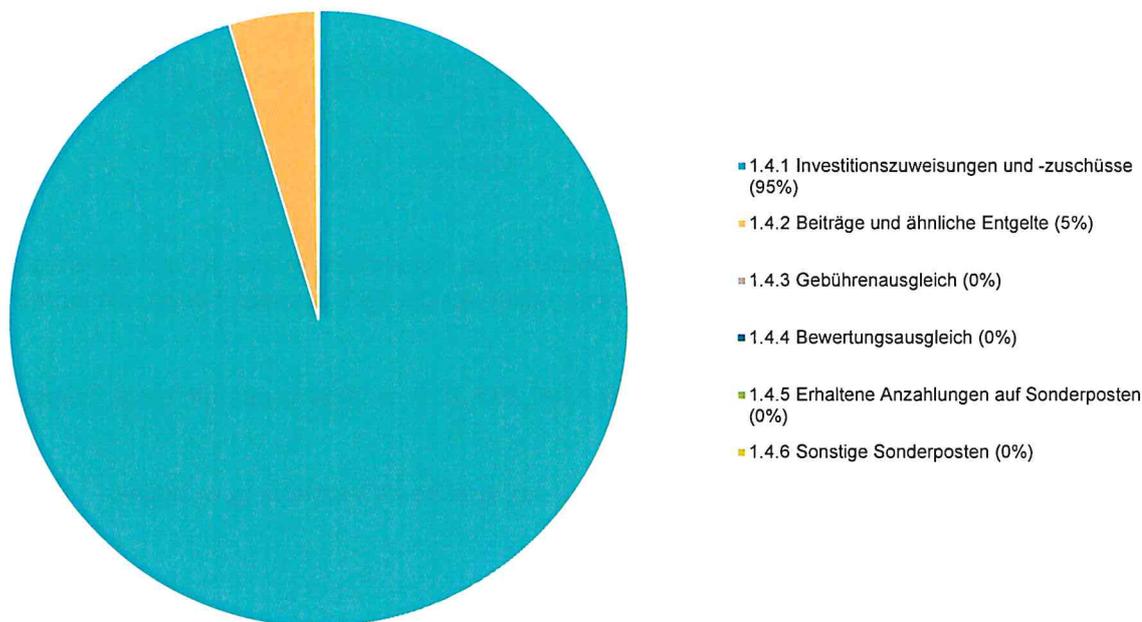
Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 6.297.696,85 EUR aus.

	2013	2014	Veränderung
1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	6.656.695,01	5.997.816,63	-658.878,38 ↘
1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	276.603,18	288.314,31	11.711,13 ↗
1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	365,59	5.702,99	5.337,40 ↗
1.4.6 Sonstige Sonderposten	6.146,97	5.862,92	-284,05 ↘

Wesentliche Zuwendungen gibt es zur Neubeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Feuerwehr Braunlage (vom Land Niedersachsen 35.000,00 €, von der Öffentlichen Versicherung 4.500,00 €) und für das Bergwieseninformationsportal in Hohegeiß (durch die Bingostiftung 9.000,00 €). Daneben werden die Zuweisungen aus der Feuerschutzsteuer geleistet.

Die planmäßigen Auflösungserträge stehen den eingehenden Zuwendungen gegenüber.

Anteilsdarstellung in %



2.2.2 Schulden

2. Schulden

Schulden sind Zahlungsverpflichtungen der Gemeinde, die am Bilanzstichtag hinsichtlich des Eintritts, ihrer Höhe und ihrer Fälligkeit nach feststehen. Gemäß § 45 Abs. 8 GemHKVO sind Schulden grundsätzlich mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 10.671.647,66 EUR aus.

Nähere Angaben, insbesondere hinsichtlich der Laufzeit, sind der gemäß § 56 Abs. 3 GemHKVO der zum Anhang als Anlage beizufügenden Schuldenübersicht zu entnehmen.

Übersicht

	2013	2014	Veränderung
2.1 - Geldschulden / Kredite für Investitionen	14.967.605,13	10.040.489,88	-4.927.115,25 ↘
2.3 - Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	564.498,84	166.273,27	-398.225,57 ↘
2.4 - Transferverbindlichkeiten	274.173,48	224.805,20	-49.368,28 ↘
2.5 - Sonstige Verbindlichkeiten	360.012,09	240.079,31	-119.932,78 ↘
Schulden	16.166.289,54	10.671.647,66	-5.494.641,88 ↘

2.1 Geldschulden

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 10.040.489,88 EUR aus.

Übersicht

	2013	2014	Veränderung
2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	10.630.687,00	3.242.428,21	-7.388.258,79 ↘
2.1.3 Liquiditätskredite	4.336.918,13	6.798.061,67	2.461.143,54 ↗

Der außerordentliche Rückgang der Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten ist auf den Verzicht der Bilanzierung von Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten für die SBB zurückzuführen, die zum 31.12.2013 einen Bestand von 7.636.518,20 € hatten.

Die Kreditverbindlichkeiten der Stadt betragen 3.242.428,21 €. In 2014 wurde ein neuer Investitionskredit über 470.000 Euro aufgenommen.

Eine negative Entwicklung ist der Anstieg der Liquiditätskredite im Vergleich zum Vorjahr.

2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition keine Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften aus.

2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 166.273,27 EUR aus.

2.4 Transferverbindlichkeiten

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 224.805,20 EUR aus.

Übersicht

	2013	2014	Veränderung
2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke	269.595,54	224.805,20	-44.790,34 ↘
2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten	4.577,94	0,00	-4.577,94 ↘

Die Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke sind Verbindlichkeiten aus Leistungen an die Braunlage Tourismus GmbH für die Wahrnehmung der Aufgaben des Kurbetriebes und aus Zuweisungen an die SBB für die Straßenreinigung der Stadt Braunlage und für die Stadtentwässerung.

2.5 Sonstige Verbindlichkeiten

Diese Bilanzposition stellt einen Restposten dar, in dem alle sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten auszuweisen sind. Hierrunter fallen:

- durchlaufender Posten (verrechnete MwSt., abzuführende Lohn- und Kirchensteuer, sonstige durchlaufende Posten)
- abzuführende Gewerbesteuer
- empfangene Anzahlungen
- andere sonstige Verbindlichkeiten

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 240.079,31 EUR aus.

Übersicht

	2013	2014	Veränderung
2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten	360.012,09	240.079,31	-119.932,78 ↘

Die anderen sonstigen Verbindlichkeiten betreffen vor allem Verbindlichkeiten, die aus Vorjahresabgrenzungen entstanden sind (147.655,53 €). Aus der Lohn- und Kirchensteuer gibt es Verbindlichkeiten in Höhe von 18.859,34 €.

2.2.3 Rückstellungen

2.3. Rückstellungen

Gemäß § 123 Abs. 2 NKomVG sowie § 43 Abs. 1 GemHKVO sind Rückstellungen für Verpflichtungen zu bilden, die dem Grunde nach zu erwarten, deren Höhe und Fälligkeit aber noch ungewiss sind.

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 8.821.253,31 EUR aus.

Übersicht

	2013	2014	Veränderung
3.1 - Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	8.421.712,11	8.098.288,58	-323.423,53 ↘
3.2 - Rückstellung Altersteilzeit und sonstige Maßnahmen	269.831,57	238.346,87	-31.484,70 ↘
3.3 - Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	539.657,58	389.190,42	-150.467,16 ↘
3.7 - Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und Gerichtsverfahren	4.758,81	4.758,81	0,00 →
3.8 - Andere Rückstellungen	126.200,00	90.668,63	-35.531,37 ↘
3 - Summe Rückstellungen	9.362.160,07	8.821.253,31	-540.906,76 ↘

Zusätzliche Angaben und Unterteilungen sind der Rückstellungsübersicht als Anlage zum Anhang zu entnehmen. Die Veränderungen ergeben sich aus unterjährig hinzugeführten oder Inanspruchnahmen bzw. Herabsetzungen.



2.2.4 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

4. Passive Rechnungsabgrenzung

Durch Rechnungsabgrenzungsposten werden Aufwendungen und Erträge den einzelnen Geschäftsjahren periodengerecht durch Abgrenzung zugerechnet. Es handelt sich um eine Abgrenzung der Sache und der Zeit nach. Bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP) handelt es sich um Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die als Ertrag für einen Zeitraum nach dem Bilanzstichtag gebucht werden müssen (§ 49 Abs.3 GemHKVO).

Im Berichtsjahr 2014 weist die Bilanzposition 209.434,61 EUR aus.

197.501,78 € gehen aus eingegangenen Spenden und Fremdenverkehrsbeiträgen (142.083,86 €) hervor, die in 2014 nicht verwendet worden sind und somit Ertrag für spätere Zeiträume darstellen. Weitere Rechnungsabgrenzungsposten sind gebildet aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (11.932,83 €).

2.3 Bilanz - weitere Darstellung

B. Darstellung unter der Bilanz (§ 54 Abs. 5 GemHKVO)

Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre:	insbesondere
Haushaltsreste	4.545.013,97 €
Bürgschaften	169.120,12 €
Gewährleistungsverträge	0,00
in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen	0,00
Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00
über das Haushaltsjahr hinaus gestundete Beträge	0,00

3 Erläuterungen zur Ergebnis- und Finanzrechnung

Nachstehend werden gemäß § 50 Abs. 1 und § 51 Abs. 1 GemHKVO die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zur Ergebnis- und Finanzrechnung erläutert.

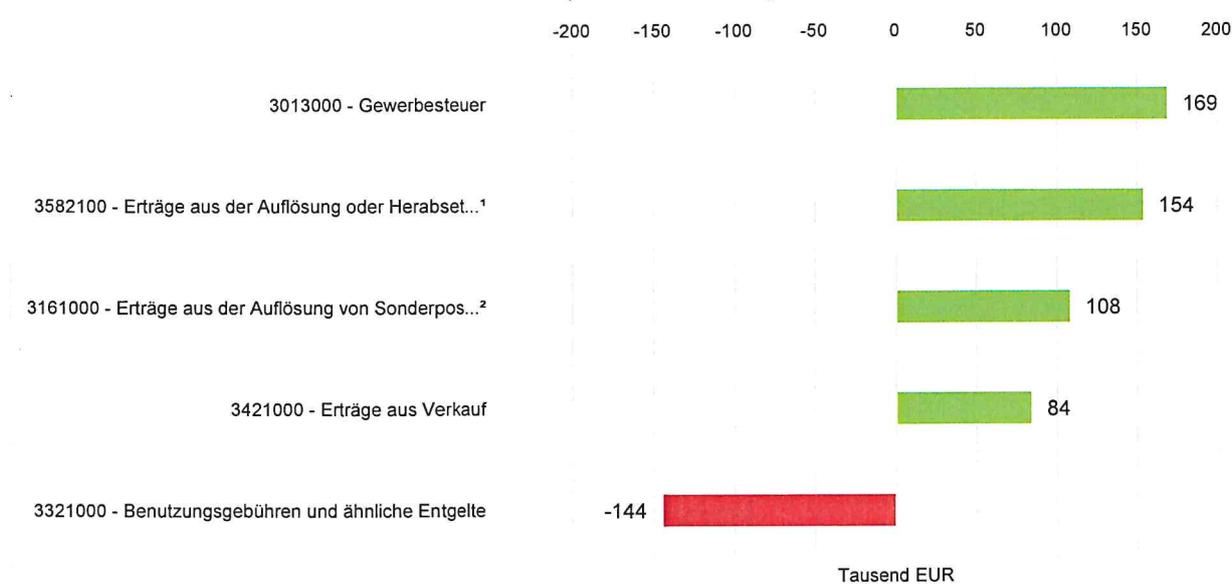
Weitere Darstellungen und Bewertungen ergeben sich aus dem Rechenschaftsbericht gemäß § 57 Abs. 1 GemHKVO.

3.1 Übersicht Ergebnisrechnung (nach GemHKVO)

	Erg. 2013	Plan 2014	Erg. 2014	Abw. zu Plan. 2014	Abw. zu Ergebnis 2013
1. - Steuern und ähnliche Abgaben	5.205.157,90	5.188.200	5.515.478,29	327.278 ↗	310.320,39 ↗
2. - Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.871.327,78	1.787.100	1.848.621,01	61.521 ↗	-1.022.706,77 ↘
3. - Auflösungserträge aus Sonderposten	435.655,43	346.200	471.112,61	124.913 ↗	35.457,18 ↗
4. - sonstige Transfererträge	79.131,07	--	--	--	-79.131,07 ↘
5. - öffentlich-rechtliche Entgelte	5.021.595,16	5.105.300	4.913.652,03	-191.648 ↘	-107.943,13 ↘
6. - privatrechtliche Entgelte	207.591,86	159.600	257.193,67	97.594 ↗	49.601,81 ↗
7. - Kostenerstattungen und Kostenumlagen	418.474,18	182.600	168.575,87	-14.024 ↘	-249.898,31 ↘
8. - Zinsen und ähnliche Finanzerträge	400.785,22	43.000	34.914,81	-8.085 ↘	-365.870,41 ↘
11. - sonstige ordentliche Erträge	1.239.486,88	584.000	900.648,06	316.648 ↗	-338.838,82 ↘
12. - Summe ordentliche Erträge	15.879.205,48	13.396.000	14.110.196,35	714.196 ↗	-1.769.009,13 ↘
13. - Personalaufwendungen	3.098.694,13	2.999.800	2.910.695,03	-89.105 ↘	-187.999,10 ↘
14. - Versorgungsaufwendungen	42.275,85	33.600	8.672,78	-24.927 ↘	-33.603,07 ↘
15. - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.310.858,72	2.912.000	2.925.532,88	13.533 →	-385.325,84 ↘
16. - Abschreibungen	720.835,98	635.600	922.460,92	286.861 ↗	201.624,94 ↗
17. - Zinsen und ähnliche Aufwendungen	488.175,39	195.000	145.460,18	-49.540 ↘	-342.715,21 ↘
18. - Transferaufwendungen	7.623.581,39	7.646.600	7.511.308,18	-135.292 ↘	-112.273,21 ↘
19. - sonstige ordentliche Aufwendungen	470.969,54	412.700	416.192,21	3.492 →	-54.777,33 ↘
20. - Summe ordentliche Aufwendungen	15.755.391,00	14.835.300	14.840.322,18	5.022 →	-915.068,82 ↘
21. - Ordentliches Ergebnis	123.814,48	-1.439.300	-730.125,83	709.174 ↗	-853.940,31 ↘
22. - Außerordentliche Erträge	6.351.332,33	3.800	318.755,40	314.955 ↗	-6.032.576,93 ↘
23. - Außerordentliche Aufwendungen	17.799,25	0	402.672,11	402.672 ↗	384.872,86 ↗
24. - Außerordentliches Ergebnis	6.333.533,08	3.800	-83.916,71	-87.717 ↘	-6.417.449,79 ↘
25. - Jahresergebnis	6.457.347,56	-1.435.500	-814.042,54	621.457 ↗	-7.271.390,10 ↘
Erträge aus Interner Leistungsbeziehung	115.700,91	95.000	59.851,41	-35.149 ↘	-55.849,50 ↘
Aufwendungen aus interner Leistungsbeziehung	115.700,91	95.000	59.851,41	-35.149 ↘	-55.849,50 ↘
Ergebnis unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen	6.457.347,56	-1.435.500	-814.042,54	621.457 ↗	-7.271.390,10 ↘

Ertragskonten mit Abweichungen:

Die größten Veränderungen von Planwert (fortg. wenn vorhanden) 2014 zu Ist-Wert 2014 (in Tausend EUR)



3582100 - Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung der Pensionsrückstellung¹

3161000 - Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen²

Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Zu Konto 3013000:

Die Mehrerträge ergeben sich durch unvorhersehbare Berichtigungsveranlagungen zurückliegender Jahre. Zudem ist grundsätzlich schwer vorhersehbar, wie hoch die Gewinne der Betriebe sein werden.

Zu Konto 3582100:

Die Erträge fallen höher als geplant aus, da zum einen die Abrechnung der NVK zur Zeit der Haushaltsplanung 2014 noch nicht vorlag, es Veränderungen zur Hochrechnung 2014 gab und zum anderen ein Versorgungsempfänger verstorben ist.

Zu Konto 3161000:

Bei der Haushaltsplanung für 2014 war noch nicht bekannt, in welcher Höhe Zuwendungen (insbesondere auch für die Stadtsanierung) abgerufen werden und fließen, ihre Auflösung ist an die Aktivierung der bezuschussten Anlagegüter geknüpft. Genaue Inbetriebnahme Daten liegen selten im Voraus vor.

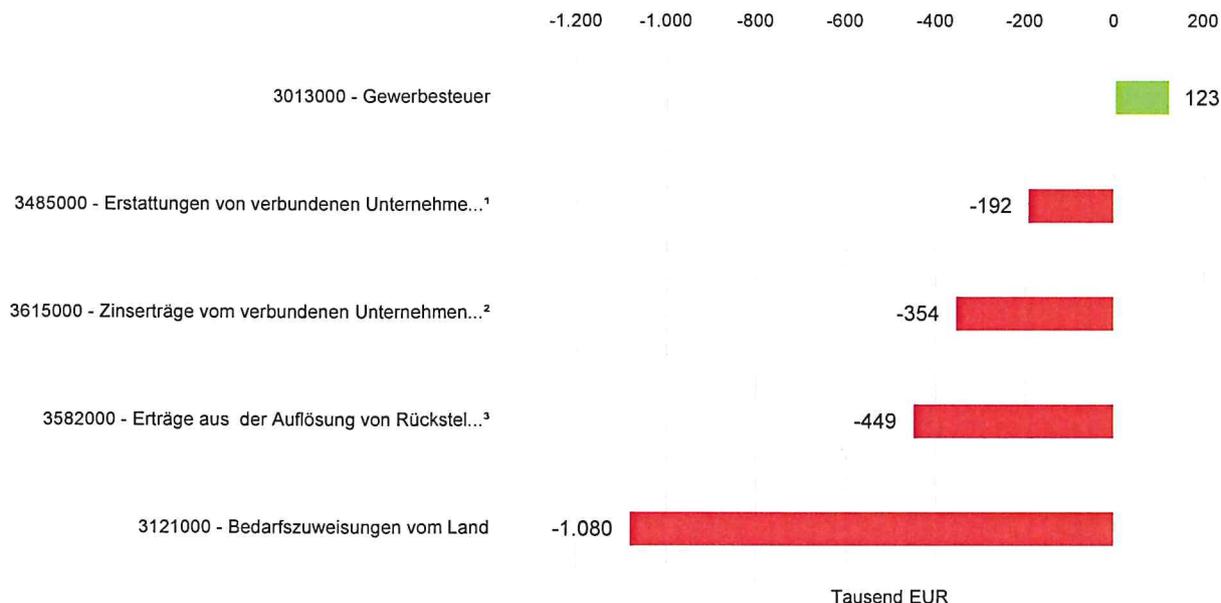
Zu Konto 3421000

Diese Mehrerträge sind beim Produkt 55500. Stadtwald entstanden. Es gab eine extrem hohe Nachfrage nach Holz in 2014.

Zu Konto 3321000:

Die gebührenrechnenden Einrichtungen der Stadt Braunlage wurden nicht so stark in Anspruch genommen wie geplant.

Die größten Veränderungen von Ist-Wert 2013 zu Ist-Wert 2014 (in Tausend EUR)



3485000 - Erstattungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen¹

3615000 - Zinserträge vom verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen²

3582000 - Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen³

Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Zu Konto 3013000:

Die Mehrerträge ergeben sich durch unvorhersehbare Berichtigungsveranlagungen zurückliegender Jahre. Zudem ist grundsätzlich schwer vorhersehbar, wie hoch die Gewinne der Betriebe sein werden.

Zu Konto 3485000:

In 2013 gab es Erträge aus Vorjahren (Nachkalkulation Stadtentwässerung), 2014 gab es keine Erträge aus Nachkalkulationen für abgelaufene Jahre, sondern lediglich Erstattungen von Personalkosten.

Zu Konto 3615000:

In 2013 wurden hier auch die Zinserträge für die Investitionskredite der SBB abgebildet. Analog hierzu wurden dieselben Beträge unter Konto 4517000 als Aufwand (geleistet für SBB) gebucht, so dass keine Auswirkungen auf das Jahresergebnis entstanden. Ab 2014 wird auf die Buchung dieser Zinserträge im städt. Haushalt verzichtet, daher die Abweichung.

Zu Konto 3582000:

In 2013 wurden Inanspruchnahmen von Rückstellungen auf diesem Ertragskonto gebucht. Die korrekte Buchungsweise erfolgt ab 2014 über negativen Aufwand, daher der hohe Rückgang der Erträge im Vergleich zu 2013.

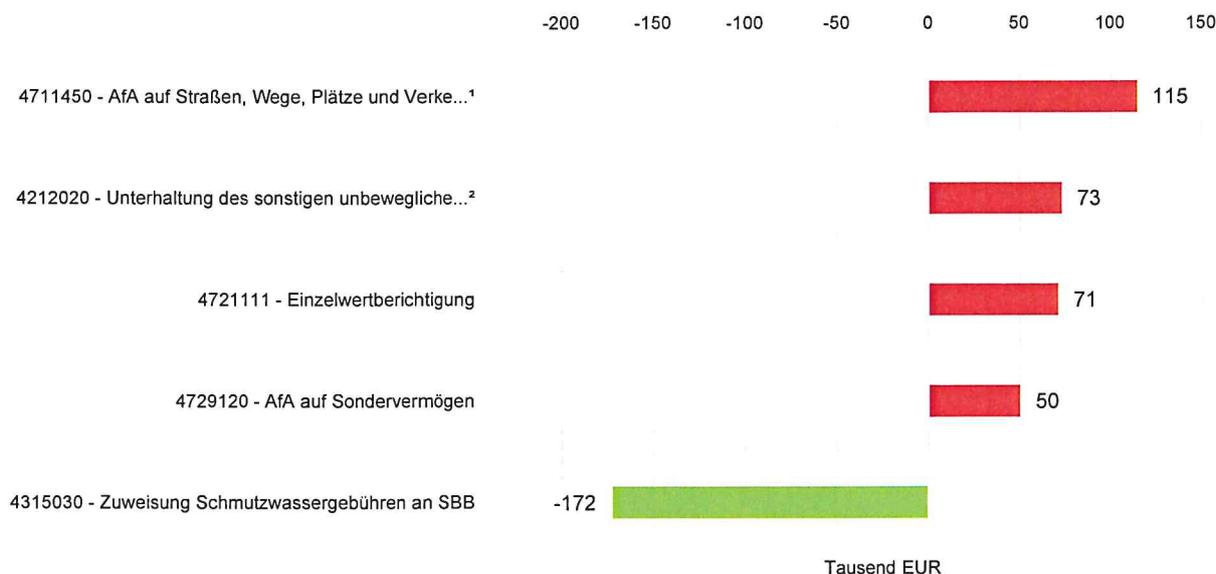
Zu Konto 3121000:

Eine Bedarfszuweisung wurde in 2014 nicht gewährt, da das Jahresergebnis 2013 durch die Auszahlung der Entschuldungshilfe in Millionenhöhe positiv ausgefallen ist. Somit war die Stadt Braunlage für 2014 nicht antragsberechtigt. Die Zahlung einer Bedarfszuweisung ist an die Höhe eines Jahresfehlbetrages des Vorjahres geknüpft.



Aufwandskonten mit Abweichungen:

Die größten Veränderungen von Planwert (fortg. wenn vorhanden) 2014 zu Ist-Wert 2014 (in Tausend EUR)



4711450 - AfA auf Straßen, Wege, Plätze und Verkehrslenkanlagen¹
 4212020 - Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens - SBB -²

Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Zu Konto 4711450:

Die große Abweichung ergibt sich aus der Aktivierung der Anlage im Bau Großparkplatz Braunlage im Jahr 2013. Bei der Haushaltsplanung 2014 waren die Höhe der entstehenden Abschreibungen und auch das Inbetriebnahme Datum nicht bekannt.

Zu Konto 4212020:

In 2014 führten besondere Sachverhalte zu höheren Kosten, die keinen Aufschub duldeten: 8.200 € Beseitigung Rohrbruch auf dem Friedhof in BRL, 12.200 € Müllsammlung nach Großveranstaltung auf dem Parkplatz in BRL, 9.000 für angeordnete Verkehrszeichenschilder, 7.600 € für Baumfällungen, 4.500 € für die Beseitigung von Wildschweinschäden und 19.300 € für die Beseitigung von Vandalismusschäden.

Zu Konto 4721111:

Wertberichtigungen wurden noch nicht in die Planung für 2014 aufgenommen.

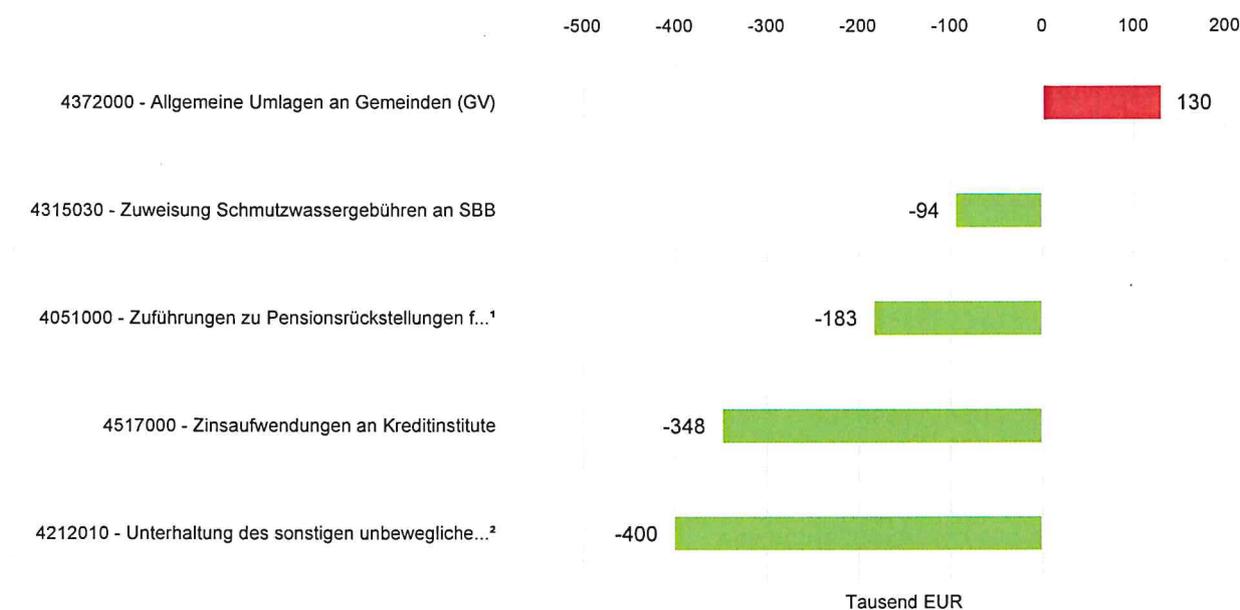
Zu Konto 4729120:

Diese Abschreibung auf die Kapitalrücklage der SBB hätte bereits in 2013 gebucht werden müssen. Sie wird verursacht durch den Jahresabschluss der SBB zum 31.12.2013. Um den gleichen Wert auszuweisen, wird die Abschreibung im städtischen Haushalt nun in 2014 vorgenommen.

Zu Konto 4315030:

Die Zuweisungen orientieren sich am Verbrauch und an den tatsächlichen Leistungen. Fallen diese niedriger aus, sind auch die Zuweisungen entsprechend niedriger als bei der Planung.

Die größten Veränderungen von Ist-Wert 2013 zu Ist-Wert 2014 (in Tausend EUR)



4051000 - Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beamte und Arbeitnehmer¹

4212010 - Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens²

Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Zu Konto 4372000:

Die Festsetzung der Kreisumlage ist abhängig von der Steuerkraft der Stadt Braunlage und von den Umlagesätzen, die der Kreistag jährlich neu festsetzen kann. In 2013 war die Steuerkraft der Stadt Braunlage geringer als in 2014, daher fiel der Aufwand für die Kreisumlage niedriger aus.

Zu Konto 4315030:

Die Zuweisungen an die SBB hängen vom Verbrauch ab. Ist dieser geringer, fallen auch die Zuweisungen geringer aus.

Zu Konto 4051000:

Die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen unterliegen starken Schwankungen. Die Abrechnung der Nds. Versorgungskasse ergab keine Zuführungen für 2014, sondern Herabsetzungen.

Zu Konto 4517000:

In 2013 wurden hier auch die Zinsaufwendungen für die Investitionskredite der SBB abgebildet. Analog hierzu wurden dieselben Beträge unter Konto 3615000 als Ertrag (geleistet durch die SBB) gebucht, so dass keine Auswirkungen auf das Jahresergebnis entstanden. Ab 2014 wird auf die Buchung dieser Zinsaufwendungen im städt. Haushalt verzichtet, daher die Abweichung.

Zu Konto 4212010:

Bei der Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens wurden in 2013 gebildete Rückstellungen in Anspruch genommen, die Maßnahmen wurden nachgeholt (insbesondere bei den Gemeindestraßen).

Da Rückstellungen über negativen Aufwand gebucht werden, wirkt sich das positiv auf das Jahresergebnis aus. Daher konnte der Aufwand im Verhältnis zu 2013 extrem gesenkt werden.

Art und Höhe der wesentlichen außerordentlichen Erträge und Aufwendungen gemäß § 55 Abs. 2 Nr. 3 GemHKVO

außerordentliche Erträge

Im Berichtsjahr 2014 betragen die außerordentlichen Erträge 318.755,40 EUR. Die wesentlichen Sachverhalte sind:

Sonstige außergewöhnliche Erträge: Auflösung von Sonderposten aus den Zuweisungen für die Wurmberg- schanze in Braunlage	310.670,70 Euro
Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	8.084,70 Euro

außerordentliche Aufwendungen

Im Berichtsjahr 2014 betragen die außerordentlichen Aufwendungen 402.672,11 EUR. Die wesentlichen Sachverhalte sind:

Außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachvermögen: Abbruch der Wurm- bergschanze in Braunlage und ihrer Stromversorgung	391.305,52 Euro
Abbruch des Aufbaus von 2 Buswarte- häuschen	10.464,20 Euro

3.2 Übersicht Finanzrechnung (nach GemHKVO)

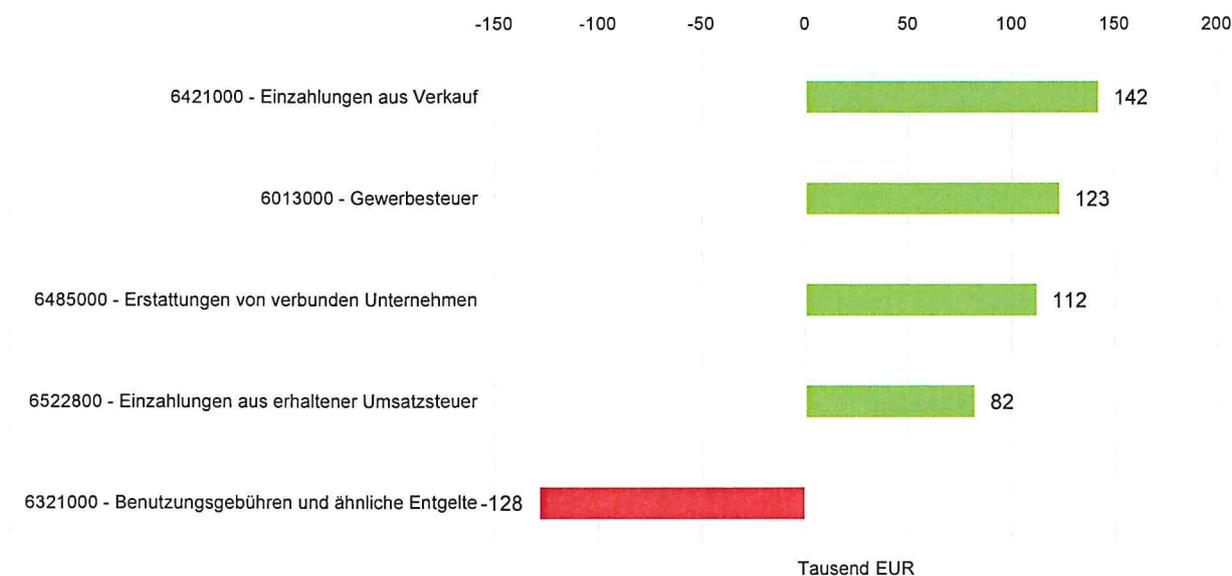
	Erg. 2013	Plan 2014	Erg. 2014	Abw. zu Plan. 2014	Abw. zu Ergebnis 2013
1. - Steuern und ähnliche Abgaben	5.230.788,51	5.188.200	5.402.356,26	214.156 ↗	171.567,75 ↗
2. - Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.885.374,08	1.787.100	1.829.198,77	42.099 ↗	-1.056.175,31 ↘
3. - sonstige Transfereinzahlungen	6.212.381,07	--	--	--	-6.212.381,07 ↘
4. - öffentlich-rechtliche Entgelte	4.836.177,00	5.105.300	4.915.236,25	-190.064 ↘	79.059,25 ↗
5. - privatrechtliche Entgelte	207.311,08	159.600	318.263,21	158.663 ↗	110.952,13 ↗
6. - Kostenerstattungen und Kostenumlagen	404.634,87	182.600	289.831,39	107.231 ↗	-114.803,48 ↘
7. - Zinsen und ähnliche Einzahlungen	388.499,31	38.400	26.633,46	-11.767 ↘	-361.865,85 ↘
9. - sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	627.864,46	396.600	686.205,16	289.605 ↗	58.340,70 ↗
10. - Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	20.793.030,38	12.857.800	13.467.724,50	609.925 ↗	-7.325.305,88 ↘
11. - Personalauszahlungen	2.871.851,85	2.913.900	2.869.330,47	-44.570 ↘	-2.521,38 →
12. - Versorgungsauszahlungen	36.050,85	33.600	-4.896,60	-38.497 ↘	-40.947,45 ↘
13. - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für den Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	3.074.824,99	2.909.200	3.036.372,03	127.172 ↗	-38.452,96 ↘

	Erg. 2013	Plan 2014	Erg. 2014	Abw. zu Plan. 2014	Abw. zu Ergebnis 2013
14. - Zinsen und ähnliche Auszahlungen	492.209,81	195.000	140.730,15	-54.270 ↘	-351.479,66 ↘
15. - Transferauszahlungen	7.510.204,34	7.649.400	7.783.780,89	134.381 ↗	273.576,55 ↗
16. - sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	686.207,77	412.700	602.108,65	189.409 ↗	-84.099,12 ↘
17. - Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.671.349,61	14.113.800	14.427.425,59	313.626 ↗	-243.924,02 ↘
18. - Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	6.121.680,77	-1.256.000	-959.701,09	296.299 ↗	-7.081.381,86 ↘
19. - Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.139.053,83	597.500	350.650,57	-246.849 ↘	-788.403,26 ↘
20. - Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	9.634,50	7.000	28.228,10	21.228 ↗	18.593,60 ↗
21. - Veräußerung von Sachvermögen	144.708,00	4.400	6.030,00	1.630 ↗	-138.678,00 ↘
23. - sonstige Investitionstätigkeit	415.177,29	2.900	95.389,20	92.489 ↗	-319.788,09 ↘
24. - Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.708.573,62	611.800	480.297,87	-131.502 ↘	-1.228.275,75 ↘
25. - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	7.000	1.472,64	-5.527 ↘	1.472,64 ↗
26. - Baumaßnahmen	1.492.069,15	985.700	935.125,28	-50.575 ↘	-556.943,87 ↘
27. - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	169.437,62	597.200	462.977,13	-134.223 ↘	293.539,51 ↗
28. - Erwerb von Finanzvermögensanlagen	20.053,43	13.400	22.890,73	9.491 ↗	2.837,30 ↗
29. - aktivierbare Zuwendungen	2.157,30	61.400	53.814,70	-7.585 ↘	51.657,40 ↗
30. - sonstige Investitionstätigkeit	865.000,00	0	0,00	0 →	-865.000,00 ↘
31. - Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.548.717,50	1.664.700	1.476.280,48	-188.420 ↘	-1.072.437,02 ↘
32. - Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	-840.143,88	-1.052.900	-995.982,61	56.917 ↗	-155.838,73 ↘
33. - Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	5.281.536,89	-2.308.900	-1.955.683,70	353.216 ↗	-7.237.220,59 ↘
34. - Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	1.865.000,00	1.052.900	470.000,00	-582.900 ↘	-1.395.000,00 ↘
35. - Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	647.725,08	241.000	208.643,52	-32.356 ↘	-439.081,56 ↘
36. - Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.217.274,92	811.900	261.356,48	-550.544 ↘	-955.918,44 ↘
37. - Finanzmittelveränderung	6.498.811,81	-1.497.000	-1.694.327,22	-197.327 ↘	-8.193.139,03 ↘
38. - haushaltsunwirksame Einzahlungen	14.019.930,29	0	13.874.226,55	13.874.227 ↗	-145.703,74 ↘
39. - haushaltsunwirksame Auszahlungen	8.772.157,60	0	13.694.076,79	13.694.077 ↗	4.921.919,19 ↗
40. - Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	5.247.772,69	0	180.149,76	180.150 ↗	-5.067.622,93 ↘
40a. - Änderung des Bestands an Zahlungsmitteln	11.746.584,50	-1.497.000	-1.514.177,46	-17.177 ↘	-13.260.761,96 ↘

Einzahlungskonten mit Abweichungen:

- aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die größten Veränderungen von Planwert (fortg. wenn vorhanden) 2014 zu Ist-Wert 2014 (in Tausend EUR)



Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Zu Konto 6421000:

Diese Mehreinzahlungen sind beim Produkt 55500. Stadtwald entstanden. Es gab eine extrem hohe Nachfrage nach Holz in 2014.

Zu Konto 6013000:

Die Mehreinzahlungen ergeben sich durch unvorhersehbare Berichtigungsveranlagungen zurückliegender Jahre. Zudem ist grundsätzlich schwer vorhersehbar, wie hoch die Gewinne der Betriebe sein werden.

Zu Konto 6485000:

Mehreinzahlungen aufgrund von Personalkostenerstattungen für 2013, die erst in 2014 eingezahlt worden sind bei 11100 (10.874,13 €), 11110 (22.517,90 €) und bei 11120 (21.209,50 €). Zudem bei der Stadtentwässerung St. Andreasberg/Sonnenberg (Produkt 53810) Einzahlungen in Höhe von 53.603,06 € aus Nachkalkulationen für 2013 und 2010.

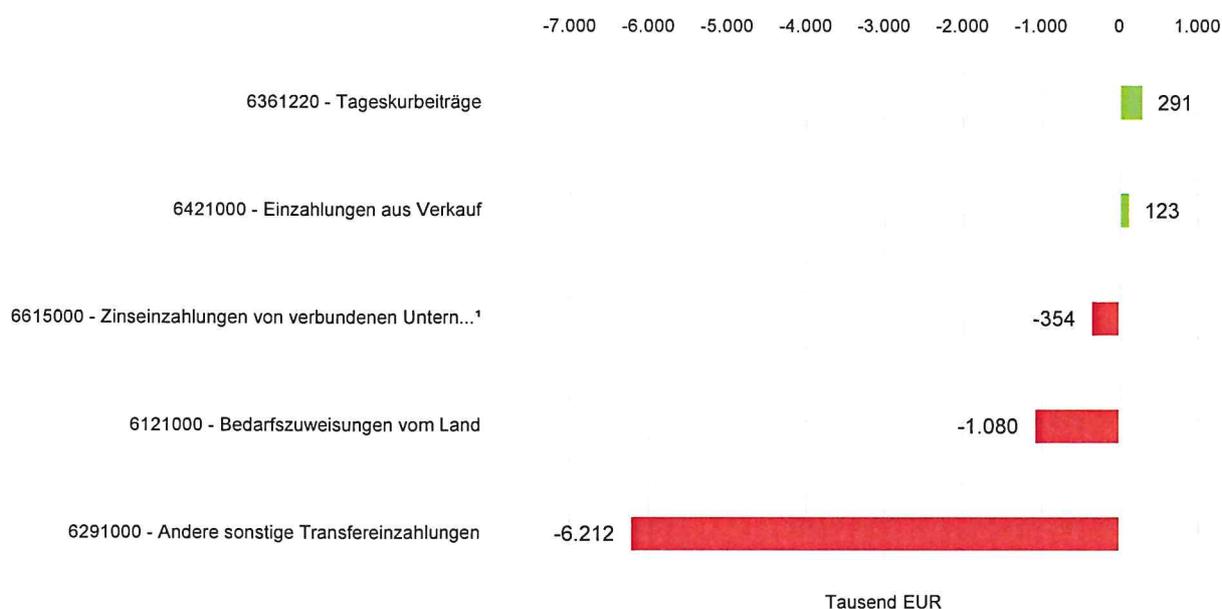
Zu Konto 6522800:

Es handelt sich bei diesem Konto um die Ausgleichbuchungen zur Umsatzsteuer, die systembedingt erfolgen.

Zu Konto 6321000:

Die gebührenrechnenden Einrichtungen der Stadt Braunlage wurden nicht so stark in Anspruch genommen wie geplant.

Die größten Veränderungen von Ist-Wert 2013 zu Ist-Wert 2014 (in Tausend EUR)



6615000 - Zinseinzahlungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen¹

Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Zu Konto 6361220:

Es gab in 2014 ein höheres Gästeaufkommen als in 2013, dies führt zu höheren Einzahlungen aus Tageskurbeiträgen.

Zu Konto 6421000:

Diese erhöhten Einzahlungen sind beim Produkt 55500 Stadtwald entstanden. Es gab eine extrem hohe Nachfrage nach Holz in 2014.

Zu Konto 6615000:

In 2013 wurden hier auch die Zinseinzahlungen für die Investitionskredite der SBB abgebildet. Analog hierzu wurden dieselben Beträge unter Konto 4517000 als Auszahlung (geleistet für SBB) gebucht, so dass keine Auswirkungen auf die Finanzrechnung entstanden. Ab 2014 wird auf die Buchung dieser Zinseinzahlungen im städt. Haushalt verzichtet, daher die Abweichung.

Zu Konto 6121000:

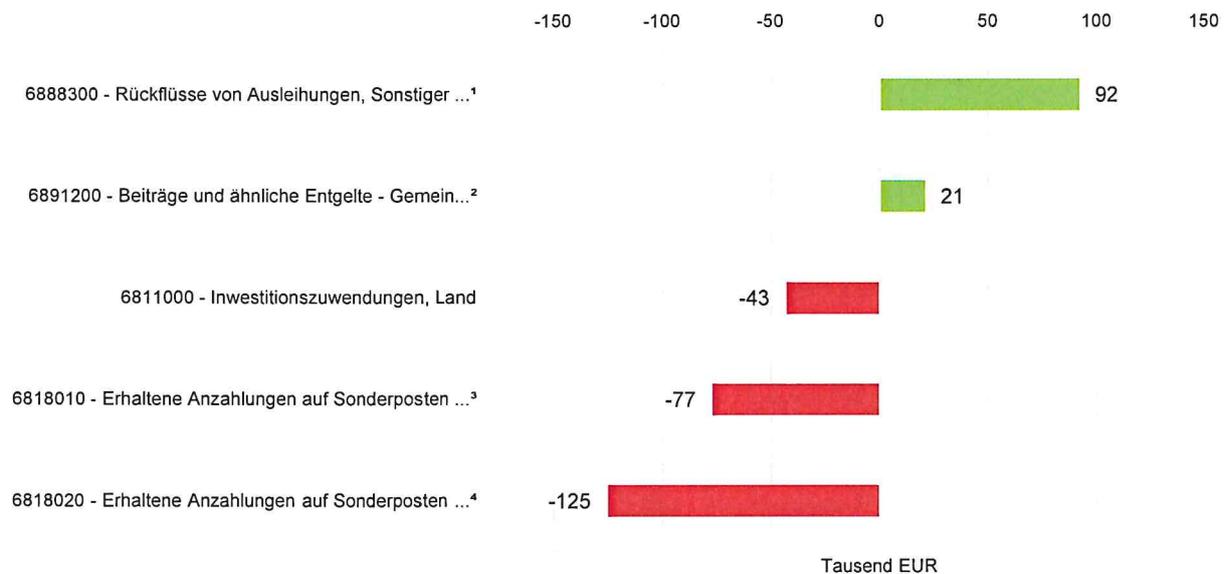
Eine Bedarfszuweisung wurde in 2014 nicht gewährt, da das Jahresergebnis 2013 durch die Auszahlung der Entschuldungshilfe in Millionenhöhe positiv ausgefallen ist. Somit war die Stadt Braunlage für 2014 nicht antragsberechtigt. Die Zahlung einer Bedarfszuweisung ist an die Höhe eines Jahresfehlbetrages des Vorjahres geknüpft.

Zu Konto 6291000:

Eine Entschuldungshilfe durch das Land Niedersachsen wie in 2012 und 2013 wurde in 2014 nicht gezahlt.

- für Investitionstätigkeit

Die größten Veränderungen von Planwert (fortg. wenn vorhanden) 2014 zu Ist-Wert 2014 (in Tausend EUR)



6888300 - Rückflüsse von Ausleihungen, Sonstiger inländischer Bereich mit Laufzeit über 5 Jahre¹

6891200 - Beiträge und ähnliche Entgelte - Gemeinden und Gemeindeverbände²

6818010 - Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten vom Land³

6818020 - Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten vom Bund⁴

Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Zu Konto 6888300:

Vorzeitige und nicht eingeplante Rückzahlung der Darlehen/Ausleihungen an die Wohnbaugesellschaft Braunlage im Jahr 2014.

Zu Konto 6891200:

Zuschuss des Marketingbeirates für Fitnessgeräte im Kurpark (Produkt 42410=19.393,66 €) und für Wintersportmotive der Straßenbeleuchtung (Produkt 54500=8.834,44 €).

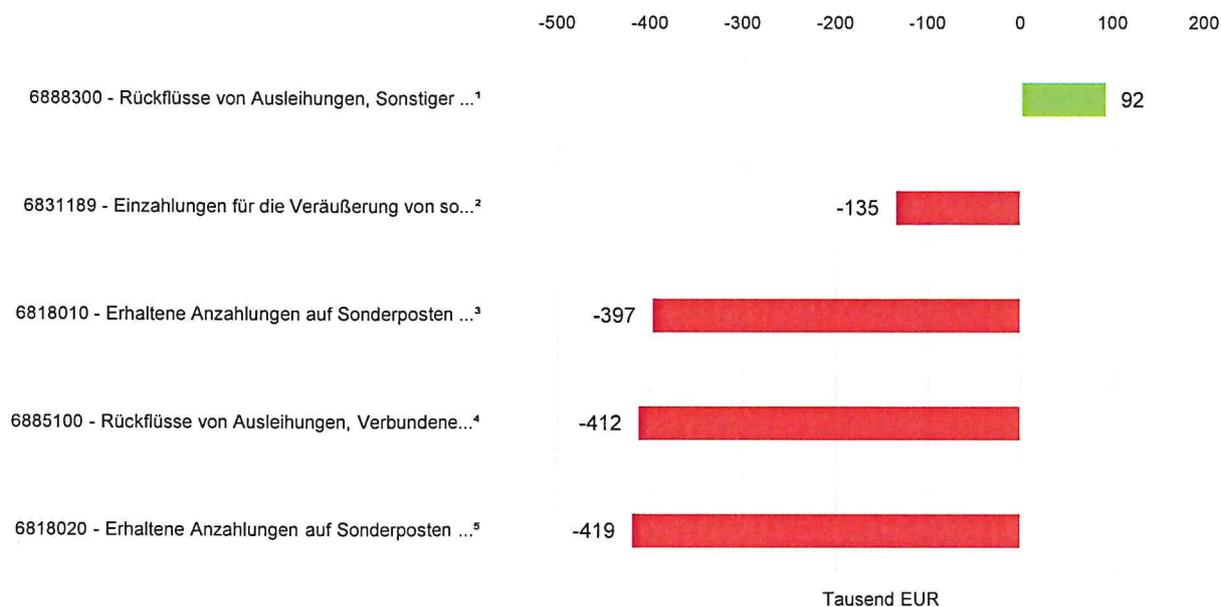
Zu Konto 6811000:

Die Zuwendungen für den Ausbau der Kreuzung B4/L600/Tanner Straße in Höhe von 42.250 € wurde eingezahlt auf Konto 6818010, erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten vom Land. Produkt 54100, Gemeindestraßen.

Zu Konten 6818010 und 6818020

Die Stadt-sanierungsmaßnahmen wurden in 2009 begonnen. Die Finanzierung der Einzelmaßnahmen beansprucht manchmal mehrere Haushaltsjahre. Eine Mittelanforderung ist erst möglich, wenn Auszahlungen vorliegen, daran sind auch die erhaltenen Einzahlungen geknüpft.

Die größten Veränderungen von Ist-Wert 2013 zu Ist-Wert 2014 (in Tausend EUR)



6888300 - Rückflüsse von Ausleihungen, Sonstiger inländischer Bereich mit Laufzeit über 5 Jahre¹

6831189 - Einzahlungen für die Veräußerung von sonstigen Vorräten²

6818010 - Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten vom Land³

6885100 - Rückflüsse von Ausleihungen, Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen mit Laufzeit bis einschl. 1 Jahr⁴

6818020 - Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten vom Bund⁵

Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Zu Konto 6888300:

Vorzeitige und nicht eingeplante Rückzahlung der Darlehen/Ausleihungen an die Wohnbaugesellschaft Braunlage im Jahr 2014.

Zu Konto 6831189:

In 2013 wurden mehrere zum Verkauf stehende Grundstücke veräußert. 2014 dagegen wurden keine unter Vorräten bilanzierten Grundstücke verkauft.

Zu Konten 6818010 und 6818020

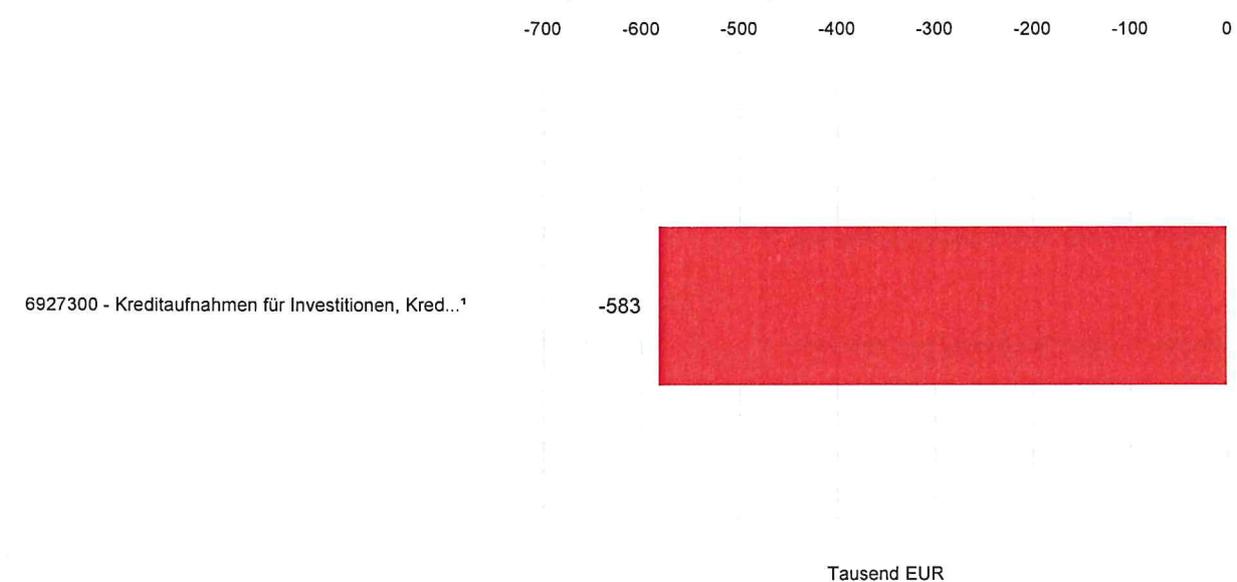
Die Stadt-sanierungsmaßnahmen wurden in 2009 begonnen. Die Finanzierung der Einzelmaßnahmen beansprucht manchmal mehrere Haushaltsjahre. Eine Mittelanforderung ist erst möglich, wenn Auszahlungen vorliegen, daran sind auch die erhaltenen Einzahlungen geknüpft. Dies führt zu hohen Abweichungen im Vergleich unterschiedlicher Jahre.

Zu Konto 6885100:

In 2013 wurden hier die Tilgungen für die Investitionskredite der SBB abgebildet. Ab 2014 wird auf die Buchung dieser Tilgungseinzahlungen im städt. Haushalt verzichtet, daher die Abweichung.

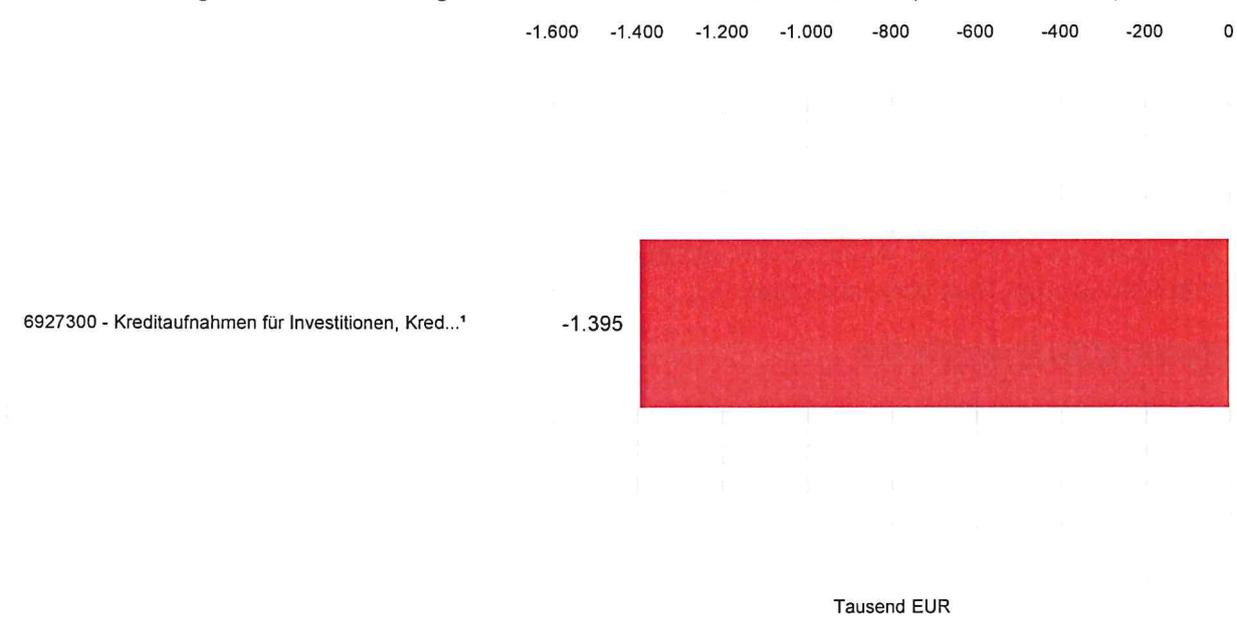
- aus Finanzierungstätigkeit

Die größten Veränderungen von Planwert (fortg. wenn vorhanden) 2014 zu Ist-Wert 2014 (in Tausend EUR)



6927300 - Kreditaufnahmen für Investitionen, Kreditinstitute mit Laufzeit über 5 Jahren in Euro Währung¹

Die größten Veränderungen von Ist-Wert 2013 zu Ist-Wert 2014 (in Tausend EUR)



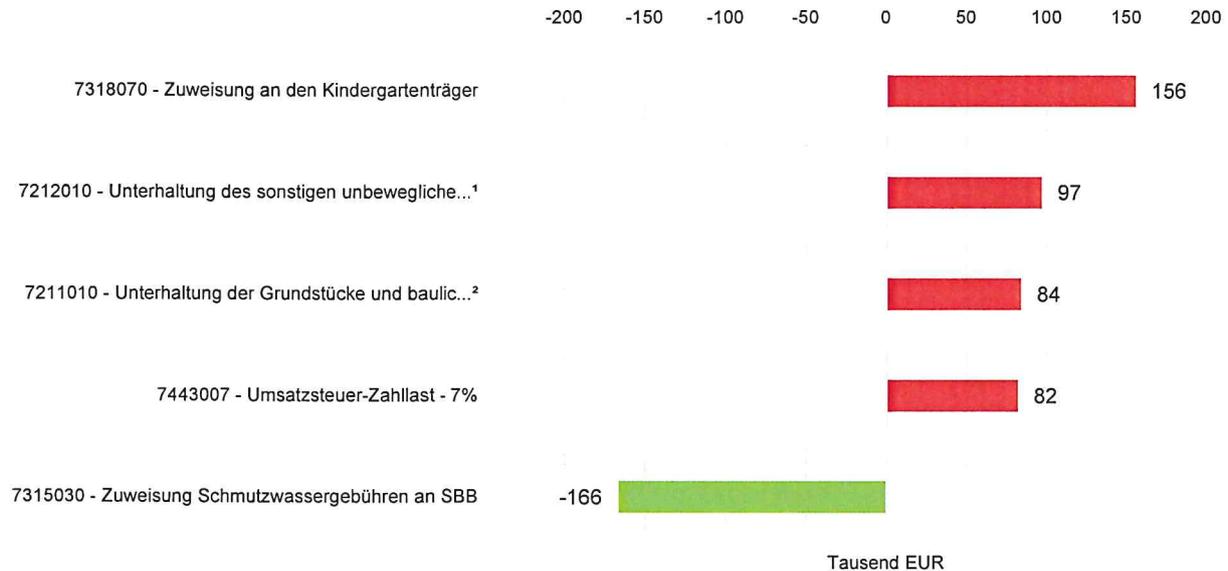
6927300 - Kreditaufnahmen für Investitionen, Kreditinstitute mit Laufzeit über 5 Jahren in Euro Währung¹

Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Die Kreditaufnahme erfolgte zunächst auf Ermächtigungen der Vorjahre. Zudem war der tatsächliche Bedarf in 2014 niedriger, da die Baumaßnahmen nicht in dem zeitlich geplanten Rahmen durchgeführt worden sind. Im Vergleich zu 2013 werden in 2014 nicht mehr die Investitionskredite der SBB abgebildet.

**Auszahlungskonten mit Abweichungen:
- aus laufender Verwaltungstätigkeit**

Die größten Veränderungen von Planwert (fortg. wenn vorhanden) 2014 zu Ist-Wert
2014 (in Tausend EUR)



7212010 - Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens¹
7211010 - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen²

Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Zu Konto 7318070:

158.530,58 € wurden als Zuschuss an den kirchlichen Kindergarten St. Andreasberg für das Jahr 2013 in 2014 ausgezahlt, da die Abrechnung für 2013 erst im Folgejahr vorlag.

Zu Konto 7212010:

Beim Produkt 54100 Gemeindestraßen erfolgten für die Instandhaltungsarbeiten rd. 85.000 € Mehrauszahlungen. Hinzu kommen 59.743,41 € Mehrauszahlungen beim Produkt Stadtwald 55500, die unabdingbar waren, da der Borkenkäfer massiv Holz befallen hat und dagegen mit Insektiziden vorgegangen werden musste. Zur Finanzierung standen erhöhte Verkaufseinzahlungen zur Verfügung.

Zu Konto 7211010:

Die Mehrauszahlungen sind im Wesentlichen auf die Abrissarbeiten bei der Wurmbergschanze (Produkt 42410=65.000 €) und die Fassadenarbeiten am Heimatmuseum in Braunlage (Produkt 25200=46.000 €) zurückzuführen. Für die Arbeiten am Heimatmuseum gab es allerdings eine Rückstellung, so dass zwar der Finanzhaushalt, der Ergebnishaushalt dadurch aber nicht belastet wurde.

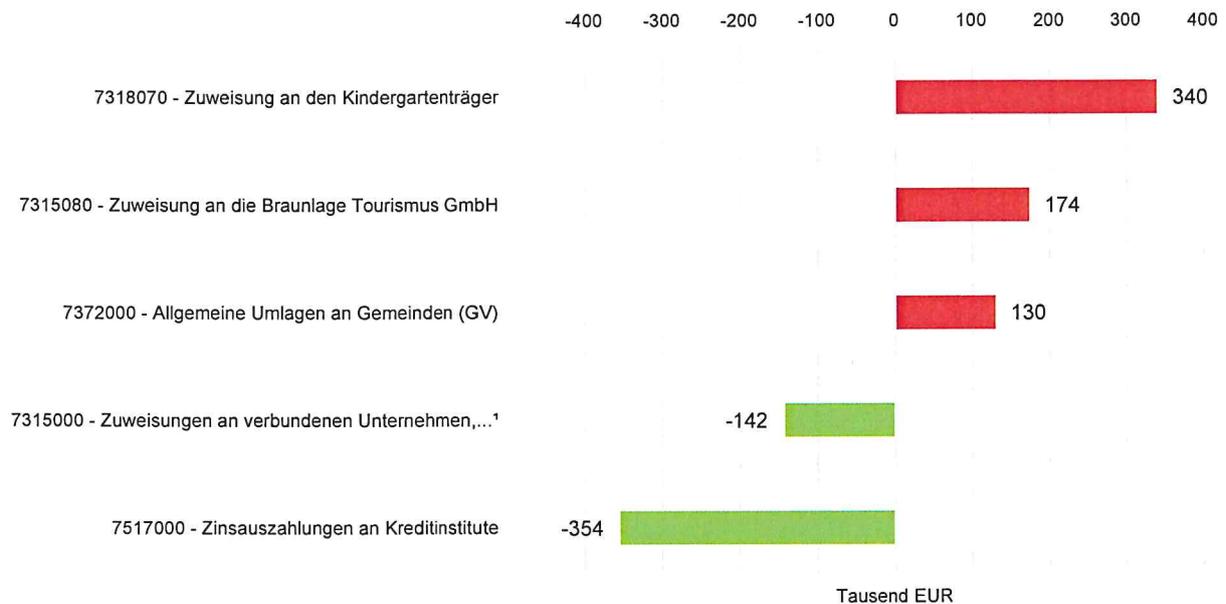
Zu Konto 7443007:

Es handelt sich bei diesem Konto um die Ausgleichbuchungen zur Umsatzsteuer, die systembedingt erfolgen.

Zu Konto 7315030:

Die Zuweisungen an den SBB hängen vom Verbrauch ab. Ist dieser geringer, fallen auch die Zuweisungen geringer aus.

Die größten Veränderungen von Ist-Wert 2013 zu Ist-Wert 2014 (in Tausend EUR)



7315000 - Zuweisungen an verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen¹

Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Zu Konto 7318070:

158.530,58 € wurden als Zuschuss an den kirchlichen Kindergarten St. Andreasberg für das Jahr 2013 in 2014 ausgezahlt, da die Abrechnung für 2013 erst im Folgejahr vorlag. Dazu wurde ein Abschlag für die Personalkosten 2014 in Höhe von 181.474,81 € geleistet. 2013 erfolgten keine Zahlungen.

Zu Konto 7315080:

Ein erhöhtes Gästeaufkommen sorgt auch für erhöhte Zuweisungen an die Braunlage Tourismus GmbH, die die Dienstleistungen für den Kurbetrieb der Stadt Braunlage in Rechnungen stellt.

Zu Konto 7372000:

Die Festsetzung der Kreisumlage ist abhängig von der Steuerkraft der Stadt Braunlage und von den Umlagesätzen, die der Kreistag jährlich neu festsetzen kann. In 2013 war die Steuerkraft der Stadt Braunlage geringer als in 2014, daher fiel die Zahlung der Kreisumlage niedriger aus.

Zu Konto 7315000:

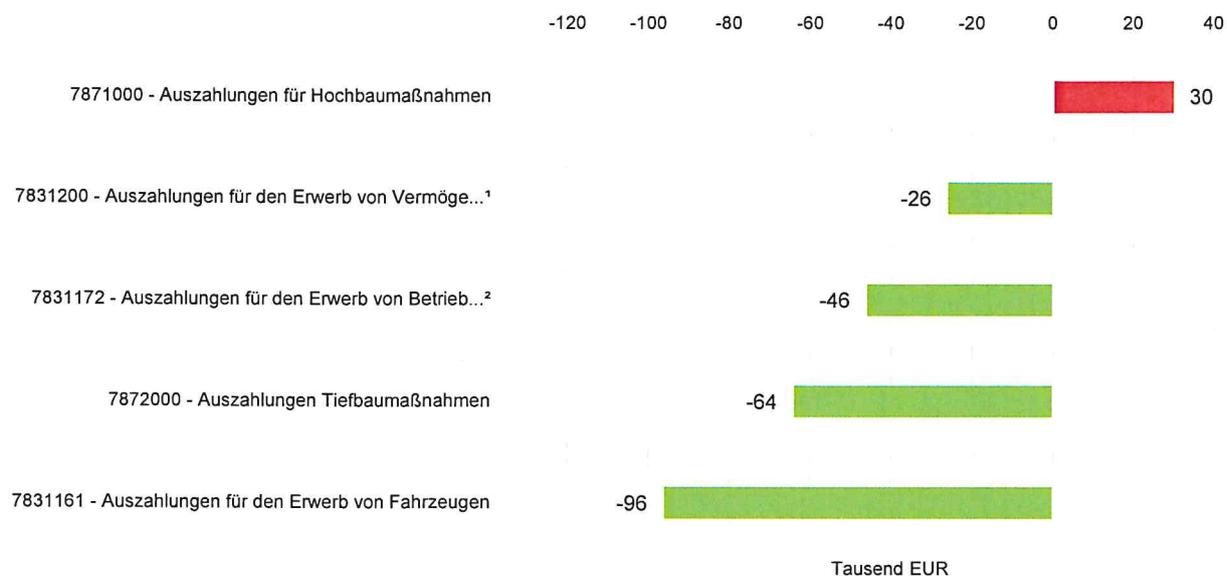
2013 wurde hier der Verlustausgleich an die städt. Kur- und Badeverwaltung St. Andreasberg geleistet. In 2014 wurden keine Leistungen geplant und auch nicht erbracht.

Zu Konto 7517000:

2013 wurden hier auch die Zinsauszahlungen für die Investitionskredite der SBB abgebildet. 2014 wird darauf verzichtet. Daher entsteht die hohe Abweichung.

- für Investitionstätigkeit

Die größten Veränderungen von Planwert (fortg. wenn vorhanden) 2014 zu Ist-Wert 2014 (in Tausend EUR)



7831200 - Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über 150 Euro bis 1.000 Euro (Sammelposten)¹

7831172 - Auszahlungen für den Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattung²

Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Zu Konto 7871000:

Auszahlungen aus Ermächtigungsvorträgen für den Neubau des Feuerwehrgebäudes in Braunlage, Produkt 12600.

Zu Konto 7831200:

Minderauszahlungen zum größten Anteil bei der Grundschule Braunlage, Produkt 21100, da die Ausstattung des EDV-Raumes mit neuen PC verschoben worden ist (20.000 €). Weitere Minderauszahlungen bei den Grundschulen in Hohegeiß und St. Andreasberg.

Zu Konto 7831172:

Diese Minderauszahlungen ergeben sich im Wesentlichen aus der Verschiebung von Anschaffungen in das Folgejahr bei Produkt 12600 (26.769,05 € für die Neuausstattung Digitalfunk und 9.500 € für Beschaffungen für die FFW Hohegeiß) und Produkt 21100 für die Anschaffung eines Whiteboards in Höhe von 5.000 €.

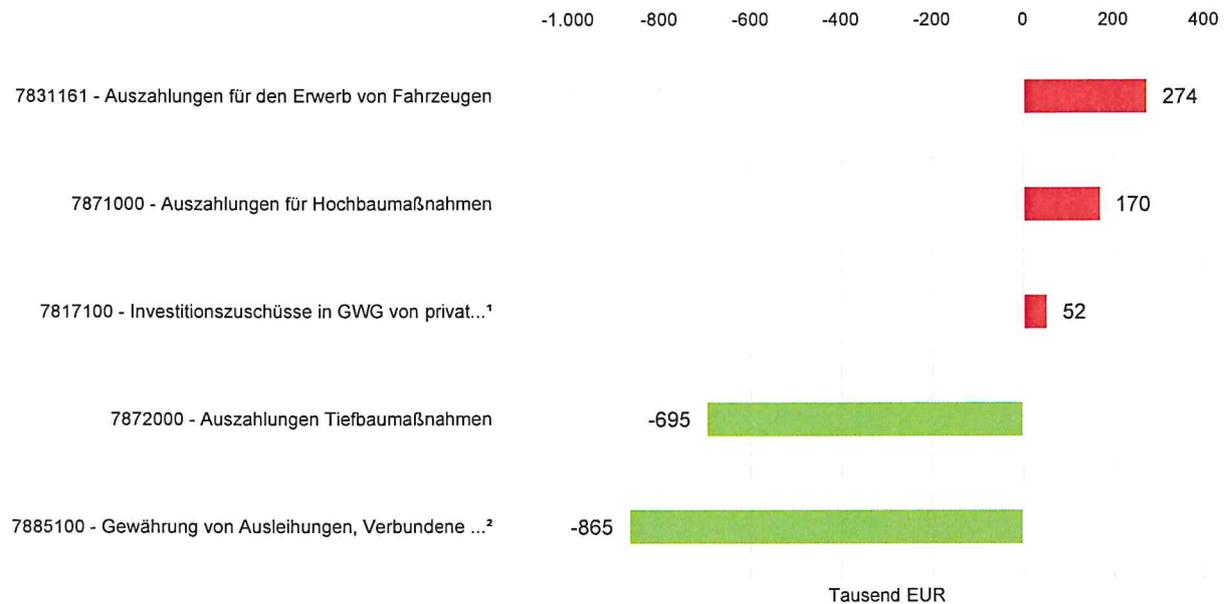
Zu Konto 7872000:

Zuwendungen an die DSK für Leistungen im Rahmen der Stadtsanierung sind niedriger ausgefallen als zunächst geplant.

Zu Konto 7831161:

Die Anschaffung des Gerätewagen Logistik für die FFW Braunlage verzögerte sich in das Jahr 2015, somit erfolgte auch die Auszahlung hierfür in Höhe von 95.373,07 € erst in 2015.

Die größten Veränderungen von Ist-Wert 2013 zu Ist-Wert 2014 (in Tausend EUR)



¹ 7817100 - Investitionszuschüsse in GWG von privaten Unternehmen¹

² 7885100 - Gewährung von Ausleihungen, Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen mit Laufzeit bis einschl. 1 Jahr²

Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Zu Konto 7831161:

2014 wurde ein Tanklöschfahrzeug für die Feuerwehr Braunlage angeschafft.

Zu Konto 7871000:

Auszahlungen aus Ermächtigungsvorträgen für den Neubau des Feuerwehrgebäudes in Braunlage, Produkt 12600.

Zu Konto 7817100:

Zu leistende Auszahlungen für die naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen begründet durch die Rodungsarbeiten am Wurmberg sind in 2014 angefallen in Höhe von 51.535,00 €. 2013 gab es hier keine Auszahlungen.

Zu Konto 7872000:

Zuwendungen an die DSK für Leistungen im Rahmen der Stadtsanierung sind niedriger ausgefallen als 2013.

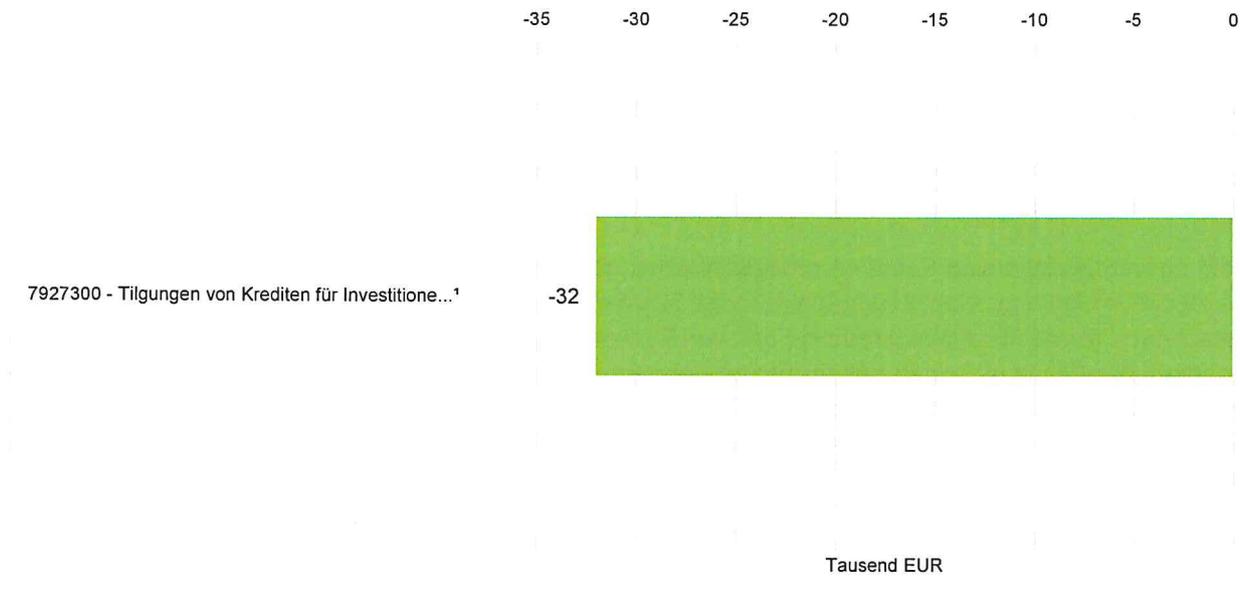
Zu Konto 7885100:

2013 wurden hier auch die Kreditaufnahmen für Investitionen der SBB als Ausleihung an diese abgebildet. Der Betrag belief sich auf 865.000 €. Ab 2014 erfolgen hier keine Buchungen mehr.



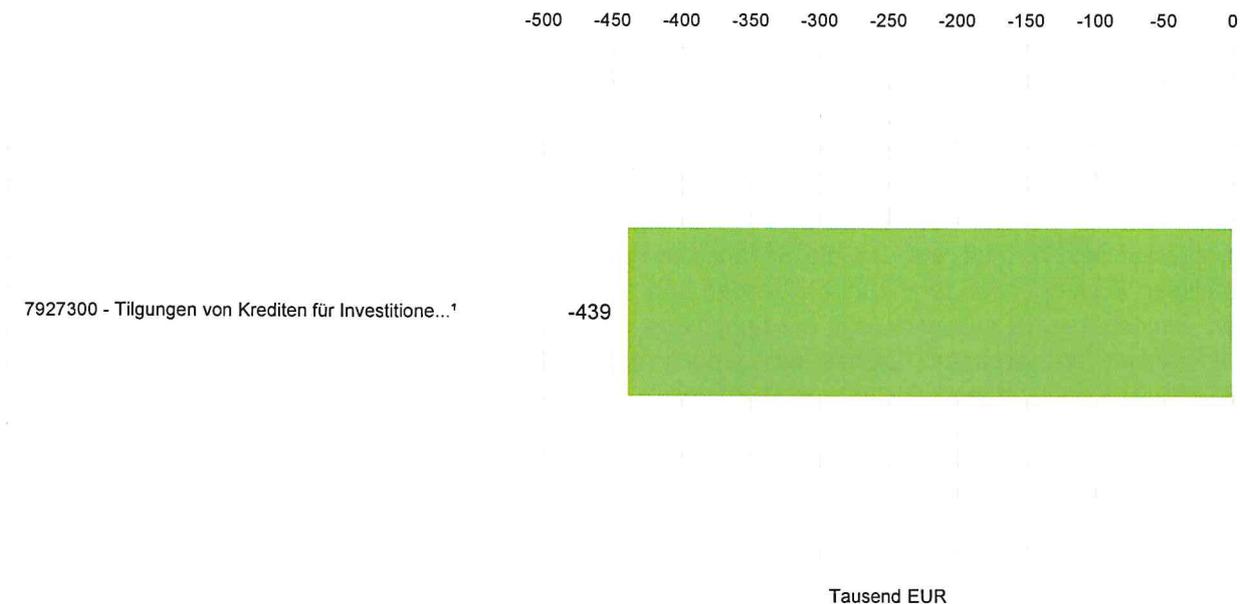
- aus Finanzierungstätigkeit

Die größten Veränderungen von Planwert (fortg. wenn vorhanden) 2014 zu Ist-Wert 2014 (in Tausend EUR)



7927300 - Tilgungen von Krediten für Investitionen, Kreditinstitute mit Laufzeit über 5 Jahren in Euro Währung¹

Die größten Veränderungen von Ist-Wert 2013 zu Ist-Wert 2014 (in Tausend EUR)



7927300 - Tilgungen von Krediten für Investitionen, Kreditinstitute mit Laufzeit über 5 Jahren in Euro Währung¹

Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Die Tilgung ist für die Stadt Braunlage in 2014 geringer ausgefallen als geplant, da auch die Kreditaufnahme geringer als geplant ausgefallen ist. Im Vergleich zu 2013 werden in 2014 nicht mehr die Tilgungen für die Investitionskredite der SBB abgebildet, daher die hohe Veränderung.

4 Weitere Angaben gemäß § 55 Abs. 2 GemHKVO

Gemäß § 55 Abs. 2 Nr. 4 bis 7 GemHKVO sind zusätzliche Angaben im Anhang vorzunehmen. Im Folgenden werden diese angegeben und erläutert:

§ 55 Abs. 2 Nr. 4 GemHKVO - Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungswerte:

Im Berichtsjahr 2014 wurden keine Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungswerte einbezogen.

§ 55 Abs. 2 Nr. 5 GemHKVO - Haftungsverhältnisse, die auch dann anzugeben sind, wenn ihnen gleichwertige Rückgrifforderungen gegenüberstehen:

Haftungsverhältnisse sind Eventualverbindlichkeiten, die nicht innerhalb der Bilanz ausgewiesen werden, die jedoch im Anhang erläutert werden müssen. Hierbei handelt es sich um Risiken, mit deren Eintritt nicht gerechnet wird und die deshalb nicht in Form von Rückstellungen oder Verbindlichkeiten ihren Niederschlag innerhalb der Bilanz gefunden haben. Hierzu gehören insbesondere Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln, aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen sowie Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten.

Für das Berichtsjahr 2014 bestehen keine Haftungsverhältnisse für die Stadt Braunlage.

§ 55 Abs. 2 Nr. 6 GemHKVO - Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können:

Sofern künftige erhebliche finanzielle Verpflichtungen erkennbar sind, ist an dieser Stelle Auskunft zu geben. Dabei handelt es sich um Verpflichtungen, die noch nicht bilanzierungsfähig sind, jedoch zukünftig eine finanzielle Belastung für die Stadt Braunlage darstellen können.

Für das Berichtsjahr 2014 ist festzuhalten, dass sich finanzielle Verpflichtungen aus dem Abriss der Wurmbergschanze in Braunlage ergeben haben. Für den Bau der Wurmbergschanze und ihrer Anlagen sind investive Zuwendungen geflossen, Hauptzuwendungsgeber war das Land Niedersachsen. Die Zuwendungen waren an einen bestimmten Verwendungszweck, die Nutzung der Schanze als Sportstätte, mit einer bestimmten Zweckbindungsdauer (25 Jahre) gebunden. Dieses zeitliche Ziel ist nunmehr nicht erreichbar. Die Schanze musste aus Sicht aller Beteiligten aufgrund von Gefahr im Verzug abgerissen werden. (Einsturzgefahr des Turmes, auf den die Schanze aufgebaut worden ist). Das Land Niedersachsen hat die anteiligen Zuwendungen für die verbleibenden und nicht erreichten Jahre der Zweckbindung zurückgefordert. Zunächst wurde alles versucht, das Land von der unausweichlichen Situation zu überzeugen und eine Rückzahlung abzuwenden. Dieses war jedoch nicht erfolgreich, eine Rückforderung in Höhe von 187.563,91 € plus Zinsen ist im Jahr 2018 erfolgt.

Alle anderen Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können, sind als Rückstellungen berücksichtigt worden.

§ 55 Abs. 2 Nr. 7 GemHKVO – noch nicht abgedeckte Fehlbeträge, getrennt nach den einzelnen Jahren:

Gemäß § 62 Abs. 6 GemHKVO sind noch nicht abgedeckte Sollfehlbeträge aus kameralem Abschluss im Anhang zum Jahresabschluss nach Jahren getrennt anzugeben und zu erläutern.

Der letzte kamerale Jahresabschluss 2011 schloss mit einem Sollfehlbetrag im Verwaltungshaushalt der ehemaligen Bergstadt St. Andreasberg in Höhe von 4.921.467,70 € und der ehemaligen Stadt Braunlage in Höhe von 7.483.032,73 € ab. In diesen Fehlbeträgen war jeweils die Abdeckung aller Fehlbeträge aus den Vorjahren enthalten. Sollfehlbeträge des Vermögenshaushaltes bestanden nicht. In die erste



Eröffnungsbilanz wurde der Sollfehlbetrag des Verwaltungshaushaltes 2011 ohne Haushaltsausgabereste des Vermögenshaushaltes in Höhe von 12.404.500,43 € als Minusbetrag übernommen.

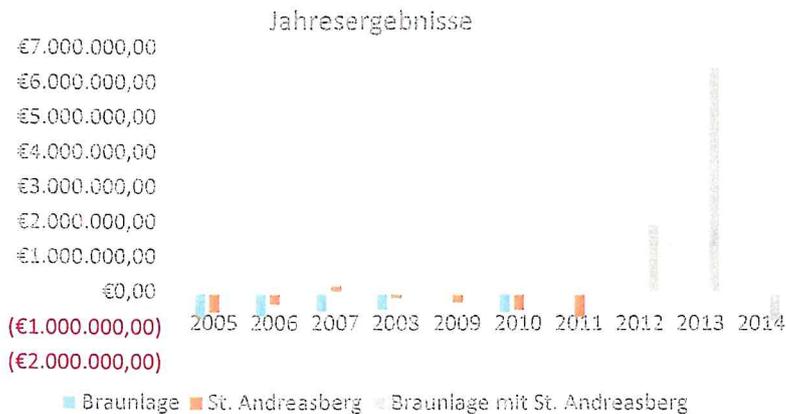
Die Jahresergebnisse 2012 und 2013 wurden entsprechend der Ratsbeschlüsse vom 29.10.2019 und 31.03.2022 mit dem bestehenden kameralen Sollfehlbetrag verrechnet.

Mit dem Jahresabschluss 2014 erhöhen sich die Fehlbeiträge auf knapp 5 Mio. Euro. Es wird vorgeschlagen, diesen Jahresfehlbetrag 2014 in Höhe von -814.042,54 € auf die Rechnung des nachfolgenden Haushaltsjahres 2015 vorzutragen. Bestehende Rücklagen zu einer eventuellen Verrechnung existieren nicht.

Jahr	Ordentliches Ergebnis	Außerordentliches Ergebnis	Jahresergebnis	Kameraler Fehlbetrag (-) aus Vorjahren	Doppische Fehlbeiträge (-) Überschüsse (+)	Summe
2011	-----	-----	-----	-12.404.500,43 €	-----	-12.404.500,43 €
2012	-878.948,11 €	2.835.975,61 €	1.957.027,50 €	-12.404.500,43 €	1.957.027,50 €	-10.447.472,93 €
2013	123.814,48 €	6.333.533,08 €	6.457.347,56 €	-10.447.472,93 €	6.457.347,56 €	-3.990.125,37 €
2014	-730.125,83 €	-83.916,71 €	-814.042,54 €	- 3.990.125,37 €	- 814.042,54 €	-4.804.167,91 €

Es verbleiben damit zum 31.12.2014 noch abzudeckende Fehlbeiträge von knapp 5 Millionen €.

Die Entwicklung der letzten Jahresergebnisse zeigt das nachfolgende Diagramm:



	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Braunlage	-799 T€	-705 T€	-556 T€	-496 T€	-66 T€	-582 T€	-49 T€	1.957 T€	6.457 T€	-814 T€
St. Andreasberg	-572 T€	-332 T€	206 T€	-164 T€	-280 T€	-490 T€	-687 T€			

Art und Höhe der wesentlichen unentgeltlichen Vermögensübertragungen:

Die unentgeltliche Veräußerung ist nach § 125 Abs. 3 NKomVG ist zu begründen. Hierzu liegen im Berichtsjahr 2014 keine Sachverhalte vor.

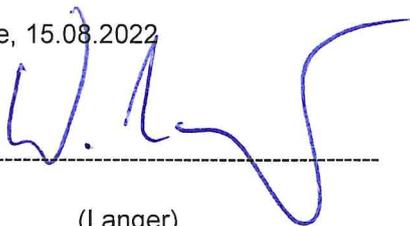
Weitere Erläuterungen:

Rechtsgeschäfte, die keiner Genehmigung bedürfen, sind nach § 121 Abs. 4 Satz 2 NKomVG zu erläutern:

Im Berichtsjahr 2014 gibt es keinen Erläuterungsbedarf.

5 Ort, Datum, Unterschrift des Berechtigten

Braunlage, 15.08.2022



(Langer)

-Bürgermeister-

6 Unterlassen von Angaben und Erläuterungen

Alle erforderlichen Angaben und Erläuterungen gemäß § 128 NKomVG wurden vorgenommen.

7 Anlagen zum Anhang

Dem Anhang werden gemäß § 128 Abs. 3 NKomVG beigefügt:

- Rechenschaftsbericht
- Anlagenübersicht
- Schuldenübersicht
- Rückstellungsübersicht
- Forderungsübersicht
- Übersicht über die in das folgende Jahr 2015 zu übertragenden Haushaltsermächtigungen

Stadt Braunlage

Rechenschaftsbericht

2014



Braunlage



St. Andreasberg



Hohegeiß

Inhaltsverzeichnis

1 Vorbemerkungen und rechtliche Grundlagen.....	2
2 Jahresergebnis	3
2.1 Ergebnishaushalt / Ergebnisrechnung	3
2.1.1 Ergebnislage	3
2.1.2 Ertragslage	5
2.1.3 Aufwandslage.....	14
2.2 Finanzhaushalt / Finanzrechnung.....	19
2.2.1 Allgemeine Entwicklung	19
2.2.2 Investitionstätigkeit	20
3 Vermögens- und Schuldenlage	28
4 Kennzahlen.....	31
4.1 Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage sowie zum Haushaltsergebnis	31
4.1.1 Steuern.....	31
4.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen.....	36
4.1.3 Personalaufwand.....	38
4.1.4 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	39
4.1.5 Transferaufwendungen	41
4.1.6 Haushaltsergebnis.....	43
4.2 Kennzahlen zur Bilanz / weitere NKR-Kennzahlen	46
4.2.1 Kennzahlen zur Vermögenslage	46
4.2.2 Kennzahlen zur Kapitalstruktur (haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation)	49
4.2.3 Kennzahlen zur Finanzstruktur und Verschuldung	51
5 Prognosebericht - Risiken und Chancen.....	53
5.1 Entwicklung von Jahresergebnis und Eigenkapital	53
5.2 Entwicklung der Verschuldung.....	55
5.3 Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur	57
5.4 Wirtschaft und Arbeitsmarkt.....	59

1 Vorbemerkungen und rechtliche Grundlagen

Vorbemerkungen

Nach § 128 Absatz 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) ist dem Anhang des Jahresabschlusses ein Rechenschaftsbericht beizufügen.

Im Rechenschaftsbericht sind gem. § 57 der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung - GemHKVO -, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Kommune darzustellen. Dabei wird eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen. Der Rechenschaftsbericht soll auch Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, und zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung darstellen.

Der Jahresabschluss 2014 der Stadt Braunlage ist der dritte doppelte Abschluss. Aus diesem Grunde sind Vergleiche nur mit 2012 und 2013 möglich und sinnvoll. Eine Vergleichbarkeit mit weiteren zurückliegenden (und damit kamerale) Jahresabschlüssen ist nicht aussagekräftig.

Ziel ist es, mit der Vorlage weiterer Jahresabschlüsse standardmäßig 5 Jahre zum Vergleich heranzuziehen.

Vergleichswert

Als Vergleichswert dient der Median. Bei dem Median handelt es sich um den mittleren Wert innerhalb einer Vergleichsgröße. Wenn die Vergleichsgröße z.B. 31 Kommunen beträgt, so ist der Median die 16. Kommune innerhalb des Vergleichs. Im Gegensatz zum Mittelwert werden Ausreißer nicht berücksichtigt.

Basis für die im Bericht ausgewiesenen statistischen Werte sind Kennzahlenergebnisse, die aus Kommunen mehrerer Vergleichsringe stammen können.

Dabei wurden die folgenden Parameter zugrunde gelegt:

Kommunenarten: kreisangehörige Stadt, Gemeinde

Einwohner von: 3000 bis 10000

Bundesländer: Niedersachsen

Kommunen insgesamt: 17

Die Vergleichsbasis kann dabei je Kennzahl variieren, da nicht zwingend jede Kommune für jede Kennzahl und jedes Auswahljahr Daten beisteuert.

Hinsichtlich der Abweichungen zum Vorjahr und insbesondere zum Haushaltsansatz wird auf die Erläuterungen im Anhang zum Jahresabschluss 2014 verwiesen. In diesem Bericht werden nur noch einmal die wesentlichsten Abweichungen erläutert. Als wesentlich wird im Bereich der einzelnen Positionen eine Abweichung von > 10%, mindestens jedoch von 5.000 €, des Ansatzes angesehen.

2 Jahresergebnis

Für die Beurteilung der kommunalen Haushalte wird nach dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz vorrangig auf die Erträge und Aufwendungen abgestellt, die den Maßstab für den Haushaltsausgleich darstellen. Gemäß § 110 Abs. 4 NKomVG muss der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge mindestens dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge dem Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen entspricht.

Ein positives Jahresergebnis erhöht die Nettoposition in der Bilanz, ein negatives Jahresergebnis belastet die Nettoposition. Langfristig ist ein ausgeglichenes Ergebnis notwendig, um u. a. eine Generationengerechtigkeit sicherzustellen.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 814.042,54 EUR ab.

2.1 Ergebnishaushalt / Ergebnisrechnung

Das Jahresergebnis berechnet sich aus folgenden Ergebnisteilen:

-730.125,83 € Ergebnis der ordentlichen Tätigkeit (ordentliches Ergebnis)
<u>-83.916,71 € Ergebnis der außerordentlichen Tätigkeit (außerordentliches Ergebnis)</u>
<u>= -814.042,54 € Jahresergebnis</u>

2.1.1 Ergebnislage

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die öffentlichen Haushalte und auch die Kommunen profitieren seit Jahren von der unerwartet schnellen Erholung der deutschen Wirtschaft von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Die bei Bund, Ländern und Kommunen eingehenden Steuereinnahmen sind aufgrund dieser konjunkturellen Entwicklung in den vergangenen Perioden stetig gestiegen. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es starke regionale Unterschiede – insbesondere auf kommunaler Ebene – gibt und der noch abzutragende Schuldenberg der deutschen Kommunen weiterhin nach einer langfristig ausgelegten Konsolidierungsstrategie der öffentlichen Haushalte verlangt. Auch stellt sich der demografische Wandel zunehmend als Herausforderung für die deutschen Kommunen dar. Neben steigenden Sozialtransferaufwendungen, die direkt oder über Umlagen die kommunalen Haushalte belasten, zeigt sich vielerorts die Anforderung, die Infrastruktur und deren Einrichtungen an die sich ändernden Bedürfnisse der Bürgerschaft anzupassen.

Trotz der massiven Erholung der Steuereinnahmen der vergangenen Jahre steht also nach wie vor die Konsolidierung der öffentlichen Ausgaben im Vordergrund, um eine ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung in den Kommunen zukunftssicher gestalten zu können.

Auf die Stadt Braunlage bezogen ist festzuhalten, dass für die dauerhafte Leistungsfähigkeit weitere Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu treffen sind. Das Jahresergebnis 2013 war einzigartig durch die Entschuldungshilfe des Landes Niedersachsen an die Stadt Braunlage. Bereits in 2014 wird mit dem negativen Jahresergebnis deutlich, dass die Stadt Braunlage aus eigener Kraft den ausgeglichenen Haushalt nicht erreichen kann.

Jahresergebnis

Der Jahresfehlbetrag 2014 beträgt -814.042,54 EUR. Die Veränderung zum Vorjahresergebnis 2013 beträgt -7.271.390,10 EUR. Gegenüber dem geplanten Ergebnis in Höhe von -1.435.500 EUR ergibt sich eine Abweichung in Höhe von 621.457,46 EUR.

Die Ergebnisse im Überblick

Nachfolgend wird das Ergebnis im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres sowie im Vergleich zur Haushaltsplanung dargestellt:

Ergebnis im Vergleich

	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Abweichung 2014 %
Ordentliche Erträge	15.879.205,48	13.396.000	14.110.196,35	714.196,35 ↗	5,33 ↗
Ordentliche Aufwendungen	15.755.391,00	14.835.300	14.840.322,18	5.022,18 →	0,03 →
Ordentliches Ergebnis (ohne Überschuss)	123.814,48	-1.439.300	-730.125,83	709.174,17 ↗	49,27 ↗
Außerordentliche Erträge	6.351.332,33	3.800	318.755,40	314.955,40 ↗	8.288,30 ↗
Außerordentliche Aufwendungen	17.799,25	0	402.672,11	402.672,11 ↗	-- ↗
Außerordentliches Ergebnis (ohne Überschuss)	6.333.533,08	3.800	-83.916,71	-87.716,71 ↘	-2.308,33 ↘
Gesamtergebnis	6.457.347,56	-1.435.500	-814.042,54	621.457,46 ↗	43,29 ↗

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung Defizite entstehen. Das außerordentliche Ergebnis ist hier nicht enthalten. Langfristig gesehen ist ein positives ordentliches Ergebnis zwingend notwendig, um eine Überschuldung zu verhindern.

Das ordentliche Ergebnis schließt in Höhe von -730.125,83 EUR ab. Im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres 2014 beträgt die Veränderung -853.940,31 EUR. Gegenüber dem geplanten ordentlichen Ergebnis ergibt sich eine Abweichung in Höhe von 709.174,17 EUR.

Außerordentliches Ergebnis

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das außerordentliche Ergebnis in Höhe von -83.916,71 EUR in das Jahresergebnis ein. Gegenüber dem Plan in Höhe von 3.800 EUR ergibt sich eine Abweichung von -87.716,71 EUR. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis 2013 beträgt die Abweichung -6.417.449,79 EUR.

Nettoposition, Rücklagen und Sonderposten

Jahresergebnisse haben Auswirkungen auf die Nettoposition der Bilanz, insbesondere auf den Teil der Rücklagen. Bei negativen Jahresergebnissen kommt es zu Entnahmen aus Rücklagen, bei positiven Jahresergebnissen zu Einstellungen in Rücklagen. Da die Stadt Braunlage mit einem negativen Kameralssollfehlbetrag in die doppische Rechnungslegung übergegangen ist, sind keine Rücklagen vorhanden. Die

positiven Jahresergebnisse aus 2012 und 2013 sind nach den gesetzlichen Vorschriften mit diesem verrechnet worden und haben den negativen Betrag um 8.414.375,06 € verringert.

In der nachfolgenden Tabelle wird die Entwicklung der Nettoposition und insbesondere der Rücklagen im Zeitverlauf dargestellt.

Rücklagenentwicklung

	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014
1. - Nettoposition	0	0	6.395.342	13.659.333	12.252.842
1.1 - Basis-Reinvermögen	0	0	-1.830.980	262.175	6.769.188
1.2 - Rücklagen	0	0	0	0	0
1.2.1 - Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0	0	0	0	0
1.2.2 - Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0	0	0	0	0
1.2.3 - Bewertungsrücklage	0	0	0	0	0
1.2.4 - Zweckgebundene Rücklagen	0	0	0	0	0
1.2.5 - Sonstige Rücklagen	0	0	0	0	0
1.3 - Jahresergebnis	0	0	1.957.028	6.457.348	-814.043
1.4 - Sonderposten	0	0	6.269.294	6.939.811	6.297.697

2.1.2 Ertragslage

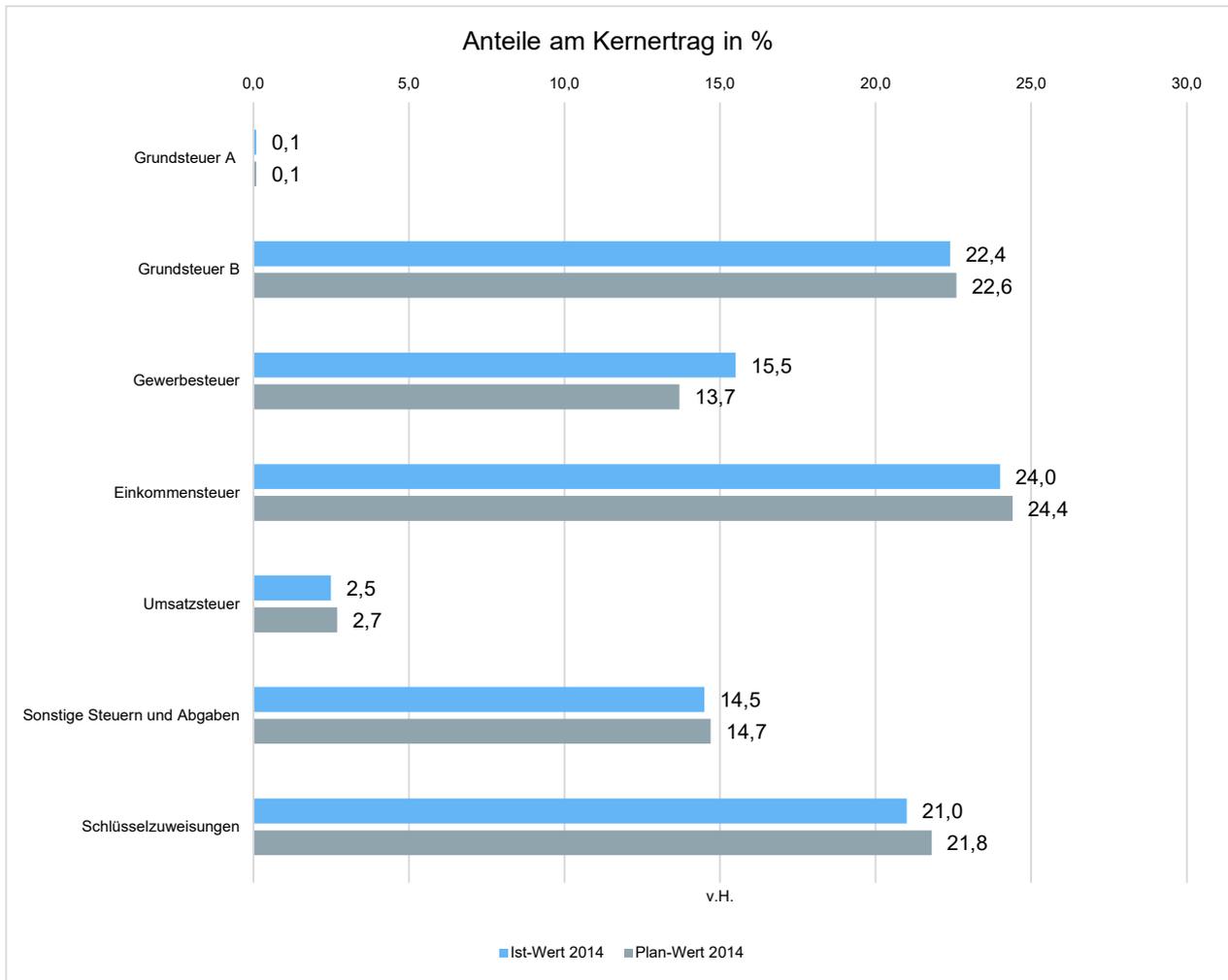
2.1.2.1 Erträge Allgemein

Zusammensetzung der Kernfinanzierungsmasse

In der nachfolgenden Grafik wird der prozentuale Anteil der einzelnen Steuerarten bzw. der Schlüsselzuweisungen an der Kernfinanzierungsmasse des Haushaltes abgebildet. Die Kernfinanzierungsmasse ist die Summe aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie Schlüsselzuweisungen. Durch die jeweiligen Anteile wird erkennbar, welche Bedeutung die einzelnen Ertragsarten haben.

Grundsätzlich sollte der Anteil der Real- und Gemeinschaftssteuern am Kernertrag des Haushaltes hoch und der aus Schlüsselzuweisungen niedrig sein, weil ansonsten eine hohe Abhängigkeit von Mitteln aus dem Finanzausgleich besteht.

Das nachfolgende Diagramm zeigt die Anteile der einzelnen Steuerarten bzw. Schlüsselzuweisungen an der Kernfinanzierungsmasse, auch im Vergleich zum Planansatz.



Entwicklung der einzelnen Ertragsarten im Überblick

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Ertragsarten zu den Planwerten.

Ertragsarten im Überblick

	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Abweichung 2014 %
Steuern und ähnliche Abgaben	5.205.157,90	5.188.200	5.515.478,29	327.278,29 ↗	6,31 ↗
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.871.327,78	1.787.100	1.848.621,01	61.521,01 ↗	3,44 ↗
Auflösungserträge aus Sonderposten	435.655,43	346.200	471.112,61	124.912,61 ↗	36,08 ↗
sonstige Transfererträge	79.131,07	--	--	--	--
öffentlich-rechtliche Entgelte	5.021.595,16	5.105.300	4.913.652,03	-191.647,97 ↘	-3,75 ↘
privatrechtliche Entgelte	207.591,86	159.600	257.193,67	97.593,67 ↗	61,15 ↗
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	418.474,18	182.600	168.575,87	-14.024,13 ↘	-7,68 ↘
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	400.785,22	43.000	34.914,81	-8.085,19 ↘	-18,80 ↘

	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Abweichung 2014 %
sonstige ordentliche Erträge	1.239.486,88	584.000	900.648,06	316.648,06 ↗	54,22 ↗
Ordentliche Erträge	15.879.205,48	13.396.000	14.110.196,35	714.196,35 ↗	5,33 ↗
außerordentliche Erträge	6.351.332,33	3.800	318.755,40	314.955,40 ↗	8.288,30 ↗
Summe der Erträge	22.230.537,81	13.399.800	14.428.951,75	1.029.151,75 ↗	7,68 ↗

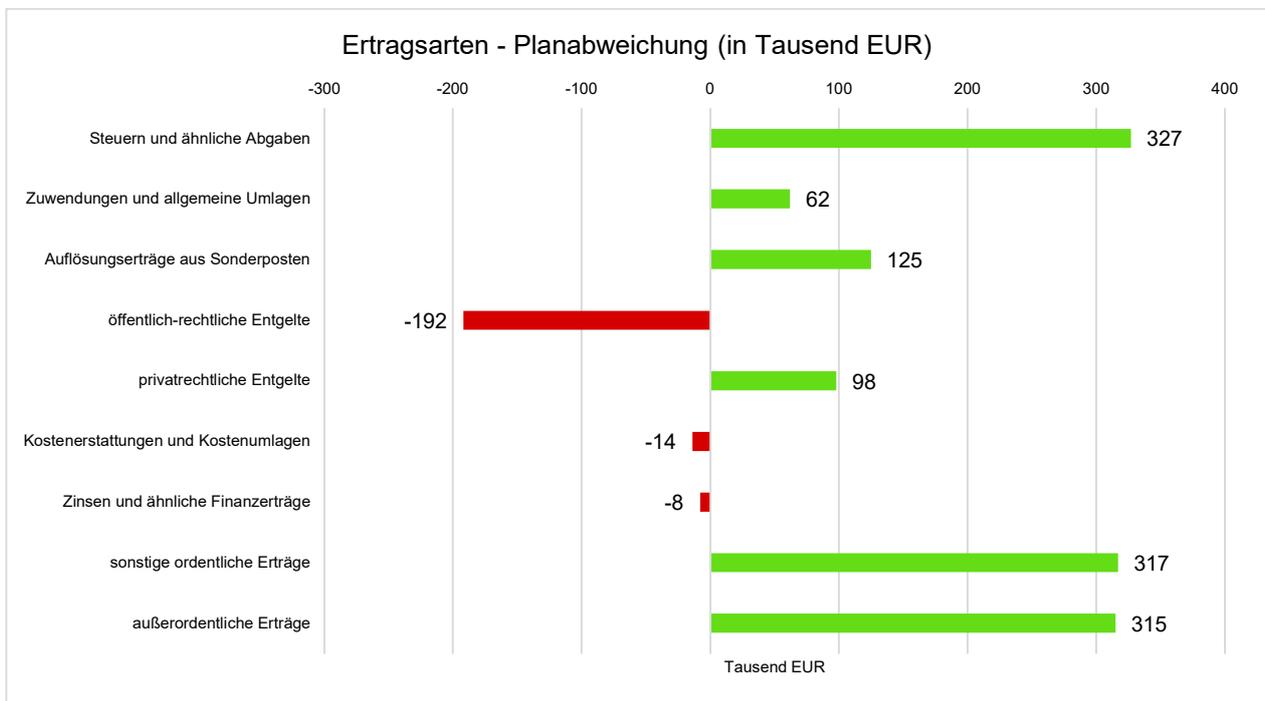
Die Summe der Erträge weichen um -7.801.586,06 EUR vom Vorjahresergebnis und um 1.029.151,75 EUR von der Haushaltsplanung ab.

Bei den ordentlichen Erträgen ergibt sich eine Veränderung gegenüber dem Vorjahresergebnis in Höhe von -1.769.009,13 EUR. Gegenüber dem Haushaltsplan beträgt die Veränderung 714.196,35 EUR.

Sowohl die ordentlichen als auch die außerordentlichen Erträge 2014 liegen somit über den erwarteten Ergebnissen.

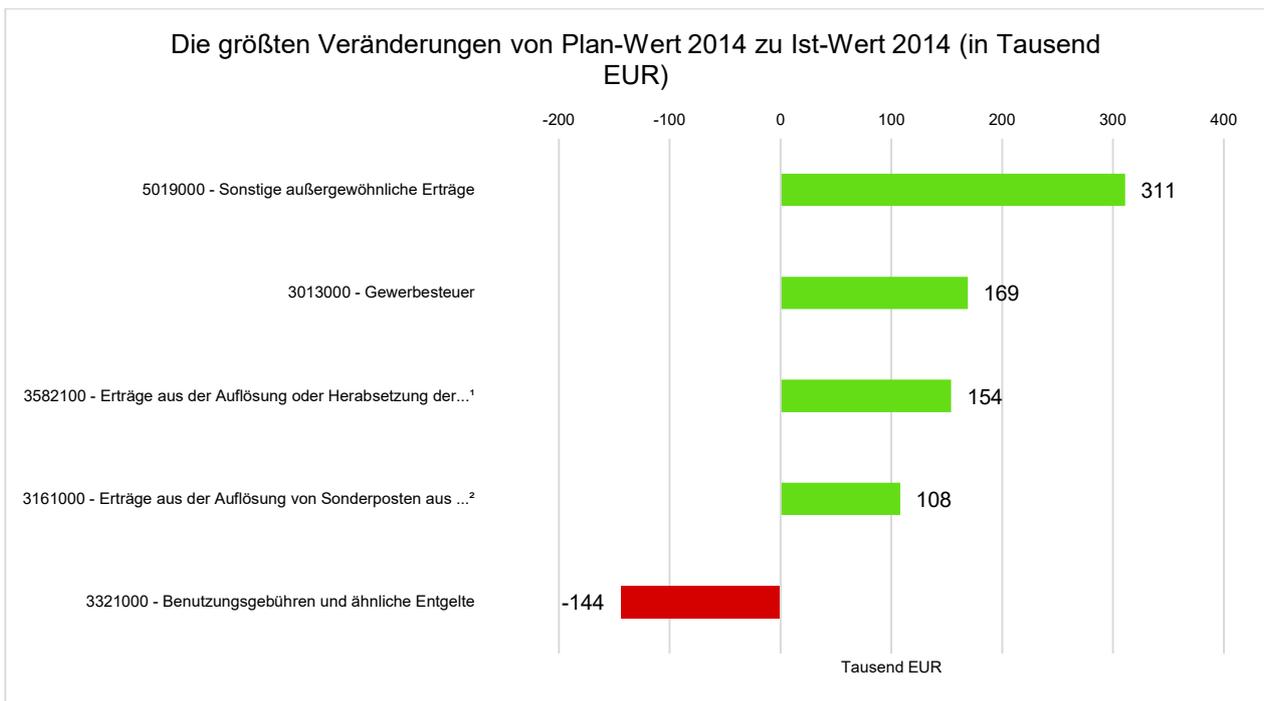
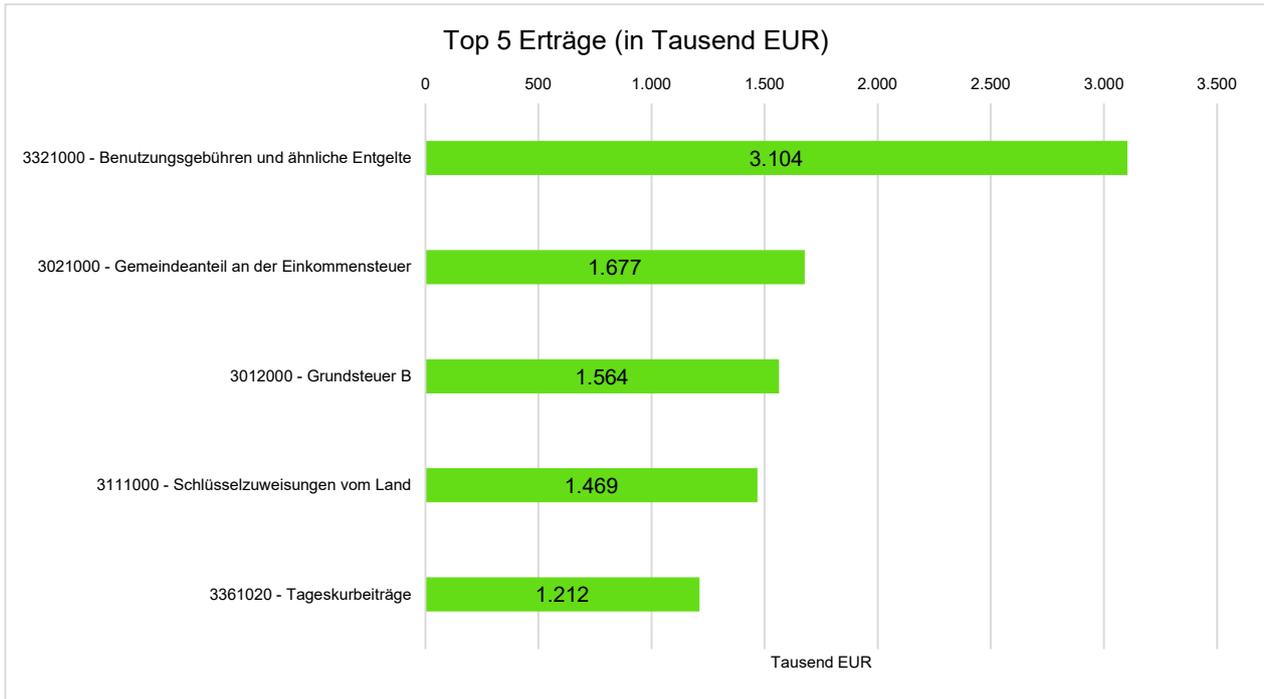
Planabweichungen nach Ertragsarten

Die Abweichungen des Ergebnisses der einzelnen Ertragsarten von der Haushaltsplanung wird in der folgenden Grafik dargestellt:



Die nachfolgenden Diagramme stellen kontenbezogen die:

1. Top 5 Erträge,
2. Top 5 Abweichungen der Erträge zwischen Plan 2014 und Ist 2014,
3. Top 5 Abweichungen der Erträge zwischen Ist 2014 und dem Ist des Vorjahres 2013 dar.



3582100 - Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung der Pensionsrückstellung¹

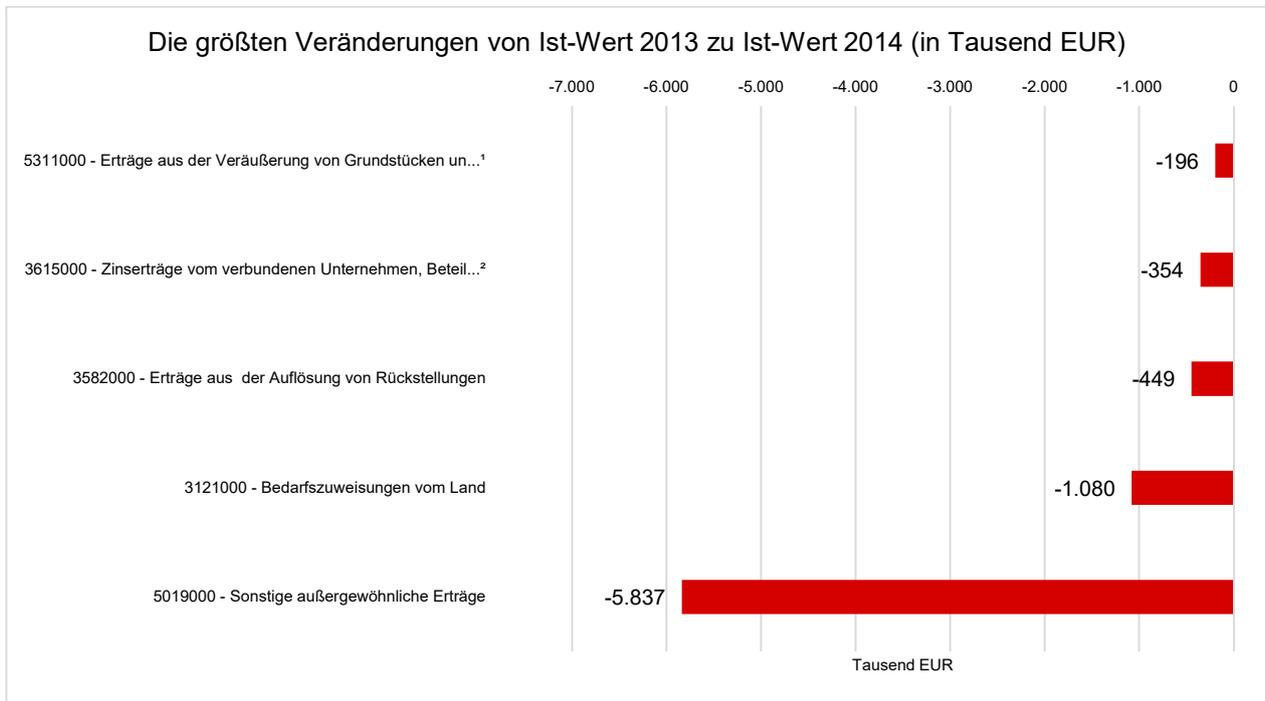
3161000 - Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen²

Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Zu Konto 5019000:

Durch den Abgang des größten Teils der Würmberschanze sind auch die erhaltenen Sonderposten aufzulösen. Dies führt zu den außergewöhnlichen Erträgen.

Zu den weiteren Konten wird auf die Erläuterungen im Anhang (3.1) verwiesen.



5311000 - Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden und anderen unbeweglichen Vermögensgegenständen (Buchung nur über Anbu)¹

3615000 - Zinserträge vom verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen²

Die dargestellten Abweichungen werden wie folgt erläutert:

Zu Konto 5311000:

Im Vergleich zu 2013 wurde wesentlich weniger Grund und Boden veräußert. Zudem wurde 2013 ein Wert von rd. 191.000 € als Einlage bei den Städtischen Betrieben Braunlage gebucht. Solche außerordentlichen Erträge entstehen nicht jedes Jahr.

Zu Konto 5019000:

Im Jahr 2013 wurde die Entschuldungshilfe des Landes Niedersachsen in Höhe von 6.083.250 € geleistet, das ist keine regelmäßig wiederkehrende Zahlung.

Zu den weiteren Konten wird auf die Erläuterungen im Anhang (3.1) verwiesen.

2.1.2.2 Steuern und ähnliche Abgaben

Steuern und ähnliche Abgaben

Steuern bilden die wesentliche Ertragsquelle einer Kommune dar.

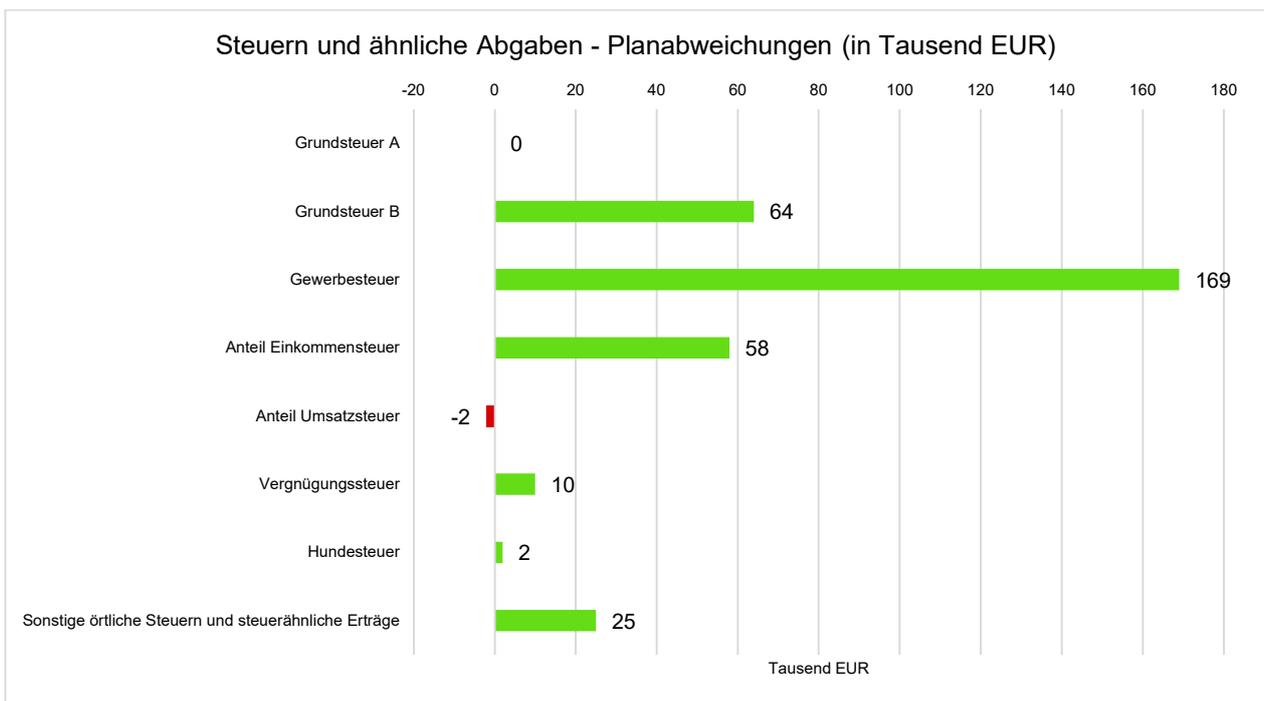
Gegenüber dem Vorjahresergebnis haben sich die Steuererträge um 310.320 EUR verbessert. Die Abweichung vom Planansatz beträgt insgesamt 327.278 EUR.

Aus der nachfolgenden Tabelle ist die Entwicklung nach einzelnen Steuerarten erkennbar:

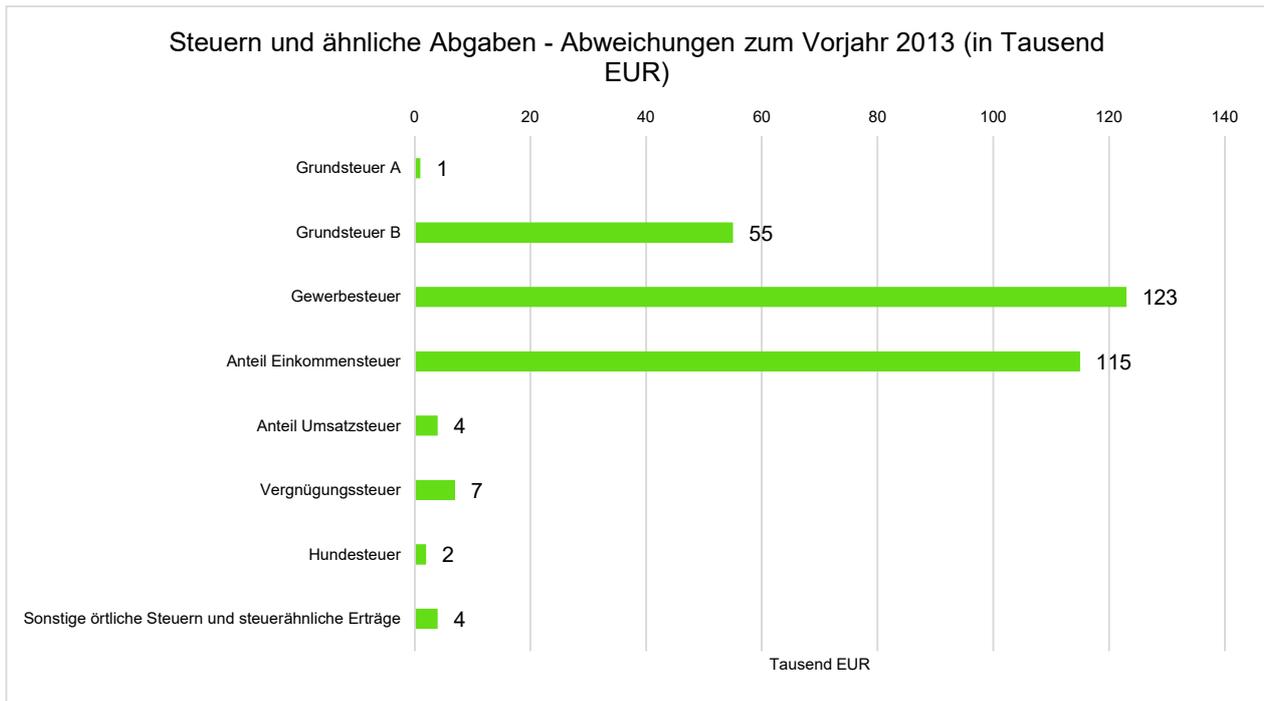
Steuern und ähnliche Abgaben

	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Abweichung 2014 %
Grundsteuer A	6.468,63	7.300	7.381,24	81,24 ↗	1,11 ↗
Grundsteuer B	1.509.582,71	1.500.700	1.564.343,75	63.643,75 ↗	4,24 ↗
Gewerbesteuer	956.247,47	910.000	1.079.463,61	169.463,61 ↗	18,62 ↗
Anteil Einkommensteuer	1.561.409,00	1.618.200	1.676.587,00	58.387,00 ↗	3,61 ↗
Anteil Umsatzsteuer	174.422,00	180.200	178.082,00	-2.118,00 ↘	-1,18 ↘
Vergnügungssteuer	43.671,91	40.000	50.355,63	10.355,63 ↗	25,89 ↗
Hundesteuer	36.252,78	35.800	38.120,50	2.320,50 ↗	6,48 ↗
Sonstige örtliche Steuern und steuerähnliche Erträge	917.103,40	896.000	921.144,56	25.144,56 ↗	2,81 ↗
Summe der Steuern und steuerähnlichen Erträgen	5.205.157,90	5.188.200	5.515.478,29	327.278,29 ↗	6,31 ↗

Die Grafiken zeigen die Abweichungen vom Planansatz sowie zum Ergebnis des Vorjahres in Tausend Euro (TEUR):



Die Abweichung bei der Gewerbesteuer wird im Anhang (3.1) erläutert. Hinsichtlich der Vergnügungssteuer ist die Abweichung auf ein verändertes Erhebungssystem ab 2013 zurückzuführen.



2.1.2.3 Zuwendungen und Umlagen

Zuwendungen und Umlagen

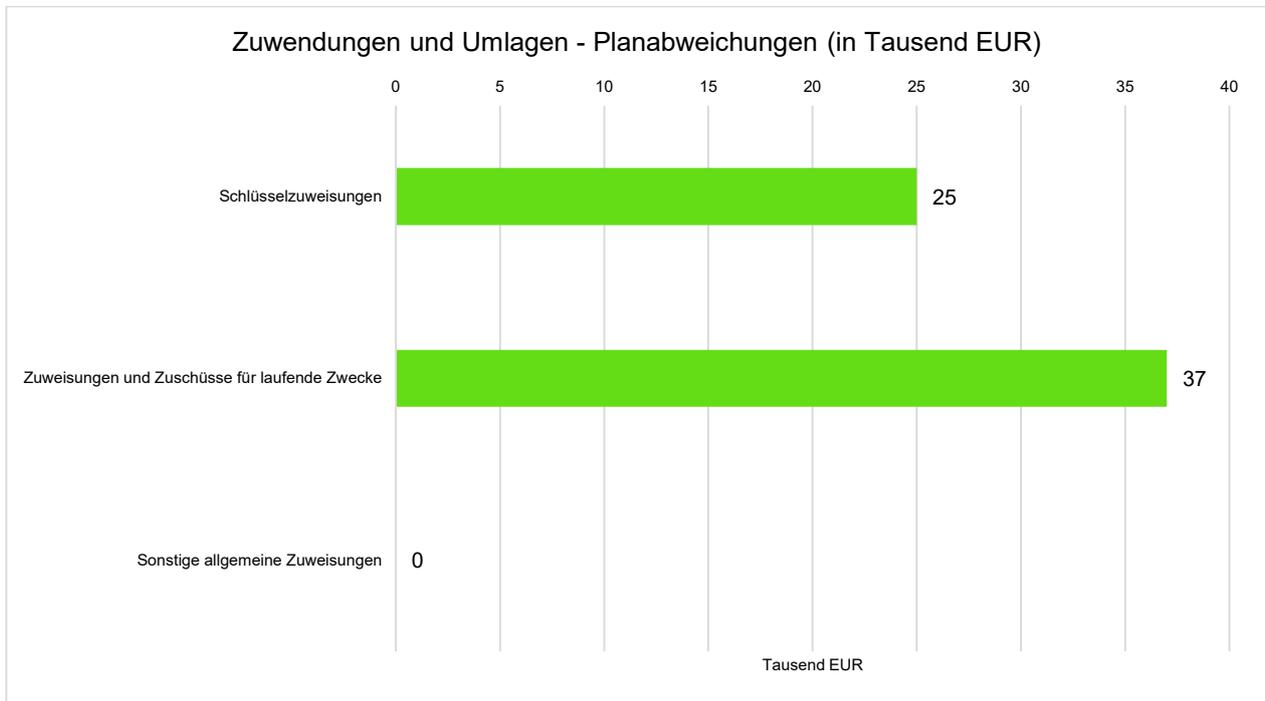
Zuwendungen und allgemeine Umlagen sind neben den Steuern eine weitere wichtige Säule der kommunalen Ertragsseite. Gegenüber dem Vorjahresergebnis haben sich die Erträge aus Zuwendungen und Umlagen um 1.022.707 EUR vermindert. Die Abweichung vom Planansatz beträgt insgesamt 61.521 EUR.

Die Entwicklung im Einzelnen inklusive Abweichung Plan/Ist ist in der nachfolgenden Tabelle abgebildet:

Zuwendungen und Umlagen

	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Abweichung 2014 %
Schlüsselzuweisungen	1.446.232,00	1.444.000	1.468.512,00	24.512,00 ↗	1,70 ↗
Bedarfszuweisungen	1.080.000,00	--	--	--	--
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	237.799,78	235.100	272.037,01	36.937,01 ↗	15,71 ↗
Sonstige allgemeine Zuweisungen	107.296,00	108.000	108.072,00	72,00 →	0,07 →
Summe der Zuweisungen und Umlagen	2.871.327,78	1.787.100	1.848.621,01	61.521,01 ↗	3,44 ↗

Die Veränderungen einzelner Positionen im Vergleich zum Planansatz stellen sich wie folgt dar:



Die Mehrerträge bei den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke sind in erster Linie auf die Nachzahlungen für 2012 und 2013 im Bereich Kindertagesstätten (Zuweisungen für Fachpersonal) zurückzuführen.

2.1.2.4 Sonstige Ertragsarten

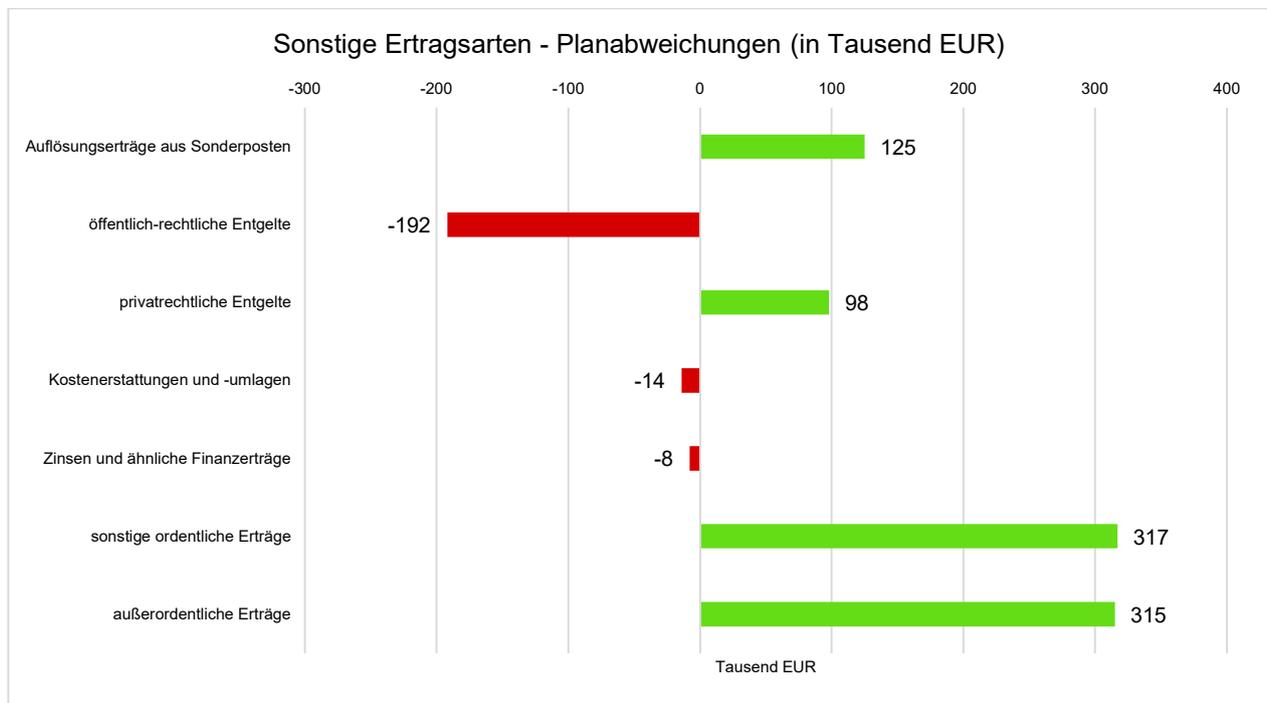
Sonstige Ertragsarten

Die Entwicklung der sonstigen Ertragsarten im Vergleich zum Vorjahresergebnis sowie zum Haushaltsplan sind nachfolgend abgebildet:

Sonstige Ertragsarten

	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Abweichung 2014 %
Auflösungserträge aus Sonderposten	435.655,43	346.200	471.112,61	124.912,61 ↗	36,08 ↗
sonstige Transfererträge	79.131,07	--	--	--	--
öffentlich-rechtliche Entgelte	5.021.595,16	5.105.300	4.913.652,03	-191.647,97 ↘	-3,75 ↘
privatrechtliche Entgelte	207.591,86	159.600	257.193,67	97.593,67 ↗	61,15 ↗
Kostenerstattungen und -umlagen	418.474,18	182.600	168.575,87	-14.024,13 ↘	-7,68 ↘
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	400.785,22	43.000	34.914,81	-8.085,19 ↘	-18,80 ↘
sonstige ordentliche Erträge	1.239.486,88	584.000	900.648,06	316.648,06 ↗	54,22 ↗
außerordentliche Erträge	6.351.332,33	3.800	318.755,40	314.955,40 ↗	8.288,30 ↗
Summe der sonstigen Erträge	14.154.052,13	6.424.500	7.064.852,45	640.352,45 ↗	9,97 ↗

In der folgenden Grafik werden die Abweichungen zum Planansatz im Einzelnen dargestellt:



Die Auflösungserträge aus Sonderposten sind an die Aktivierung der bezuschussten Anlagegüter geknüpft. Die genaue Inbetriebnahme lässt sich im Voraus schlecht vorhersagen, daher die Abweichung zu den geplanten Erträgen.

Die positiven Abweichungen bei den privatrechtlichen Entgelten ergeben sich hauptsächlich aus den unerwarteten Verkaufserträgen für Holz aus dem Stadtwald (81.720,11€) und aus nicht eingeplantem Ersatz für Schäden (19.601,90 €).

Bei den Zinsen und ähnlichen Finanzerträgen sind mehrere Konten im Einzelnen betroffen, so wurden weniger Eigenkapitalzinsen durch die Städtischen Betriebe Braunlage geleistet und es gab weniger Verzinsungen von Steuernachforderungen.

Sonstige ordentliche Mehrerträge sind insbesondere bei den Herabsetzungen aus Rückstellungen für Urlaub und Überstunden sowie bei den Herabsetzungen der Pensions- und Beihilferückstellungen entstanden. Auch die Zuschreibungen auf vergebene Ausleihungen sind höher als geplant ausgefallen, da die Wohnbaugesellschaft Braunlage ihre gewährten Darlehen in 2014 vorzeitig zurückgezahlt hat.

Unerwartet hohe außerordentliche Erträge ergeben sich aus dem Abriss des größten Teils der Wurmbergschanze. Die dazu erhaltenen Sonderposten sind aufzulösen.

2.1.3 Aufwandslage

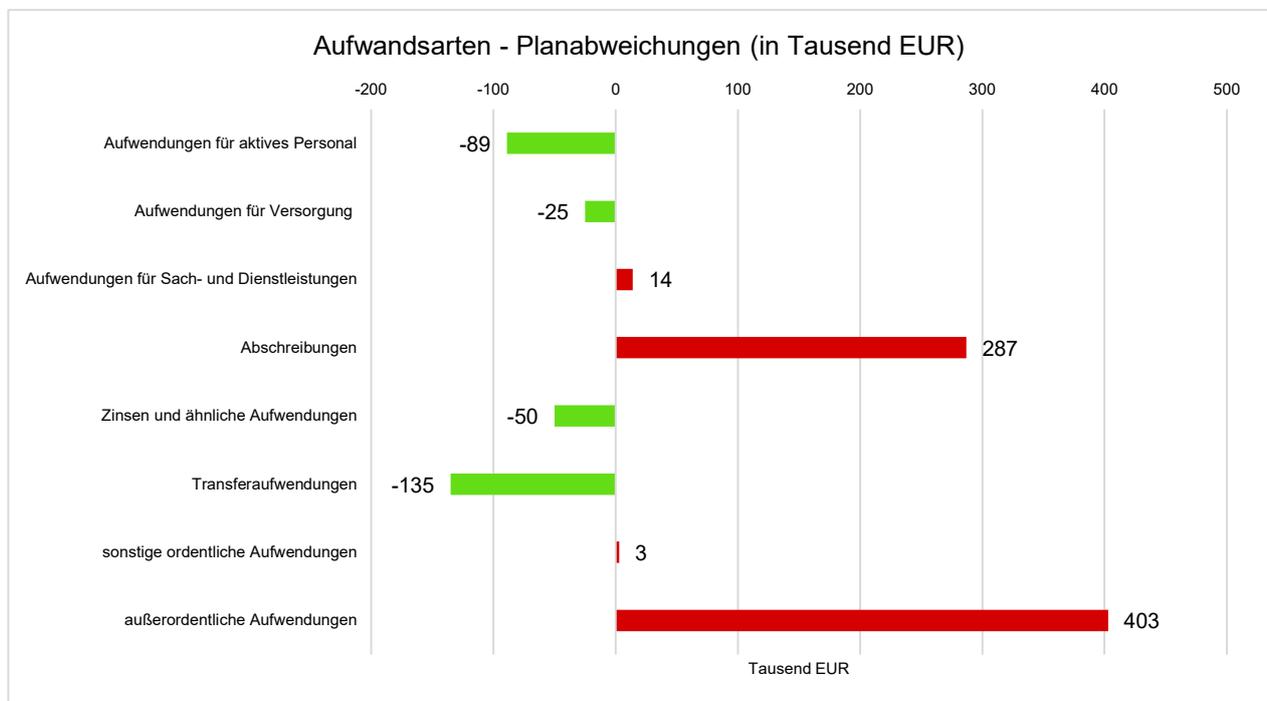
2.1.3.1 Aufwand Allgemein

Die folgende Tabelle zeigt die einzelnen Aufwandsarten und deren Abweichung zum Vorjahresergebnis sowie zum Planansatz:

Aufwandsarten im Überblick

	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Abweichung 2014 %
Aufwendungen für aktives Personal	3.098.694,13	2.999.800	2.910.695,03	-89.104,97 ↘	-2,97 ↘
Aufwendungen für Versorgung	42.275,85	33.600	8.672,78	-24.927,22 ↘	-74,19 ↘
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.310.858,72	2.912.000	2.925.532,88	13.532,88 →	0,46 →
Abschreibungen	720.835,98	635.600	922.460,92	286.860,92 ↗	45,13 ↗
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	488.175,39	195.000	145.460,18	-49.539,82 ↘	-25,41 ↘
Transferaufwendungen	7.623.581,39	7.646.600	7.511.308,18	-135.291,82 ↘	-1,77 ↘
sonstige ordentliche Aufwendungen	470.969,54	412.700	416.192,21	3.492,21 →	0,85 →
Ordentliche Aufwendungen	15.755.391,00	14.835.300	14.840.322,18	5.022,18 →	0,03 →
außerordentliche Aufwendungen	17.799,25	0	402.672,11	402.672,11 ↗	-- ↗
Aufwendungen Gesamt	15.773.190,25	14.835.300	15.242.994,29	407.694,29 ↗	2,75 ↗

Die Grafik zeigt die Abweichungen der einzelnen Aufwandsarten vom Planansatz:



Die Gesamtaufwendungen verändern sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um -530.195,96 Euro. Die Gesamtaufwendungen in Höhe von 15.242.994,29 Euro weichen um 407.694,29 Euro vom Haushaltsansatz ab.

Die ordentlichen Aufwendungen weichen gegenüber dem Vorjahresergebnis um -915.068,82 Euro ab. Gegenüber dem Haushaltsplan beträgt die Abweichung der ordentlichen Aufwendungen 5.022,18 Euro.

Da die ordentlichen und außerordentlichen Erträge höher als in der Planung ausgefallen sind, verbessert sich trotzdem das Jahresergebnis im Vergleich zu Haushaltsplanung um 621.457,46 Euro.

2.1.3.2 Personal und Versorgungsaufwand

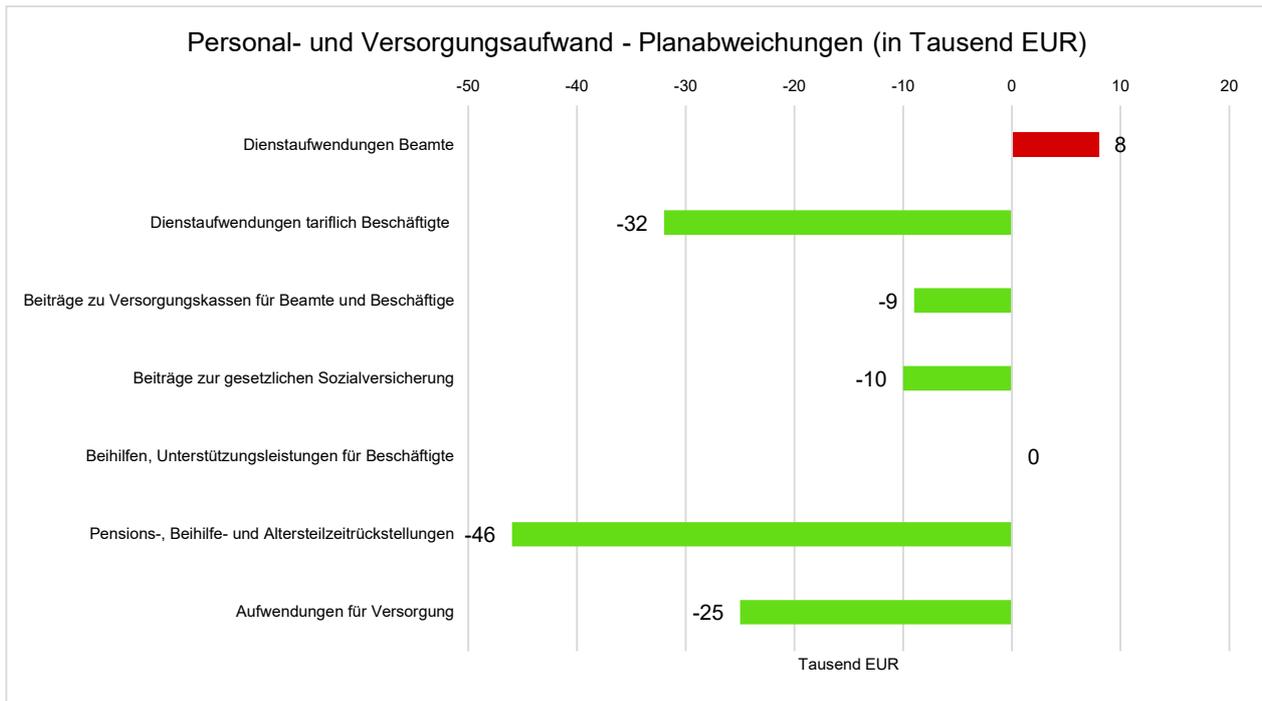
Personal- und Versorgungsaufwand

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen werden im Folgenden nach einzelnen Positionen abgebildet, um die Veränderungen gegenüber dem Vorjahresergebnis und die Abweichungen von den Haushaltsansätzen differenziert beurteilen zu können:

Personal- und Versorgungsaufwand

	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Abweichung 2014 %
Dienstaufwendungen Beamte	274.295,44	262.900	271.153,79	8.253,79 ↗	3,14 ↗
Dienstaufwendungen tariflich Beschäftigte	1.672.775,39	1.703.500	1.671.105,23	-32.394,77 ↘	-1,90 ↘
Beiträge zu Versorgungskassen für Beamte und Beschäftigte	511.497,08	522.400	513.669,97	-8.730,03 ↘	-1,67 ↘
Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	339.936,24	351.000	341.227,49	-9.772,51 ↘	-2,78 ↘
Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Beschäftigte	73.675,96	74.100	73.912,02	-187,98 →	-0,25 →
Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen	226.514,02	85.900	39.626,53	-46.273,47 ↘	-53,87 ↘
Aufwendungen für Versorgung	42.275,85	33.600	8.672,78	-24.927,22 ↘	-74,19 ↘
Summe	3.140.969,98	3.033.400	2.919.367,81	-114.032,19 ↘	-3,76 ↘

Die Grafik zeigt die Abweichungen gegenüber den Planansätzen:



Die Hinzuführungen zu den Beihilfe- und Pensionsrückstellungen konnten nicht realistisch geplant werden, da zum Zeitpunkt der Mittelanmeldungen die Abrechnung der NVK noch nicht vorlag. Zudem ist einer der Versorgungsempfänger verstorben.

Die bereits geleisteten Abschläge für die Versorgung des ehem. Bürgermeisters der Bergstadt St. Andreasberg wurden Ende 2014 von der Versorgungskasse erstattet, da die Pflicht zur Zahlung dieser Versorgungsleistungen mit Ende 2013 endete (nach Vorlage der Betreuungsabrechnung 2013). Daher die Abweichung des Ergebnisses zur Planung.

2.1.3.3 Aufwand für Sach- und Dienstleistungen

Sach- und Dienstleistungsaufwand sowie Abschreibungen

Der Sach- und Dienstleistungsaufwand (ohne Abschreibungen) beläuft sich insgesamt auf 2.925.532,88 Euro. Gegenüber dem Vorjahresergebnis verändert er sich um -385.325,84 Euro. Die Abweichung des Sach- und Dienstleistungsaufwandes (ohne Abschreibungen) von der Haushaltsplanung beträgt 13.532,88 Euro.

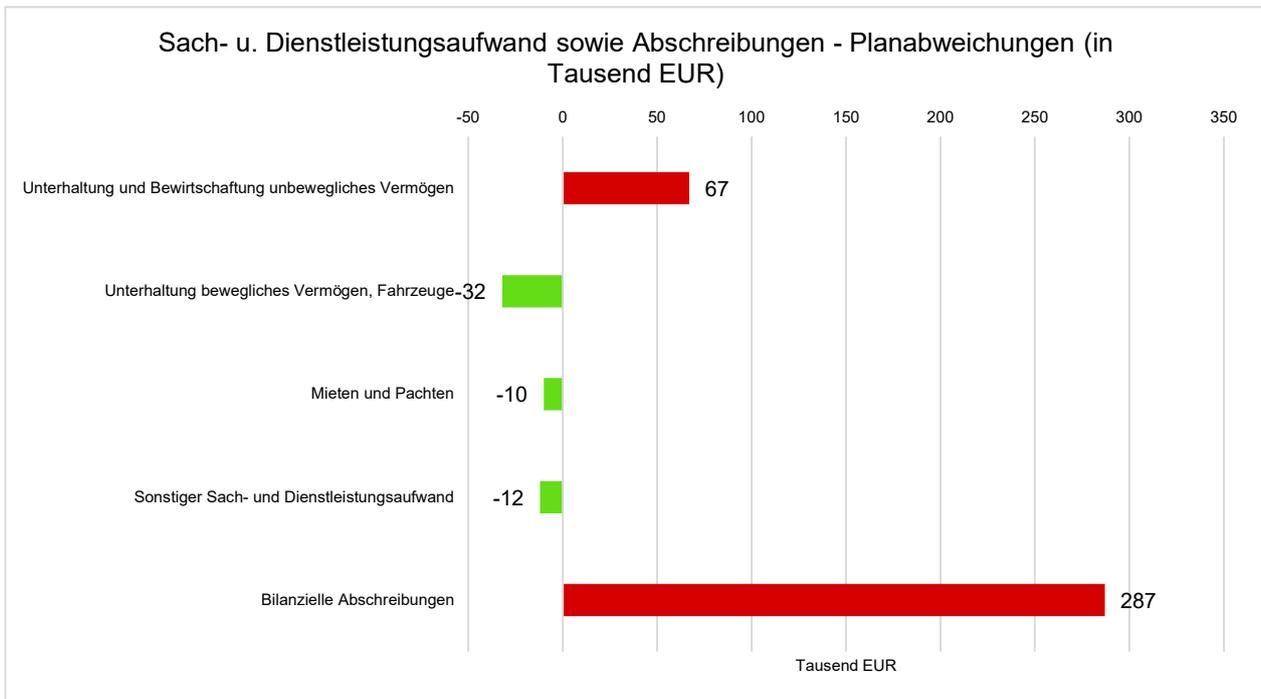
Nachfolgend wird der Sach- und Dienstleistungsaufwand nach einzelnen Positionen differenzierter dargestellt, wobei in diesem Sachzusammenhang auch die Abschreibungen abgebildet werden:

Sach- und Dienstleistungsaufwand, Abschreibungen

	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Abweichung 2014 %
Unterhaltung und Bewirtschaftung unbewegliches Vermögen	2.362.923,89	1.937.800	2.004.424,98	66.624,98 ↗	3,44 ↗
Unterhaltung bewegliches Vermögen, Fahrzeuge	123.341,74	145.400	113.665,18	-31.734,82 ↘	-21,83 ↘
Mieten und Pachten	32.289,56	57.400	47.614,17	-9.785,83 ↘	-17,05 ↘
Sonstiger Sach- und Dienstleistungsaufwand	792.303,53	771.400	759.828,55	-11.571,45 ↘	-1,50 ↘

	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Abweichung 2014 %
Bilanzielle Abschreibungen	720.835,98	635.600	922.460,92	286.860,92 ↗	45,13 ↗

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in Euro:



Die Aufwendungen für die Unterhaltung des beweglichen Vermögens und der Fahrzeuge konnte 2014 insbesondere im Bereich der Feuerwehr gesenkt werden.

Bei den Mieten und Pachten wurden Einsparungen in der Informations- und Kommunikationstechnologie erzielt.

Die bilanziellen Abschreibungen weichen insbesondere bei den Straßen, Wegen, Plätzen und Verkehrsanlagen deutlich von den Planwerten ab (rd. 115.000 €). Dies ist auf die Inbetriebnahme des Großparkplatzes in Braunlage Ende 2013 zurückzuführen. Bei der Planung für 2014 wurden die Daten noch nicht berücksichtigt. Des Weiteren sind die Einzelwertberichtigungen in Höhe von rd. 71.000 € nicht eingeplant gewesen. Zudem erhöhen sich die Abschreibungen für Sammelposten im Vergleich zur Planung um rd. 31.000 €.

2.1.3.4 Transferaufwand

Transferaufwendungen

Neben den Personalaufwendungen und dem Aufwand für Sach- und Dienstleistungen stellen die Transferaufwendungen auf der Aufwandsseite des Haushaltes eine gewichtige Aufwandsart dar.

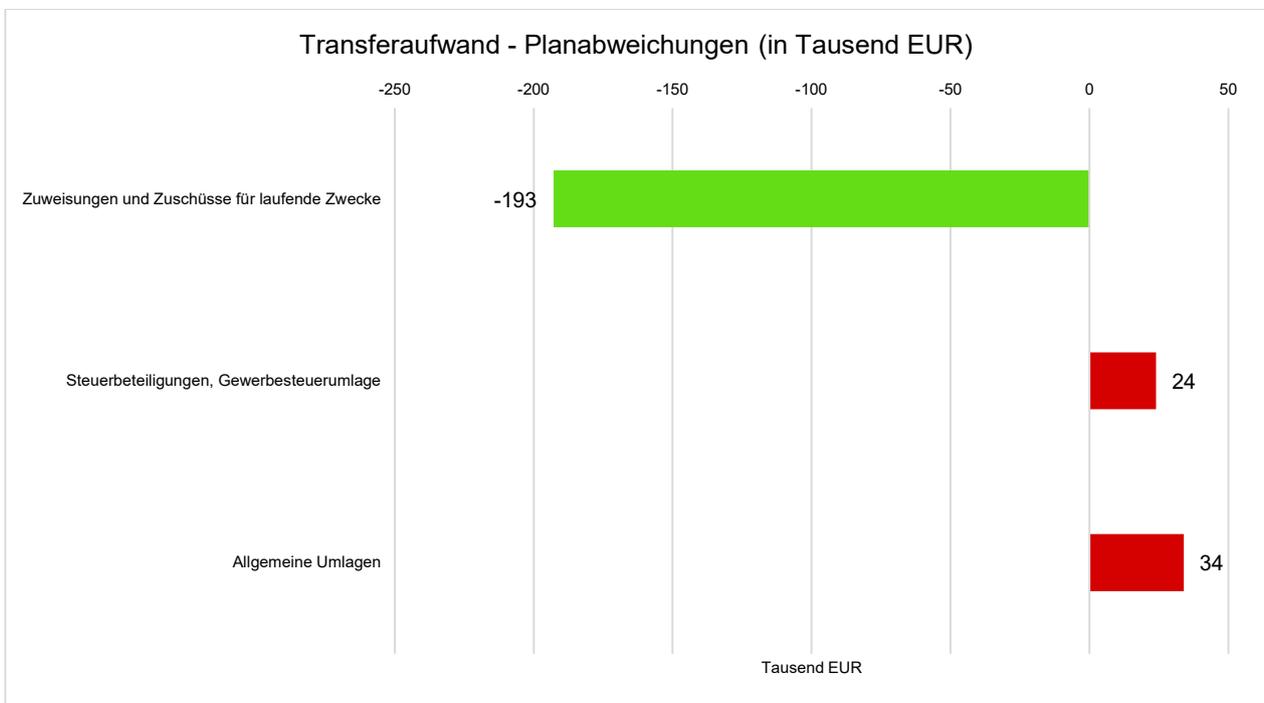
Die Transferaufwendungen in Höhe von 7.511.308,18 Euro weichen vom Vorjahresergebnis um -112.273,21 Euro und von den Planansätzen des Haushaltsjahres um -135.291,82 Euro ab.

In der folgenden Tabelle sind die Transferaufwendungen differenzierter dargestellt:

Transferaufwendungen

	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Abweichung 2014 %
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	4.948.718,22	4.890.000	4.696.894,18	-193.105,82 ↘	-3,95 ↘
Steuerbeteiligungen, Gewerbesteuerumlage	191.977,00	180.000	203.726,00	23.726,00 ↗	13,18 ↗
Allgemeine Zuweisungen	2.630,17	0	0,00	0,00 →	-- →
Allgemeine Umlagen	2.480.256,00	2.576.600	2.610.688,00	34.088,00 ↗	1,32 ↗
Summe Transferaufwendungen	7.623.581,39	7.646.600	7.511.308,18	-135.291,82 ↘	-1,77 ↘

Die Grafik zeigt die Abweichungen des Ergebnisses von den Planansätzen:



Im Vergleich zur Planung sind die Aufwendungen für die Gewerbesteuerumlage und die Kreisumlage höher ausgefallen. (s. Anhang Nr. 3.1)

2.1.3.5 Sonstige Aufwendungen

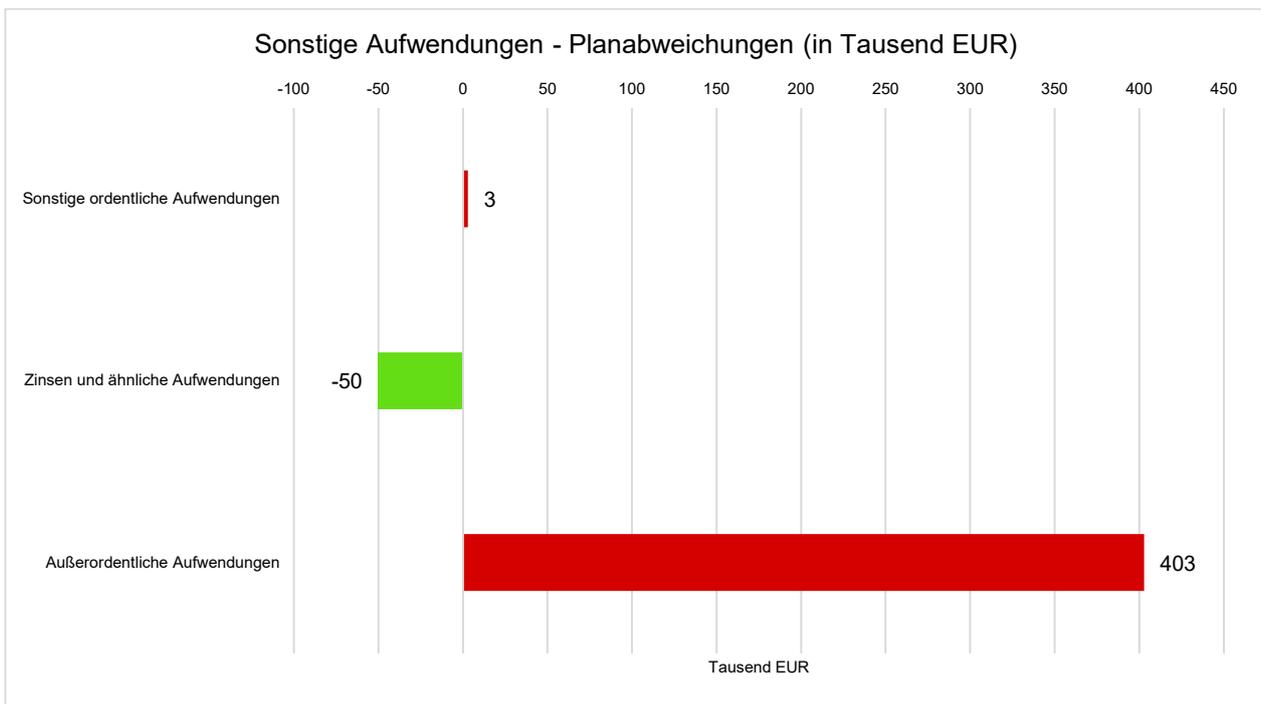
Sonstige Aufwendungen

Nachfolgend werden die übrigen Aufwandsarten im Vergleich zum Vorjahresergebnis sowie zum Haushaltsplan abgebildet:

Sonstige Aufwendungen

	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Abweichung 2014 %
Sonstige ordentliche Aufwendungen	470.969,54	412.700	416.192,21	3.492,21 →	0,85 →
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	488.175,39	195.000	145.460,18	-49.539,82 ↘	-25,41 ↘
Außerordentliche Aufwendungen	17.799,25	0	402.672,11	402.672,11 ↗	-- ↗

Die Abweichungen zum Planansatz stellen sich wie folgt dar:



Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen fallen geringer aus, da die Investitionskredite nicht in der geplanten Höhe aufgenommen worden sind. Auch die Liquiditätskredite brauchten nicht in der vorgesehenen Höhe in Anspruch genommen werden. Somit verringern sich die zu zahlenden Zinsen.

Die außerordentlichen Aufwendungen ergeben sich aus dem nicht vorhersehbaren Abriss des größten Teils der Wurmbergschanze in Braunlage.

2.2 Finanzhaushalt / Finanzrechnung

2.2.1 Allgemeine Entwicklung

Nachstehend ist der Finanzhaushalt im Vergleich zu den Ergebnissen des Vorjahres sowie zu den Planungen ersichtlich:

Finanzrechnung

	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Abweichung 2014 %
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	20.793.030,38	12.857.800	13.467.724,50	609.924,50 ↗	4,74 ↗
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	14.671.349,61	14.113.800	14.427.425,59	313.625,59 ↗	2,22 ↗
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.121.680,77	-1.256.000	-959.701,09	296.298,91 ↗	23,59 ↗
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.708.573,62	611.800	480.297,87	-131.502,13 ↘	-21,49 ↘
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.548.717,50	1.664.700	1.476.280,48	-188.419,52 ↘	-11,32 ↘
Saldo aus Investitionstätigkeit	-840.143,88	-1.052.900	-995.982,61	56.917,39 ↗	5,41 ↗
Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	5.281.536,89	-2.308.900	-1.955.683,70	353.216,30 ↗	15,30 ↗
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit ohne Liquiditätskredite	1.865.000,00	1.052.900	470.000,00	-582.900,00 ↘	-55,36 ↘
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit ohne Liquiditätskredite	647.725,08	241.000	208.643,52	-32.356,48 ↘	-13,43 ↘
Saldo aus Finanzierungstätigkeit ohne Liquiditätskredite	1.217.274,92	811.900	261.356,48	-550.543,52 ↘	-67,81 ↘
Änderung eigener Finanzmittelbestand ohne Liquiditätskredite	6.498.811,81	-1.497.000	-1.694.327,22	-197.327,22 ↘	-13,18 ↘
Haushaltsunwirksame Einzahlungen und Einzahlungen aus Liquiditätskrediten	14.019.930,29	0	13.874.226,55	13.874.226,55 ↗	-- ↗
Haushaltsunwirksame Auszahlungen und Tilgung Liquiditätskredite	8.772.157,60	0	13.694.076,79	13.694.076,79 ↗	-- ↗
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen sowie Liquiditätskrediten	5.247.772,69	0	180.149,76	180.149,76 ↗	-- ↗
Änderung Bestand eigene und fremde Finanzmittel	11.746.584,50	-1.497.000	-1.514.177,46	-17.177,46 ↘	-1,15 ↘

2.2.2 Investitionstätigkeit

2.2.2.1 Investitionen Allgemein

Im Rahmen der Finanzrechnung ist insbesondere die kommunale Investitionstätigkeit von Bedeutung. Im Folgenden wird ersichtlich, wie sich die Ein- und Auszahlungen der Investitionstätigkeit insbesondere im Vergleich zur Haushaltsplanung darstellen.

Investitionstätigkeit

	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Abweichung 2014 %
Zuwendungen für Investitionen	1.139.053,83	597.500	350.650,57	-246.849,43 ↘	-41,31 ↘
Beiträge und ähnliche Entgelte für Investitionstätigkeit	9.634,50	7.000	28.228,10	21.228,10 ↗	303,26 ↗
Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	4.872,00	4.400	6.030,00	1.630,00 ↗	37,05 ↗
Veräußerung von Sachvermögen	139.836,00	--	--	--	--
Rückflüsse von Ausleihungen	415.177,29	2.900	95.389,20	92.489,20 ↗	3.189,28 ↗
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.708.573,62	611.800	480.297,87	-131.502,13 ↘	-21,49 ↘
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	7.000	1.472,64	-5.527,36 ↘	-78,96 ↘
Baumaßnahmen	1.492.069,15	985.700	935.125,28	-50.574,72 ↘	-5,13 ↘

	Ergebnis 2013	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung 2014	Abweichung 2014 %
Erwerb von beweglichen Vermögensgegenständen	169.437,62	597.200	462.977,13	-134.222,87 ↓	-22,48 ↓
Erwerb von Finanzvermögensanlagen	20.053,43	13.400	22.890,73	9.490,73 ↑	70,83 ↑
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	2.157,30	61.400	53.814,70	-7.585,30 ↓	-12,35 ↓
Gewährung von Ausleihungen	865.000,00	0	0,00	0,00 →	-- →
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.548.717,50	1.664.700	1.476.280,48	-188.419,52 ↓	-11,32 ↓
Saldo aus Investitionstätigkeit	-840.143,88	-1.052.900	-995.982,61	56.917,39 ↑	5,41 ↑

Die nachfolgende Tabelle stellt alle investiven Einzelmaßnahmen ab einem Volumen von 50.000 Euro dar.

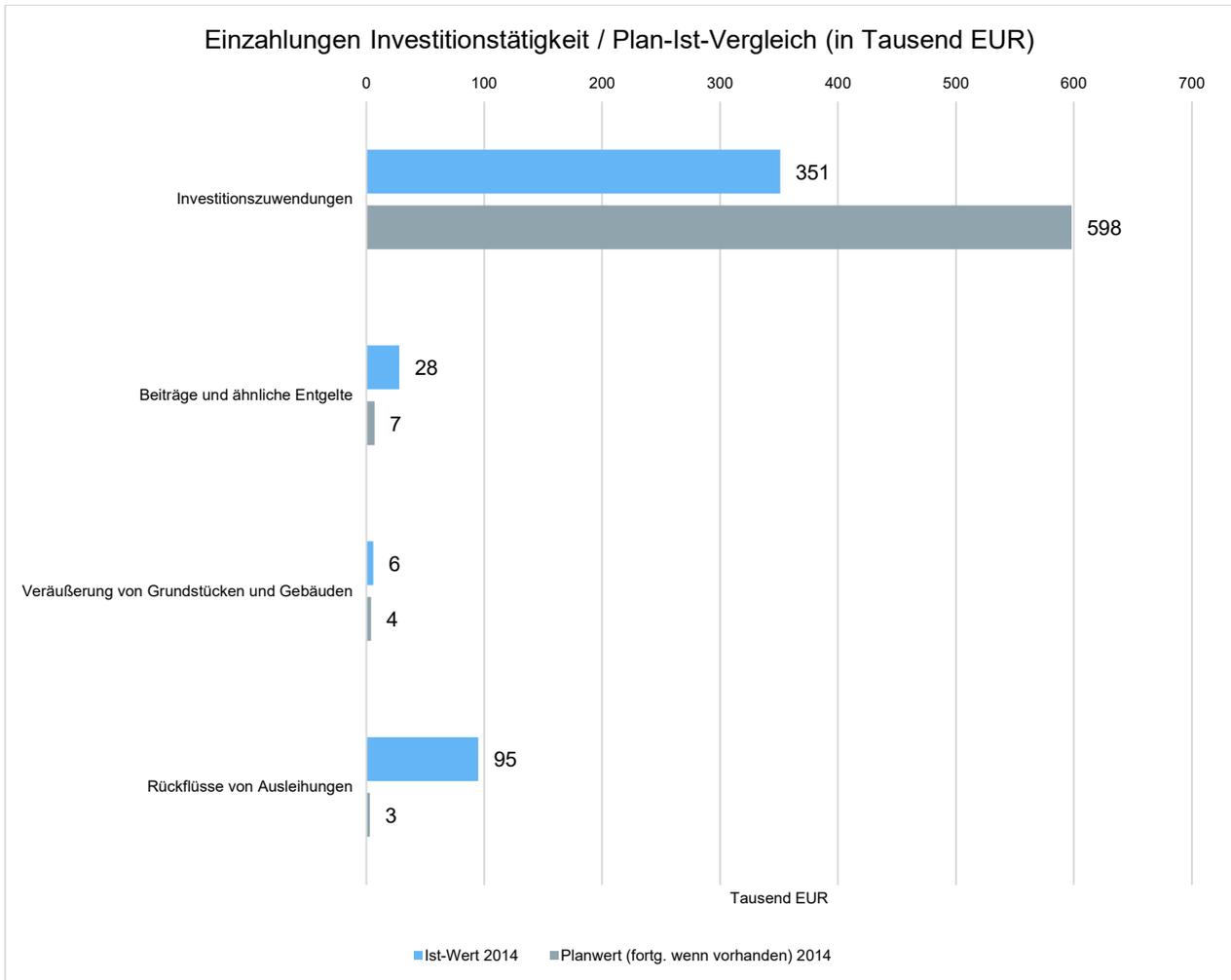
Investitionen in einzelne Maßnahmen

	Plan 2014	Ergebnis 2014	Abweichung
Gesamthaushalt	-787.200	-919.105	-131.905 ↓
BF4 - Ersatzbeschaffung LF 16 TS (Braunlage)	-285.000	-277.025	7.975 ↑
BF5 - Ersatzbeschaffung MZV (Braunlage)	-95.000	0	95.000 ↑
T10 - Dorferneuerung Hohegeiß	43.300	-53.324	-96.624 ↓
T14 - Neubau Feuerwerrätehaus Braunlage	0	-193.662	-193.662 ↓
T16 - Straßenbaumaßnahmen	0	-82.052	-82.052 ↓
T5 - Stadtsanierung (Planungskosten)	-250.000	-214.500	35.500 ↑
T7 - Ausbau der Kreuzung B4/L600/Tanner Straße	0	-73.211	-73.211 ↓
T9 - Anbau Fahrzeughalle Feuerwehr Hohegeiß	-185.000	-21.210	163.790 ↑
Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgelegten Wertgrenzen	-15.500	-4.120	11.380 ↑

2.2.2.2 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

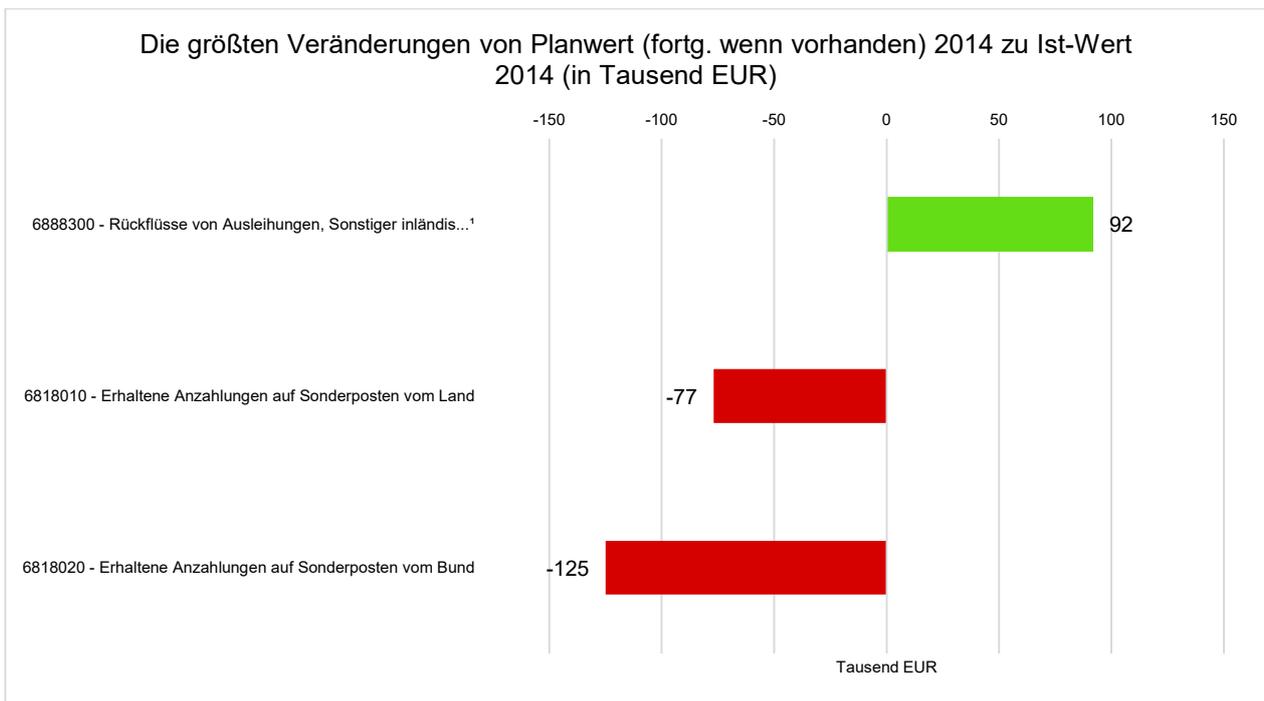
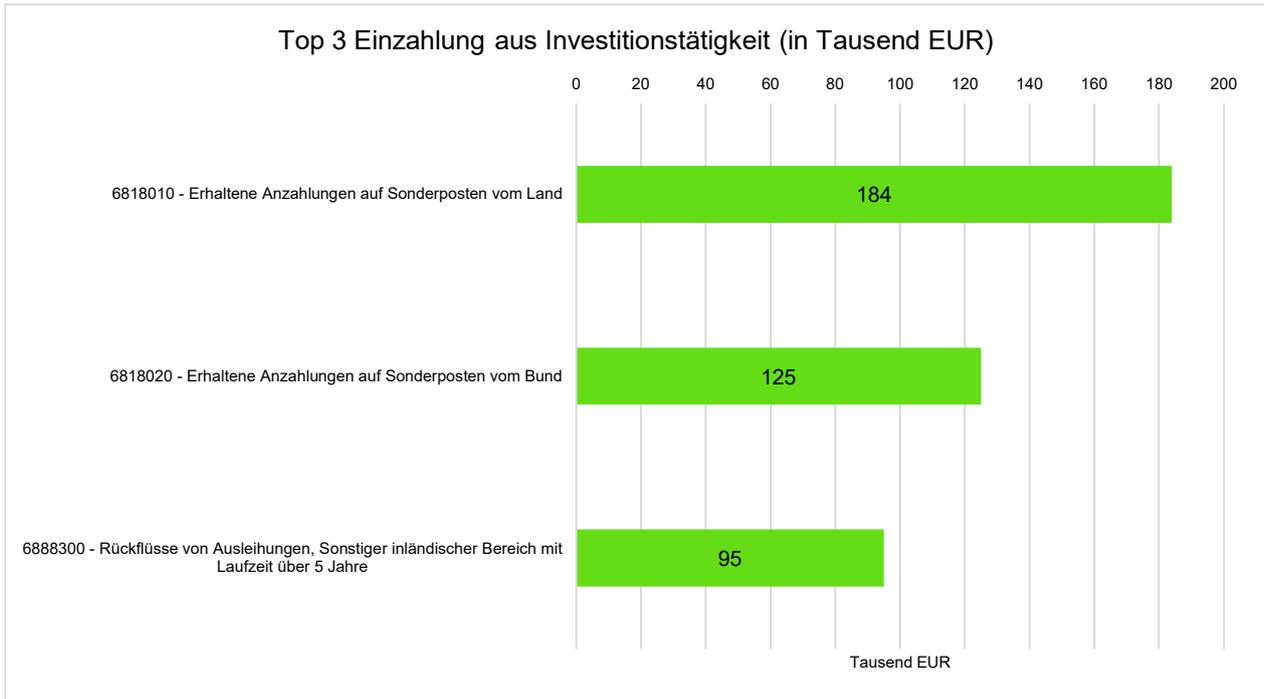
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit im Plan-Ist-Vergleich

Zu den Abweichungen wird auf den Anhang (Nr. 3.2) verwiesen.

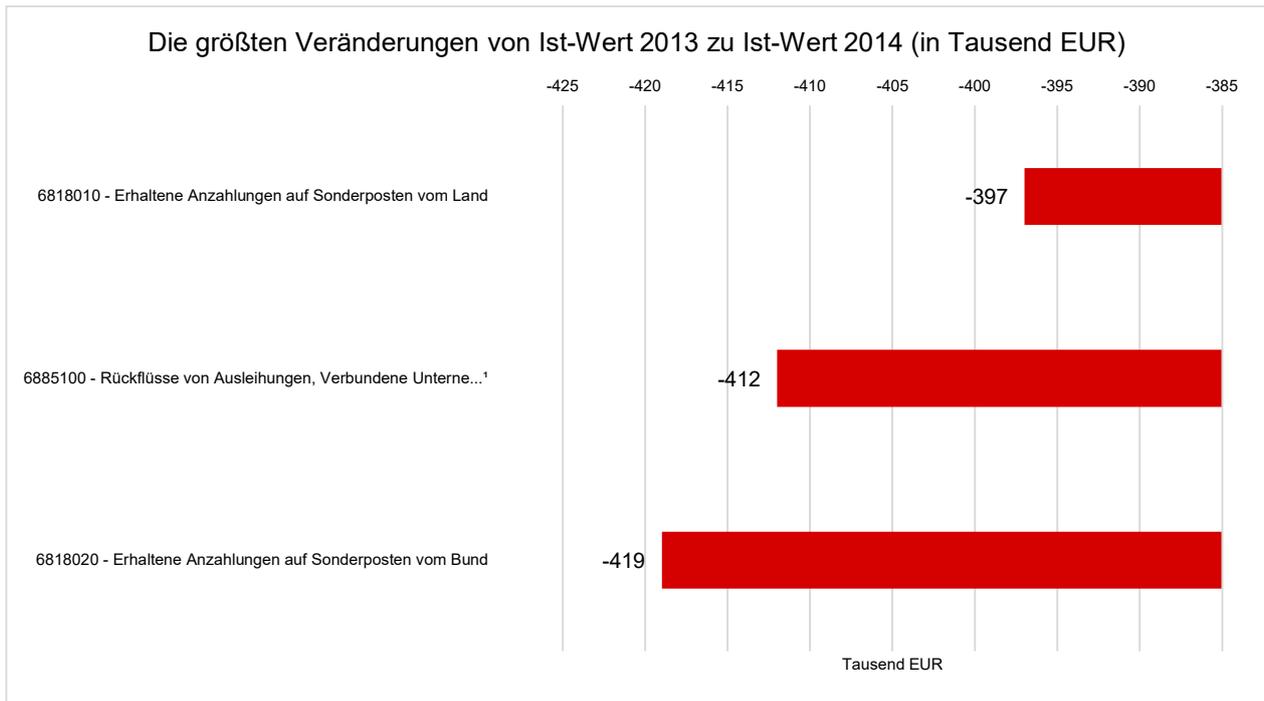


Die nachfolgenden Diagramme stellen kontenbezogen die:

1. Top 3 Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten,
2. Top 3 Abweichungen der Einzahlungen zwischen Plan 2014 und Ist 2014,
3. Top 3 Abweichungen der Einzahlungen zwischen Ist 2014 und dem Ist des Vorjahres 2013 dar.



6888300 - Rückflüsse von Ausleihungen, Sonstiger inländischer Bereich mit Laufzeit über 5 Jahre¹



6885100 - Rückflüsse von Ausleihungen, Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen mit Laufzeit bis einschl. 1 Jahr¹

2.2.2.3 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

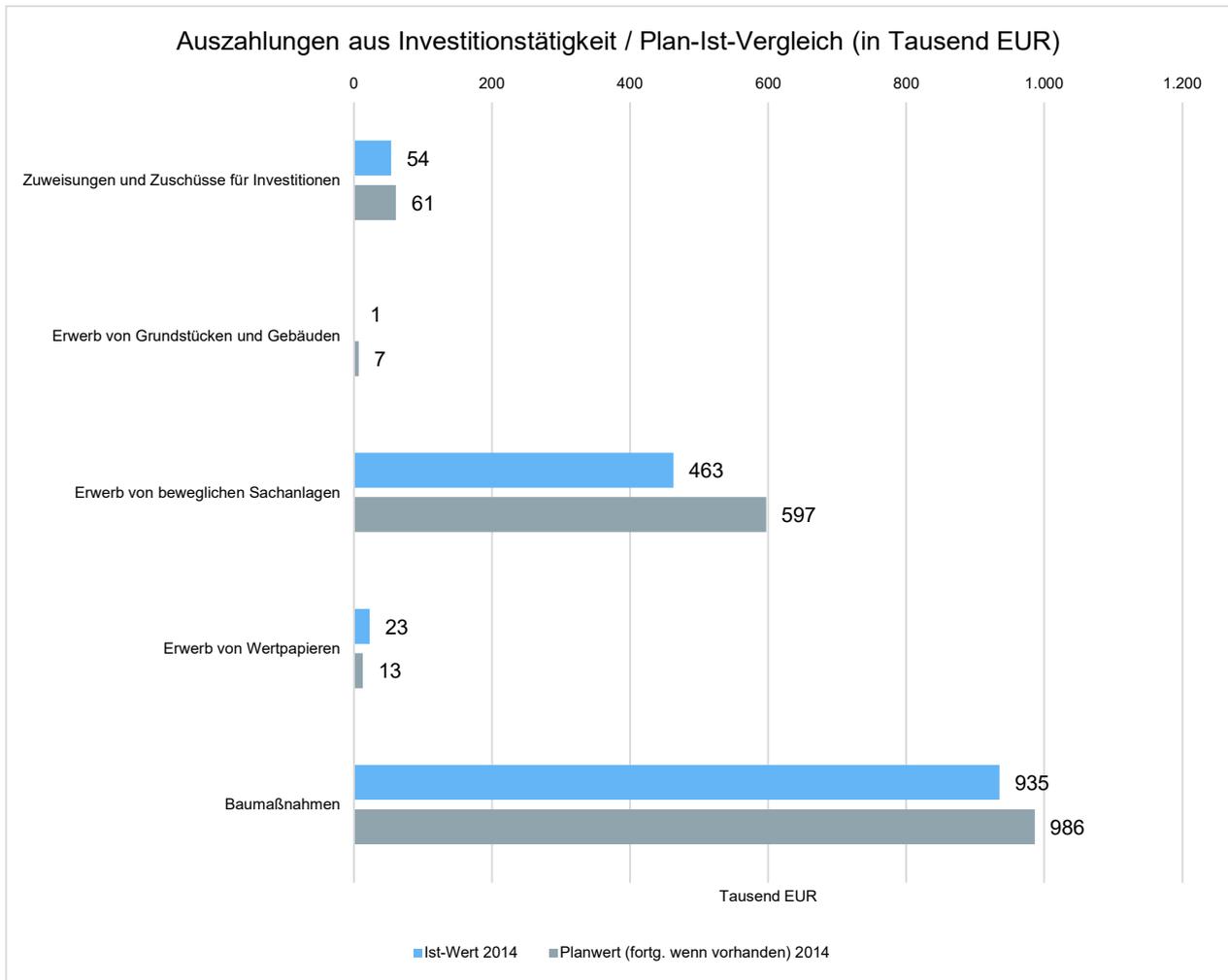
Auszahlungen Investitionstätigkeit im Plan-Ist-Vergleich

Die Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden fallen geringer als geplant aus, da der Erwerb des Gebäudes in der Kirchstraße in Hohegeiß erst in 2015 vollzogen wurde und somit auch die dazugehörigen Auszahlungen.

Die Abweichungen bei dem Erwerb von Finanzvermögensanlagen werden verursacht durch die Zuführungen zur Versorgungsrücklage für Versorgungsempfänger und aktive Bedienstete. Es entstanden Auszahlungen, die in 2014 für 2013 geleistet worden sind. Weitere Mittel wurden benötigt, da die tatsächliche Zuführung höher als geplant ausfiel.

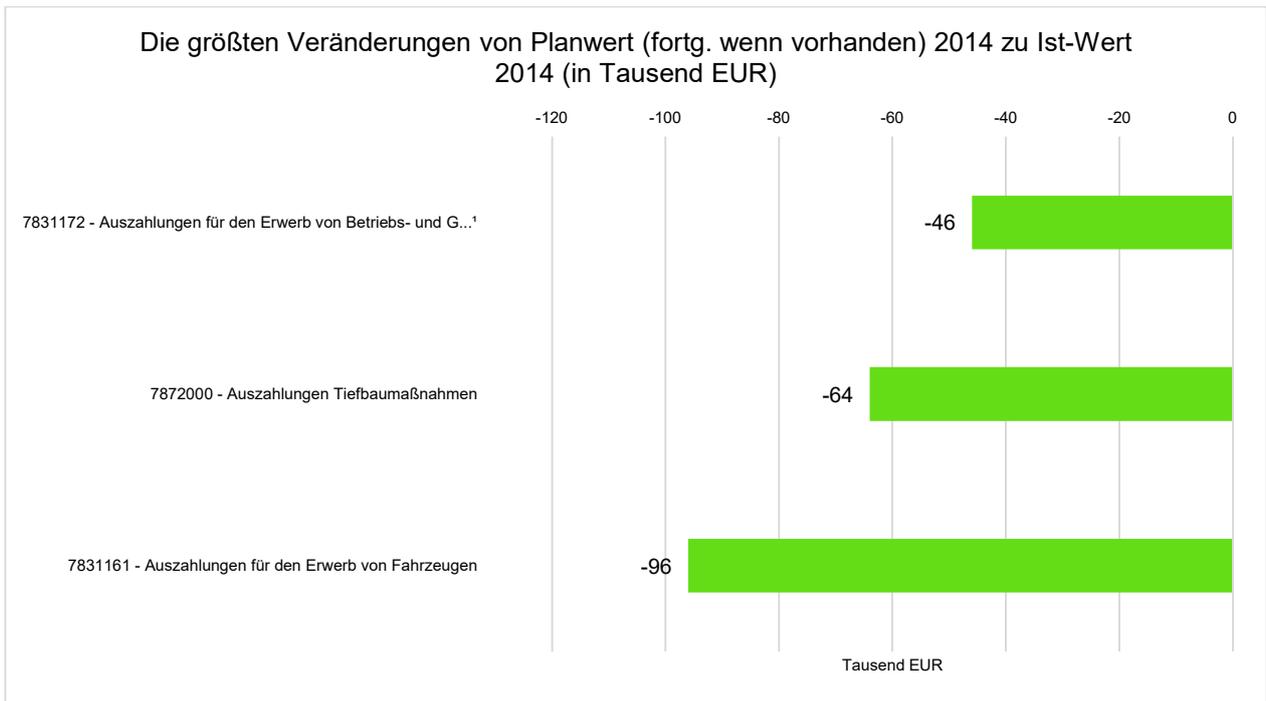
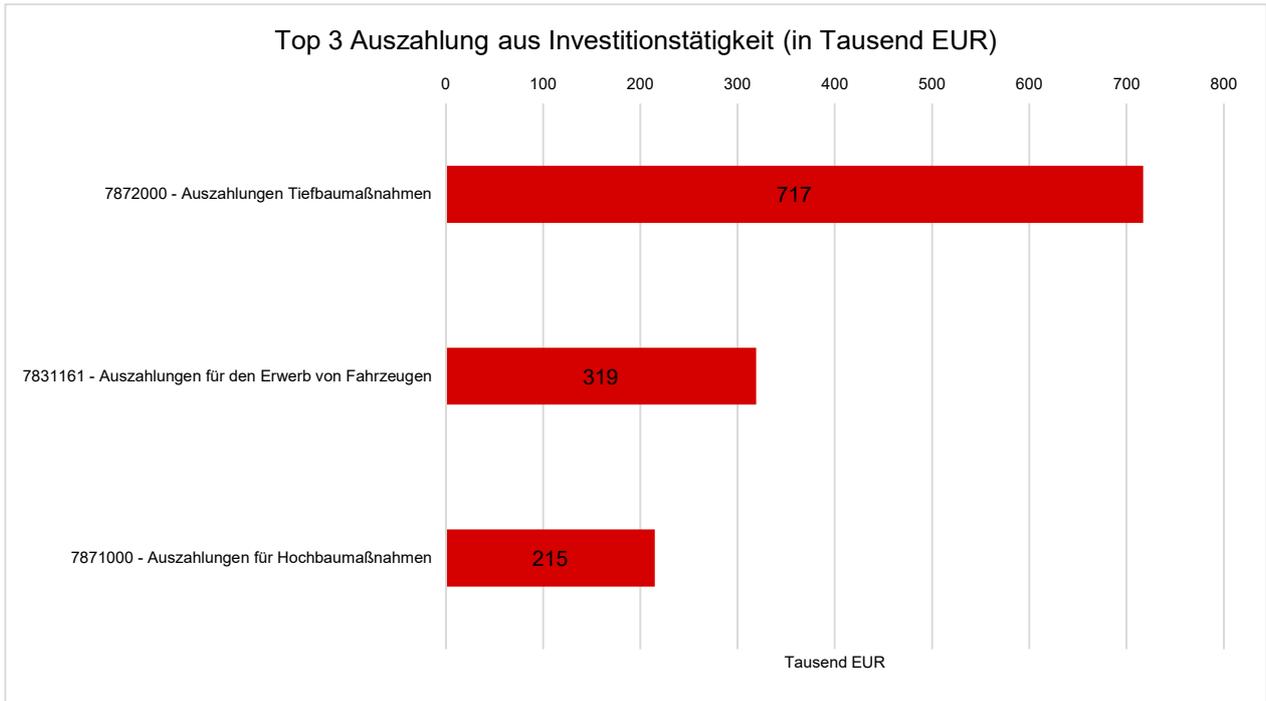
Bei den Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen sind die zu leistenden Auszahlungen für die naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen, begründet durch die Rodungsarbeiten am Wurmberg in 2014, niedriger ausgefallen als geplant.

Zu den weiteren Abweichungen wird auf den Anhang (Nr. 3.2) verwiesen.

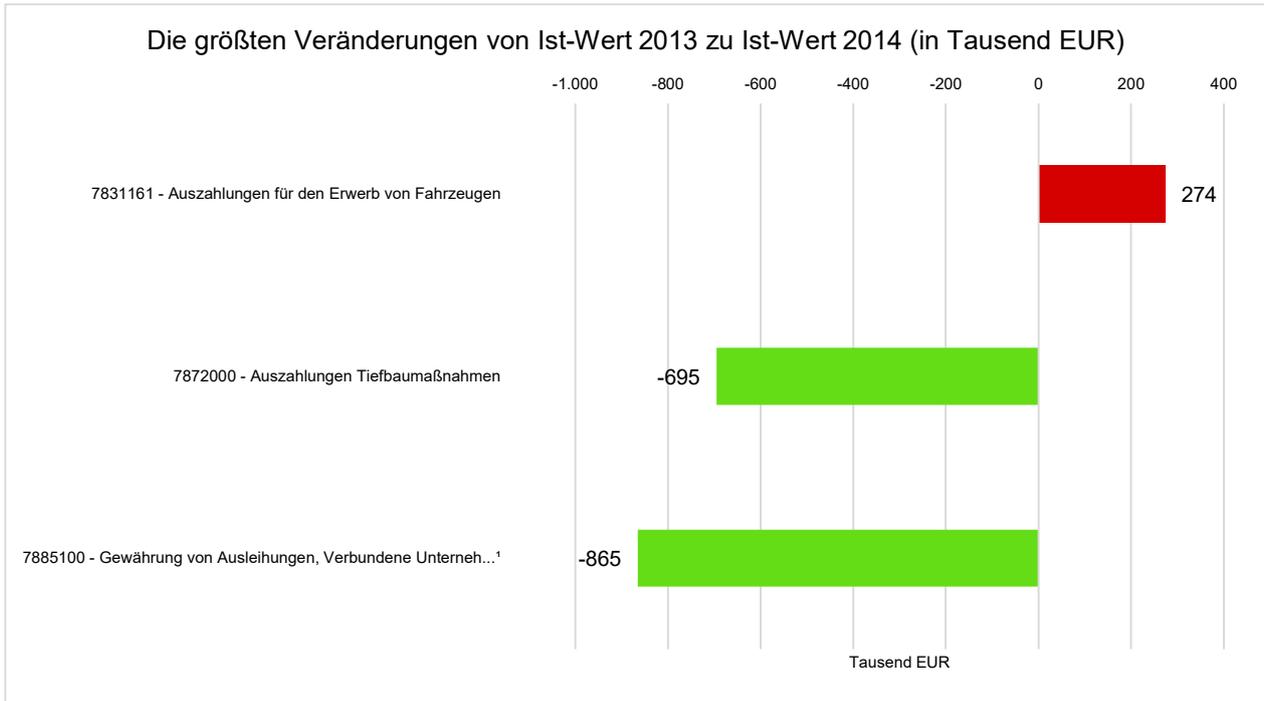


Die nachfolgenden Diagramme stellen kontenbezogen die:

1. Top 3 Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten,
2. Top 3 Abweichungen der Auszahlungen zwischen Plan 2014 und Ist 2014,
3. Top 3 Abweichungen der Auszahlungen zwischen Ist 2014 und dem Ist des Vorjahres 2013 dar.



7831172 - Auszahlungen für den Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattung'



7885100 - Gewährung von Ausleihungen, Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen mit Laufzeit bis einschl. 1 Jahr¹

3 Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz stellt auf der Aktivseite das Vermögen und auf der Passivseite die Schulden sowie das Eigenkapital der Stadt Braunlage dar.

Aktiva im Jahresvergleich (in Tausend EUR)

Bilanzposition	2013	2014	Veränderung absolut
1. - Immaterielles Vermögen	21	84	63 ↗
2. - Sachvermögen	19.058	18.724	-334 ↘
3. - Finanzvermögen	20.034	12.982	-7.052 ↘
4. - Liquide Mittel	103	50	-53 ↘
5. - Aktive Rechnungsabgrenzung	126	116	-10 ↘
Summe Aktiva	39.341	31.955	-7.385 ↘

Passiva im Jahresvergleich (in Tausend EUR)

Bilanzposition	2013	2014	Veränderung absolut
1. - Nettoposition	13.659	12.253	-1.406 ↘
2. - Schulden	16.166	10.672	-5.495 ↘
3. - Rückstellungen	9.362	8.821	-541 ↘
4. - Passive Rechnungsabgrenzung	153	209	57 ↗
Summe Passiva	39.341	31.955	-7.385 ↘

Aufteilung des Sachanlagevermögens

Auf der Aktivseite der Bilanz stellen die Sachanlagen den größten Posten dar. Das Sachanlagevermögen wird nachfolgend in seiner Zusammensetzung und in den jeweiligen Veränderungen zum Vorjahr abgebildet.

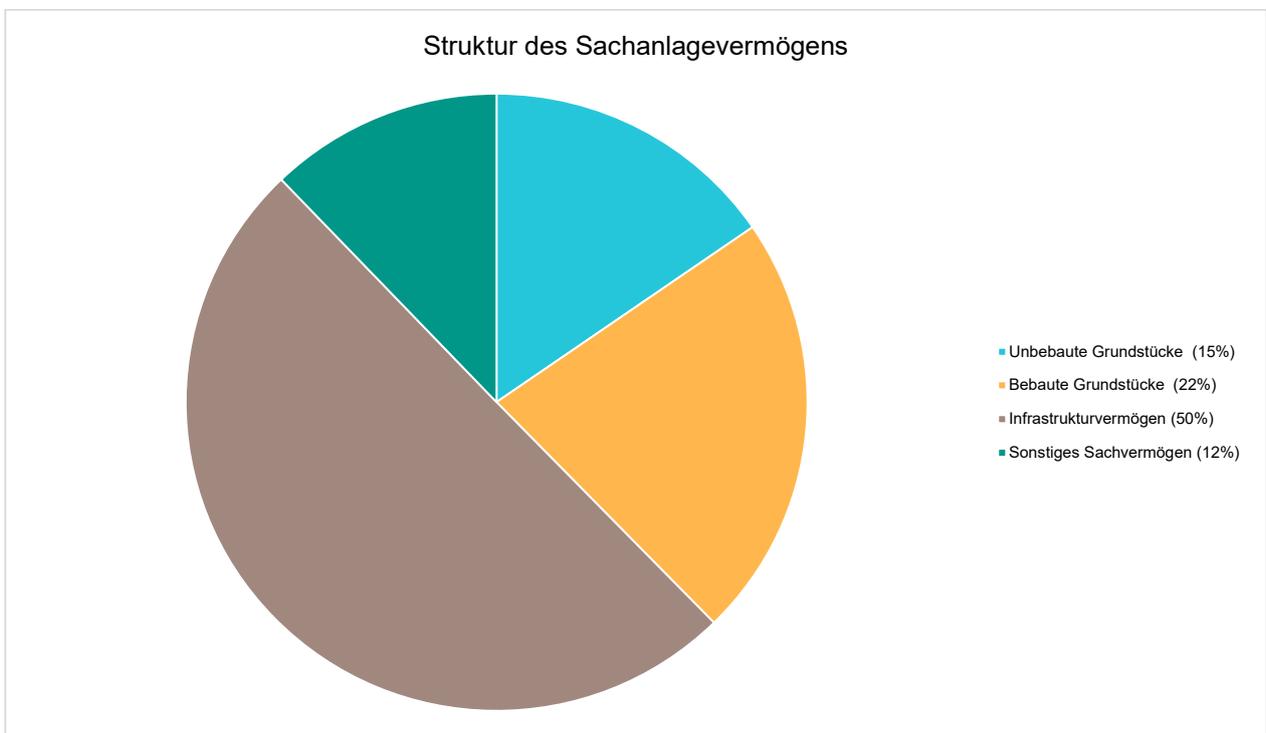
Sachanlagevermögen (in Tausend EUR)

Bilanzposition	2013	2014	Veränderung absolut
2 - Sachvermögen	19.058	18.724	-334 ↘
2.1 - unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	2.890	2.884	-6 →
2.2 - bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	4.151	4.171	19 →
2.3 - Infrastrukturvermögen	10.055	9.391	-663 ↘
2.4 - Bauten auf fremden Grundstücken	93	76	-17 ↘
2.5 - Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	21	21	0 →
2.6 - Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	886	1.125	239 ↗

Bilanzposition	2013	2014	Veränderung absolut
2.7 - Betriebs- und Geschäftsausstattung	754	780	26 ↗
2.8 - Vorräte	0	41	41 ↗
2.9 - geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	207	235	29 ↗

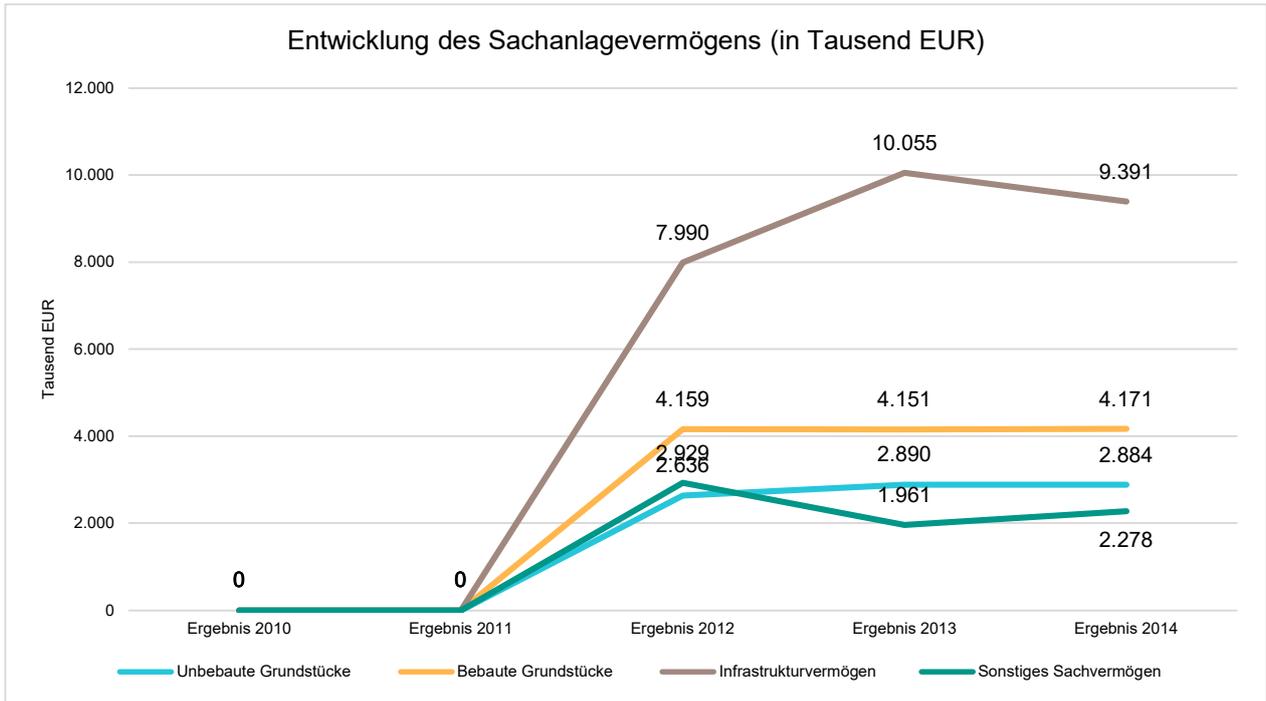
Das Sachanlagevermögen in seiner Struktur und Entwicklung

Im Folgenden wird die Struktur des Sachanlagevermögens in seinen wesentlichen Ausprägungen abgebildet:



Entwicklung des Sachanlagevermögens

Zur Entwicklung des Sachanlagevermögens in den letzten 3 Jahren wird auf den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen. Dort ist die Entwicklung aller Arten des Sachanlagevermögens, gegliedert bis zu den einzelnen Bilanzkonten, aufgezeigt und näher erläutert.



4 Kennzahlen

Über Kennzahlen lassen sich komplexe finanzwirtschaftliche Zusammenhänge in komprimierter Form darstellen. Die Betrachtung der Kennzahlenentwicklung im Mehrjahresverlauf ermöglicht eine finanzpolitische Beurteilung der Haushaltsentwicklung in seinen wesentlichen Ausprägungen. Die nachfolgend dargestellten Kennzahlen beinhalten auch die sogenannten NKR-Kennzahlen des Innenministeriums.

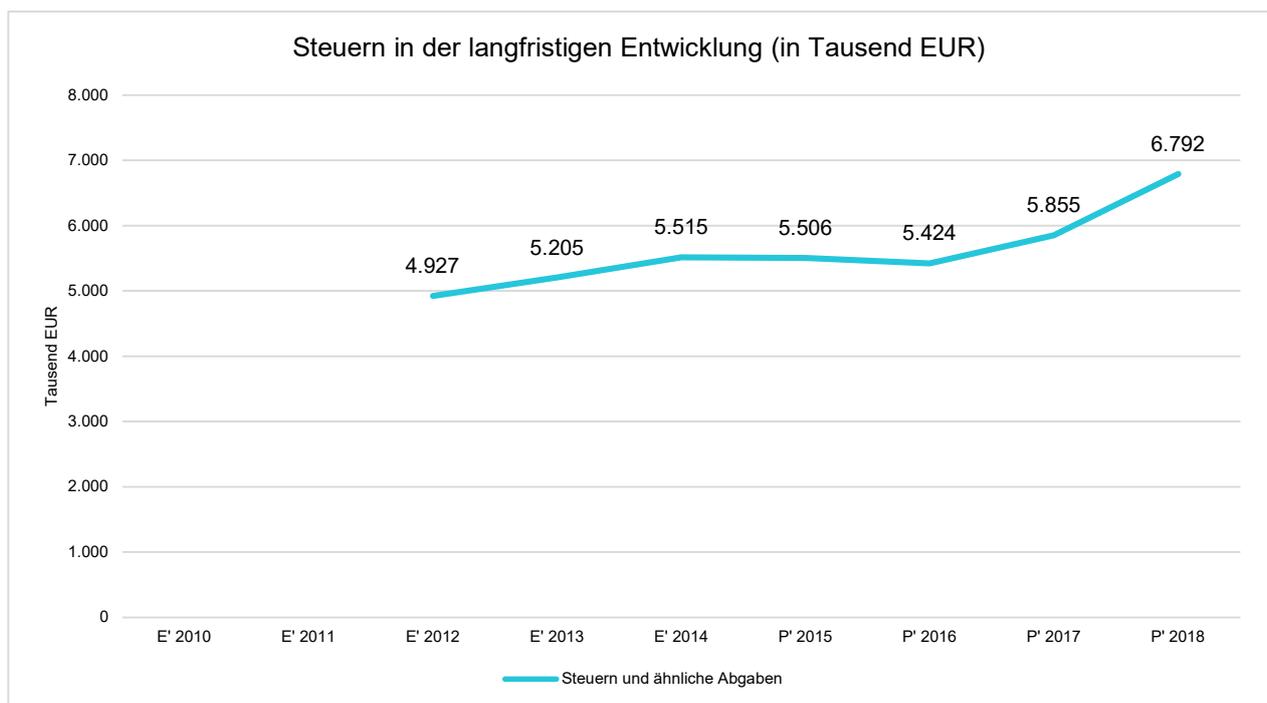
4.1 Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage sowie zum Haushaltsergebnis

4.1.1 Steuern

Steuern im Zeitverlauf

	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014
Grundsteuer A	--	--	7.367	6.469	7.381
Grundsteuer B	--	--	1.492.873	1.509.583	1.564.344
Gewerbsteuer	--	--	913.702	956.247	1.079.464
Anteil Einkommensteuer	--	--	1.463.877	1.561.409	1.676.587
Anteil Umsatzsteuer	--	--	172.274	174.422	178.082
Vergnügungssteuer	--	--	26.706	43.672	50.356
Hundesteuer	--	--	33.040	36.253	38.121
Sonstige örtliche Steuern und steuerähnliche Erträge	--	--	817.622	917.103	921.145
Summe der Steuern und steuerähnlichen Erträgen	--	--	4.927.461	5.205.158	5.515.478

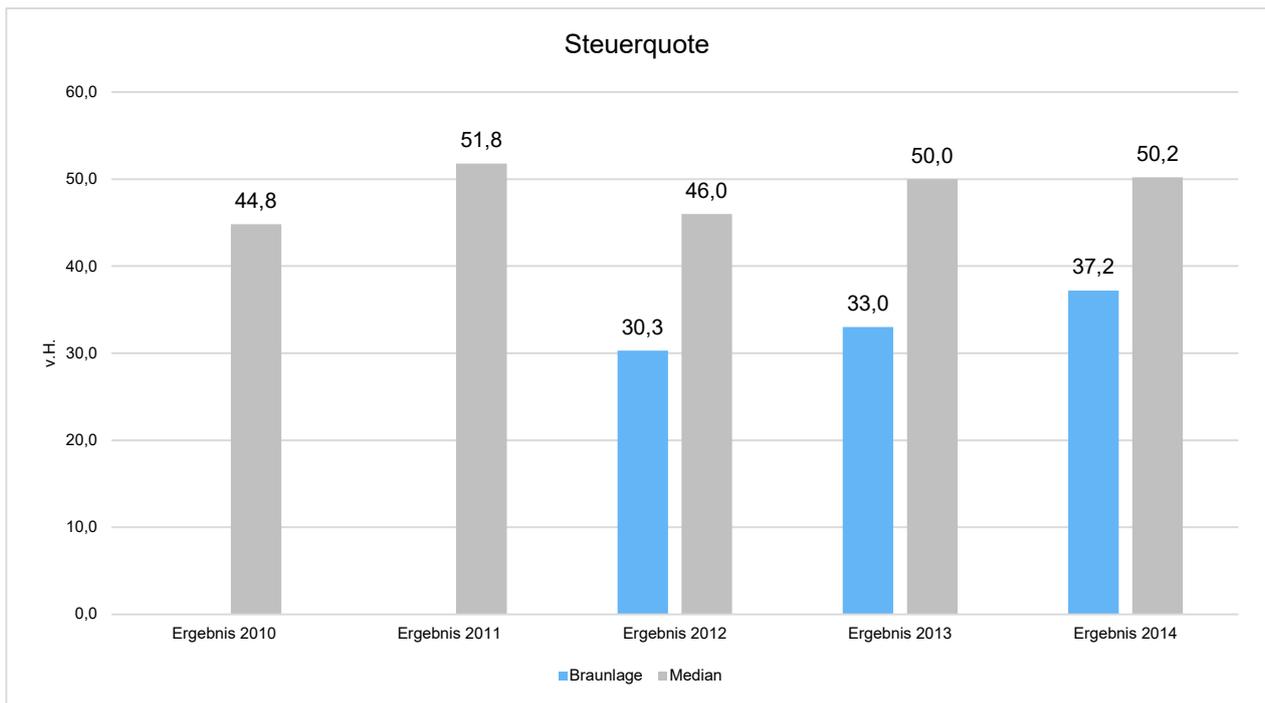
Die Entwicklung der Steuern und steuerähnlichen Abgaben im langfristigen Verlauf



Steuerquote

Die Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Kommune „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Die Steuerquote bringt zum Ausdruck, in welchem prozentualen Maße die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben die ordentlichen Aufwendungen decken. Je höher die Steuerquote, umso unabhängiger ist die Kommune von Zuwendungen aus dem kommunalen Finanzausgleich.

Die Steuerquote konnte in 2014 weiter gesteigert werden, sie liegt aber für die Stadt Braunlage noch deutlich unter der des Medians.



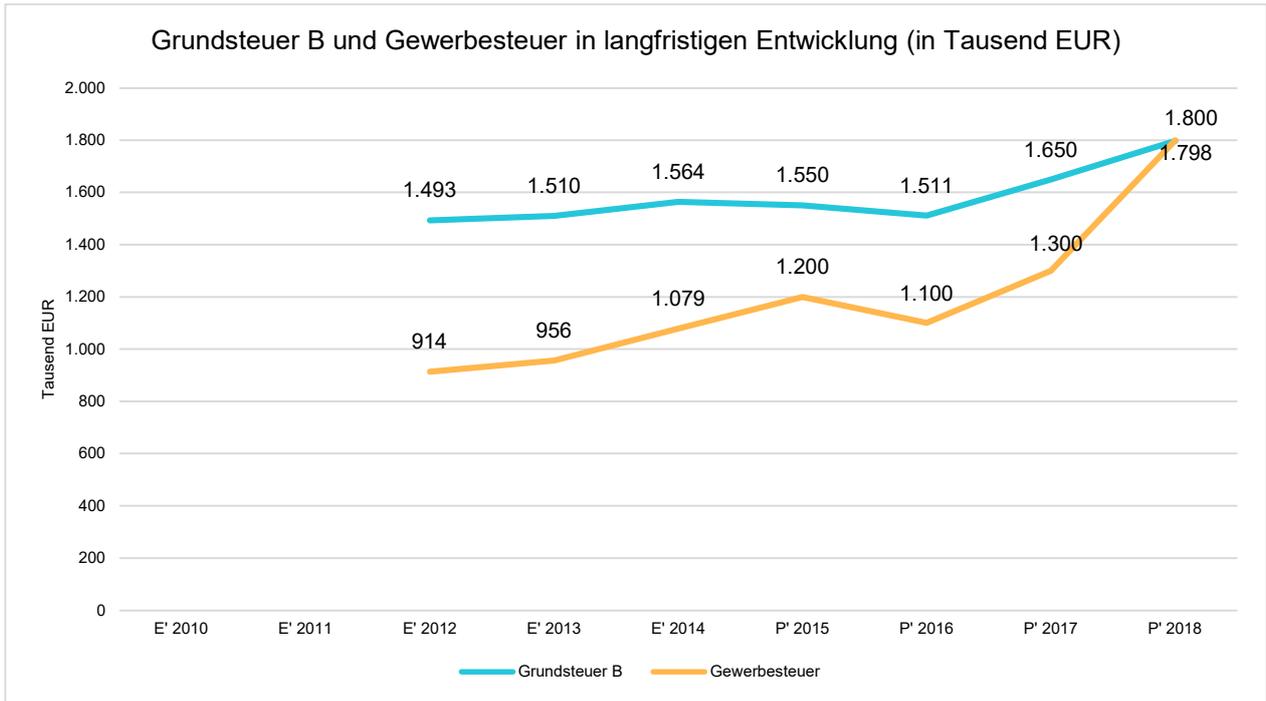
4.1.1.1 Entwicklung der Realsteuern - Hebesätze und Aufkommen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Hebesätze:

Entwicklung der Hebesätze

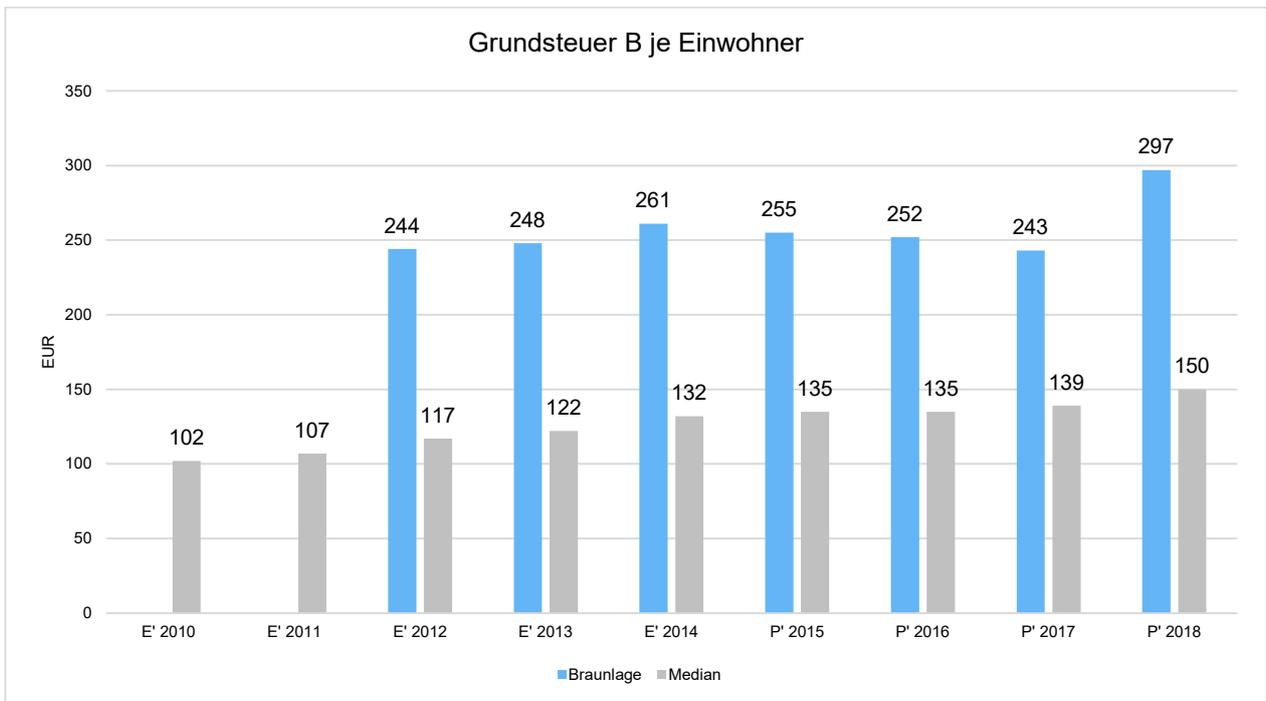
Steuerart	2010	2011	2012	2013	2014	2015
1.1 - Grundsteuer A	300	300	300	300	300	300
1.2 - Grundsteuer B	360	390	390	390	390	390
2 - Gewerbesteuer	314	350	350	350	350	350

Die Erträge aus Grundsteuer B und Gewerbesteuer weisen langfristig folgende Entwicklung auf:



Grundsteuer B je Einwohner

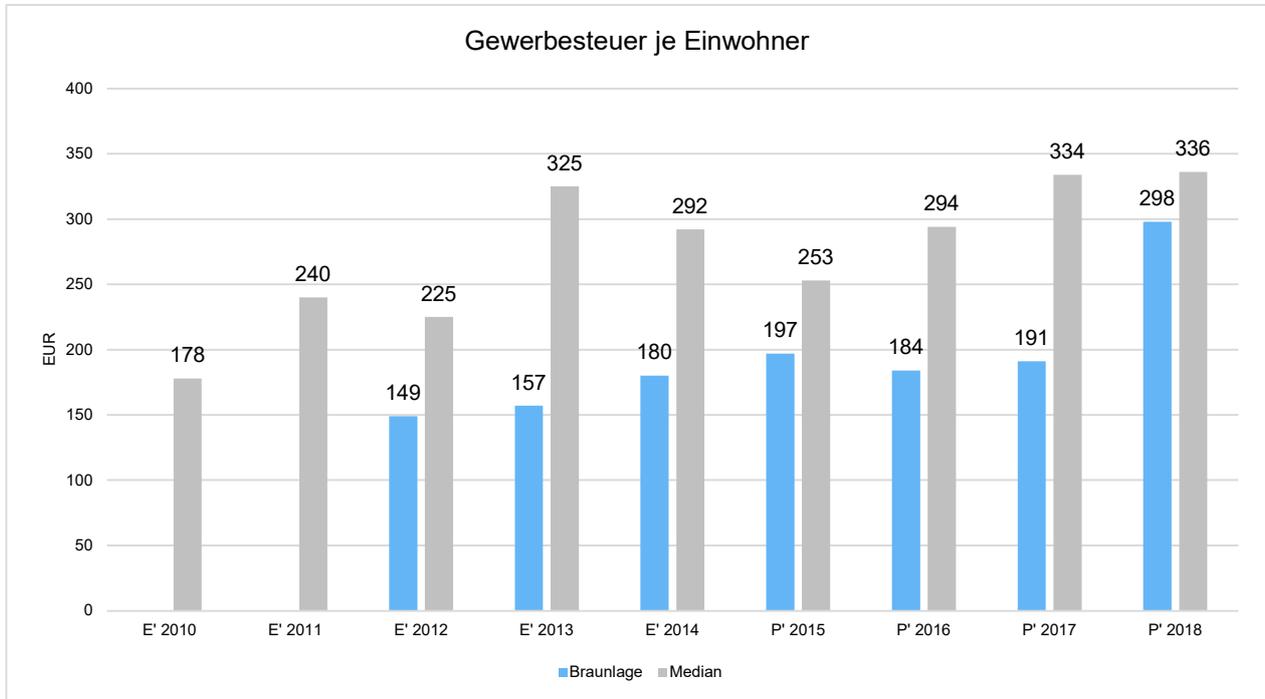
Um das Steueraufkommen in seiner Höhe besser einordnen zu können, bietet sich die einwohnerbezogene Betrachtung an:



Die Grundsteuer B je Einwohner ist in Braunlage 2014 nahezu doppelt so hoch wie bei dem Median.

Gewerbsteuer je Einwohner

Nachfolgend wird die Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens in Relation zur Einwohnerzahl abgebildet:



Die Gewerbsteuer je Einwohner liegt in Braunlage deutlich unter dem Median.

4.1.1.2 Gemeinschaftssteuern

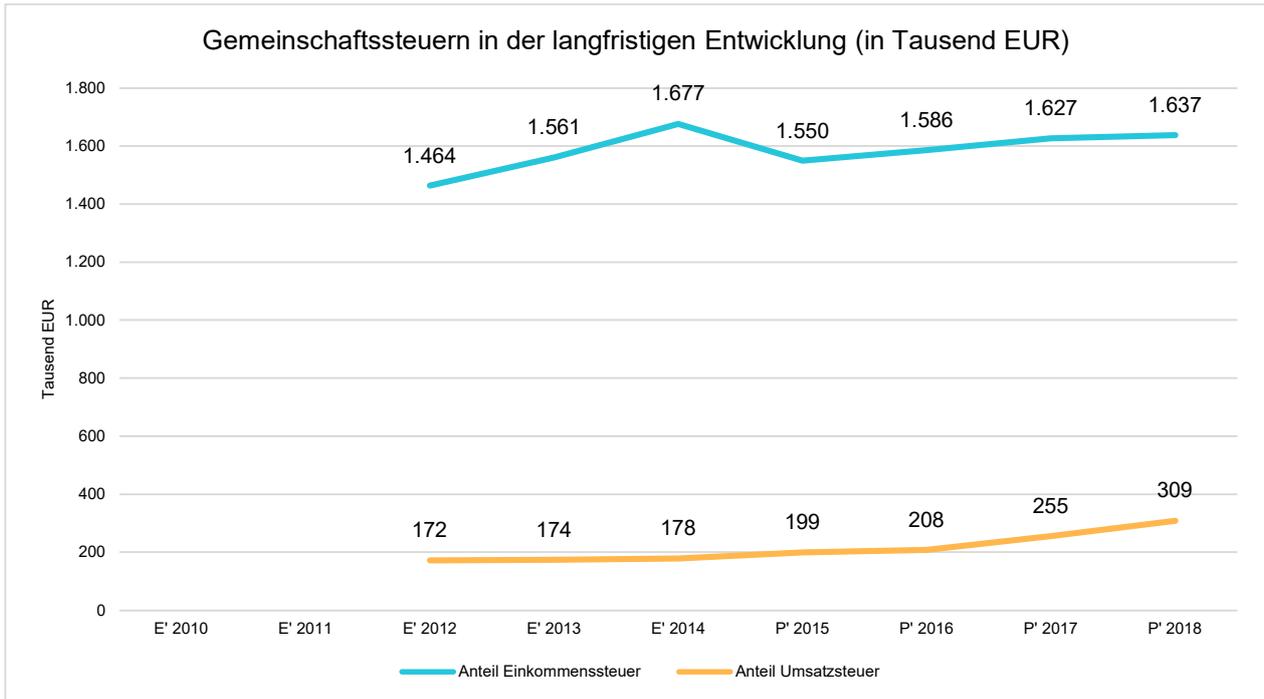
Die Gemeinschaftssteuern setzen sich aus den Anteilen an der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer zusammen:

Gemeinschaftssteuern

	E' 2013	E' 2014	P' 2015	P' 2016	P' 2017
Anteil Einkommenssteuer	1.561.409	1.676.587	1.550.000	1.586.000	1.626.500
Anteil Umsatzsteuer	174.422	178.082	199.000	207.600	254.900

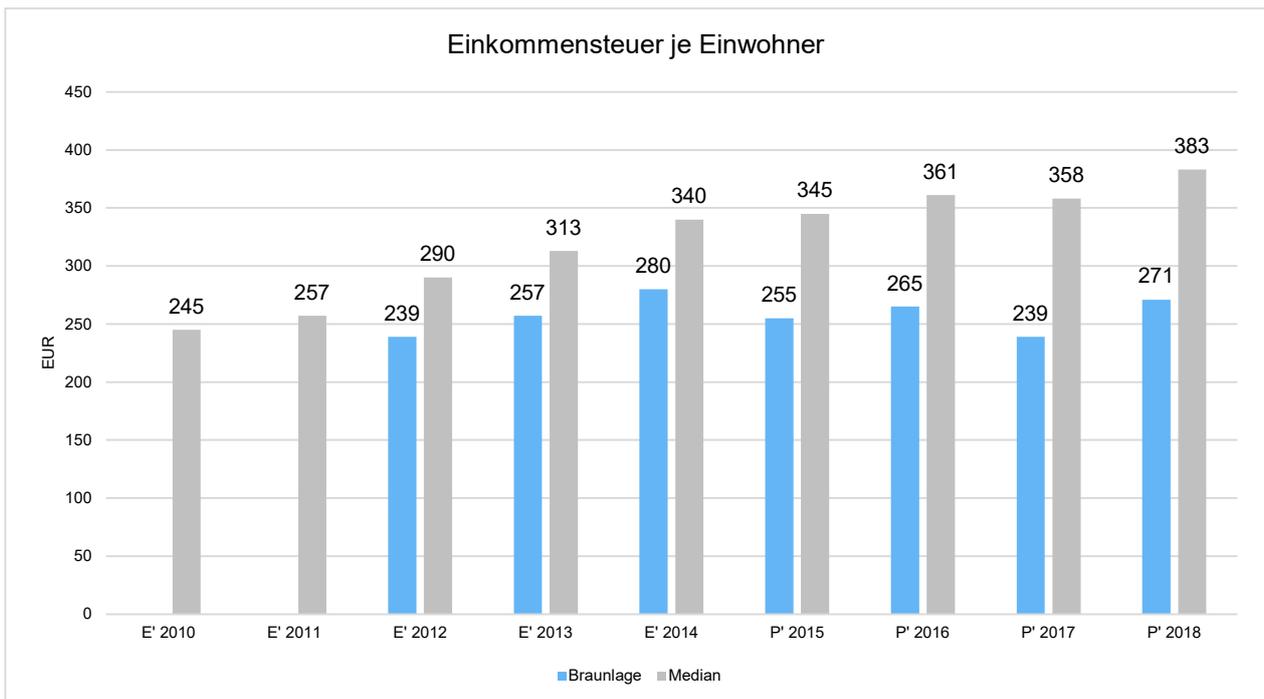
Gemeinschaftssteuern in der langfristigen Entwicklung

In der Langfristbetrachtung zeigt sich hinsichtlich der Gemeinschaftssteuern folgendes Bild:

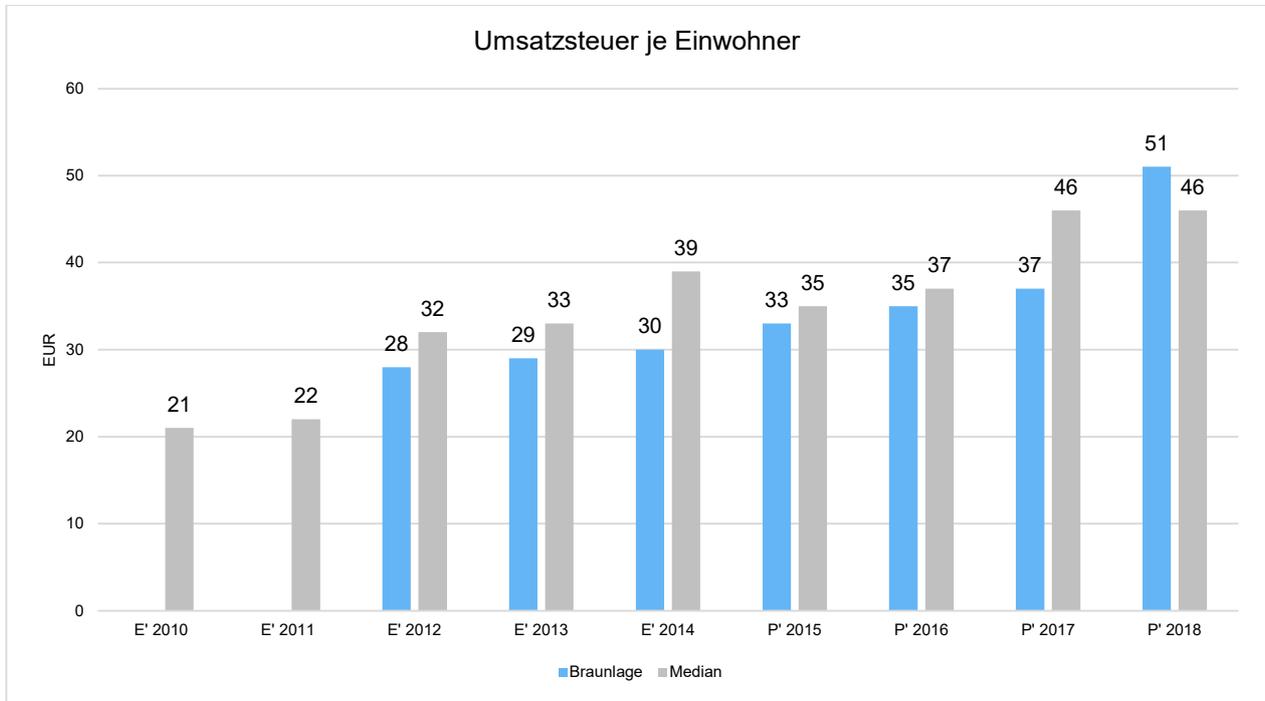


Die Anteile an der Einkommensteuer steigen in der Entwicklung stärker an als die an der Umsatzsteuer.

Anteil Einkommensteuer je Einwohner



Anteil Umsatzsteuer je Einwohner



In beiden Fällen liegt der Wert je Einwohner in Braunlage unter dem Median.

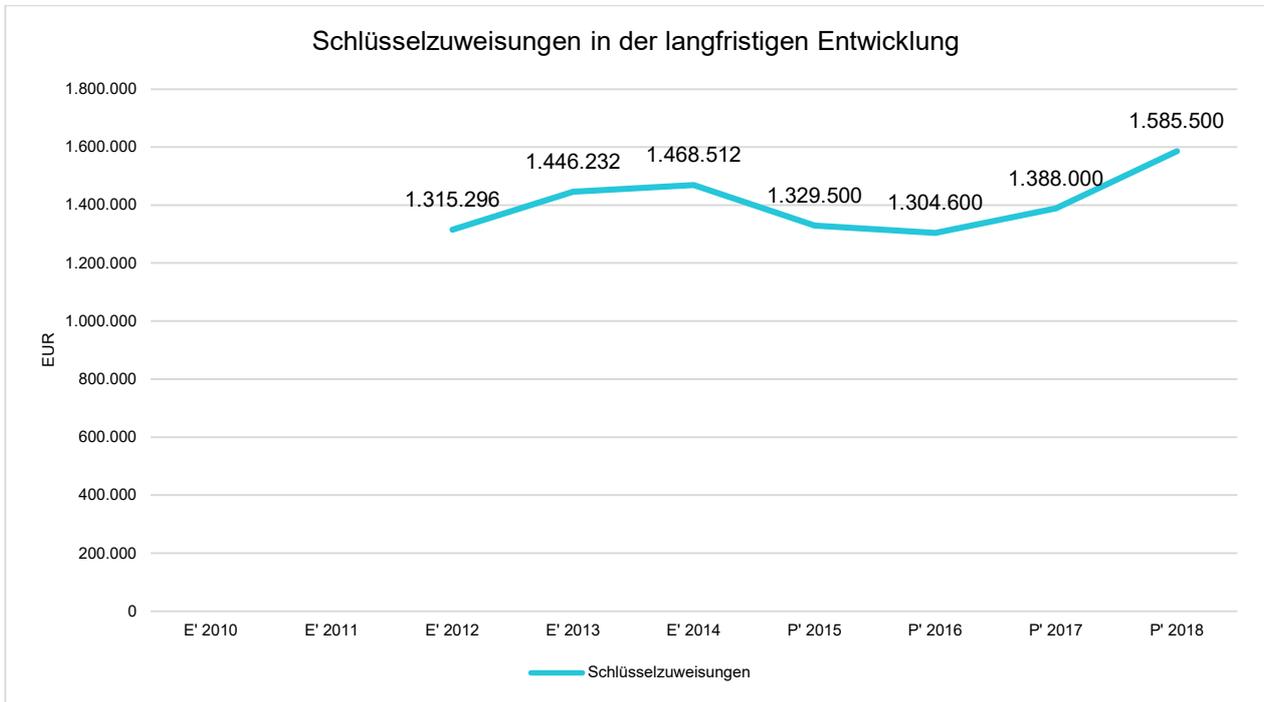
4.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, wobei die Schlüsselzuweisungen eingehender betrachtet werden:

Erträge aus Zuwendungen und allgemeine Umlagen

	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	--	--	2.639.364	2.871.328	1.848.621
Schlüsselzuweisungen	--	--	1.315.296	1.446.232	1.468.512
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	--	--	287.092	237.800	272.037
Sonstige Zuweisungen und Umlagen	--	--	1.036.976	1.187.296	108.072

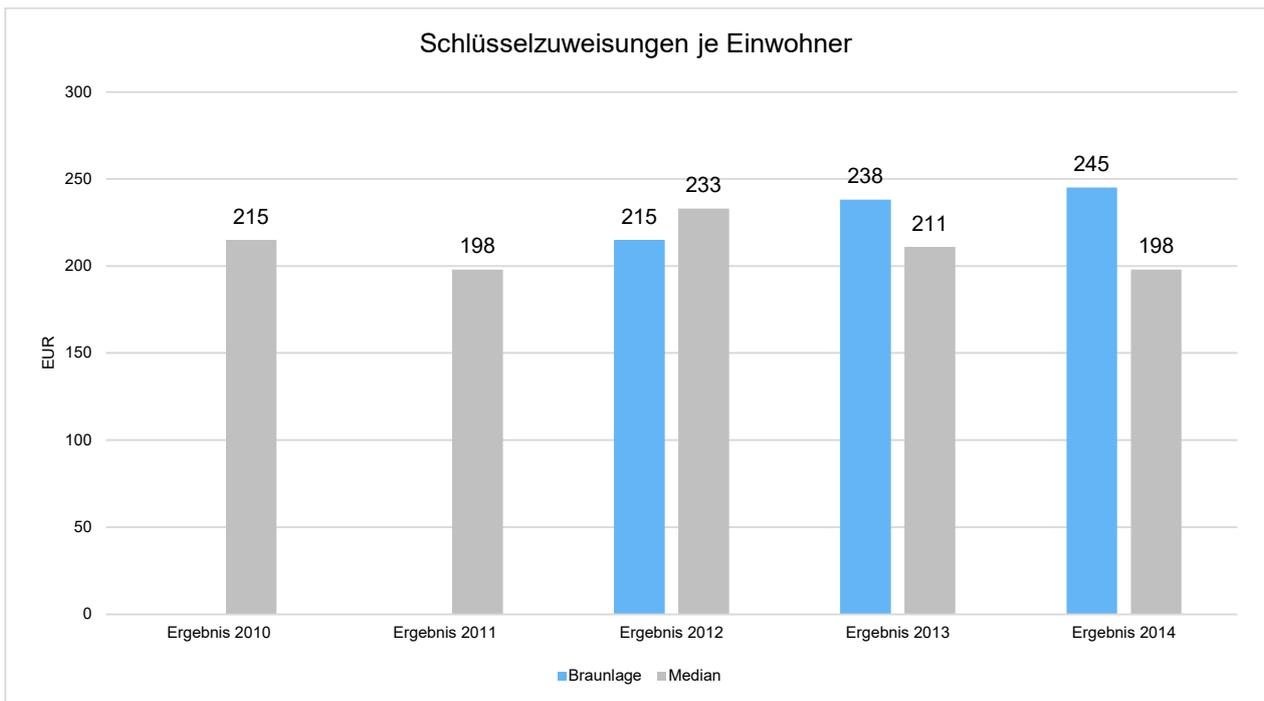
Schlüsselzuweisungen in der langfristigen Entwicklung



Die Schlüsselzuweisungen an die Stadt Braunlage haben sich stetig erhöht. Sie liegen je Einwohner über dem Median.

Schlüsselzuweisungen je Einwohner

Nachstehend wird der Ertrag aus Schlüsselzuweisungen ins Verhältnis zur Einwohnerzahl gestellt:

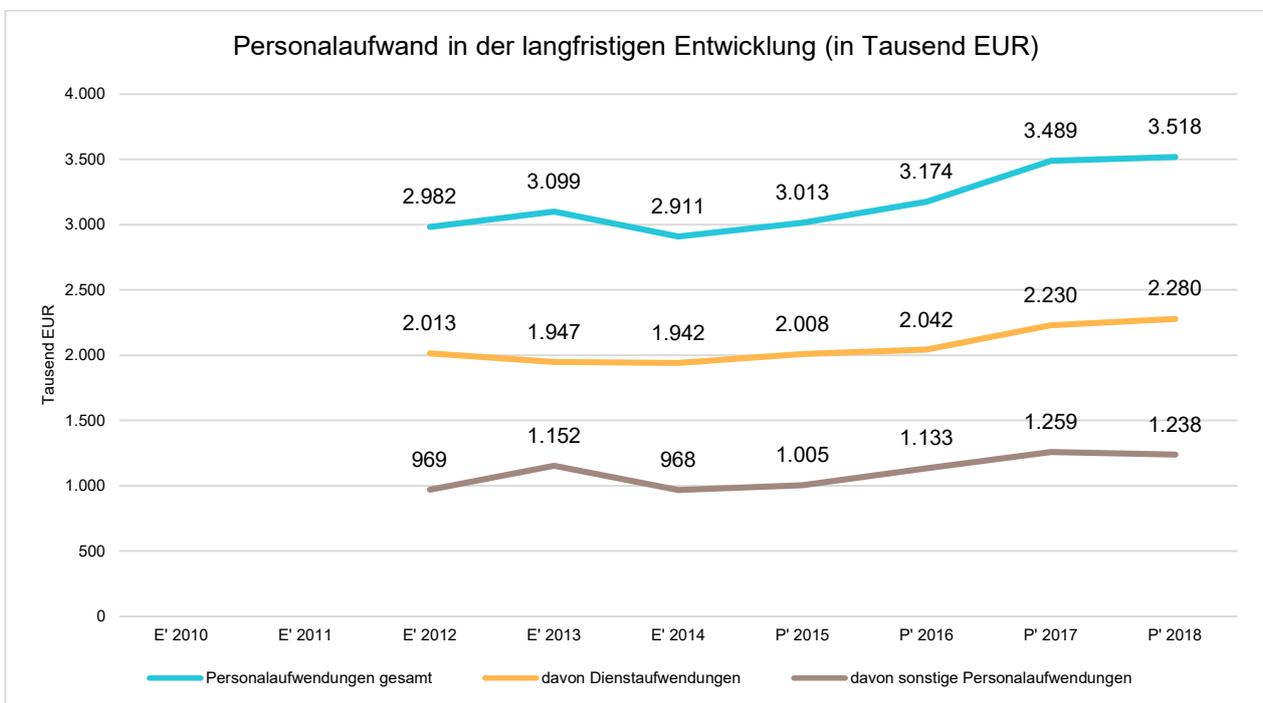


4.1.3 Personalaufwand

Die Personalaufwendungen stellen sich wie folgt dar:

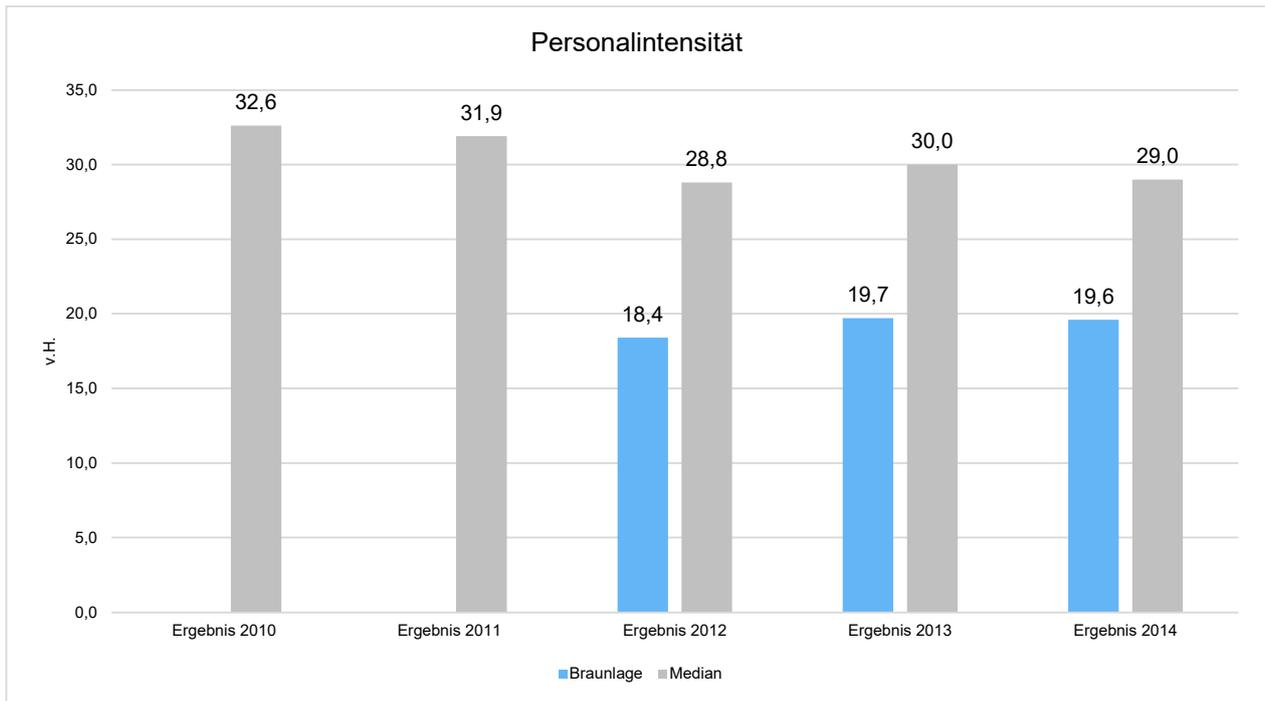
Personalaufwand

	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014
Personalaufwendungen gesamt	--	--	2.981.980	3.098.694	2.910.695
davon Dienstaufwendungen	--	--	2.013.479	1.947.071	1.942.259
davon sonstige Personalaufwendungen	--	--	968.501	1.151.623	968.436



Personalintensität

Die Personalintensität bildet den prozentualen Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen insgesamt ab. Sie ist ein Indikator dafür, welches Gewicht die Personalaufwendungen innerhalb des ordentlichen Aufwandes haben.



Die Personalintensität unterliegt kaum Schwankungen und liegt in Braunlage deutlich unter dem Median.

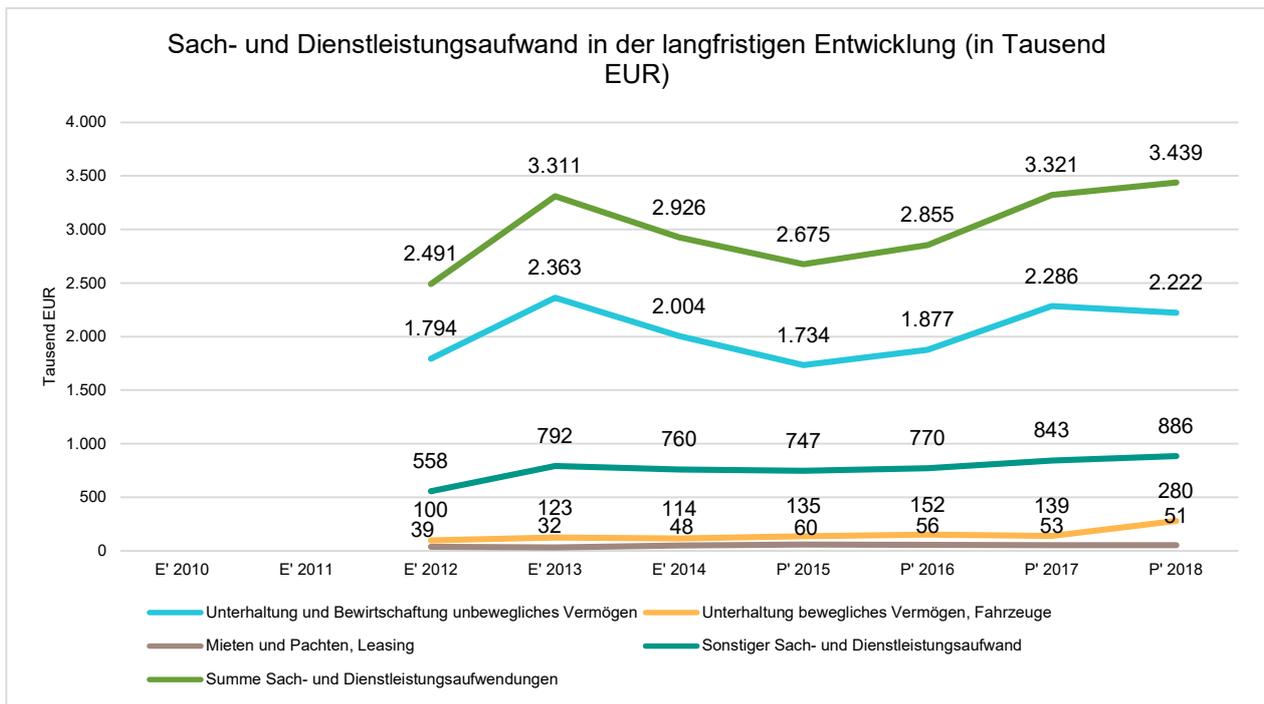
4.1.4 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Entwicklung der Sach- und Dienstleistungen im Zeitverlauf ist den folgenden Aufstellungen zu entnehmen:

Entwicklung des Aufwandes für Sach- und Dienstleistungen

	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014
Unterhaltung und Bewirtschaftung unbewegliches Vermögen	--	--	1.793.890	2.362.924	2.004.425
Unterhaltung bewegliches Vermögen, Fahrzeuge	--	--	100.282	123.342	113.665
Mieten und Pachten, Leasing	--	--	38.514	32.290	47.614
Sonstiger Sach- und Dienstleistungsaufwand	--	--	558.373	792.304	759.829
Summe Sach- und Dienstleistungsaufwendungen	--	--	2.491.058	3.310.859	2.925.533

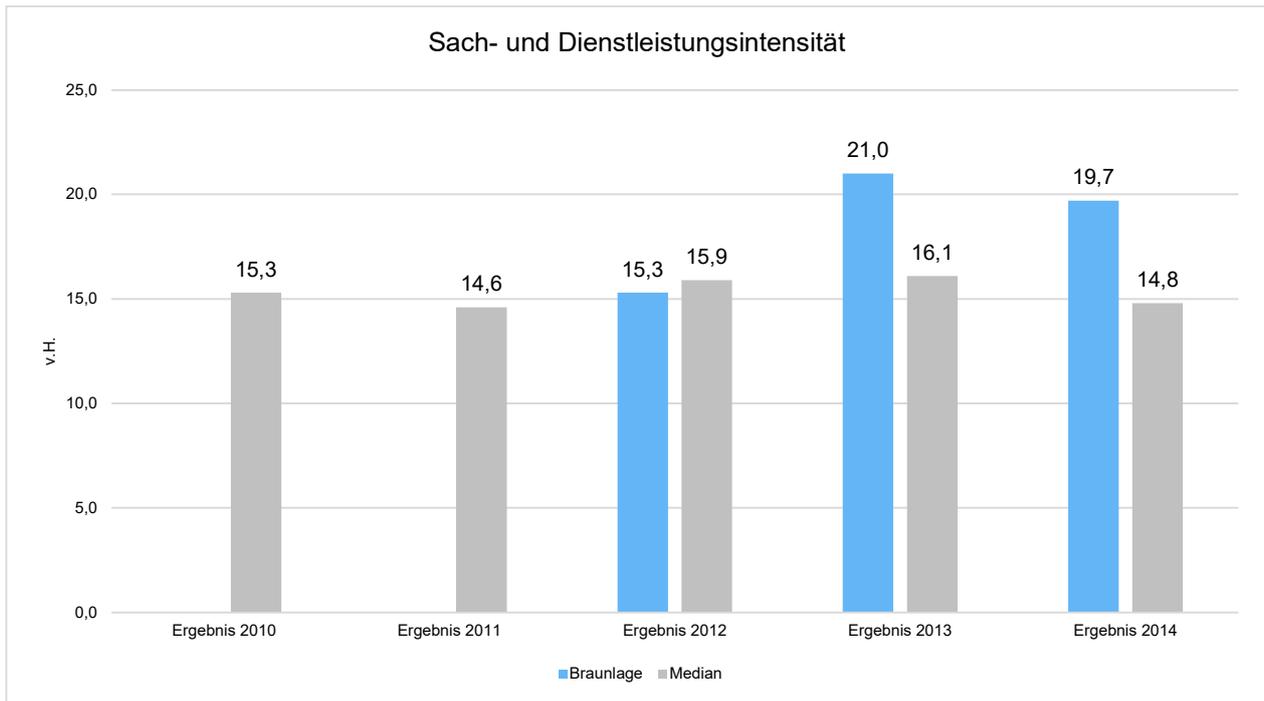
Sach- und Dienstleistungsaufwand in der langfristigen Entwicklung



Sach- und Dienstleistungsintensität

Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat. Sie ist damit das Gegenstück zur Personalintensität. Die Sach- und Dienstleistungsintensität zeigt an, wie hoch der prozentuale Anteil der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne besondere Aufwendungen für Beschäftigte) vom ordentlichen Aufwand ist.

Sie ist in Braunlage von 2012 nach 2013 relativ stark angestiegen. Dies ist auch ersichtlich an folgendem Vergleichsdiagramm, liegt Braunlage 2012 noch unter dem Median, so übersteigt Braunlage den Median 2013 und 2014 deutlich.



4.1.5 Transferaufwendungen

Aufwandsseitig sind neben den Personal- und Sachaufwendungen die Transferaufwendungen von Bedeutung. Von besonderem Interesse sind hier die Entwicklungen bei den Umlagezahlungen an Gemeindeverbände sowie bei den Sozialtransfers. Zu den sonstigen Transferzahlungen zählen u.a. die Steuerbeteiligungen (Gewerbesteuerumlage, Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit) sowie die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke.

Nachfolgend ist die Entwicklung dieser Positionen abzulesen:

Entwicklung der Transferaufwendungen

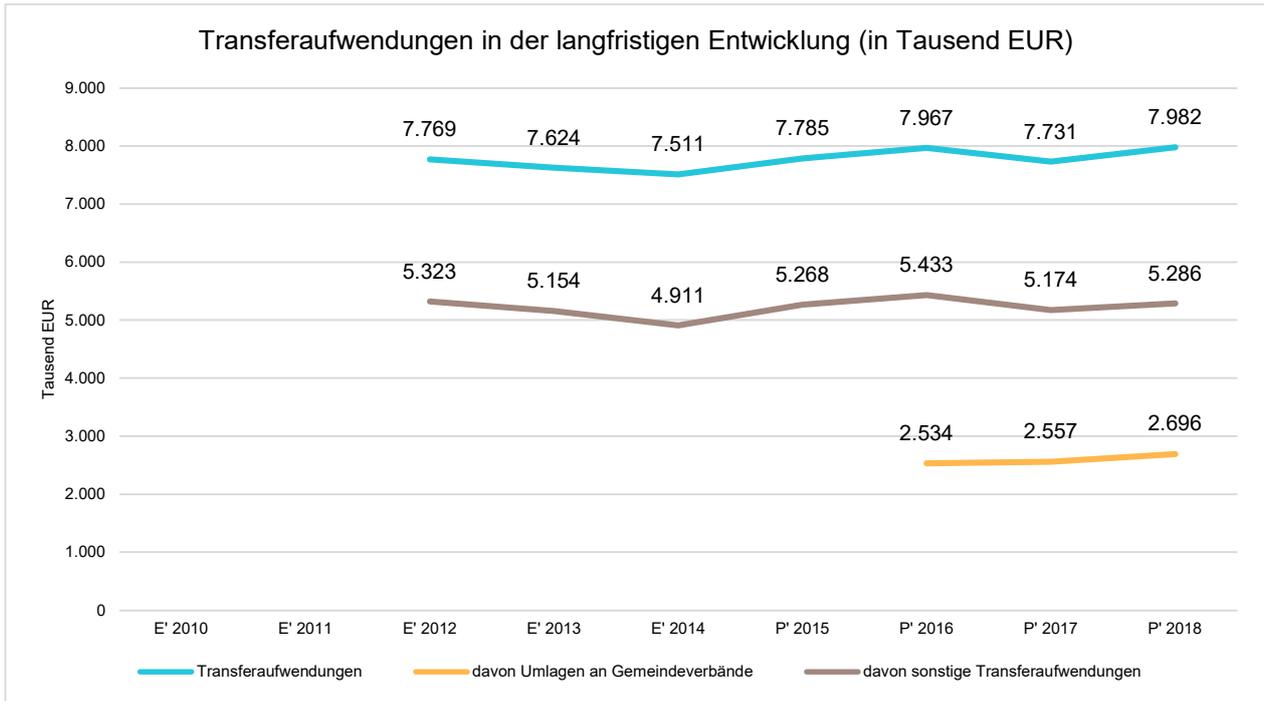
	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014
Transferaufwendungen	--	--	7.769.315	7.623.581	7.511.308
davon sonstige Transferaufwendungen	--	--	5.323.083	5.153.957	4.911.436

Transferaufwendungen in der langfristigen Entwicklung

Es ist ein leichter Rückgang bei den Transferaufwendungen zu verzeichnen.

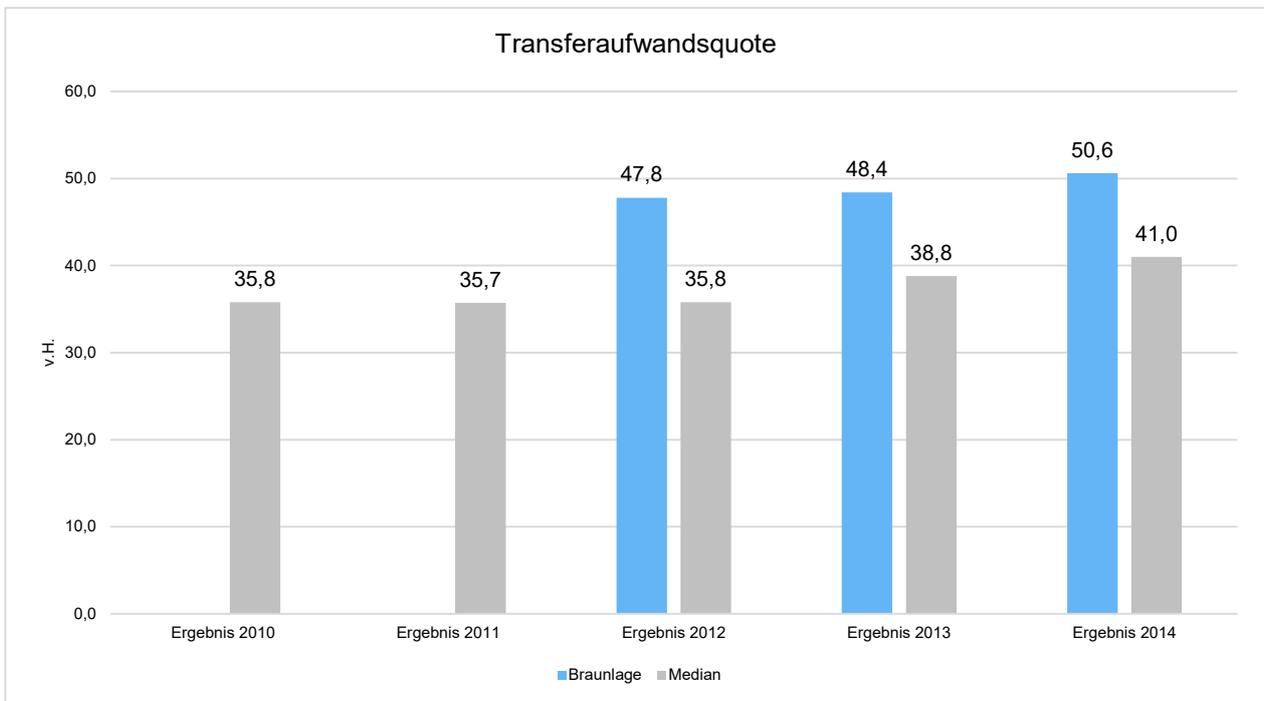
Dagegen ist die Transferaufwandsquote weiter angestiegen.

S. nachfolgende Diagramme



Transferaufwandsquote

Die Transferaufwandsquote gibt an, wie hoch der Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen des Haushaltes ist.



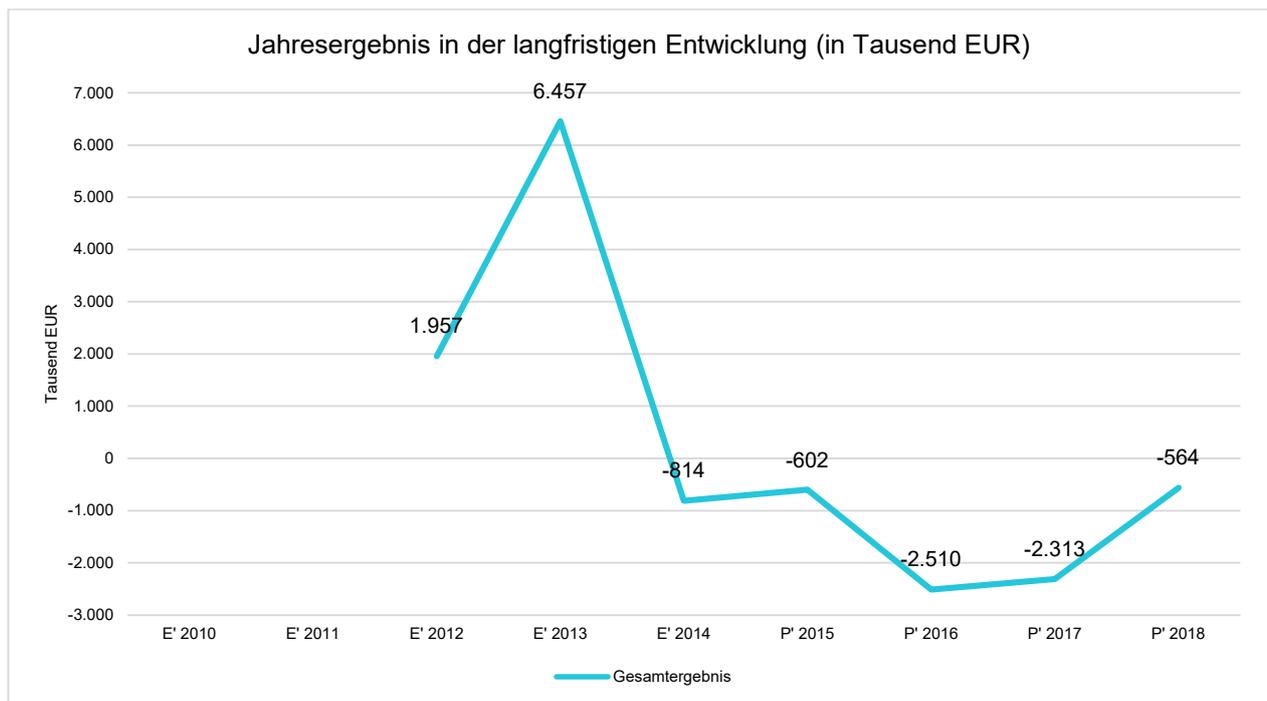
4.1.6 Haushaltsergebnis

Die Entwicklung des Ergebnisses mit seinen Untergliederungen ist nachfolgend dargestellt:

Entwicklung des Ergebnisses

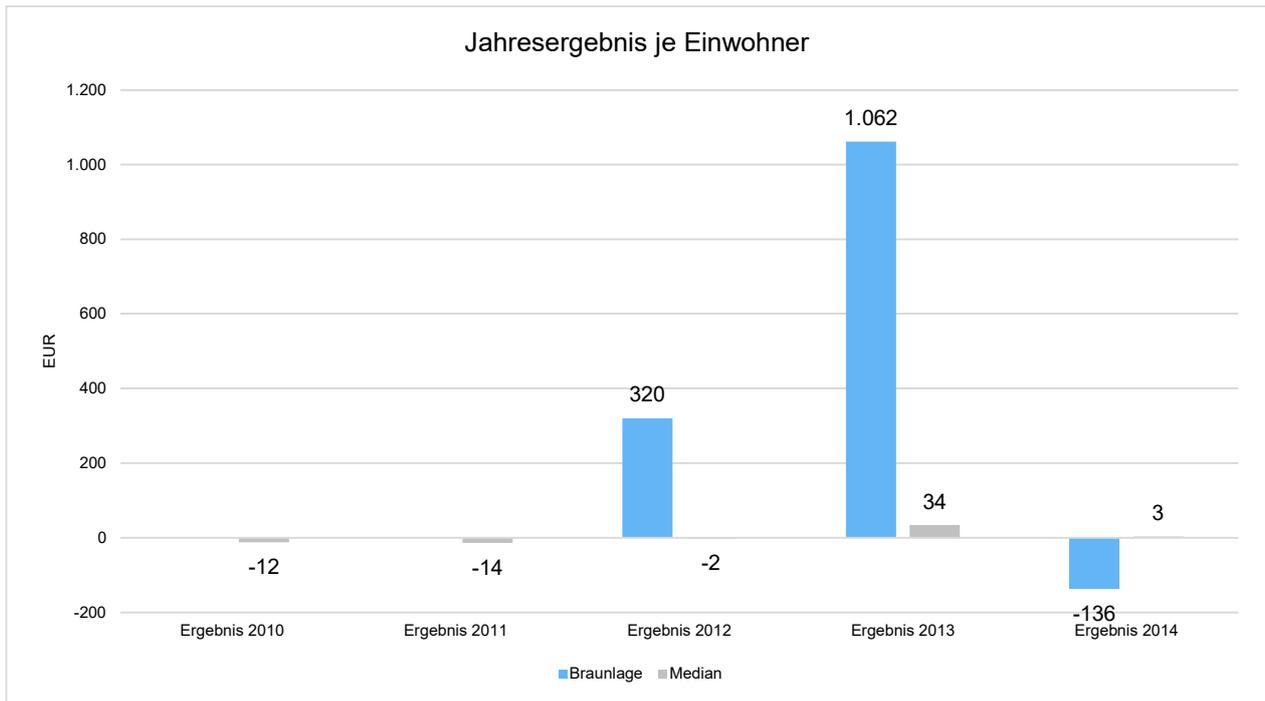
	E' 2013	E' 2014	P' 2015	P' 2016	P' 2017
Ordentliches Ergebnis	123.814	-730.126	-656.200	-2.205.800	-2.313.400
Außerordentliches Ergebnis	6.333.533	-83.917	54.000	-304.000	0
Jahresergebnis	6.457.348	-814.043	-602.200	-2.509.800	-2.313.400

Jahresergebnis in der langfristigen Entwicklung



Jahresergebnis je Einwohner

Die Kennzahl bildet das Jahresergebnis als Saldo von ordentlichem Ergebnis und außerordentlichem Ergebnis bezogen auf einen Einwohner ab.

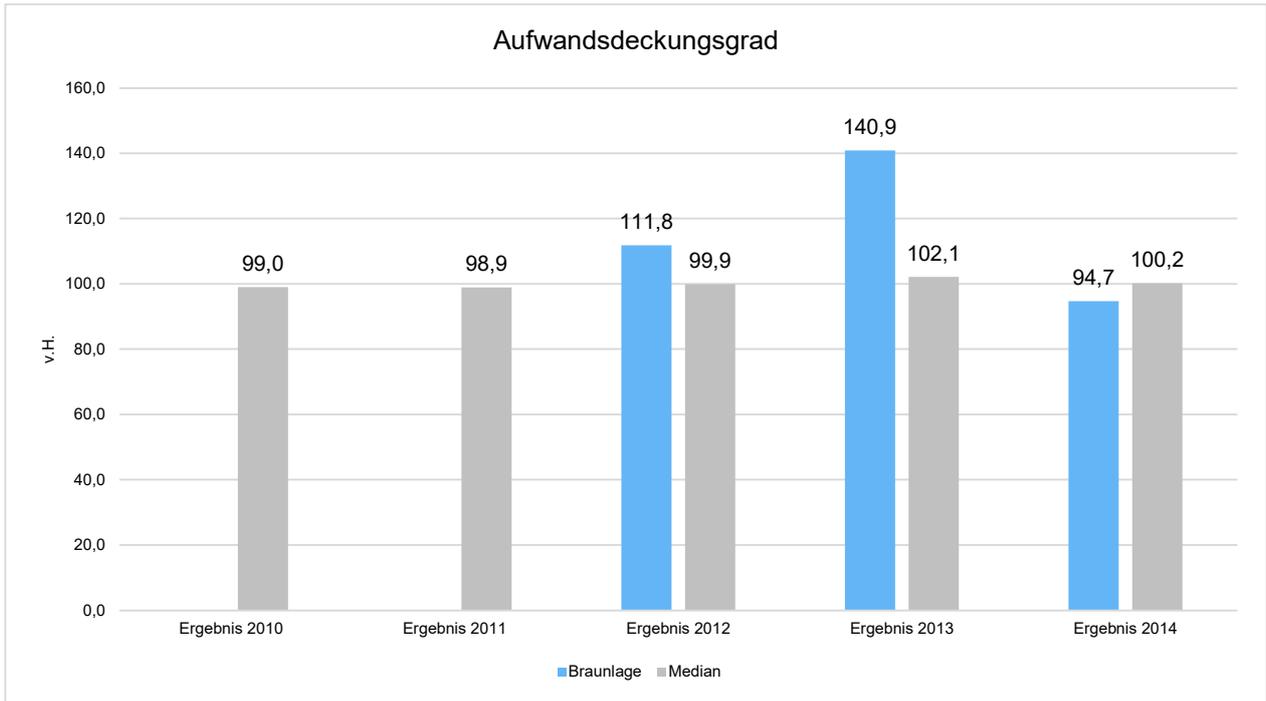


Unter Steuerungsgesichtspunkten ist nicht das außerordentliche Ergebnis, sondern das ordentliche Ergebnis relevant, weshalb nachfolgend Kennzahlen zu diesen Ergebnisgrößen dargestellt werden.

Aufwanddeckungsgrad

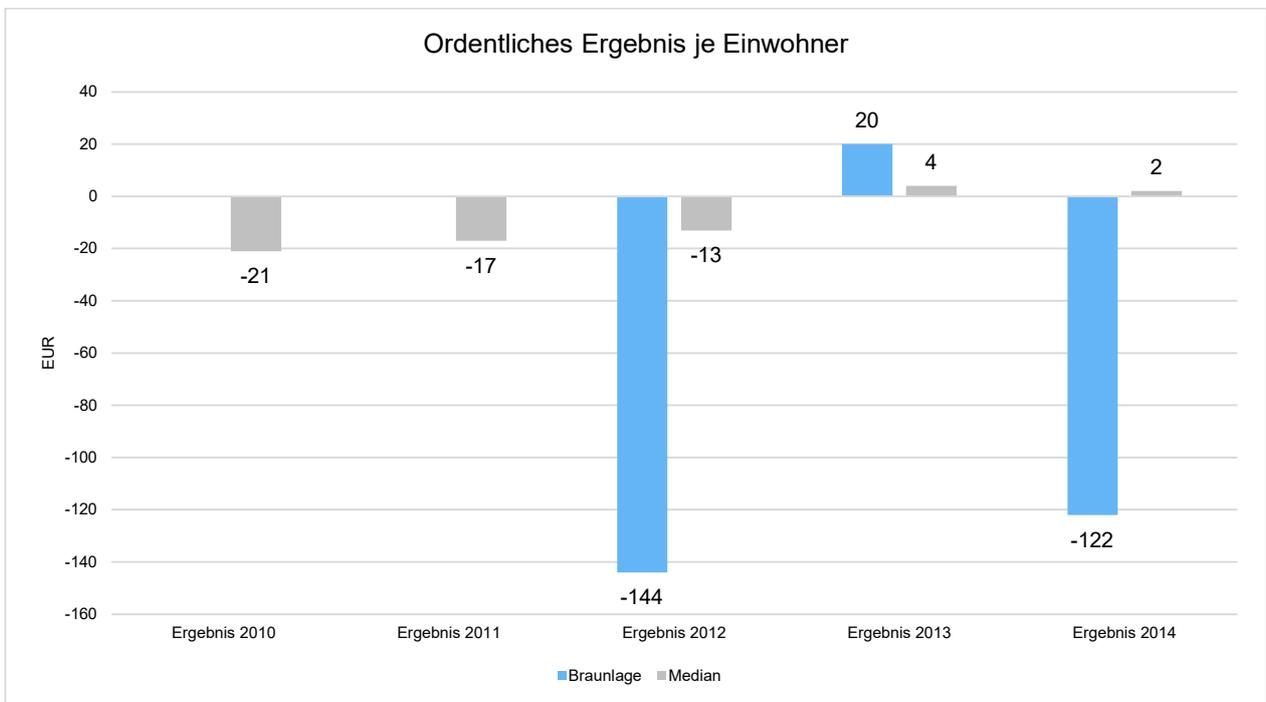
Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die gesamten Aufwendungen durch Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung, d.h. einen Aufwandsdeckungsgrad von 100 % oder höher, erreicht werden.

Nachdem dieses Ziel 2012 und 2013 erreicht werden konnte, erfüllt die Stadt Braunlage 2014 nicht die Anforderungen an einen ausgeglichenen Abschluss in der Ergebnisrechnung.



Ordentliches Ergebnis je Einwohner

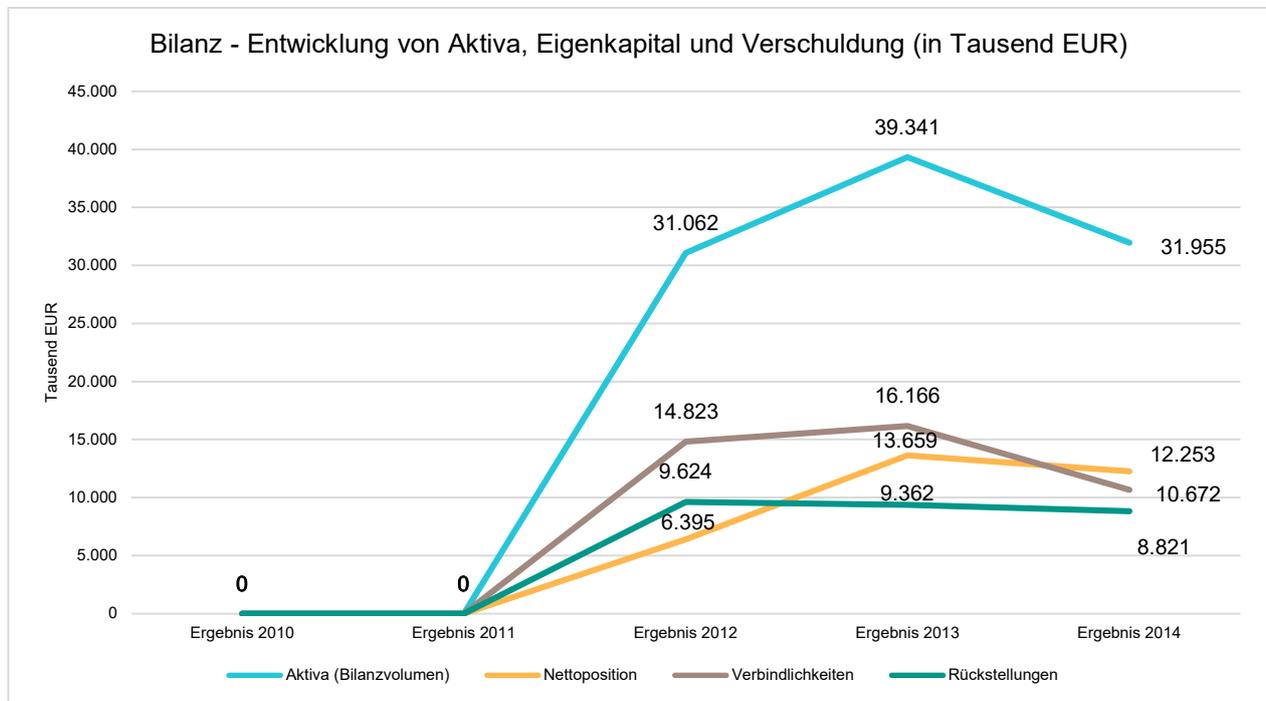
Durch die Kennzahl wird deutlich, welches Ergebnis sich aus den ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen bezogen auf einen Einwohner darstellt. Die Kennzahl dient zur Konkretisierung des oben aufgeführten Aufwandsdeckungsgrades.



Es wird deutlich, dass nach einer kurzfristigen Erholung in 2013 das Ergebnis je Einwohner in Braunlage sehr schlecht ausfällt.

4.2 Kennzahlen zur Bilanz / weitere NKR-Kennzahlen

Nachfolgendes Schaubild zeigt die wesentlichsten Entwicklungen innerhalb der Bilanz, nämlich die Entwicklung des Bilanzvolumens und dessen Finanzierung durch Eigenkapital und Verbindlichkeiten.



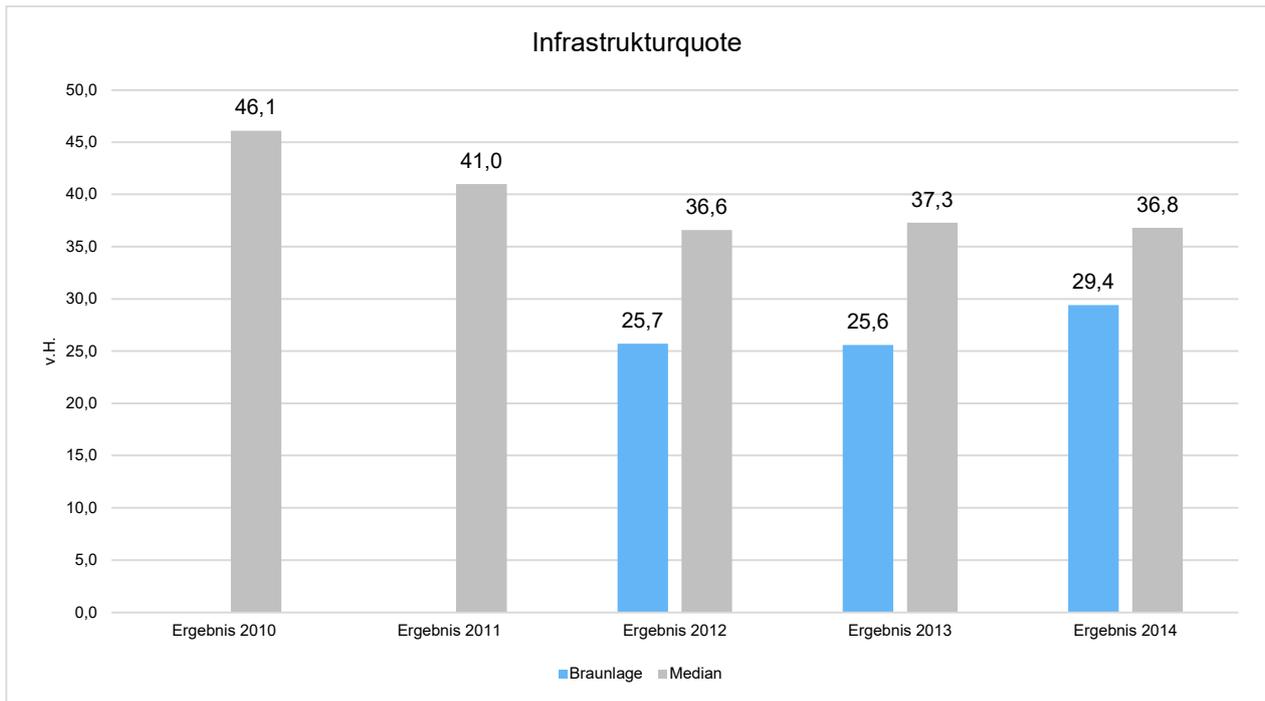
4.2.1 Kennzahlen zur Vermögenslage

Infrastrukturquote

Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, mit welchem Prozentsatz das Gesamtvermögen in der kommunalen Infrastruktur gebunden ist. Die Kennzahl kann Hinweise auf etwaige Folgebelastungen geben, die aus der Infrastruktur resultieren. Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden kann.

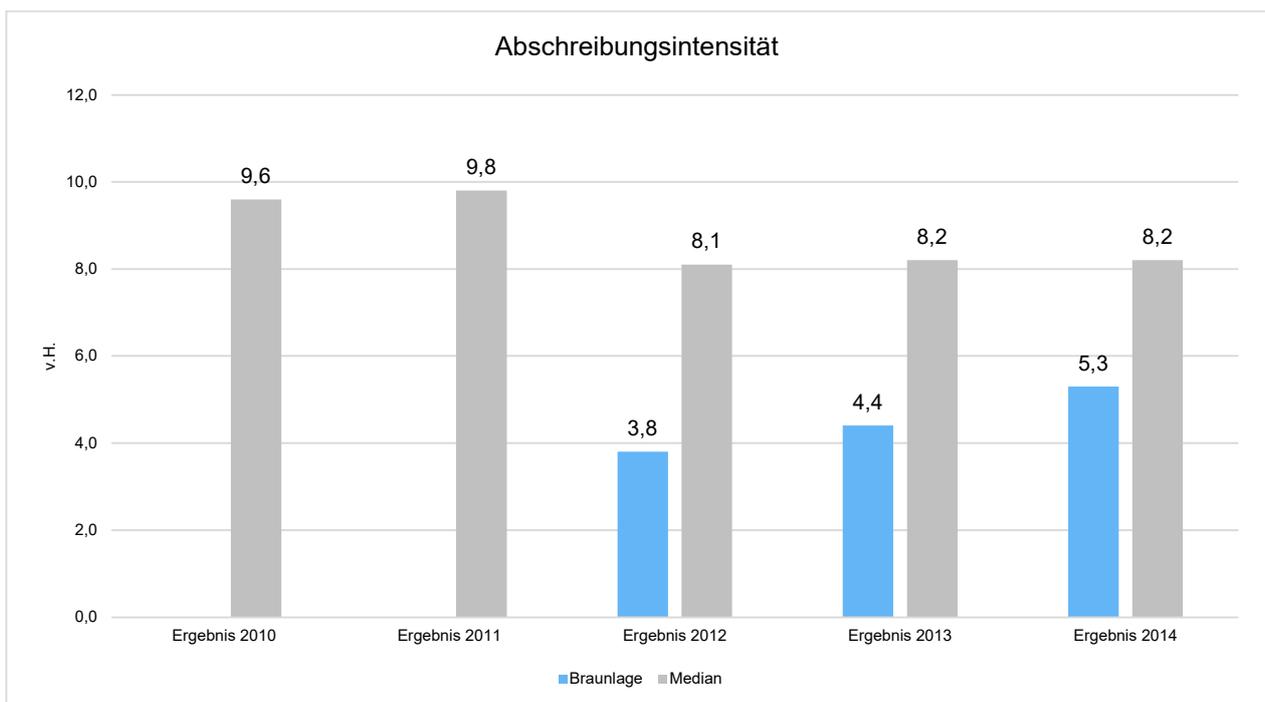
Sowohl in 2012 als auch in 2013 liegt der Anteil des Infrastrukturvermögens deutlich unter dem Median, er ist in 2014 allerdings angestiegen. Vorteil ist, dass bei niedriger Quote auch mit niedrigeren Aufwendungen für Abschreibungen zu rechnen ist. Als Nachteil könnte es sich erweisen, dass in künftigen Jahren hohe finanzielle Mittel und viele Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der benötigten Infrastruktur erforderlich sein werden.

Dies wird zudem auch aus dem Diagramm zur Abschreibungsintensität auf folgender Seite ersichtlich. Die Abschreibungsintensität liegt bei der Stadt Braunlage in den Jahren 2012 bis 2014 weit unter dem Median, steigt allerdings leicht an.



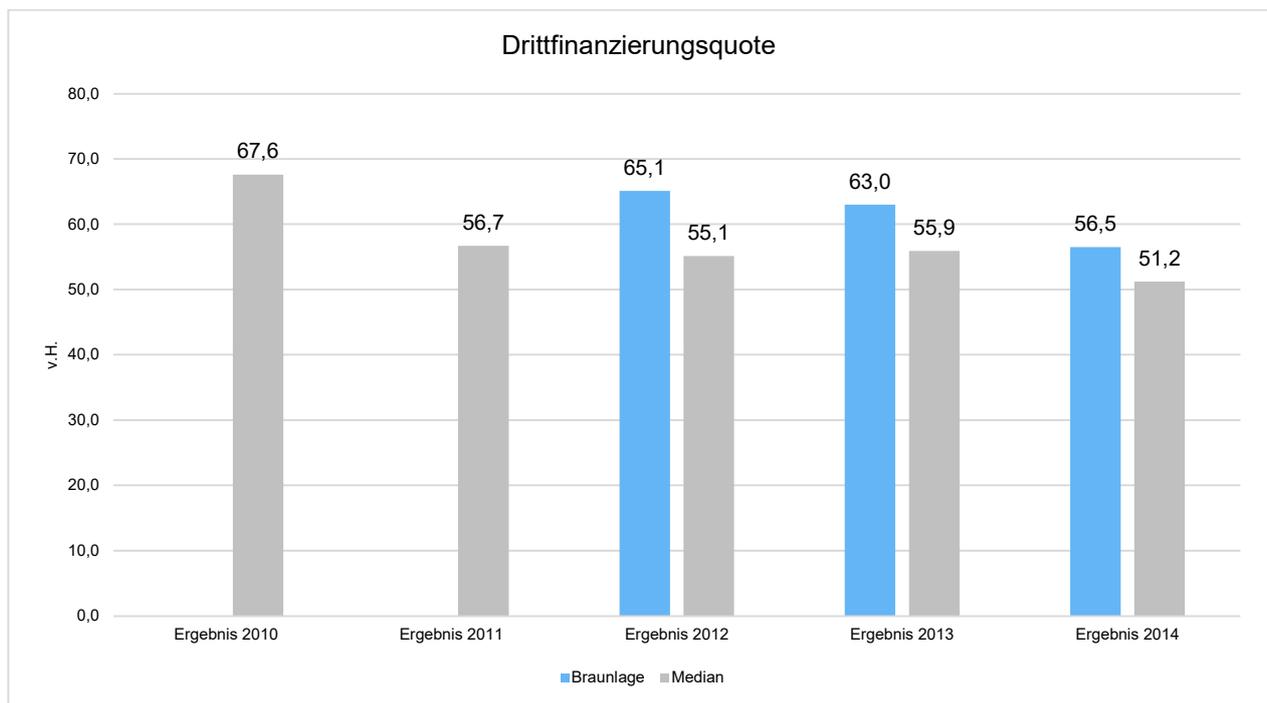
Abschreibungsintensität

Die Kennzahl zeigt an, in welchem Umfang die Kommune durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird. Sie stellt den prozentualen Anteil der Abschreibungen auf immaterielles Vermögen und Sachvermögen am ordentlichen Aufwand dar.



Drittfinanzierungsquote

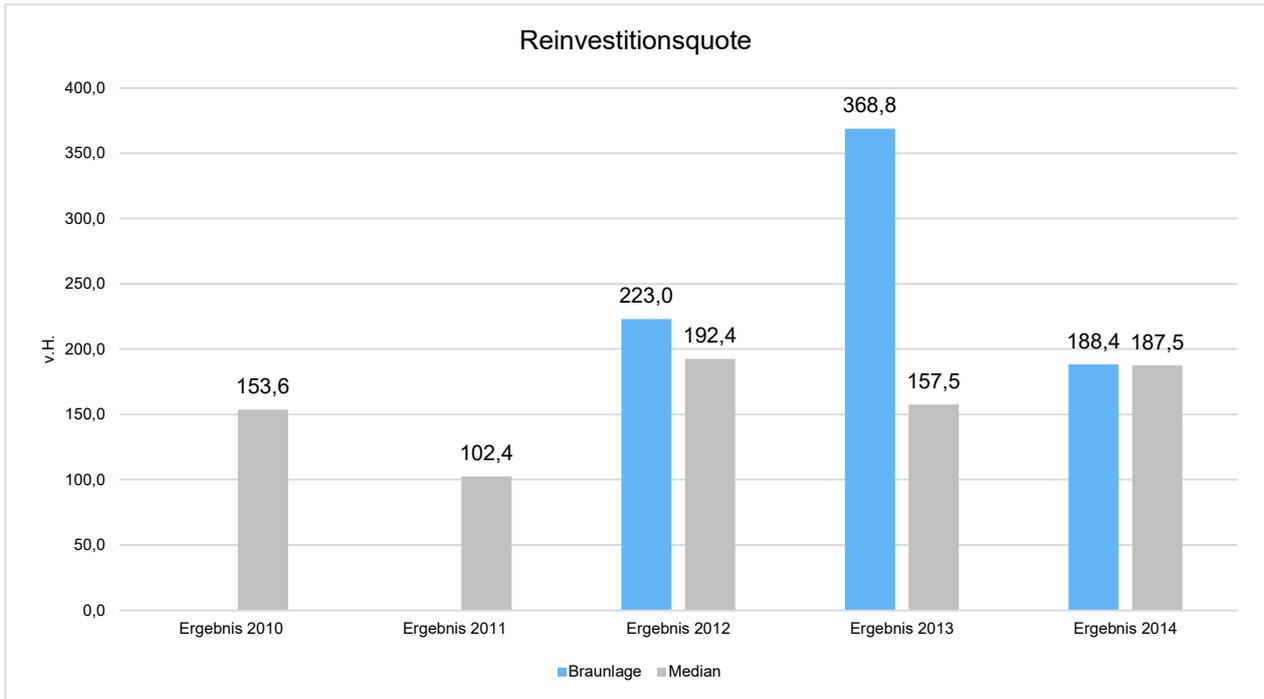
Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen den Abschreibungen auf immaterielles und Sachvermögen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung des Haushaltes durch Abschreibungen abmildern. Damit wird auch deutlich, in welchem Maße Dritte an der Finanzierung des abnutzbaren Vermögens beteiligt waren bzw. werden.



Es ist deutlich ersichtlich, dass das Vermögen der Stadt Braunlage im Durchschnitt mit fast zwei Dritteln aus fremden Mitteln finanziert wurde. 2014 veränderte sich der Anteil auf 56,5 %. Die wesentlichsten Zuschussgeber sind der Bund und das Land Niedersachsen. Mit diesem Anteil liegt die Stadt Braunlage über dem Median.

Reinvestitionsquote

Die Reinvestitionsquote zeigt auf, wie hoch der prozentuale Anteil der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit an den Aufwendungen aus Abschreibungen auf Sachvermögen und immaterielles Vermögen ist. Sie gibt Auskunft darüber, in welchem Maße dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.



Dieser Anteil liegt bei der Stadt Braunlage 2012 und 2013 über dem Median. Dies ist in erster Linie auf den Neubau des Großparkplatzes in Braunlage zurückzuführen, der mit zwei Dritteln aus Mitteln der Stadtfinanzierung finanziert worden ist. 2014 gleicht sich der Wert von Braunlage dem Median an.

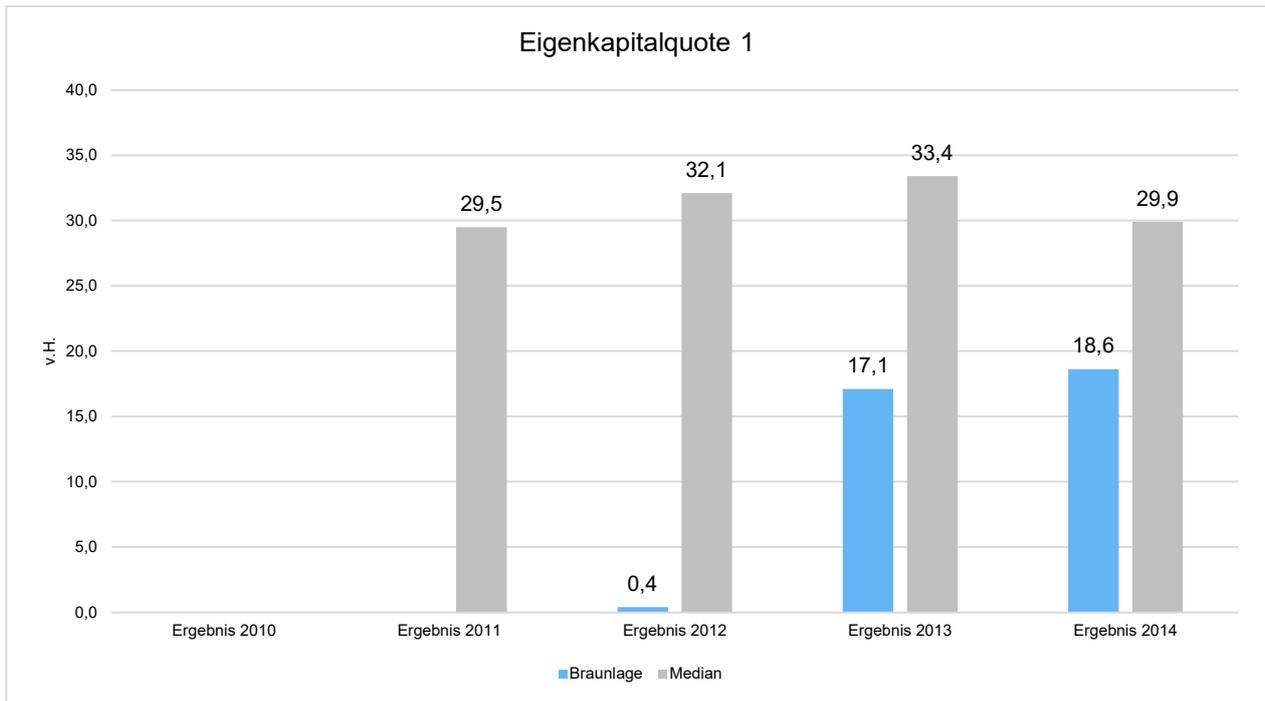
4.2.2 Kennzahlen zur Kapitalstruktur (haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation)

Neben dem Aufwandsdeckungsgrad, der im Abschnitt Haushaltsergebnis dargestellt wurde, sieht das NKF-Kennzahlenset noch folgende vergangenheitsorientierte Bilanzkennzahlen zur Beurteilung der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation vor:

Eigenkapitalquote 1

Um die Eigenkapitalausstattung beurteilen zu können, bietet sich die Betrachtung der Eigenkapitalquote 1 an. Da die niedersächsische Bilanz explizit kein Eigenkapital ausweist, wird es hilfsweise aus der Nettoposition abzüglich der Sonderposten errechnet. Die Kennzahl zeigt den prozentualen Anteil des Eigenkapitals (Nettoposition ohne Sonderposten) am Bilanzvolumen. Je größer die Eigenkapitalquote, je weiter ist die Kommune vom gesetzlich vorgeschriebenen Überschuldungsverbot entfernt.

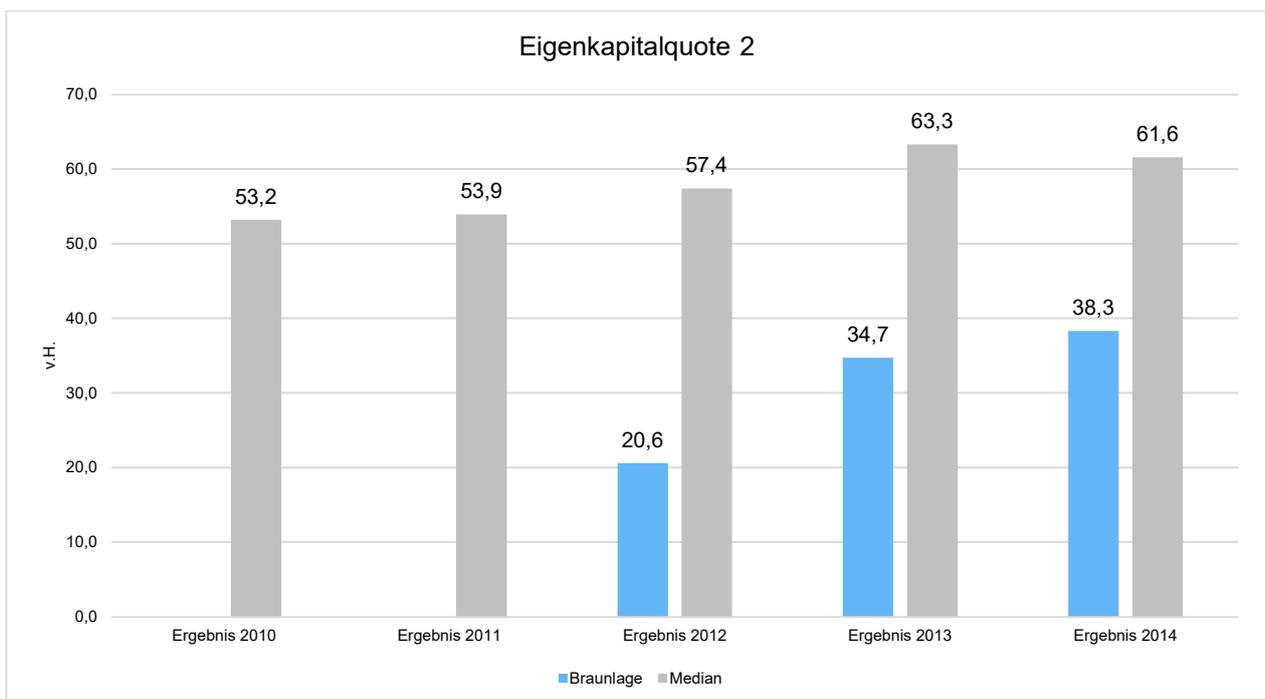
Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet wird.



Die absolut und auch im Vergleich zum Median geringe Quote bei der Stadt Braunlage verdeutlicht die Finanzschwäche der Stadt Braunlage.

Eigenkapitalquote 2

Die Eigenkapitalquote 2 misst den Anteil des Basis-Reinvermögens am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Anders als bei der Eigenkapitalquote 1 werden bei dieser Kennzahl auch die Sonderposten wegen ihres Eigenkapitalcharakters einbezogen. Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden kann.



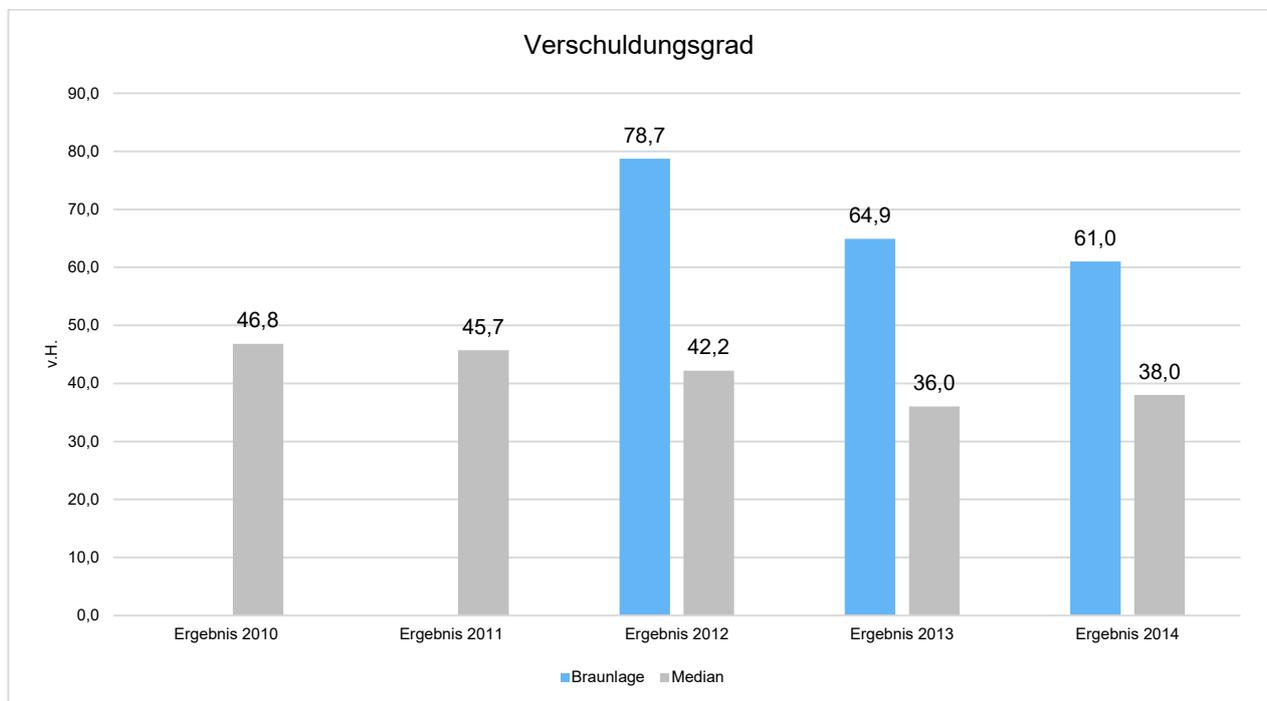
Auch hier wird die Lage der Stadt Braunlage deutlich. Wenngleich sich die Eigenkapitalquote 2 von 2012 bis 2014 erhöht hat, liegt sie noch deutlich unter dem Median.

4.2.3 Kennzahlen zur Finanzstruktur und Verschuldung

Verschuldungsgrad

Der Verschuldungsgrad zeigt den prozentualen Anteil der bilanziellen Verbindlichkeiten und Rückstellungen an der Bilanzsumme an. Die Kennzahl bildet also das Verhältnis von Verbindlichkeiten zum Eigenkapital ab. Liegt der Verschuldungsgrad über 100%, übersteigen die Verbindlichkeiten das ausgewiesene Eigenkapital.

Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden kann.

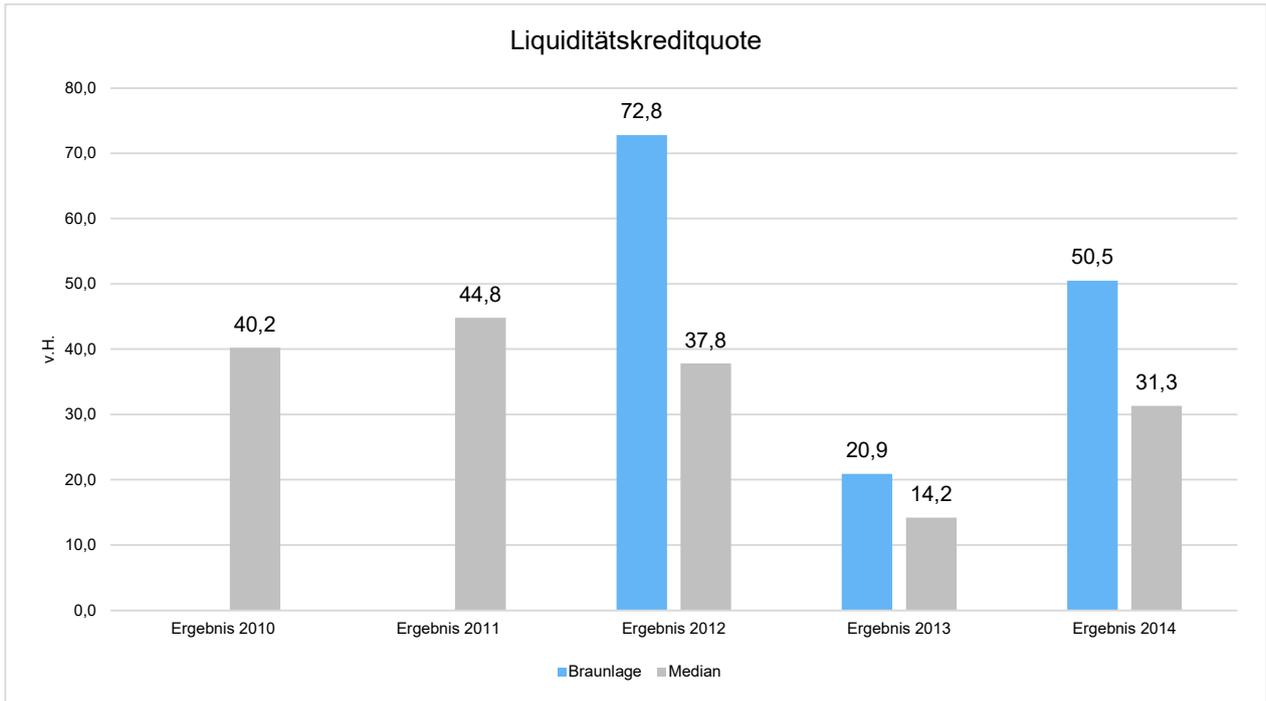


Auch hier zeigt die Tendenz eine Verbesserung bei der Stadt Braunlage auf, der Verschuldungsgrad hat sich verringert, liegt aber noch deutlich über dem des Medians.

Liquiditätskreditquote

Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der prozentuale Anteil der Liquiditätskredite gem. Bilanz an den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Finanzhaushalt ist. Je höher die Kennzahl ist, desto größer ist das Risiko einer möglichen Zahlungsunfähigkeit der Gemeinde.

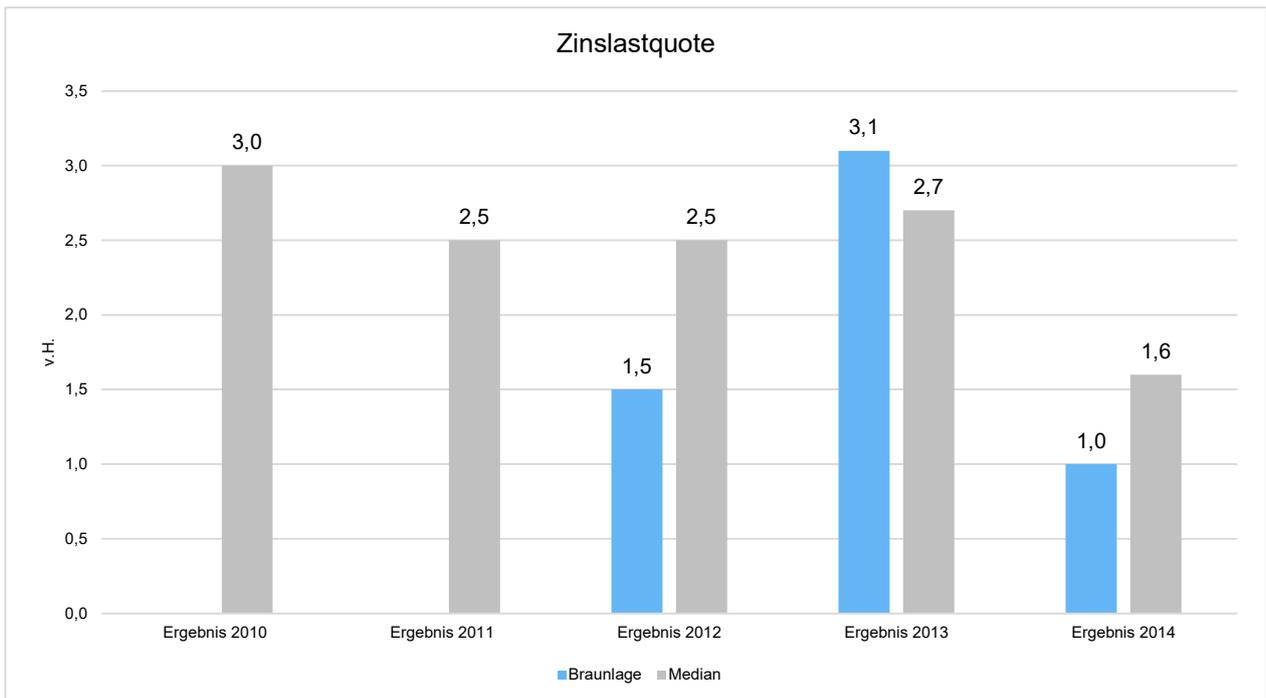
Da in die Berechnung eine Bilanzposition einfließt, kann die Kennzahl nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden.



Nachdem sich die Entwicklung von 2012 nach 2013 deutlich verbessert hatte, ist 2014 wieder eine überdurchschnittlich hohe Liquiditätskreditquote eingetreten.

Zinslastquote

Die Kennzahl stellt die Finanzaufwendungen (Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen) ins Verhältnis zu den ordentlichen Aufwendungen. Die Zinslastquote zeigt auf, wie hoch die Belastung des Haushaltes durch Zinsaufwendungen ist.



Die Zinslastquote ist in 2014 deutlich gesunken und liegt unter dem Median. Die Zinsen für die Investitionskredite der Städtischen Betriebe Braunlage werden ab 2014 nicht mehr im städtischen Haushalt abgebildet.

5 Prognosebericht - Risiken und Chancen

Im Rechenschaftsbericht ist auch auf die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Kommune einzugehen. Angesprochen werden im Folgenden:

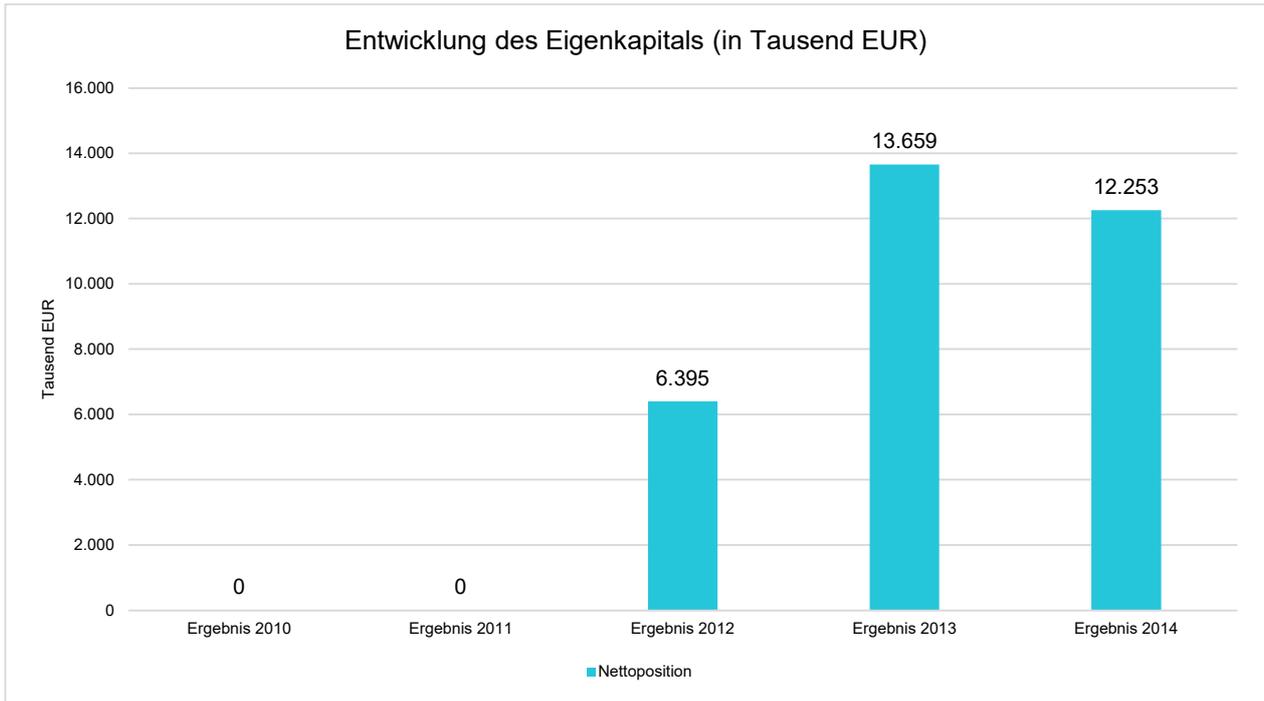
- Entwicklung von Jahresergebnis und Eigenkapital
- Entwicklung der Verschuldung
- Bevölkerungsentwicklung, Altersstrukturen
- Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt

5.1 Entwicklung von Jahresergebnis und Eigenkapital

Ausgehend von den Jahresergebnissen lassen sich Prognosen zur voraussichtlichen Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals (Nettoposition ohne Sonderposten) ableiten.

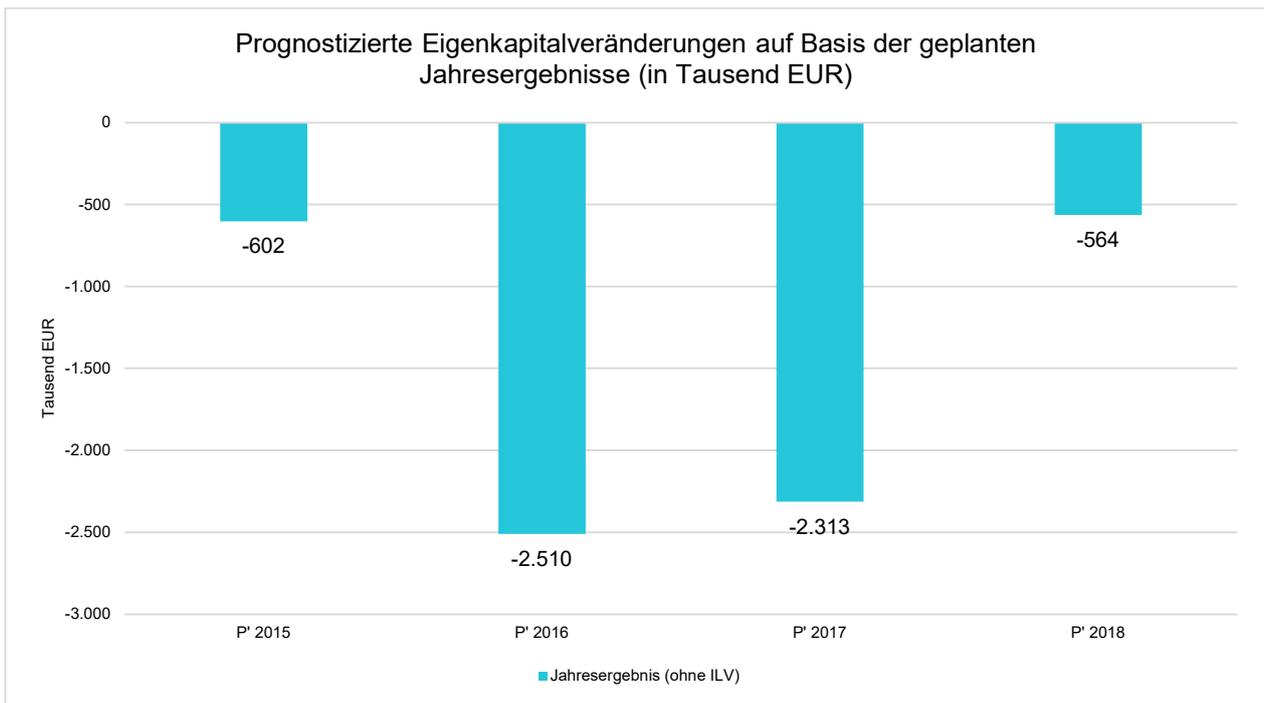
Grundsätzlich gilt: Überschüsse stärken das Eigenkapital und Fehlbeträge gehen zu Lasten des Eigenkapitals.

Nachfolgend wird die Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals (Nettoposition ohne Sonderposten) in den zurückliegenden Jahren dargestellt. Ausgehend von den Jahresergebnissen der Haushaltsplanung im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung lassen sich Prognosen zur weiteren Entwicklung des Eigenkapitals anstellen.



Jahresergebnisse verändern das Eigenkapital

Die folgende Aufstellung zeigt die nach jetzigem Kenntnisstand geplanten zukünftigen Jahresergebnisse. Aus Ihnen lässt sich ableiten, in welcher Höhe sich in etwa das bilanzielle Eigenkapital pro Jahr (nicht kumulativ) verändern wird.

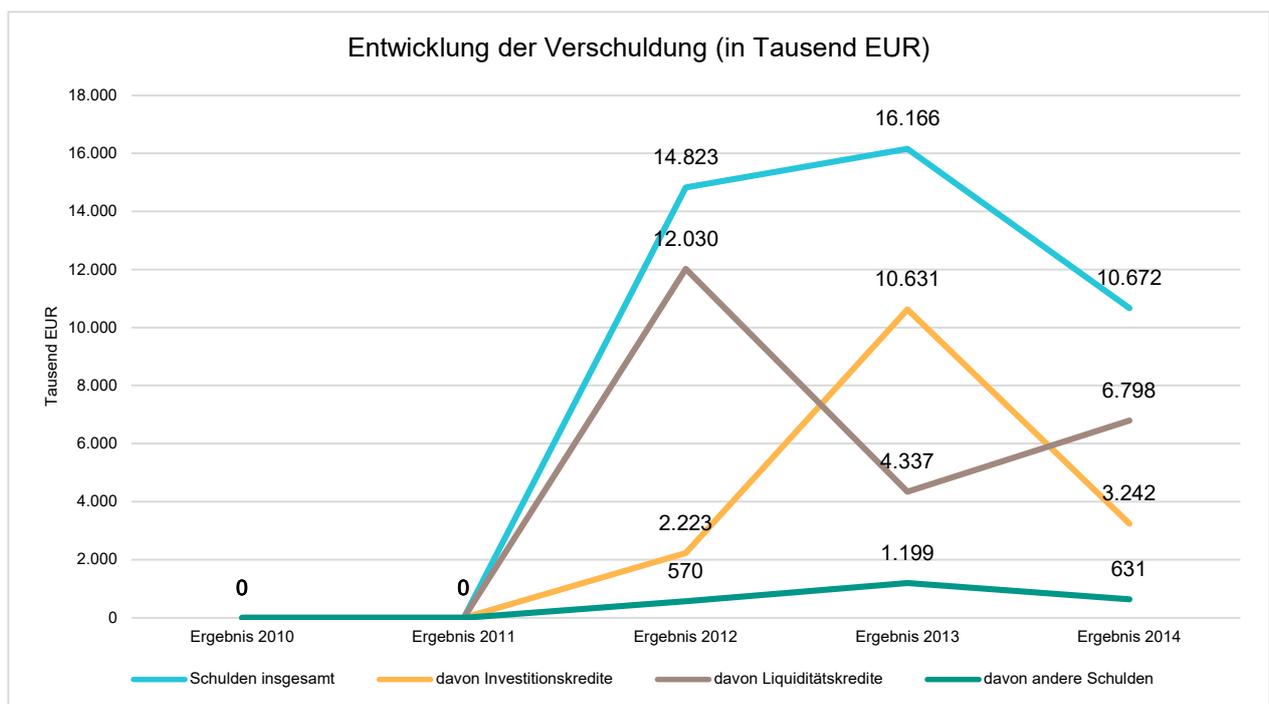


5.2 Entwicklung der Verschuldung

Das Jahresergebnis hat ebenso Auswirkungen auf die Verschuldung. Dargestellt wird die Entwicklung der Verschuldung in den zurückliegenden Perioden, wobei insbesondere nach langfristig finanzierten Investitionskrediten und kurzfristigen Liquiditätskrediten unterschieden wird.

Entwicklung der Verbindlichkeiten (in Tausend EUR)

	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014
Schulden insgesamt	0	0	14.823	16.166	10.672
davon Investitionskredite	0	0	2.223	10.631	3.242
davon Liquiditätskredite	0	0	12.030	4.337	6.798
davon andere Schulden	0	0	570	1.199	631

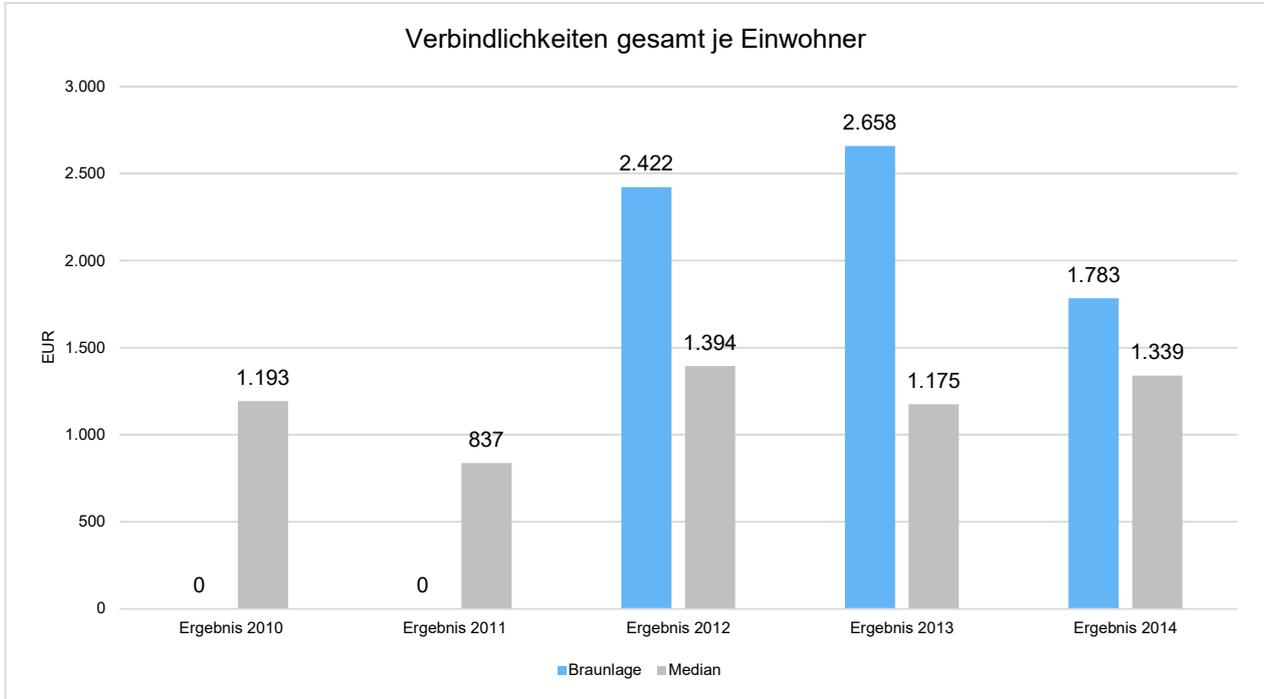


Die Bilanzierung der Investitionskredite der SBB (Anteil in Höhe von 7.637 T Euro) führte in 2013 zu dem hohen Anstieg der Verschuldung. Ab 2014 wird auf diese Bilanzierung verzichtet, so dass die Gesamtverschuldung und auch die Summe der Investitionskredite entsprechend gesunken sind.

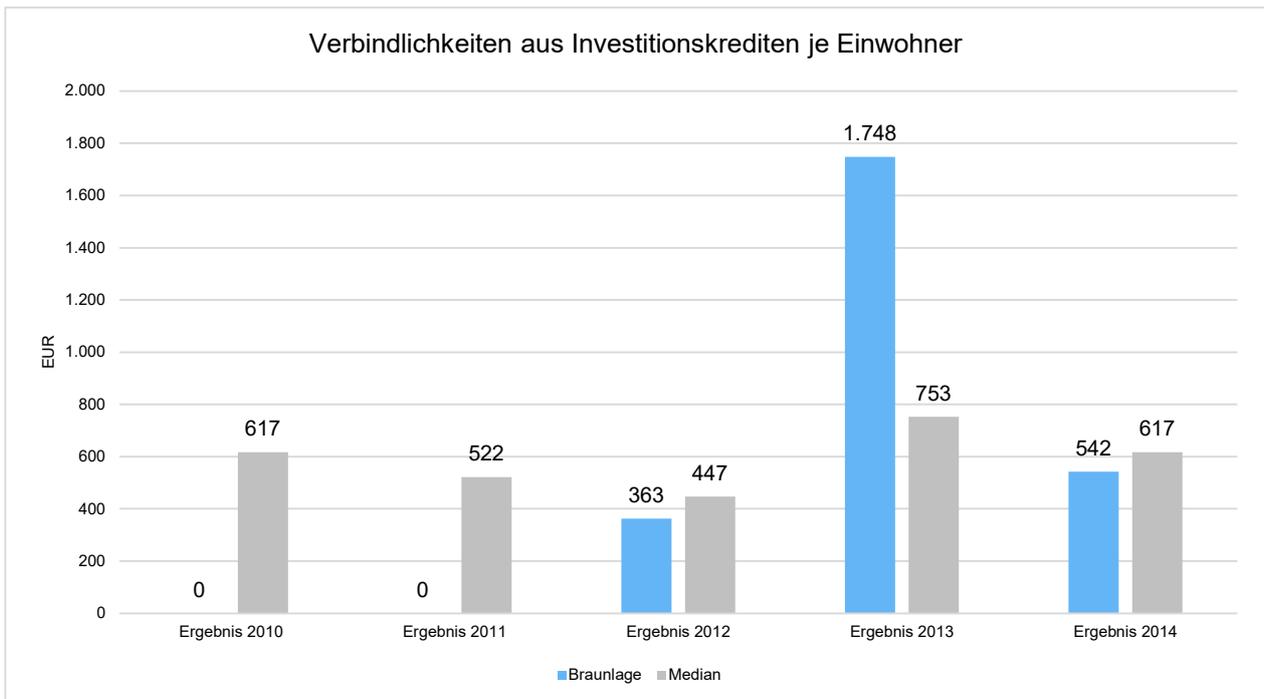
Dagegen wird in 2014 bereits wieder ein höherer Betrag zur Erlangung der Liquidität benötigt.

Verschuldung je Einwohner

Um die örtliche Situation besser einschätzen zu können, bietet sich die einwohnerbezogene Betrachtung an. Dargestellt werden die Verbindlichkeiten insgesamt sowie die darin enthaltenen Investitions- und Liquiditätskredite bezogen auf einen Einwohner.

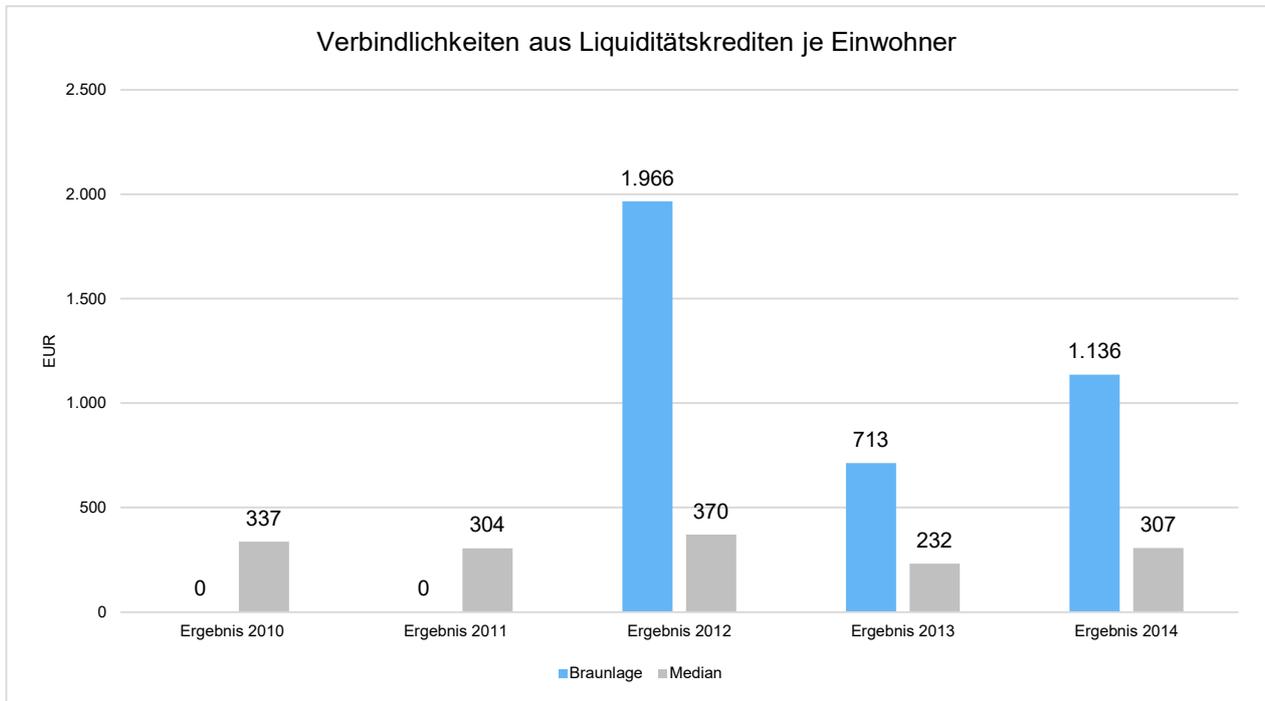


Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten je Einwohner



Auch hier ist in 2013 die außergewöhnlich hohe Verbindlichkeit der Bilanzierung der SBB-Investitionskredite geschuldet. 2014 spiegelt die tatsächlichen Verbindlichkeiten auf die Stadt Braunlage bezogen wider.

Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten je Einwohner



Durch die hohe Entschuldungshilfe des Landes Niedersachsen in 2013 konnten diese Verbindlichkeiten zunächst deutlich gesenkt werden. Sie liegen allerdings noch erheblich über denen des Medians und steigen schon in 2014 wieder an.

5.3 Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur

Die Einschätzung der weiteren Bevölkerungsentwicklung ist Grundlage für jede Art von strategischer Planung in Kommunalverwaltungen. Bedingt durch den allgemeinen demografischen Trend haben die meisten deutschen Kommunen einen Bevölkerungsrückgang sowie eine zunehmend alternde Bevölkerung zu verzeichnen. Dies erfordert für die Zukunft eine Anpassung der kommunalen Angebote für Kinder und Jugendliche sowie Senioren.

Die Entwicklung der Bevölkerung nach Anzahl und Altersaufbau ist nur bedingt kommunal beeinflussbar. Der gesamtgesellschaftliche Trend zu einer schrumpfenden und immer älter werdenden Gesamtbevölkerung ist heute unumkehrbar, wobei die örtlichen Ausprägungen durchaus stark variieren können.

Die Anzahl derer, die durch Erwerbseinkommen Sozialversicherungsbeiträge und Steuern erwirtschaften, wird langfristig schrumpfen; der Anteil derer, die auf staatliche Transferleistungen (z.B. Grundsicherung im Alter) angewiesen sind, wird steigen. Dies wird unweigerlich zu einer weiteren Belastung der staatlichen und kommunalen Finanzsysteme führen.

Die zentrale Frage der örtlichen Politik ist daher nicht, ob der Prozess aufgehalten werden kann. Vielmehr geht es um den hierdurch entstehenden Anpassungs- und Gestaltungsbedarf, d.h. wann und in welchem Maße eine quantitative und inhaltliche Neuausrichtung der kommunalen Dienstleistungspalette erfolgen muss.

Der Bericht soll eine Orientierung darüber ermöglichen, wie die örtliche Situation mit Blick auf folgende Kriterien einzuschätzen ist:

- Bevölkerungsentwicklung im Zeitverlauf
- Veränderungen bei einzelnen Altersgruppen (Zielgruppen)

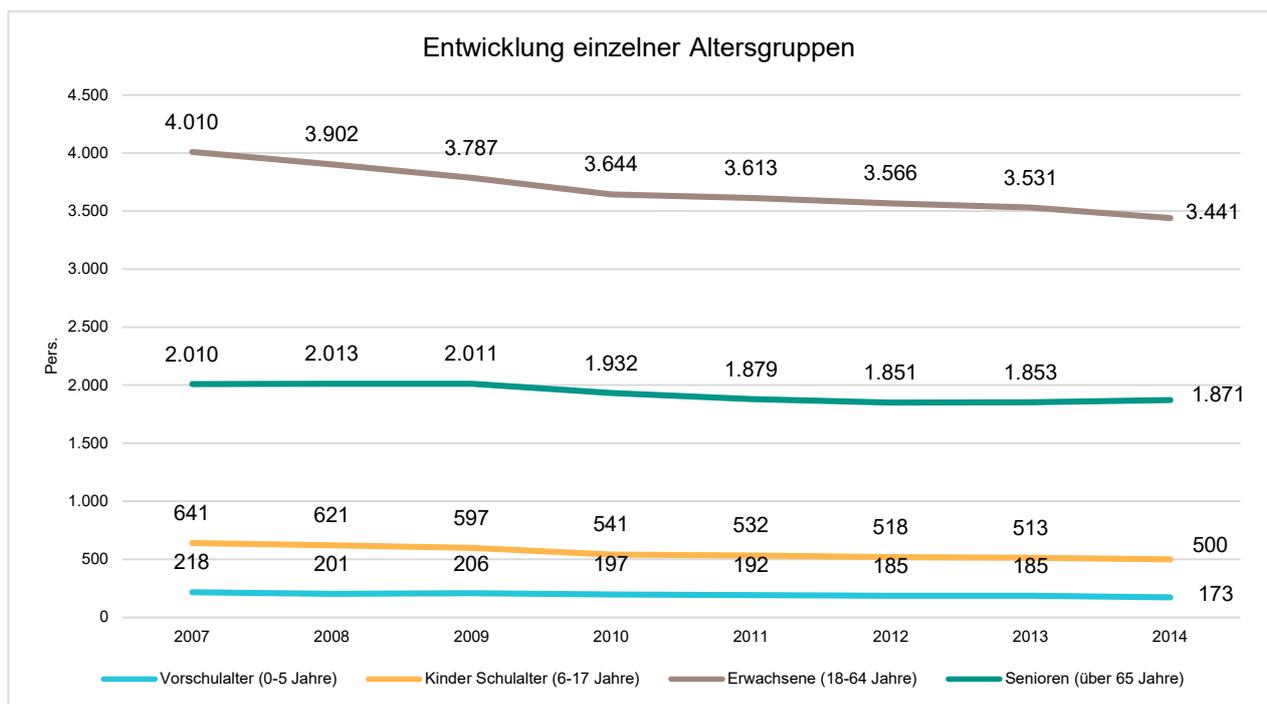
Die folgenden verwendeten statistischen Einwohnerzahlen, Altersgruppen und diversen Arbeitsmarktzahlen sind durch IKVS zentral beschafft worden, sie werden von den statistischen Landesämtern im Sommer des Folgejahres zur Verfügung gestellt.

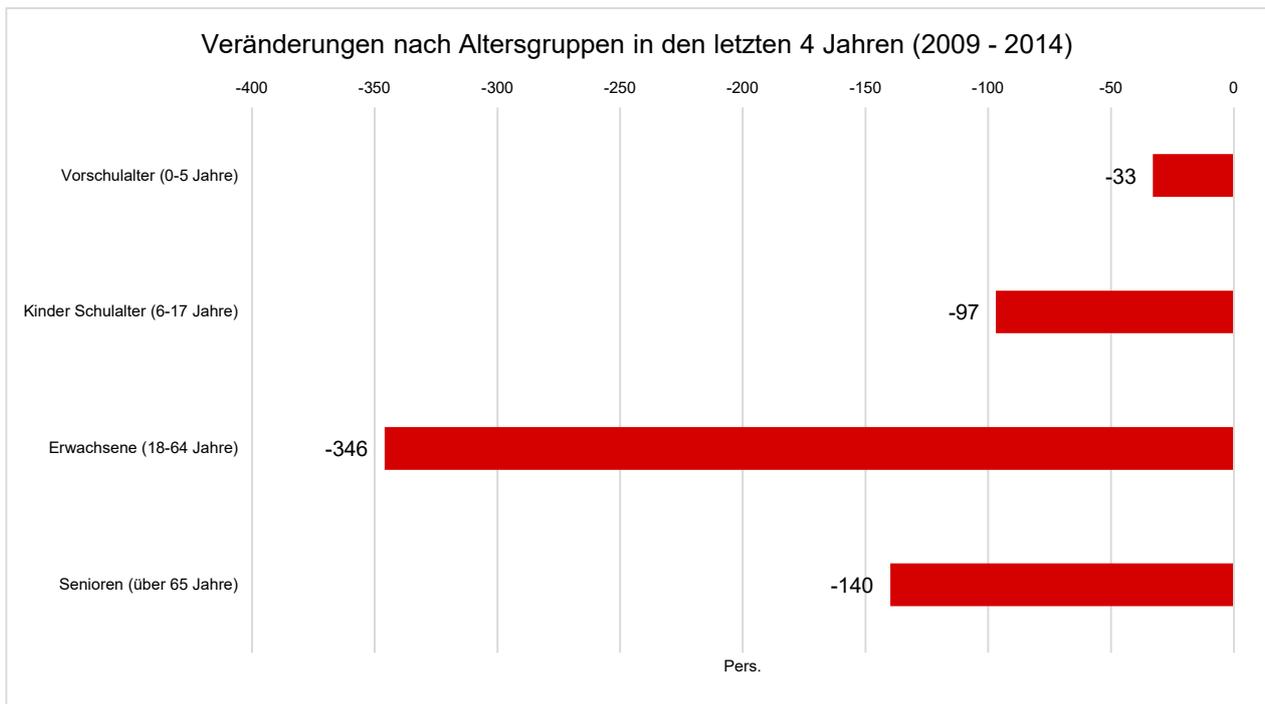
Einwohnerentwicklung gesamt und nach Altersgruppen

Die Entwicklung der Einwohnerzahl sowie der einzelnen Altersgruppen stellt sich wie folgt dar:

Einwohnerentwicklung

	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014
Einwohner	6.314	6.216	6.120	6.082	5.985
Kinder im Vorschulalter (0-5 Jahre)	197	192	185	185	173
davon Kinder Krippenalter (0-2 Jahre)	95	89	84	88	91
davon Kinder Kindergartenalter (3-5 Jahre)	102	103	101	97	82
Kinder Schulalter (6-17 Jahre)	541	532	518	513	500
Einwohner im erwerbsfähigen Alter gesamt (18-65 Jahre)	3.644	3.613	3.566	3.531	3.441
Senioren (über 65 Jahre)	1.932	1.879	1.851	1.853	1.871





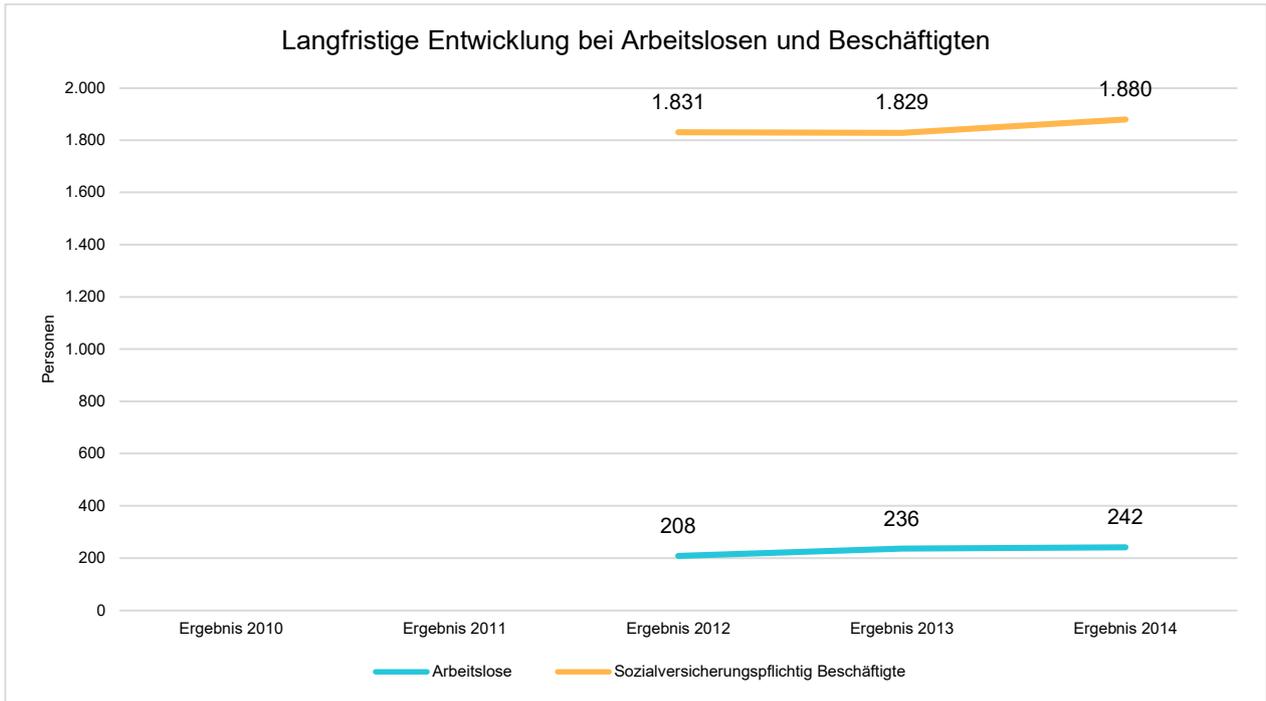
Die Einwohnerzahlen in Braunlage mit seinen 3 Ortsteilen sind weiterhin rückläufig.

5.4 Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Neben der Bevölkerungsentwicklung im Allgemeinen sind auch die Entwicklungen am örtlichen Arbeitsmarkt von Bedeutung für den kommunalen Haushalt (Gewerbesteuer, Sozialtransferaufwendungen). Neben den Arbeitslosenzahlen werden auch die Zahlen zu den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten als Indikatoren herangezogen.

Entwicklung der Arbeitslosen- und Beschäftigtenzahlen

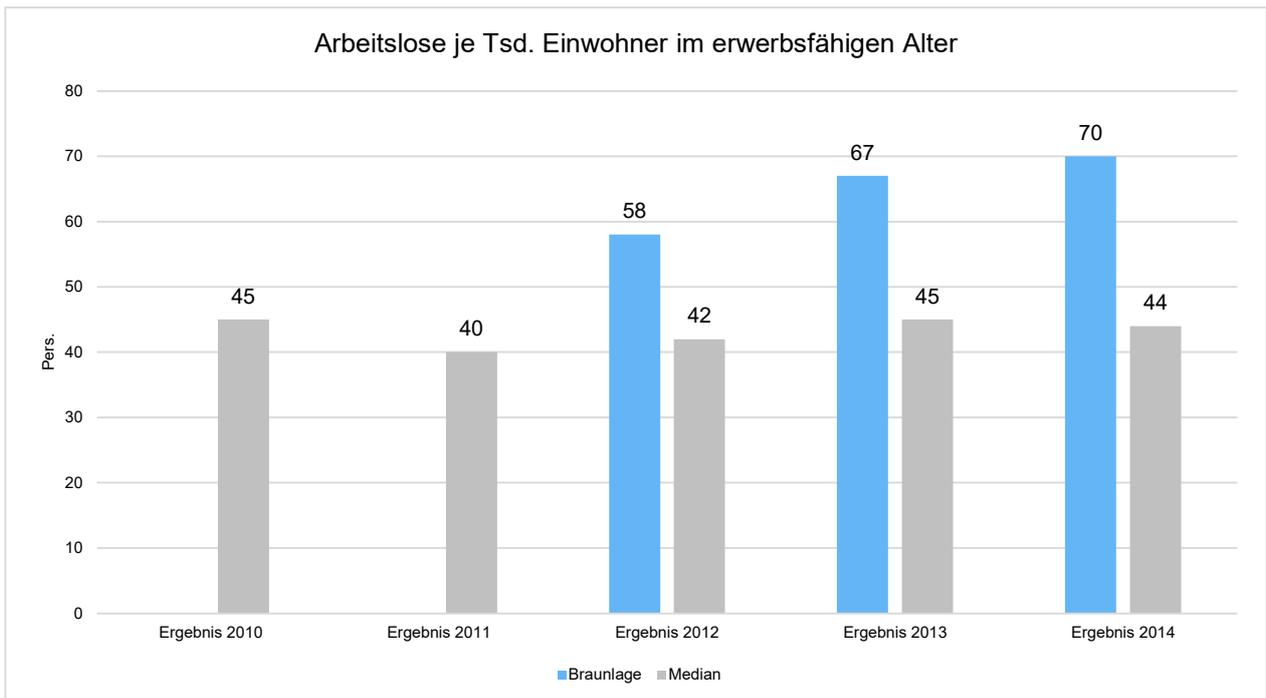
	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014
Arbeitslose zum 30.6.	--	--	208	236	242
davon unter 25 Jahre (Jugendarbeitslosigkeit)	--	--	20	18	13
davon über 55 Jahre (Arbeitslosigkeit Älterer)	--	--	54	60	70
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	--	--	1.831	1.829	1.880



Die Anzahl der Beschäftigten hat sich positiv entwickelt und steigt an. Allerdings steigt auch die Anzahl der Arbeitslosen leicht und stetig an.

Arbeitslose je Tausend Einwohner im erwerbsfähigen Alter

Nachfolgend wird die Arbeitslosenzahl ins Verhältnis zur örtlichen Bevölkerung in der Altersgruppe 18 - 65 Jahre gestellt (erwerbsfähiges Alter). Durch die Relation zur relevanten Einwohnergröße kann die Zahl der Arbeitslosen besser eingeordnet werden.

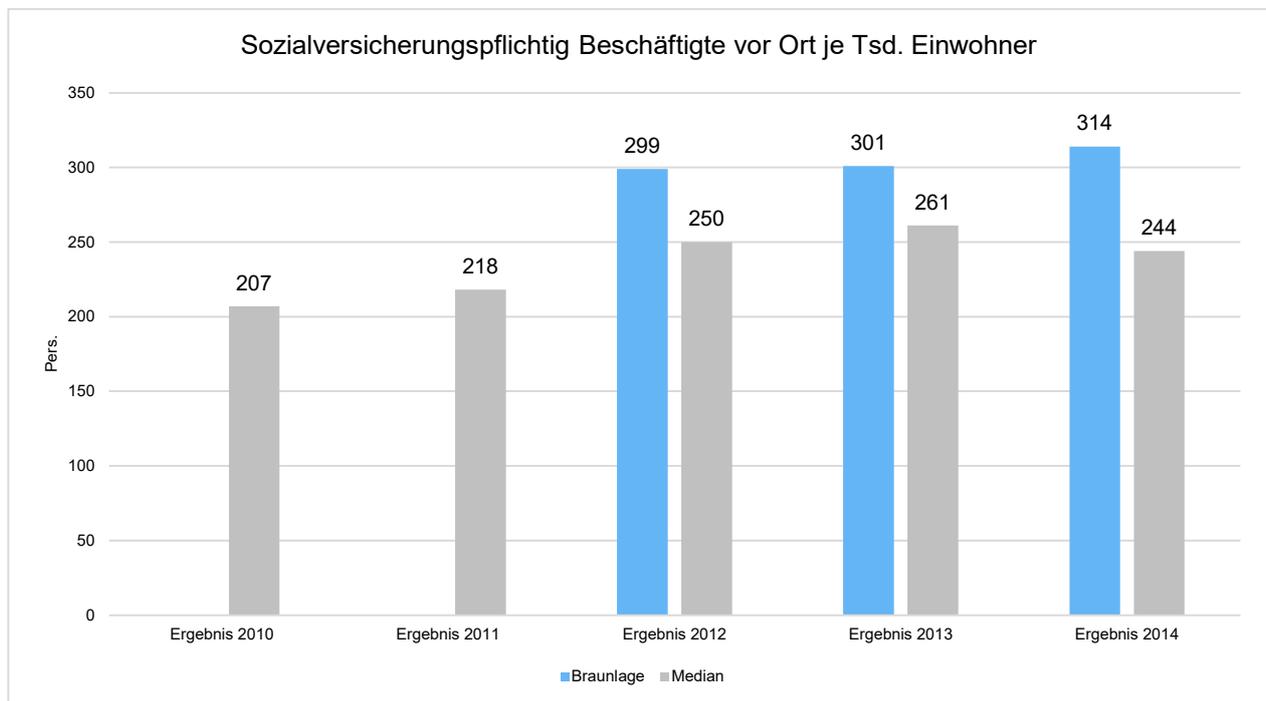


In der Relation wird deutlich, dass die Arbeitslosenquote in Braunlage deutlich über dem Median liegt und in der Entwicklung weiter ansteigt.

Im Ort arbeitende sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je Tsd. Einwohner

Als Indikator für die Entwicklung der örtlichen Wirtschaft kann die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten herangezogen werden, die vor Ort arbeiten. Enthalten sind also alle Personen (auch Einpendler), die vor Ort einer Beschäftigung nachgehen. In dieser Zahl nicht enthalten sind Auspendler.

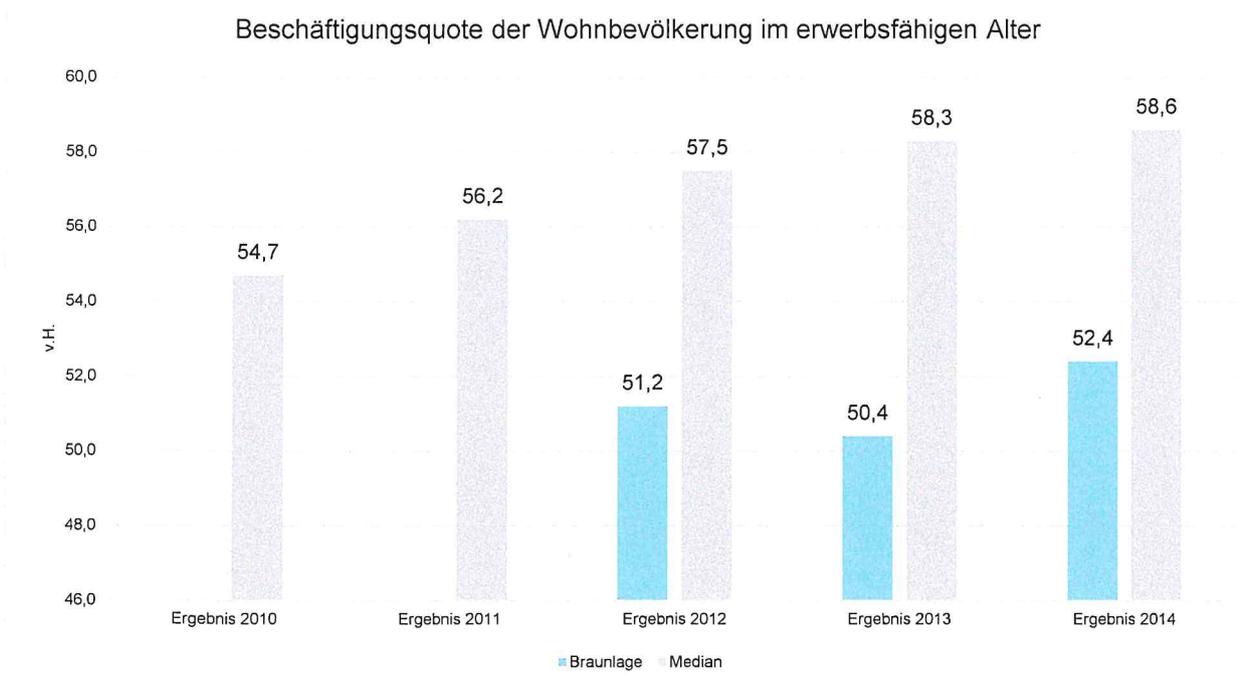
Die Darstellung erfolgt in Relation zur Einwohnerzahl.



Die Entwicklung ist positiv, die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten vor Ort je Tausend Einwohner steigt stetig an.

Beschäftigungsquote der örtlichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Zur abschließenden Beurteilung der Entwicklung des Arbeitsmarktes wird noch dargestellt, wieviel Prozent der örtlichen Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 18 - 65 Jahre einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen. Hier fließen sowohl die vor Ort tätigen Beschäftigten als auch die Auspendler ein, die an einem anderen Ort beschäftigt sind.



Die Beschäftigungsquote steigt in 2014 wieder an, liegt aber noch deutlich unter der des Medians.

Insgesamt betrachtet ist festzustellen, dass Braunlage in 2014 aus eigenen Mitteln keine ausgeglichene Haushaltsrechnung vorlegen kann. Die Höhe der Liquiditätskredite ist nach einer kurzfristigen Erholung in 2013 sofort wieder angestiegen.

Hohe Verschuldungsgrade und Arbeitslosenquoten sowie niedrige Beschäftigungsquoten und der stetige Einwohnerrückgang unterstreichen die finanzwirtschaftlichen Risiken, denen Braunlage ausgesetzt ist.

Die dauernde Leistungsfähigkeit zur Aufgabenerfüllung und der gleichzeitige Abbau der noch bestehenden Schulden scheinen für die Stadt Braunlage aus eigener Kraft nicht möglich. Die Haushaltslage ist daher im Hinblick auf die noch abzubauenen Fehlbeträge weiterhin sehr angespannt.

Somit ist es dringend geboten, weitere Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten, um die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt Braunlage nicht zu gefährden. Dabei sollten quantitative und inhaltliche Neuausrichtungen der kommunalen Dienstleistungen mitberücksichtigt und diese an die Gegebenheiten angepasst werden.

Allein der Abschluss des 2010 vereinbarten Zukunftsvertrages mit dem Land Niedersachsen ist nicht ausreichend. Die dort festgelegten Defizitobergrenzen für die Folgejahre bis hin zu einem ausgeglichenen Haushalt 2020 erscheinen schwer erreichbar.

Braunlage, 15.08.2022

Langer
Bürgermeister

Stadt Braunlage



Braunlage



St. Andreasberg



Hohegeiß

Anlagen Anhang Jahresabschluss 2014

Gem. § 128 NKomVG



Inhalt

1. Ergänzung zum Rechenschaftsbericht	1
2. Weitere Anlagen	5
2.1. Anlage 2 Anlagenübersicht (§ 56 Abs. 1 GemHKVO).....	6
2.2. Anlage 3 Schuldenübersicht	8
2.3. Anlage 4 Rückstellungsübersicht	9
2.4. Anlage 5 Übersicht der Übertragungen von Haushaltsermächtigungen	10

1. Ergänzung zum Rechenschaftsbericht

1.1. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Die eingetretenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen haben folgenden Umfang:

a) Ergebnishaushalt

Buchungsstelle	Bezeichnung	Ansatz + HH-Reste	Gesamtsoll	Üpl. /Apl.
11110.4211010	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	30.000,00 €	44.110,38 €	7.118,76 €
11110.4231000	Mieten und Pachten	6.000,00 €	6.079,56 €	79,56 €
11110.4261050	Dienst- und Schutzkleidung	200,00 €	205,67 €	7,78 €
11110.4441000	Steuern, Versicherungen, Schadenfälle	11.400,00 €	13.078,91 €	1.678,91 €
11130.4221000	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	45.976,09 €	57.992,81 €	11.992,20 €
12200.4312000	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	0,00 €	3.994,38 €	3.994,38 €
12600.4231000	Mieten und Pachten	0,00 €	119,00 €	119,00 €
12600.4421000	Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	18.000,00 €	18.107,81 €	576,01 €
12610.4271086	Allgemeine Verbrauchsmittel	300,00 €	642,50 €	342,50 €
21100.4271091	Verpflegung, Getränke	8.900,00 €	10.034,25 €	1.134,25 €
21100.4271093	Schul- und Sportveranstaltungen	1.803,00 €	1.967,44 €	200,00 €
21120.4211020	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - SBB-	13.000,00 €	46.961,32 €	15.285,97 €
21120.4271091	Verpflegung, Getränke	0,00 €	2.280,00 €	2.300,00 €
25210.4291050	Allgemeine Dienstleistungen durch Dritte	8.000,00 €	8.528,65 €	3.028,83 €
25210.4431030	Bücher, Zeitschriften einschl. amtlicher Blätter	0,00 €	5.846,43 €	3.346,25 €



27210.4231000	Mieten und Pachten	4.500,00 €	5.335,00 €	855,00 €
31500.4271060	Ordnungs- und Sicherheitsmaßnahmen	1.000,00 €	9.792,24 €	8.792,24 €
36500.4222000	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	2.585,51 €	2.064,11 €	340,00 €
36500.4271091	Verpflegung, Getränke	25.000,00 €	26.365,08 €	1.365,08 €
36500.4271096	Veranstaltungen	400,00 €	712,20 €	530,00 €
41810.4315085	Abführung Kurbeiträge an den Kurbetrieb St. Andreasberg	303.200,00 €	314.758,51 €	11.558,51 €
42410.4211010	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	30.000,00 €	79.727,94 €	71.992,50 €
51120.4315083	Zuweisung an die ILEK Westharz	7.600,00 €	10.029,50 €	2.429,50 €
51120.4429040	Vermessungen	2.000,00 €	2.093,15 €	93,15 €
54100.4212020	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens - SBB-	227.000,00 €	320.029,87 €	73.273,98 €
55100.4212030	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens - SBB-	190.000,00 €	183.492,84 €	340,92 €
55300.4281000	Verbrauch von Vorräten	0,00 €	936,28 €	936,28 €
55500.4212010	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	5.000,00 €	64.743,41 €	59.743,41 €
55500.4291080	Forstbesoldungsbeitrag	2.500,00 €	12.660,47 €	10.160,47 €
57330.4211010	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	159,61 €	8.584,16 €	8.424,55 €
57350.4211010	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0,00 €	1.310,19 €	1.310,19 €
57500.4291060	Dienstleistungen der Braunlage Tourismus GmbH	103.800,00 €	151.000,00 €	47.200,00 €



57500.4318080	Zuweisungen an verschiedene Vereine und Verbände	1.000,00 €	1.113,13 €	113,13 €
61100.4372000	Allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	2.563.800,00 €	2.599.872,00 €	36.072,00 €
Summe				386.735,31 €

b) Finanzhaushalt

Buchungsstelle	Bezeichnung	Ansatz + HH-Reste	Gesamtsoll	Üpl. /Apl.
11110.7831101	DV-Software	4.500,00 €	6.391,49 €	1.891,49 €
11110.7831721	Zeiterfassungsanlage	0,00 €	3.815,88 €	4.500,00 €
11110.7865100	Zuführungen an die Versorgungsrücklage für Beamte	1.300,00 €	2.565,53 €	1.265,53 €
11110.7865200	Zuführungen an die Versorgungsrücklage für Versorgungsempfänger	12.100,00 €	14.885,15 €	2.785,15 €
11130.7831172	Anschaffung Datenbank-Server	0,00 €	1.026,26 €	1.026,26 €
11130.7831172	Ersatzbeschaffung Emailserver	5.800,00 €	5.700,10 €	5.800,00 €
11130.7831200	Sammelposten für bewegliche Vermögensgegenstände über 150 € bis 1.000 € netto	5.122,09	6.586,46 €	1.464,37 €
12600.7831172	Druckminderer für Löschanlage Kaffeehorst	0,00 €	2.792,03 €	2.792,03 €
12600.7831210	Sammelposten für bewegliche Vermögensgegenstände (Braunlage)	40.272,15 €	23.094,35 €	13.141,17 €
12600.7831220	Sammelposten für bewegliche Vermögensgegenstände (Hohegeiß)	14.957,04 €	13.998,07 €	6.813,94 €
12610.7831200	Sammelposten für bewegliche Vermögensgegenstände	9.822,54 €	13.405,85 €	6.813,94 €

	über 150 € bis 1.000 € netto			
27200.7831200	Sammelposten für bewegliche Vermögensgegenstände über 150 € bis 1.000 € netto	0,00 €	192,00 €	192,00 €
42410.7831172	Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00 €	19.393,66 €	19.393,66 €
51110.7872000 T10	Anlagen im Bau – Tiefbau – Dorferneuerung Hohegeiß	53.310,48 €	53.324,08 €	13,60 €
54100.7872350	Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	0,00 €	2.612,29 €	4.524,38 €
54500.7831200	Sammelposten für bewegliche Vermögensgegenstände über 150 € bis 1.000 € netto	0,00 €	9.980,29 €	9.980,29 €
55300.7872000 T18	Anlagen im Bau – Tiefbau – Errichtung einer Stelen Konstruktion auf dem Friedhof Braunlage	10.000,00 €	10.144,54 €	1.080,82 €
Summe				83.478,63 €

Die vorstehenden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind durch Mehrerträge/Mehreinzahlungen bzw. durch Minderaufwendungen/Minderauszahlungen gedeckt. Die nach § 117 NKomVG erforderlichen Zustimmungen sind erteilt worden.

Eine Unterrichtung des Rates ist in den Fällen erfolgt, in denen wegen Unerheblichkeit oder Eilbedürftigkeit die Zustimmung durch den Bürgermeister allein oder durch den Bürgermeister und den stellvertretenden Bürgermeister erteilt worden ist. Eine nochmalige zusammengefasste Unterrichtung im Sinne des § 117 Abs. 1 Satz 2 NKomVG ist hiermit erfolgt.

1.2. Haushaltsreste (Ermächtigungen)

Die übertragenen Ermächtigungen im Ergebnishaushalt bleiben bis längstens ein Jahr nach Schluss des Haushaltsjahres verfügbar.

Die Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen bleiben bis zur Abwicklung der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar, wenn mit der Investition vor Ablauf des übernächsten Haushaltsjahres begonnen wird.

1.3. Abwicklung der Haushaltsreste des Vorjahres

	Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt	Kreditermächtigung	Investive Zuwendungen
Haushaltsrest aus Vorjahren insgesamt	84.244,54 €	3.951.858,39 €	4.316.000,00 €	44.350,00 €
In 2014 angeordnet	64.871,92 €	497.302,99 €	470.000,00 €	14.337,38 €
Eingesparte Haushaltsreste /Abgang auf Haushaltsreste	3.935,88 €	130.189,44 €	0,00 €	19.912,62 €
Übertrag auf 2015	15.436,74 €**	3.324.365,96 €	3.846.000,00 €	10.100,00 €

**Von dieser Summe wurden 10.369,33 € in 2015 direkt wieder in den Abgang gebracht. Die verbleibenden 5.067,41 € wurden für Maßnahmen verwendet, die bereits in 2013 begonnen worden waren.

2. Weitere Anlagen

- Anlagenübersicht
- Schuldenübersicht
- Rückstellungsübersicht
- Übersicht über die Übertragung von Ermächtigungen

2.1. Anlage 2 Anlagenübersicht (§ 56 Abs. 1 GemHKVO)

Anlagevermögen 1) 2)	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen						Buchwerte	
	Stand am 31.12. des Vorjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Auflösungen ³⁾	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
		+	-	+/-					+	+/-			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1. Immaterielles Vermögen	78.991,41	71.406,12	0,00	874,65	151.272,18	58.219,08	9.401,17	0,00	0,00	0,00	67.620,25	83.651,93	20.772,33
1.1 Konzessionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Lizenzen	74.585,01	17.591,42	0,00	874,65	93.051,08	58.057,15	8.923,65	0,00	0,00	0,00	66.980,80	26.070,28	16.527,86
1.3 Ähnliche Rechte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4 Geleistete. Investitionszuwendungen und -zuschüsse	4.406,40	53.814,70	0,00	0,00	58.221,10	161,93	477,52	0,00	0,00	0,00	639,45	57.581,65	4.244,47
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und GWG)	30.383.405,74	874.304,58	811.702,84	-67.276,63	30.378.730,85	11.325.886,67	774.332,55	370.218,66	0,00	-34.616,24	11.695.384,32	18.683.346,53	19.057.519,07
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an unbebauten Grundstücken	2.890.286,14	0,00	23.422,16	17.399,15	2.884.263,13	0,00	174,85	0,00	0,00	0,00	174,85	2.884.088,28	2.890.286,14
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an bebauten Grundstücken	6.220.228,02	0,00	1.904,40	113.782,25	6.332.105,87	2.068.787,15	92.727,83	0,00	0,00	0,00	2.161.514,98	4.170.590,89	4.151.440,87

Anlagevermögen 1) 2)	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte						Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 31.12. des Vorjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Auflösungen ³⁾	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
		+	-	+/-			-	-	+	+/-			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
2.3 Infrastrukturvermögen	16.844.684,43	5.590,39	743.020,74	172.214,72	16.279.468,80	6.790.079,27	482.899,30	350.318,93	0,00	-34.616,24	6.888.043,40	9.391.425,40	10.054.605,16
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	214.580,94	0,00	13.404,56	0,00	201.176,38	121.420,61	6.700,81	2.940,36	0,00	0,00	125.181,06	75.995,32	93.160,33
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	20.857,00	0,00	0,00	0,00	20.857,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	20.857,00	20.857,00
2.6 Maschinen u. technische Anlagen; Fahrzeuge	1.952.537,88	329.322,01	977,38	0,00	2.280.882,51	1.066.209,35	89.616,96	0,00	0,00	0,00	1.155.826,31	1.125.056,20	886.328,53
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung; Pflanzen und Tiere	2.033.710,04	120.721,36	18.777,32	8.920,77	2.144.574,85	1.279.390,29	102.212,80	16.959,37	0,00	0,00	1.364.643,72	779.931,13	754.319,75
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	206.521,29	418.670,82	10.196,28	-379.593,52	235.402,31	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	235.402,31	206.521,29
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	18.491.620,52	134.213,09	7.733.694,86	-8.850,71	10.883.288,04	0,00	49.666,66	0,00	0,00	0,00	49.666,66	10.833.621,38	18.491.620,52
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	4.981.884,06	0,00	0,00	0,00	4.981.884,06	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.981.884,06	4.981.884,06
3.2 Beteiligungen	97.503,24	0,00	0,00	0,00	97.503,24	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	97.503,24	97.503,24
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	5.534.598,83	49.666,66	0,00	0,00	5.584.265,49	0,00	49.666,66	0,00	0,00	0,00	49.666,66	5.534.598,83	5.534.598,83
3.4 Ausleihungen	7.674.225,68	65.377,64	7.731.976,75	0,00	7.626,57	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.626,57	7.674.225,68
3.5 Wertpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.9 Sonstige Vermögensgegenstände	203.408,71	19.168,79	1.718,11	-8.850,71	212.008,68	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	212.008,68	203.408,71
insgesamt	48.954.017,67	1.079.923,79	8.545.397,70	-75.252,69	41.413.291,07	11.384.105,75	833.400,38	370.218,66	0,00	-34.616,24	11.812.671,23	29.600.619,84	37.569.911,92

¹⁾ Gliederung richtet sich nach der Bilanz

²⁾ im Falle der Vermögenstrennung jeweils auch das realisierbare Vermögen

³⁾ Kumulierte Abschreibungen für Abgänge

2.2. Anlage 3 Schuldenübersicht

(§ 56 Abs. 3 GemHKVO)

Art der Schulden ¹⁾	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12. des Vorjahres	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden aus	10.040.489,88	6.808.117,31	186.966,87	3.045.405,70	14.967.605,13	-4.927.115,25
1.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	3.242.428,21	10.055,64	186.966,87	3.045.405,70	10.630.687,00	-7.388.258,79
1.3 Liquiditätskredite	6.798.061,67	6.798.061,67	0,00	0,00	4.336.918,13	2.461.143,54
1.4 sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	166.273,27	166.273,27	0,00	0,00	564.498,84	-398.225,57
4. Transferverbindlichkeiten	224.805,20	224.805,20	0,00	0,00	274.173,48	-49.368,28
5. Sonstige Verbindlichkeiten	240.079,31	222.759,54	17.319,77	0,00	360.012,09	-119.932,78
Schulden insgesamt	10.671.647,66	7.421.955,32	204.286,64	3.045.405,70	16.166.289,54	-5.494.641,88

1) Gliederung richtet sich nach der Bilanz

2.3. Anlage 4 Rückstellungsübersicht

Bezeichnung	Bestand am 31.12.2014	Zuführung	Inanspruchnahme oder Herabsetzung	Auflösung	Bestand am 31.12.2013	Mehr/Weniger
1.1 Pensionsrückstellungen	7.097.536,00 €	0,00 €	302.914,00 €	0,00 €	7.400.450,00 €	-302.914,00 €
1.2 Beihilferückstellungen	1.000.752,58 €	7.731,38 €	28.222,91 €	0,00 €	1.021.262,11 €	-20.509,53 €
2. Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen	238.346,87 €	70.272,58 €	101.757,28 €	0,00 €	269.831,57 €	-31.484,70 €
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	389.190,42 €	248.464,60 €	398.931,76 €	0,00 €	539.657,58 €	-150.467,16 €
4. Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	4.758,81 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	4.758,81 €	0,00 €
8. Andere Rückstellungen	90.668,63 €	39.503,73 €	75.035,10 €	0,00 €	126.200,00 €	-35.531,37 €
Summe	8.821.253,31 €	365.972,29 €	906.861,05 €	0,00 €	9.362.160,07 €	-540.906,76 €

2.4. Anlage 5 Übersicht der Übertragungen von Haushaltsermächtigungen

Übersicht der Übertragungen von Haushaltsermächtigungen aus 2014 nach 2015 (Ergebnishaushalt) gemäß § 20 GemHKVO

Produkt	Buchungsstelle	Bezeichnung	Übertragung	Begründung
11100	4222000	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	618,97 €	Wurde wieder in Abgang gebracht da bereits aus 2013
11100	4431070	Sachverständigen- und Gerichtsaufwendungen	3.952,79 €	Beratung Betrauungsakt
11110	4261020	Aus- und Fortbildung (einschl. Aufwendungen für Reisen)	4.880,53 €	Reisekosten, Seminare
11140	4222000	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	2.000,00 €	Wurde wieder in Abgang gebracht da bereits aus 2013
11140	4261020	Aus- und Fortbildung (einschl. Aufwendungen für Reisen)	160,00 €	Wurde wieder in Abgang gebracht da bereits aus 2013
11140	4291084	Aufstellen eines Baumkatasters	2.032,09 €	Plaketkierung HHG/STA
11140	4291085	Baumpflegemaßnahmen im Stadtgebiet	9.863,65 €	Regelkontrolle und Pflegemaßnahmen
11140	4431070	Sachverständigen- und Gerichtsaufwendungen	3.540,00 €	Stellenbewertung, Vergaben- und Verwendungsnachweise
12200	4261020	Aus- und Fortbildung (einschl. Aufwendungen für Reisen)	174,00 €	Wurde wieder in Abgang gebracht da bereits aus 2013
12210	4261020	Aus- und Fortbildung (einschl. Aufwendungen für Reisen)	453,92 €	Wurde wieder in Abgang gebracht da bereits aus 2013
12600	4211010	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	598,60 €	Ausbau der ehemaligen Wohnung zum Mannschaftsraum Feuerwehr Hohegeiß
12600	4222010	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände (Braunlage)	2.864,48 €	Beschaffung von Verkehrsleitkegeln, Kennzeichnungsmarken, Helmhalterungen, Gläser für Atemschutzmasken
12600	4222020	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände (Hohegeiß)	2.000,00 €	Beschaffung von Rettungsschere, Ausrüstungsgegenstände, Notfallrucksack
12600	4251000	Haltung von Fahrzeugen	3.200,00 €	Umbau der Ladetechnik auf Fahrzeugstationiertes System und Reifenersatz
12600	4261010	Dienst- und Schutzkleidung (Braunlage)	7.850,16 €	Dienst- und Schutzkleidung (Braunlage)
12600	4261020	Aus- und Fortbildung (einschl. Aufwendungen für Reisen)	4.544,58 €	Erste-Hilfe-Kurs, Brandübungsanlage, div. Lehrgänge
12600	4261040	Dienst- und Schutzkleidung (Hohegeiß)	1.697,59 €	Ersatzbeschaffung von Einsatzbekleidung
12610	4211010	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	4.000,00 €	Reparaturarbeiten am Treppenaufgang
12610	4222000	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	5.307,89 €	Ersatzbeschaffung von Tragebehältern, Halteleinen, Verbandskästen, Atemluftmasken, -filtern etc.

**Übersicht der Übertragungen von Haushaltsermächtigungen aus 2014 nach 2015
(Ergebnishaushalt) gemäß § 20 GemHKVO**

Produkt	Buchungsstelle	Bezeichnung	Übertragung	Begründung
12610	4261050	Dienst- und Schutzkleidung	4.050,13 €	Ersatzbeschaffung neuer Schutzbekleidung
21100	4211010	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	4.340,00 €	Streicharbeiten, Einbau weiterer Akustikdecken und Rauchmelder
21100	4221000	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	544,56 €	Wurde wieder in Abgang gebracht, keine Verwendung in 2015
21100	4222000	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	4.200,84 €	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für die Ganztagschule, sowie Ersatz einer Spüle im Werkraum
21100	4271092	Lehr- und Unterrichtsmittel	1.894,84 €	Beschaffung von Unterrichtsmaterial für Inklusion
21110	4222000	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	1.828,04 €	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände
21120	4211010	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	6.140,05 €	Reparatur Heizung in Turnhalle, Außenanstrich am Wohnhaus und neue Fenster
21120	4222000	Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	1.044,96 €	Beschaffung von Schülertischen und -stühlen
21120	4271082	Aufwendungen für Ökologieprojekte	310,27 €	Beschaffung von Glattkantblättern und Funierplatten
21120	4271092	Lehr- und Unterrichtsmittel	418,32 €	Lehr- und Unterrichtsmittel
21120	4271093	Schul- und Sportveranstaltungen	67,50 €	Aufwendungen für Schulveranstaltungen
27200	4271094	Medien	2.110,45 €	Kauf von Büchern für die Buchauslage
36500	4261020	Aus- und Fortbildung (einschl. Aufwendungen für Reisen)	2.800,00 €	Fortbildungen, Lehrgänge und Dienstreisen
36500	4271098	Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Kita Braunlage)	7.397,82 €	Pauschale für Integrationskinder
42410	4211010	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	22.264,56 €	Unterhaltung der Zaunanlage

Übersicht der Übertragungen von Haushaltsermächtigungen aus 2014 nach 2015 (Finanzhaushalt)

gemäß § 20 GemHKVO

Produkt	Buchungsstelle	Bezeichnung	Übertragung	Begründung
11110	7831200	Sammelposten für bewegliche VG	2.005,77 €	Beschaffung von Büromöbeln für das Kämmereiamt
11130	7831101	DV-Software	1.277,48 €	Katalogisierungsmodul für Bücherei
11140	7831200	Sammelposten für geringw. BG	4.000,00 €	Ersatzbeschaffung von Büromöbeln und Kauf einer Kamera
12600	7873360	Strom-, Gas-, Wasserleitungen und zugehörige Anlagen	12.207,97 €	Ersatzbeschaffung Feuerlöschhydranten
12600	7831161 BF4	Brandschutzfahrzeuge, Ersatzbeschaffung LF 16 TS (BRL)	3.474,75 €	Beschaffung von diversen Fahrzeugzubehör
12600	7831161 BF5	Brandschutzfahrzeuge, Ersatzbeschaffung MZV (BRL)	95.000,00 €	Beschaffung eines Gerätewagens Logistik
12600	7831172	Stromerzeuger (8 kva)	2.424,98 €	weitere Kosten für den Stromerzeuger
12600	7831172	Neuausstattung Digitalfunk	8.230,95 €	Anschaffung erst im Folgejahr
12600	7831172	Automatischer Defibrillator	1.500,00 €	Wurde wieder in Abgang gebracht da bereits aus
12600	7831172	Beschaffungen Feuerwehr Hohegeiß	9.500,00 €	Anschaffung von Rollwagen
12600	7831210	Sammelposten für bewegliche VG (BRL)	8.000,00 €	Div. Anschaffungen, wie z.B. Atemschutzgeräte, Hebekissen, Absturzsicherung, E-Werkzeugkasten u.a.
12600	7831220	Sammelposten für bewegliche VG (HHG)	3.000,00 €	Div. Anschaffungen, wie z.B. Akkus für Handscheinwerfer, Absturzsicherung u.a.
12600	7871000 T14	Anlagen im Bau, Neubau Feuerwehrgerätehaus Braunlage	2.793.938,71 €	Fortsetzung der begonnenen Baumaßnahme
12600	7871000 T9	Anlagen im Bau - Hochbau, Anbau Fahrzeughalle Feuerwehr Hohegeiß	288.790,30 €	Fortsetzung der begonnenen Baumaßnahme
12610	7831172	Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.800,00 €	Beschaffung eines Rettungssatzes, eines Mehrweckzuges und eines Auf- und Abseilgerätes
12610	7831200	Sammelposten für beweglichen Vermögensgegenstände über 150 € bis 1.000 €	3.230,63 €	Beschaffung von weiteren Atemschutzmasken
21100	7831172	BGA	5.000,00 €	Beschaffung einer weiteren digitalen Whiteboard-Tafel
21100	7831200	Sammelposten für bewegliche VG	20.000,00 €	Ersatzbeschaffung PS-Ausstattung für den EDV-Raum
21110	7831200	Sammelposten für bewegliche VG	2.000,00 €	Beschaffung von PCs für Büro und Lehrerzimmer, Fax- und Telefongeräte
21120	7831200	Sammelposten für bewegliche VG	1.981,50 €	Anschaffung Mini-Fußballtore
36500	7831200	Sammelposten für bewegliche VG	2.008,94 €	Spielgeräte Kita Hohegeiß
42410	7831162	Maschinen und technische Anlagen	5.180,62 €	Anschaffung Rasentraktor Sportplatz Braunlage
51100	7872000 T5	Anlagen im Bau - Tiefbau, Stadtsanierung (Planungskosten)	759.708,02 €	Erweiterung des Sanierungsgebietes
54100	7821310	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	37.549,64 €	Tauschvertrag mit der Forst, Ankauf/Tauschverträge
54100	7872350	Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungs-anlagen	1.912,09 €	Erneuerung von Straßen im Stadtgebiet
54100	7831200	Sammelposten für bewegliche VG	10.262,37 €	Erneuerung oder Austausch von Verkehrsschildern im Stadtgebiet laut verkehrsbehördlicher Anordnung vom LK GS
54100	7872000 T15	Anlagen im Bau - Tiefbau, Sanierung Stützmauern im Ortsteil St. Andreasberg	39.190,39 €	Fortsetzung der begonnenen Baumaßnahme

Übersicht der Übertragungen von Haushaltsermächtigungen aus 2014 nach 2015 (Finanzhaushalt) gemäß § 20 GemHKVO

Produkt	Buchungsstelle	Bezeichnung	Übertragung	Begründung
54100	7872000 T16	Anlagen im Bau - Tiefbau, Straßenbaumaßnahmen	241.997,05 €	Fortsetzung der begonnenen Baumaßnahme
54300	7873000 S1	Anlagen im Bau - Sonstige Bauten, Abriss und Neubau von Buswartehäuschen	10.000,00 €	Abriss und Neubau von Buswartehäusern
54400	7821290	Grund und Boden mit sonstigen Dienst-, Geschäfts- und anderen Betriebsgebäuden	5.000,00 €	Abbruch Kirchstraße 42
54400	7871410	Bauten auf fremden Grund und Boden	3.400,00 €	Abriss von 2 Buswartehäusern am Orderteich und Abzweig B4/Orderteich
54400	7873000 S2	Anlagen im Bau - Sonstigen Bauten, Abriss von 3 Buswartehäusern u. Bau eines neuen Wartehauses	19.100,00 €	Abriss und Neubau von Buswartehäusern
54500	7872350	Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	7.022,36 €	Ersatz für Straßenbeleuchtung
55100	7831200	Sammelposten für bewegliche VG	1.032,83 €	Beschaffung von 3 Holzbänken
55300	787200 T8	Anlagen im Bau - Tiefbau, Teileinfriedung Friedhof BRL	23.495,84 €	Fortsetzung der begonnenen Baumaßnahme
56100	7817100	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse GWG - Private Unternehmen	66.465,00 €	Anteil der Stadt Braunlage an den naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen für die Rodungsarbeiten am Wurmberg
57360	7873000 S3	Anlagen im Bau - Sonstige Bauten, Neubau Elektro-Ladestation	25.000,00 €	Neubau der Elektroladestation
61200	7821190	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte, sonstige unbebaute Grundstücke	4.325,78 €	Grunderwerb

**Übersicht der Übertragungen von Haushaltseinzahlungen aus 2014 nach 2015 (Finanzhaushalt)
gemäß § 20 GemHKVO**

Produkt	Buchungsstelle	Bezeichnung	Übertragung	Begründung
51110	6811000	Sonderposten aus Investitionszuwendungen, Land, Dorferneuerung Hohegeiß, EFRE Mittel für Informationsportal Bergwiesen Hohegeiß	42.500,00 €	Maßnahme noch nicht abgeschlossen, daher Zuwendung noch nicht geflossen.
51100	6818010	Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten vom Land	250.000,00 €	Die Mittel aus der Stadtsanierung werden in Chargen abgerufen. Dies erfolgt nach einzelnen Bauabschnitten der Maßnahmen. Verzögern sich die Maßnahmen, verzögert sich der Mittelabruf.
51100	6818020	Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten vom Bund	250.000,00 €	Die Mittel aus der Stadtsanierung werden in Chargen abgerufen. Dies erfolgt nach einzelnen Bauabschnitten der Maßnahmen. Verzögern sich die Maßnahmen, verzögert sich der Mittelabruf.
61200	6927300	Kreditaufnahmen für Investitionen	4.898.900,00 €	Investitionen aus 2014 wurden nach 2015 verschoben. 470.000 € Kreditaufnahme aus Ermächtigung aus 2013. Übertragung der Kreditermächtigung gem. § 120 Abs. 3 NKomVG.



Bericht

über die Prüfung des Jahresabschlusses
der Stadt Braunlage zum 31.12.2014

Aktenzeichen.:	1.2/14.50.20
Bericht vom	27.01.2023
Rechtsgrundlagen:	§§ 155, 156 NKomVG
Prüfer*in:	Christian Biel Kerstin Heinze Mandy Pilz Arnd Tathoff
Prüfungszeitraum:	17.10.2022 bis 17.11.2022 (mit Unterbrechungen)

Landkreis Goslar
Steuerungsbereich
Klubgartenstraße 6
38640 Goslar
Telefon: 05321 76-0
E-Mail: info@landkreis-goslar.de
www.landkreis-goslar.de

Fotos: © Landkreis Goslar, www.pixabay.com

Ansprechperson:
Britta Sauthof
Rechnungsprüfungsamt

Telefon: 05321 3 11 31-10

E-Mail: Britta.Sauthof@landkreis-goslar.de

Inhaltsverzeichnis

1 	Allgemeine Vorbemerkungen	7
1.1	Prüfungsauftrag	7
1.2	Prüfungsumfang und Prüfungsunterlagen	7
1.3	Vorangegangene Prüfung	7
2 	Grundsätzliche Feststellungen	8
2.1	Systemprüfung	8
2.1.1	Rechnungswesen	8
2.1.2	Anordnungswesen	8
2.1.3	Buchführung	8
2.1.4	Richtlinien, Dienstanweisungen	8
2.1.5	Verwaltungsinterne Steuerung	9
2.2	Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Anhangs	9
2.3	Wirtschaftliche Verhältnisse	10
2.4	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	11
2.5	Stundung, Niederschlagung und Erlass; Behandlung von Kleinbeträgen	11
3 	Grundlagen der Haushaltswirtschaft	11
3.1	Haushaltssatzung	11
3.2	Haushaltsplan	11
4 	Ausführung des Haushaltsplans	12
4.1	Planvergleich	12
4.1.1	Ergebnishaushalt	12
4.1.2	Finanzhaushalt	13
4.1.3	Teilhaushalte/Budgets	13
4.2	Vorläufige Haushaltsführung	13
4.3	Liquiditätskredite	13
5 	Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014	14
5.1	Ergebnisrechnung	14
5.1.1	Ordentliche Erträge	14
5.1.2	Ordentliche Aufwendungen	15
5.1.2.1	Aufwendungen für aktives Personal	16
5.1.2.2	Aufwendungen für die Versorgung	16
5.1.2.3	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16
5.1.2.4	Abschreibungen	16
5.1.2.5	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16
5.1.2.6	Transferaufwendungen	17
5.1.2.7	Sonstige ordentliche Aufwendungen	17
5.1.3	Außerordentliches Ergebnis	17
5.1.4	Jahresergebnis	17

5.2	Teilergebnisrechnungen.....	17
5.3	Finanzrechnung.....	17
5.3.1	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.....	18
5.3.2	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	19
5.3.3	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	20
5.3.4	Einzahlungen für Investitionstätigkeit.....	20
5.3.5	Auszahlungen für Investitionstätigkeit	20
5.3.6	Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit.....	21
5.3.7	Bestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)	21
5.4	Teilfinanzrechnung	22
5.5	Bilanz	22
5.5.1	Bilanz - Aktiva	22
5.5.1.1	Immaterielles Vermögen.....	23
5.5.1.2	Sachvermögen.....	23
5.5.1.3	Finanzvermögen.....	24
5.5.1.4	Liquide Mittel.....	24
5.5.1.5	Aktive Rechnungsabgrenzung.....	24
5.5.2	Bilanz - Passiva	25
5.5.2.1	Nettoposition	25
5.5.2.2	Sonderposten	25
5.5.2.3	Schulden.....	26
5.5.2.4	Rückstellungen	26
5.5.2.5	Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre	26
5.6	Anhang.....	26
5.6.1	Rechenschaftsbericht	26
5.6.2	Anlagenübersicht.....	26
5.6.3	Schuldenübersicht	27
5.6.4	Forderungsübersicht	27
5.6.5	Rückstellungsübersicht	28
5.6.6	Übertrag von Haushaltsermächtigungen.....	28
6 	Ergebnis der Jahresabschlussprüfung.....	29
6.1	Zusammenfassung	29
6.2	Bestätigungsvermerk	31

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Ergebnishaushalt	12
Tabelle 2:	Finanzhaushalt.....	13
Tabelle 3:	Teilhaushalte und Budgets	13
Tabelle 4:	Ergebnisrechnung.....	14
Tabelle 5:	Stellenplanentwicklung.....	16
Tabelle 6:	Finanzrechnung	18
Tabelle 7:	Aktiva.....	22
Tabelle 8:	Passiva	25
Tabelle 9:	Anlagenübersicht	27
Tabelle 10:	Schuldenübersicht	27
Tabelle 11:	Forderungsübersicht	28
Tabelle 12:	Rückstellungsübersicht	28

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Vergaben 2014	10
Abbildung 2:	Erträge 2014.....	15
Abbildung 3:	Aufwendungen 2014.....	15
Abbildung 4:	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014	19
Abbildung 5:	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014.....	19
Abbildung 6:	Einzahlungen für Investitionstätigkeit 2014	20
Abbildung 7:	Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2014.....	21
Abbildung 8:	Aktiva 2014.....	22
Abbildung 9:	Passiva 2014.....	25

Abkürzungsverzeichnis

GemHKVO	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Gemeinden auf der Grundlage der kommunalen Doppik (Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung)
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NKR	Neues Kommunales Rechnungswesen
RPA	Rechnungsprüfungsamt

Hinweis:

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen von +/- einer Einheit (T€, Prozent usw.) auftreten. In den Diagrammen können Anteile unterhalb von einem Prozent nur bedingt dargestellt werden!

Besonders zu beachtende Textpassagen sind farblich hinterlegt.

1 | Allgemeine Vorbemerkungen

1.1 Prüfungsauftrag

Der gesetzliche Prüfungsauftrag ergibt sich aus § 155 i. V. m. § 156 NKomVG.

1.2 Prüfungsumfang und Prüfungsunterlagen

Die Prüfung wurde nach § 156 Abs. 1 NKomVG durchgeführt und erstreckte sich auf die mit dem Jahresabschluss vorgelegten Unterlagen.

Im Einzelnen sind für das Jahr 2014 vorgelegt worden:

- Haushaltssatzung und Haushaltsplan mit Anlagen,
- Ergebnisrechnung,
- Finanzrechnung,
- Bilanz,
- Anhang.

Dem Anhang waren folgende Anlagen beigelegt:

- Rechenschaftsbericht,
- Anlagenübersicht,
- Schuldenübersicht,
- Forderungsübersicht,
- Rückstellungsübersicht,
- Übersicht der in das nächste Haushaltsjahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen.

Die weiteren, zur Prüfung angeforderten Unterlagen wurden dem RPA zur Verfügung gestellt. Notwendige Auskünfte wurden von der Verwaltung erteilt.

1.3 Vorangegangene Prüfung

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2013 wurde durch das RPA in der Zeit vom 08.11.2021 bis 30.11.2021 geprüft. Der Schlussbericht vom 20.01.2022 wurde der Stadt mit Schreiben vom 20.01.2022 zugeleitet.

Der Rat der Stadt hat den Jahresabschluss 2013 gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG am 31.03.2022 beschlossen und die Entlastung erteilt.

Der Jahresabschluss ohne Forderungsübersicht, der Schlussbericht des RPA und die Stellungnahme zu diesem Bericht durch den Bürgermeister lagen vom 19.04.2022 bis 27.04.2022 öffentlich aus.

2 | Grundsätzliche Feststellungen

Die Prüfung hat sich gemäß § 156 Abs. 1 Nr. 3 NKomVG auch darauf zu erstrecken, ob nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren wird.

2.1 Systemprüfung

Es wurde geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen kommunalverfassungsrechtlichen und haushaltsrechtlichen Vorschriften und den Beschlussfassungen des etatberechtigten Organs geführt worden sind.

Grundlegendes Geschäftsinstrumentarium ist das Rechnungswesen, zu dem der jährlich aufzustellende Haushaltsplan, die Buchführung und der Jahresabschluss gehören.

Entsprechend § 110 Abs. 3 NKomVG war die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung im Rechnungsstil der doppelten Buchführung zu führen.

Nach Maßgabe der betrieblichen Erfordernisse wurden die Investitionsentscheidungen vom Rat beziehungsweise Verwaltungsausschuss oder dem Bürgermeister getroffen. Es konnte festgestellt werden, dass die Geschäftspolitik auf üblichen ordnungsmäßigen Entscheidungsgrundlagen beruhte. Bei der Prüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte dafür, dass die Geschäfte nicht ordnungsgemäß geführt werden.

2.1.1 Rechnungswesen

Das Rechnungswesen entspricht den Bedürfnissen einer Verwaltungsbehörde dieser Größenordnung. Es kann relevante Informationen zeitnah liefern.

2.1.2 Anordnungswesen

Die gesetzlichen Bestimmungen über das Anordnungswesen wurden beachtet.

Die Kassenvorgänge und Belege wurden entsprechend § 155 Abs. 1 Nr. 3, 156 Abs. 2 NKomVG zur Vorbereitung der Jahresabschlussprüfung 2014 stichprobenweise geprüft. Dazu fand in der Zeit vom 24.06.2014 bis 03.07.2014 eine unvermutete Prüfung der laufenden Kassengeschäfte statt. Es wurden dabei Einzelbelege des Buchungszeitraums 01.02.2014 bis 28.02.2014 stichprobenartig geprüft.

2.1.3 Buchführung

Die Buchführung und die Buchungen des Jahresabschlusses erfolgten unter Anwendung des EDV- Buchführungssystems CIP-Kommunal/KD.

Die Buchführung erfolgte unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und entspricht den gesetzlichen Vorschriften.

Die Bücher sind nach den Regeln der doppelten Buchführung geführt worden.

2.1.4 Richtlinien, Dienstanweisungen

Nach der GemHKVO sind für folgende Punkte örtliche Regelungen zu erlassen:

- Liquiditätssteuerung/Geldanlagen,
- Ausgestaltung der Buchführung,
- Aufbewahrung von Unterlagen,
- Befugnis zur Erteilung von Kassenanordnungen,
- Erledigung der Zahlungsabwicklung/Umgang mit Zahlungsmitteln,
- Ausgestaltung von Sicherheitsstandards.

Die Stadt Braunlage hatte die notwendigen Regelungen nur teilweise erlassen.

Die laut NKomVG bzw. GemHKVO selbst bestimmbaren Verfahrensabläufe und Sicherheitsstandards wurden nicht in ausreichendem Maße geregelt. Für das geprüfte Jahr 2014 existierte bei der Stadt Braunlage keine Dienstanweisung gemäß § 41 GemHKVO/ § 43 KomHKVO zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Erledigung der Aufgaben der Zahlungsanweisung, der Buchführung und der Zahlungsabwicklung. Zwar gab es Regelungen aus kameralen Zeiten, die noch weiterhin Gültigkeit hatten. Diese besaßen jedoch nicht die erforderliche Regelungsdichte wie eine Dienstanweisung nach § 41 GemHKVO/§ 43 KomHKVO und berücksichtigten naturgemäß nicht die Abweichungen des doppischen gegenüber dem kameralen Rechnungswesen. Die neue Dienstanweisung gemäß § 43 KomHKVO ist zum 01.02.2022 in Kraft getreten.

2.1.5 Verwaltungsinterne Steuerung

Nach § 21 GemHKVO sollen zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit die Kommunen insbesondere die Kosten- und Leistungsrechnung und das Controlling mit einem unterjährigem Berichtswesen einsetzen. Ziele und Kennzahlen sollen zur Grundlage von Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des Haushalts gemacht werden. § 4 Abs. 7 GemHKVO sieht vor, dass in jedem Teilhaushalt die wesentlichen Produkte mit den dazugehörigen Leistungen und die zu erreichenden Ziele mit den dazu geplanten Maßnahmen beschrieben sowie Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt werden.

Die Stadt Braunlage setzt eine Kosten- und Leistungsrechnung bisher nur für die gebührenrechnenden Einrichtungen ein. Eine flächendeckende Kosten- und Leistungsrechnung sowie die Benennung von Zielen und Kennzahlen einschließlich Controlling mit Berichtswesen finden bis zum heutigen Tag nicht statt.

2.2 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Anhangs

Der Jahresabschluss ist unter Beachtung des § 128 NKomVG aufgestellt worden und enthält die verbindlich vorgeschriebenen Anlagen.

Der Bürgermeister hat am 15.08.2022 gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG die Vollständigkeit und Richtigkeit des Abschlusses festgestellt.

Die Prüfung ergab, dass die Bilanz, die Ergebnis- und die Finanzrechnung nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung des NKomVG und der GemHKVO aufgestellt und ordnungsgemäß aus den Büchern der Stadt entwickelt worden sind.

Die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sowie der Stetigkeitsgrundsatz wurden überwiegend beachtet.

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie die sonstigen Pflichtangaben.

2.3 Wirtschaftliche Verhältnisse

Gemäß § 110 Abs. 2 NKomVG ist die Haushaltswirtschaft sparsam und wirtschaftlich zu führen. Die Beachtung dieses Haushaltsgrundsatzes ist auch im Hinblick auf die Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung prüfungsrelevant.

Bei der Vergabe von Aufträgen dient die Beachtung der Vergabevorschriften dem Ziel, wirtschaftlich zu verfahren. Von der Stadt wurden im Haushaltsjahr 2014 Aufträge erteilt, für die die Beachtung von Vergabevorschriften relevant waren.

Gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG prüft das RPA Vergaben vor der Auftragserteilung. Im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens wurden Wertgrenzen für die Vorlagepflicht definiert. Hiernach sind folgende Vergaben vor Auftragserteilung vorzulegen:

- Bauleistungen mit einem Auftragswert über 30.000 €,
- Lieferungen und Leistungen mit einem Auftragswert über 10.000 €,
- sonstige Aufträge, insbesondere Verträge mit freiberuflich Tätigen (u. a. Architekten und Ingenieure) mit einem Auftragswert über 10.000 € sowie
- Nachtragsaufträge, wenn ihr Auftragswert im Einzelfall 5.000,00 € und 20% des Wertes des zu Grunde liegenden Auftrages übersteigt und wenn das Auftragsvolumen einschl. Hauptauftrag oberhalb der oben aufgeführten Wertgrenzen liegt.

Die unter Beachtung der festgelegten Wertgrenzen dem RPA vorzulegenden Auftragsvergaben wurden im Haushaltsjahr 2014 nicht durchgängig vorgelegt. Es ergaben sich Feststellungen (siehe auch den beigegefügtten Bericht über die technische Prüfung vom 02.12.2015).

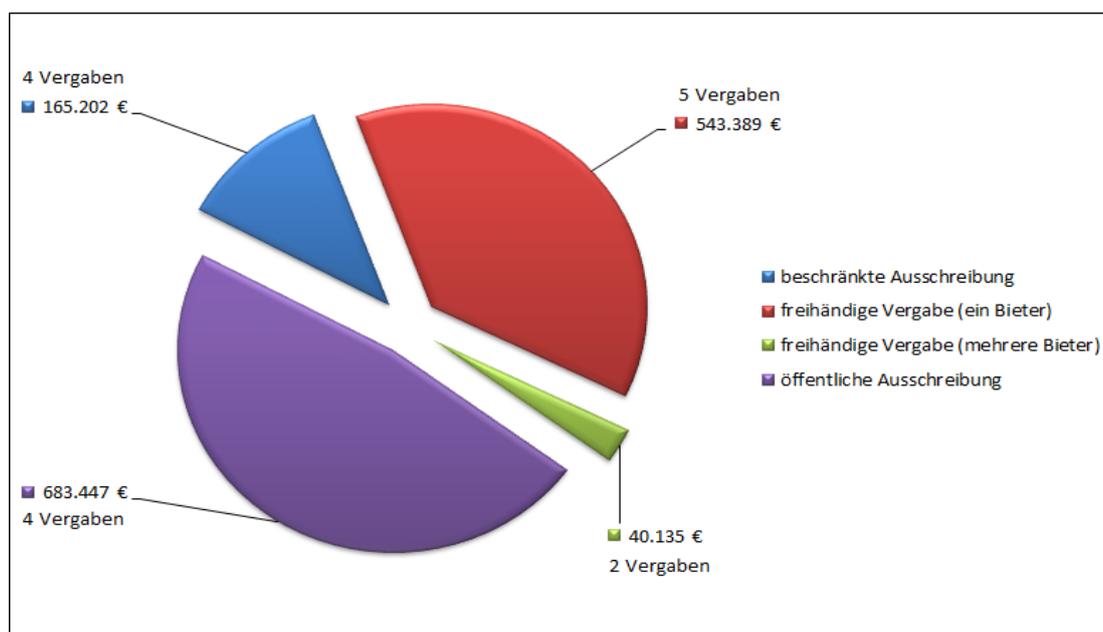


Abbildung 1: Vergaben 2014

Nach dem Ergebnis dieser Prüfung ist festzustellen, dass die Haushaltswirtschaft der Stadt grundsätzlich wirtschaftlich geführt wird.

2.4 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Im Haushaltsjahr 2014 wurden über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 386.735,31 € sowie über- bzw. außerplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 83.478,63 € beschlossen.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG nur zulässig, soweit sie zeitlich und sachlich unabweisbar sind. Diese Unabweisbarkeit war in allen Fällen nachvollziehbar begründet.

Die Deckung für über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die nicht für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen erfolgten, war im aktuellen Haushaltsjahr sicherzustellen. Dies war in allen Fällen gegeben.

Der Genehmigungsvorbehalt durch den Bürgermeister (bei unerheblicher Bedeutung) bzw. des Rats (bei nicht nur unerheblicher Bedeutung) wurde in allen Fällen beachtet. Der Rat der Stadt und der Verwaltungsausschuss wurden bereits über die Fälle von unerheblicher Bedeutung unterrichtet.

2.5 Stundung, Niederschlagung und Erlass; Behandlung von Kleinbeträgen

Die Stadt schlug Ansprüche nieder. In allen Fällen stand fest, dass die Einziehung keinen Erfolg haben wird, oder dass die Kosten der Einziehung außer Verhältnis zur Höhe des Anspruchs lagen.

Es erfolgte keine Ausbuchung von Kleinbeträgen im nennenswerten Umfang.

3 | Grundlagen der Haushaltswirtschaft

3.1 Haushaltssatzung

In seiner Sitzung am 08.05.2014 hat der Rat der Stadt die Haushaltssatzung für das Jahr 2014 beschlossen. Der Vorlagetermin nach § 114 Abs. 1 NKomVG zum 30.11.2013 wurde nicht eingehalten.

Die Haushaltssatzung enthielt genehmigungspflichtige Teile. Die notwendige Genehmigung der Haushaltssatzung wurde am 23.09.2014 von der Kommunalaufsichtsbehörde erteilt.

Die Auslegungsfrist von sieben Werktagen nach § 114 Abs. 2 S. 3 NKomVG wurde eingehalten.

Das vorgeschriebene Verfahren wurde beachtet.

3.2 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan war im Ergebnishaushalt unausgeglichen und schließt in den

ordentlichen Erträgen mit 13.396.000,00 € und

ordentlichen Aufwendungen mit 14.835.300,00 € sowie

außerordentlichen Erträgen mit 3.800,00 € und
 außerordentlichen Aufwendungen mit 0,00 € ab.

Der Haushaltsausgleich gemäß § 110 Abs. 4 NKomVG konnte nicht erreicht werden.

Im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres ist bei den geplanten ordentlichen Erträgen hinsichtlich des Einnahmenvolumens eine Verminderung um -2.483.205,18 € und bei den geplanten ordentlichen Aufwendungen ebenfalls eine Minderung um -920.091,00 € eingetreten.

Die Haushaltslage der Stadt hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um -7.892.847,26 € verschlechtert. Das außerordentliche Ergebnis minderte sich um -6.329.733,08 €.

Die Ertrags-/Finanzkraft der Stadt reichte nach den Plan-Ansätzen in Anbetracht der nicht auskömmlichen Erträge nicht aus, um die Aufwendungen zu finanzieren.

Der Finanzhaushalt weist

Einzahlungen von 14.522.500,00 € und
 Auszahlungen von 16.019.500,00 € nach.

Im Vergleich zum Vorjahr sind erhebliche Abweichungen festzustellen.

Hinsichtlich der Teilhaushalte wird auf den Haushaltsplan Bezug genommen.

Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 1.052.900,00 € festgesetzt.

Verpflichtungsermächtigungen wurden in Höhe von 500.000,00 € veranschlagt.

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite wurde auf 7.000.000,00 € festgesetzt.

4 | Ausführung des Haushaltsplans

4.1 Planvergleich

4.1.1 Ergebnishaushalt

	Ergebnishaushalt		
	Plan	Ausführung	Differenz
ordentliche Erträge	13.396.000,00 €	14.110.196,35 €	+714.196,35 €
ordentliche Aufwendungen	14.835.300,00 €	14.840.322,18 €	+5.022,18 €
ordentliches Ergebnis	-1.439.300,00 €	-730.125,83 €	+709.174,17 €
außerordentliche Erträge	3.800,00 €	318.755,40 €	+314.955,40 €
außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	402.672,11 €	+402.672,11 €
außerordentliches Ergebnis	3.800,00 €	-83.916,71 €	-87.716,71 €
Jahresergebnis	-1.435.500,00 €	-814.042,54 €	+621.457,46 €

Tabelle 1: Ergebnishaushalt

Aus dem Vorjahr standen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 84.244,54 € zur Verfügung.

4.1.2 Finanzhaushalt

Finanzhaushalt			
	Plan	Ausführung	Differenz
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	12.857.800,00 €	13.467.724,50 €	+609.924,50 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.113.800,00 €	14.427.425,59 €	+313.625,59 €
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.256.000,00 €	-959.701,09 €	+296.298,91 €
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	611.800,00 €	480.297,87 €	-131.502,13 €
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	1.664.700,00 €	1.476.280,48 €	-188.419,52 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.052.900,00 €	-995.982,61 €	+56.917,39 €
Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	-2.308.900,00 €	-1.955.683,70 €	+353.216,30 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.052.900,00 €	470.000,00 €	-582.900,00 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	241.000,00 €	208.643,52 €	-32.356,48 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	811.900,00 €	261.356,48 €	-550.543,52 €
Finanzmittelveränderung	-1.497.000,00 €	-1.694.327,22 €	-197.327,22 €
nachrichtl.: haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)		13.874.226,55 €	
nachrichtl.: haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)		13.694.076,79 €	
nachrichtl.: Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen		180.149,76 €	
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln		-233.885,66 €	
Endbestand an Zahlungsmitteln		-1.748.063,12 €	

Tabelle 2: Finanzhaushalt

Aus dem Vorjahr standen Einzahlungsermächtigungen in Höhe von 4.316.000,00 € und Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 4.036.102,93 € zur Verfügung.

4.1.3 Teilhaushalte/Budgets

Die Stadt hat folgende Teilhaushalte/Budgets eingerichtet:

Teilhaushalte		
Bezeichnung	Plan	Ausführung
10 - Hauptamt	-2.068.200,00 €	-1.751.309,33 €
20 - Kämmerei	3.244.500,00 €	3.589.648,28 €
32 - Ordnungsamt	-662.400,00 €	-570.834,67 €
60 - Bauamt	-1.949.400,00 €	-2.081.546,82 €
Gesamt	-1.435.500,00 €	-814.042,54 €

Tabelle 3: Teilhaushalte und Budgets

4.2 Vorläufige Haushaltsführung

Die Haushaltssatzung der Stadt ist am 16.10.2014 in Kraft getreten. Daher galten bis dahin die Regelungen des § 116 NKomVG über die vorläufige Haushaltsführung.

4.3 Liquiditätskredite

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen betrug nach § 4 der Haushaltssatzung 7.000.000,00 €. Bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung galt der Höchstbetrag aus dem Vorjahr in Höhe von 6.500.000,00 €.

Die stichprobenartige Überprüfung der Auszüge aller Konten ergab, dass Liquiditätskredite - auch als Überziehungskredite der Girokonten - durchgängig in Anspruch genommen wurden.

Zu Jahresbeginn bestand ein Liquiditätskredit mit einem festen Betrag in Höhe von 5.000.000,00 €, der stichtagsbezogen zum Jahresende 5.000.000,00 € betrug. Der genehmigte Höchstbetrag wurde - soweit geprüft - nicht überschritten. Aufgrund der Einheitskasse sind in dem Gesamtbetrag der in Anspruch genommenen Liquiditätskredite auch die Liquiditätskredite der Eigenbetriebe enthalten.

Für Liquiditätskredite waren 25.432,75 € (im Vorjahr 19.946,54 €) für Zinsleistungen aufzubringen.

5 | Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014

5.1 Ergebnisrechnung

In folgender Übersicht ist die Ergebnisrechnung dargestellt:

Ergebnisrechnung				
Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	mehr (+) weniger (-)
ordentliche Erträge				
1. Steuern und ähnliche Abgaben	5.205.157,90 €	5.515.478,29 €	5.188.200,00 €	+327.278,29 €
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.871.327,78 €	1.848.621,01 €	1.787.100,00 €	+61.521,01 €
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	435.655,43 €	471.112,61 €	346.200,00 €	+124.912,61 €
4. sonstige Transfererträge	79.131,07 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	5.021.595,16 €	4.913.652,03 €	5.105.300,00 €	-191.647,97 €
6. privatrechtliche Entgelte	207.591,86 €	257.193,67 €	159.600,00 €	+97.593,67 €
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	418.474,18 €	168.575,87 €	182.600,00 €	-14.024,13 €
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	400.785,22 €	34.914,81 €	43.000,00 €	-8.085,19 €
9. aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10. Bestandsveränderungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
11. sonstige ordentliche Erträge	1.239.486,88 €	900.648,06 €	584.000,00 €	+316.648,06 €
12. = Summe ordentliche Erträge	15.879.205,18 €	14.110.196,35 €	13.396.000,00 €	+714.196,35 €
ordentliche Aufwendungen				
13. Aufwendungen für aktives Personal	3.098.694,13 €	2.910.695,03 €	2.999.800,00 €	-89.104,97 €
14. Aufwendungen für Versorgung	42.275,85 €	8.672,78 €	33.600,00 €	-24.927,22 €
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.310.858,72 €	2.925.532,88 €	2.912.000,00 €	+13.532,88 €
16. Abschreibungen	720.835,98 €	922.460,92 €	635.600,00 €	+286.860,92 €
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	488.175,39 €	145.460,18 €	195.000,00 €	-49.539,82 €
18. Transferaufwendungen	7.623.581,39 €	7.511.308,18 €	7.646.600,00 €	-135.291,82 €
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	470.969,54 €	416.192,21 €	412.700,00 €	+3.492,21 €
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	15.755.391,00 €	14.840.322,18 €	14.835.300,00 €	+5.022,18 €
21. ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	123.814,18 €	-730.125,83 €	-1.439.300,00 €	+709.174,17 €
22. außerordentliche Erträge	6.351.332,33 €	318.755,40 €	3.800,00 €	+314.955,40 €
23. außerordentliche Aufwendungen	17.799,25 €	402.672,11 €	0,00 €	+402.672,11 €
24. außerordentliches Ergebnis	6.333.533,08 €	-83.916,71 €	3.800,00 €	-87.716,71 €
Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	6.457.347,26 €	-814.042,54 €	-1.435.500,00 €	+621.457,46 €

Tabelle 4: Ergebnisrechnung

5.1.1 Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge des Jahres 2014 stellen sich wie folgt dar:

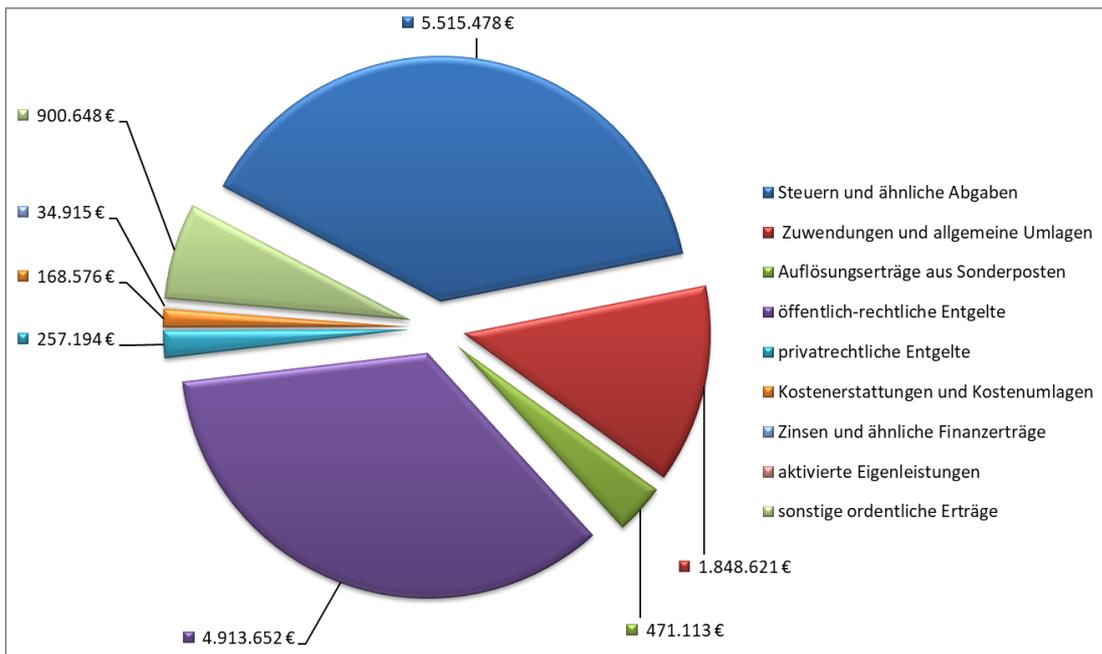


Abbildung 2: Erträge 2014

Die Erträge wurden rechtzeitig und vollständig erfasst. Sie wurden nach dem Ergebnis dieser Prüfung in der Regel zeitnah geltend gemacht. Der Zahlungseingang wurde dabei ordnungsgemäß überwacht.

5.1.2 Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen des Jahres 2014 stellen sich wie folgt dar:

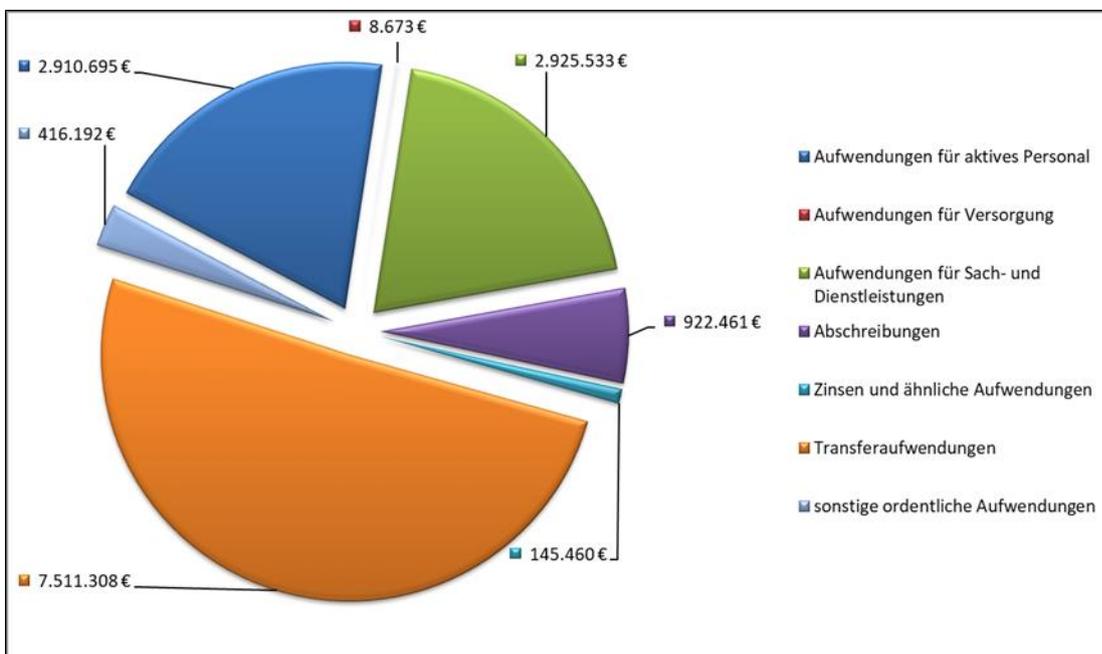


Abbildung 3: Aufwendungen 2014

5.1.2.1 Aufwendungen für aktives Personal

Die Entwicklung der Stellen ist in folgender Tabelle dargestellt:

Haushaltsjahr	Stellenplanentwicklung		
	2013 (nachrichtlich)	2014	2015 (nachrichtlich)
Planstellen Beamte	6,0	7,0	6,0
Beschäftigte mit Vertrag (TVöD)	44,94	46,04	44,57
Summe Gesamtzahl Planst./St.	50,94	53,04	50,57
Veränderung gegenüber Vorjahr	-3,73	+4,12	-2,47

Tabelle 5: Stellenplanentwicklung

Als Personalaufwendungen sind alle Aufwendungen zu erfassen, die für die unmittelbare Beschäftigung der aktiven Beamten und Beschäftigten in der Verwaltung entstehen. Also Bezüge und Entgelte, aber auch Sach- und Sonderzuwendungen und die Aufwendungen für die soziale Sicherung der Beschäftigten und Rückstellungen. Grundsätzlich werden die Beträge brutto erfasst.

5.1.2.2 Aufwendungen für die Versorgung

Die Aufwendungen für Versorgung wurden zutreffend auf den vorgeschriebenen Kontoarten erfasst. Die eigentlichen, auch zahlungswirksamen Versorgungsaufwendungen (Umlagen an die Versorgungskasse) wurden aufgrund der Zuordnungsvorschriften zutreffend bei den Aufwendungen für aktives Personal erfasst.

5.1.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Es handelt sich bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um Aufwendungen, die mit Ressourcenverbrauch einhergehen.

Der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit wurde in der Regel beachtet. Die Zuordnungen der Aufwendungen zur Kontengruppe 42 erfolgten zutreffend.

Bei den Sach- und Dienstleistungen ist zwischen dem aktivierungspflichtigen Herstellungsaufwand und dem erfolgswirksamen Erhaltungsaufwand zu unterscheiden. Der erfolgswirksame Erhaltungsaufwand hat hierbei eine direkte Wirkung auf die kommunale Nettoposition.

Diese Abgrenzung wurde überwiegend korrekt getroffen.

5.1.2.4 Abschreibungen

Die Abschreibungen entsprechen den Werten aus der Anlagenbuchhaltung. Die Abschreibungsätze sind nach § 47 GemHKVO gebildet worden und entsprechen dem Ausführungserlass.¹

5.1.2.5 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Unter der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind Zinsaufwendungen für die in der Bilanz erfassten Geldschulden und auf Grund von kreditähnlichen Geschäften zu zahlende Zinsen zu erfassen.

¹ Anlage 19 des Ausführungserlasses

Es erfolgte dabei eine zutreffende Differenzierung der Zinsaufwendungen nach den Empfängern bzw. Darlehensgebern entsprechend der Bereichsabgrenzung, so dass die Anforderungen an die Statistik erfüllt wurden.

Entsprechende Aufwendungen fielen in Höhe von 145.460,18 € an.

5.1.2.6 Transferaufwendungen

Transferaufwendungen sind Leistungen an Dritte ohne Gegenleistungsverpflichtung. Die Transferaufwendungen 2014 der Stadt betragen 7.511.308,18 € und entsprachen damit rund 50,6 Prozent der ordentlichen Aufwendungen. Es handelte sich im Wesentlichen um Zuweisungen an die Städtischen Betriebe Braunlage, an die Braunlage Tourismus GmbH und die Kreisumlage.

5.1.2.7 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen handelt es sich z. B. um Geschäftsaufwendungen, Steuern, Versicherungen oder auch Wertveränderungen des Vermögens.

Bei der stichprobenmäßigen Prüfung einzelner Positionen der Geschäftsaufwendungen ergaben sich keine Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten.

Bei den ausgewiesenen Steuern handelt es sich ausschließlich um solche, für die die Stadt Steuerschuldner ist.

5.1.3 Außerordentliches Ergebnis

Als Saldo der außerordentlichen Erträge sowie der außerordentlichen Aufwendungen ergibt sich ein außerordentliches Ergebnis von -83.916,71 €.

5.1.4 Jahresergebnis

Der Saldo aus dem ordentlichen Ergebnis (-730.125,83 €) und dem außerordentlichen Ergebnis (-83.916,71 €) wird mit -814.042,54 € als Jahresergebnis ausgewiesen. Damit ist ein Fehlbetrag in dieser Höhe entstanden.

5.2 Teilergebnisrechnungen

Die produktorientierten Teilergebnisrechnungen sind als Bestandteil des Jahresabschlusses in die Prüfung einbezogen worden.

Die Teilergebnisrechnungen entsprachen der in § 50 Abs. 2 GemHKVO vorgeschriebenen Staffelform. Die Gliederung erfolgte gemäß § 2 GemHKVO.

Die durchgeführte Plausibilitätsprüfung ergab, dass die Summe aller Teilergebnisrechnungen (ohne interne Leistungsbeziehungen) mit den Werten der Ergebnisrechnung übereinstimmt.

5.3 Finanzrechnung

In folgender Übersicht ist die Finanzrechnung dargestellt:

Finanzrechnung				
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis Vorjahr	Ergebnis Haushaltsjahr	Ansätze Haushaltsjahr	mehr (+) weniger (-)
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
1. Steuern und ähnliche Abgaben	5.230.788,51 €	5.402.356,26 €	5.188.200,00 €	+214.156,26 €
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.885.374,08 €	1.829.198,77 €	1.787.100,00 €	+42.098,77 €
3. sonstige Transfereinzahlungen	6.212.381,07 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
4. öffentlich-rechtliche Entgelte	4.836.177,00 €	4.915.236,25 €	5.105.300,00 €	-190.063,75 €
5. privatrechtliche Entgelte	207.311,08 €	318.263,21 €	159.600,00 €	+158.663,21 €
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	404.634,87 €	289.831,39 €	182.600,00 €	+107.231,39 €
7. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	388.499,31 €	26.633,46 €	38.400,00 €	-11.766,54 €
8. Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
9. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	627.864,46 €	686.205,16 €	396.600,00 €	289.605,16 €
10. = Summe d. Einz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	20.793.030,38 €	13.467.724,50 €	12.857.800,00 €	+609.924,50 €
11. Auszahlungen für aktives Personal	2.871.851,85 €	2.869.330,47 €	2.913.900,00 €	-44.569,30 €
12. Auszahlungen für Versorgung	36.050,85 €	-4.896,60 €	33.600,00 €	-38.496,60 €
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	3.074.824,99 €	3.036.372,03 €	2.909.200,00 €	+127.172,03 €
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	492.209,81 €	140.730,15 €	195.000,00 €	-54.269,85 €
15. Transferauszahlungen	7.510.204,34 €	7.783.780,89 €	7.649.400,00 €	+134.380,89 €
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	686.207,77 €	602.108,65 €	412.700,00 €	+189.408,65 €
17. = Summe d. Ausz. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	14.671.349,61 €	14.427.425,59 €	14.113.800,00 €	+313.625,59 €
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.121.680,77 €	-959.701,09 €	-1.256.000,00 €	+296.298,91 €
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	1.139.053,83 €	350.650,57 €	597.500,00 €	-246.849,43 €
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	9.634,50 €	28.228,10 €	7.000,00 €	+21.228,10 €
21. Veräußerung von Sachvermögen	144.708,00 €	6.030,00 €	4.400,00 €	+1.630,00 €
22. Finanzvermögensanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
23. sonstige Investitionstätigkeit	415.177,29 €	95.389,20 €	2.900,00 €	+92.489,20 €
24. = Summe der Ausz. aus Investitionstätigkeit	1.708.573,62 €	480.297,87 €	611.800,00 €	-131.502,13 €
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00 €	1.472,64 €	7.000,00 €	-5.527,36 €
26. Baumaßnahmen	1.492.069,15 €	935.125,28 €	985.700,00 €	-50.574,72 €
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	169.437,62 €	462.977,13 €	597.200,00 €	-134.222,87 €
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	885.053,43 €	22.890,73 €	13.400,00 €	+9.490,73 €
29. Aktivierbare Zuwendungen	2.157,30 €	53.814,70 €	61.400,00 €	-7.585,30 €
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
31. = Summe der Ausz. aus Investitionstätigkeiten	2.548.717,50 €	1.476.280,48 €	1.664.700,00 €	-188.419,52 €
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	-840.143,88 €	-995.982,61 €	-1.052.900,00 €	+56.917,39 €
33. Finanzmittel-Überschuss/ -Fehlbetrag	5.281.536,89 €	-1.955.683,70 €	-2.308.900,00 €	+353.216,30 €
34. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	1.865.000,00 €	470.000,00 €	1.052.900,00 €	-582.900,00 €
35. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	647.725,08 €	208.643,52 €	241.000,00 €	-32.356,48 €
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.217.274,92 €	261.356,48 €	811.900,00 €	-550.543,52 €
37. Finanzmittelbestand	6.498.811,81 €	-1.694.327,22 €	-1.497.000,00 €	-197.327,22 €
38. haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	14.019.930,29 €	13.874.226,55 €	0,00 €	13.874.226,55 €
39. haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	8.772.157,60 €	13.694.076,79 €		
40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	5.247.772,69 €	180.149,76 €		
41. +/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Be- ginn des Jahres	-11.980.470,16 €	-233.885,66 €		
42. = Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)	-233.885,66 €	-1.748.063,12 €		

Tabelle 6: Finanzrechnung

5.3.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Zahlungsbereich der laufenden Verwaltungstätigkeit handelt es sich im Wesentlichen um ertragsgleiche Einzahlungen.

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014 zeigen folgende Verteilung:

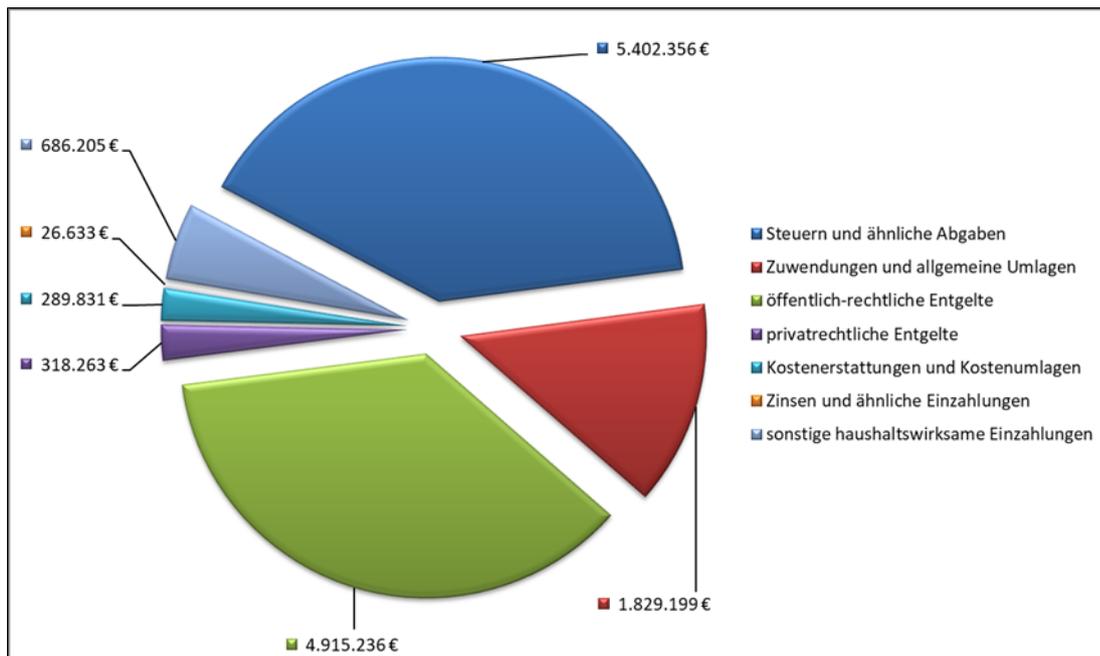


Abbildung 4: Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014

5.3.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Zahlungsbereich der laufenden Verwaltungstätigkeit handelt es sich im Wesentlichen um aufwandsgleiche Auszahlungen.

Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014 zeigen folgende Verteilung:

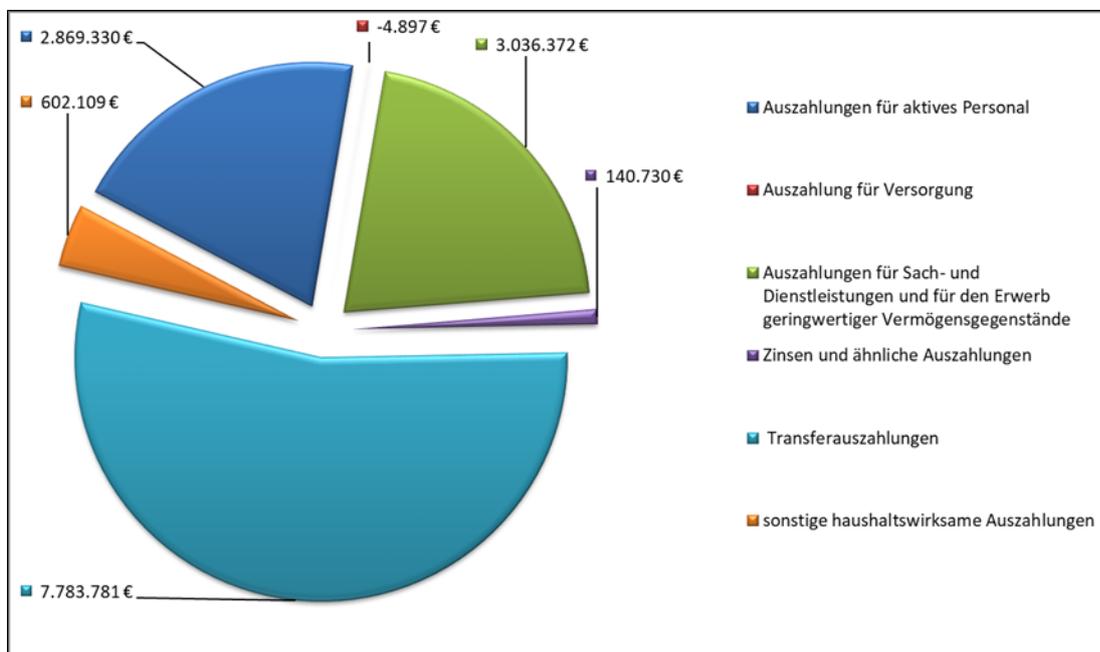


Abbildung 5: Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014

5.3.3 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der Zahlungsmittelsaldo (Cash-Flow) aus laufender Verwaltungstätigkeit beträgt zum Ende des Jahres -959.701,09 €. Der Saldo wird korrekt ausgewiesen. Damit müssen laufende Auszahlungen durch Veräußerung von Vermögen, Verzicht auf Investitionen, durch Aufnahme von Liquiditätskrediten oder durch Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven finanziert werden.

Es sind im Vergleich zum Vorjahr erhebliche Abweichungen festzustellen.

5.3.4 Einzahlungen für Investitionstätigkeit

Zu den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gehören die Investitionszuwendungen, Einzahlungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen sowie aus Beiträgen.

Die Einzahlungen für Investitionstätigkeit 2014 verteilen sich wie folgt:

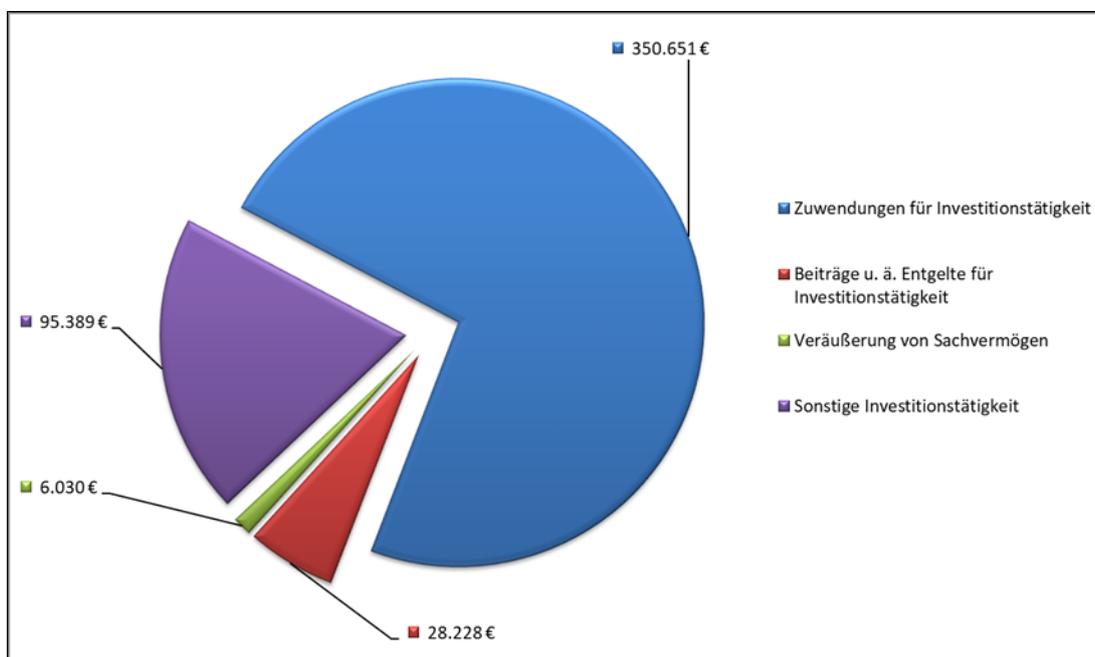


Abbildung 6: Einzahlungen für Investitionstätigkeit 2014

Die Einzahlungen für Investitionstätigkeiten wurden nach dem Ergebnis dieser Prüfung in der Regel zeitnah geltend gemacht und rechtzeitig eingezogen. Der Zahlungseingang wurde ordnungsgemäß überwacht.

Die Einzahlungen waren grundsätzlich ordnungsgemäß entsprechend § 36 Abs. 4 GemHKVO belegt.

5.3.5 Auszahlungen für Investitionstätigkeit

Zu den Auszahlungen für Investitionstätigkeit gehören die Ausgaben für Immobilienerwerb, für Baumaßnahmen, für den Erwerb von beweglichen Sachvermögen, für den Erwerb von Finanzvermögen, für geleistete Investitionszuwendungen und sonstige Investitionsauszahlungen.

Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2014 verteilen sich wie folgt:

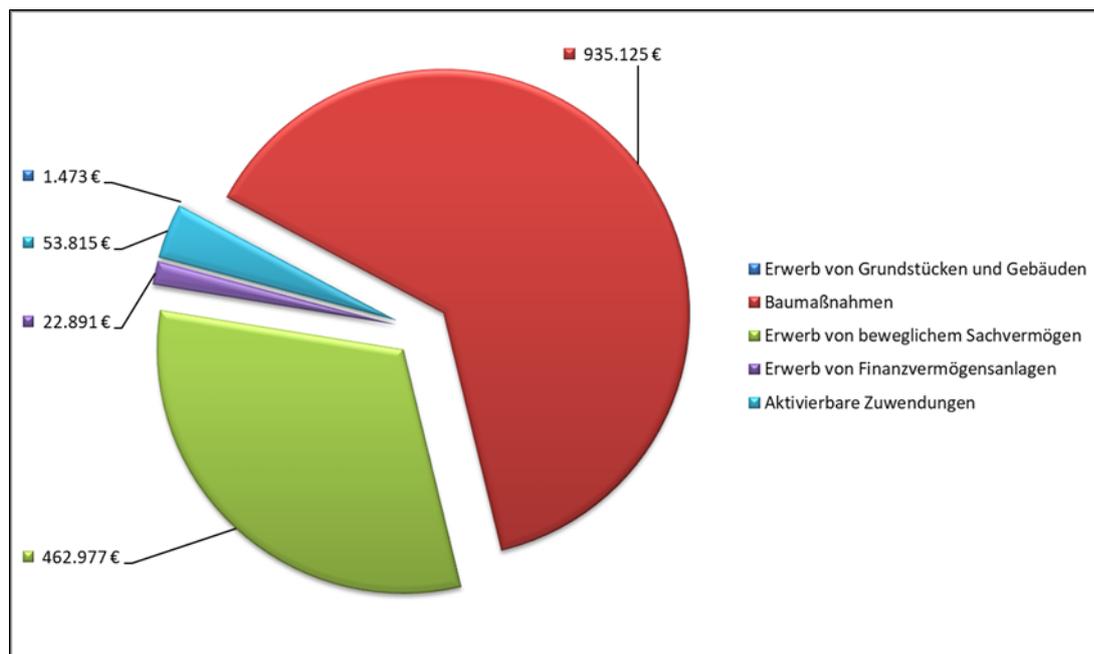


Abbildung 7: Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2014

Die ausgewiesenen Investitionsauszahlungen wurden mit den Zugängen in der Bilanz abgestimmt. Hierbei ergaben sich Differenzen. Diese resultieren jedoch ausschließlich aus der Veränderung der Verbindlichkeiten aus Investitionstätigkeit.

5.3.6 Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Im Jahr 2014 betrugen die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit 470.000,00 €. Dem gegenüber standen Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 208.643,52 €. Hierdurch entstand ein positiver Zahlungsmittelsaldo zum 31.12.2014 in Höhe von 261.356,48 €.

Der positive Saldo zeigt hierbei eine erhöhte Kreditaufnahme gegenüber geringeren Tilgungen bestehender Kredite bzw. Darlehen. Die Stadt hat mehr neue Schulden aufgenommen, als sie zurückzahlt hat.

Abweichend zu vorab genannten Ausführungen wird in der Schuldenübersicht 2014 (Berichtsziffer 5.6.3) ein wesentlicher Rückgang an Investitionskrediten ausgewiesen. Dieser beruht - analog zum Rückgang beim Finanzvermögen - auf dem Verzicht der Bilanzierung der Kredite der Städtischen Betriebe Braunlage (vgl. Berichtsziffer 5.5.2.3 des Vorjahresberichts).

5.3.7 Bestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)

Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes zum 31.12.2014 gibt Aufschluss darüber, ob die Liquidität und die Investitionsfinanzierung gesichert waren.

Der Saldo der Finanzrechnung als vollständige Abbildung aller Ein- und Auszahlungen wird buchhalterisch in der Bilanz über die Bilanzposition „Liquide Mittel“ abgeschlossen.

Der in der Finanzrechnung ausgewiesene Anfangs- und Endbestand an Zahlungsmitteln entspricht nicht den in der Bilanz ausgewiesenen liquiden Mitteln zu Beginn und Ende

des Jahres. Dies resultiert aus der Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten durch die Stadt Braunlage.

Konten mit Minusständen werden in der Bilanz richtigerweise nicht als negative liquide Mittel auf der Aktivseite, sondern als Verbindlichkeiten auf der Passivseite ausgewiesen.

5.4 Teilfinanzrechnung

Die produkt(bereich)orientierten Teilfinanzrechnungen sind als Bestandteil des Jahresabschlusses in diese Prüfung einbezogen worden. Die Teilfinanzrechnungen entsprechen der in § 51 GemHKVO vorgeschriebenen Staffelform. Die Gliederung entspricht den gesetzlichen Bestimmungen.

5.5 Bilanz

Die unter Einbeziehung des Jahresergebnisses ausgeglichene Bilanzsumme beträgt 31.955.177,84 € (Vorjahreswert: 39.340.636,08 €).

Die Bilanz wurde im Wesentlichen entsprechend den Bilanzierungsgrundsätzen aufgestellt.

5.5.1 Bilanz - Aktiva

In der folgenden Übersicht sind die einzelnen Posten der Aktivseite zusammengefasst.

	31.12.2013	31.12.2014	Veränderung in %
1. Immaterielles Vermögen	20.772,33 €	83.651,93 €	+302,7 %
2. Sachvermögen	19.057.520,07 €	18.723.983,98 €	-1,8 %
3. Finanzvermögen	20.033.768,66 €	12.981.748,65 €	-35,2 %
4. Liquide Mittel	103.032,47 €	49.998,55 €	-51,4 %
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	125.542,55 €	115.794,73 €	-7,8 %
Gesamt	39.340.636,08 €	31.955.177,84 €	-18,8 %

Tabelle 7: Aktiva

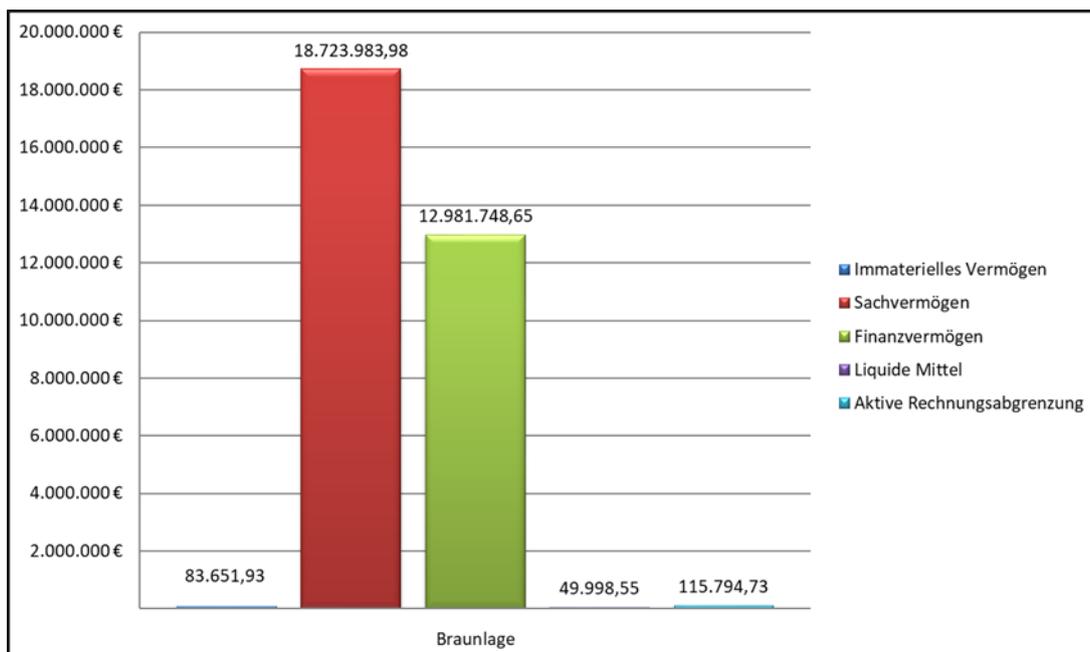


Abbildung 8: Aktiva 2014

Das Gesamtvermögen verringerte sich um 7.385.458,24 €.

Die immateriellen Vermögensgegenstände, die Sach- und Finanzanlagen wurden zu Anschaffungs- und Herstellungswerten bewertet. Die fortgeführten Buchwerte stimmten mit der ausgedruckten Anlagenübersicht in der Gesamtsumme überein. Der Bestand der Forderungen zum Jahresende mit der Veränderung der Forderungen gegenüber dem Vorjahr kann der Anlage 3 (Forderungsübersicht) zum Anhang des Jahresabschlusses entnommen werden. Das Anlagevermögen der Stadt wird in der Anlagenübersicht (Anlage 2) zum Beginn und zum Ende des Haushaltsjahres 2014 korrekt ausgewiesen.

5.5.1.1 Immaterielles Vermögen

Es waren nachvollziehbare Unterlagen (wie Verträge, Urkunden, Belege oder andere) über den entgeltlichen Erwerb von immateriellen Werten vorhanden. Sie wurden ordnungsgemäß verwaltet.

Das immaterielle Vermögen stieg. Den Zugängen von 71.406,12 € standen keine Abgänge gegenüber. Bei den Zugängen handelt es sich um die Anschaffung verschiedener Softwarelizenzen (rd. 17,6 T€) und der Gewährung von Investitionszuweisungen und -zuschüsse an Dritte (rd. 53,8 T€).

5.5.1.2 Sachvermögen

Die Erfassung und Bewertung des Sachvermögens ist nachvollziehbar erfolgt.

Das in der Bilanz ausgewiesene Sachvermögen wird durch Sachkonten/Konten der Anlagenbuchhaltung korrekt nachgewiesen und ist in der Anlagenübersicht zutreffend dokumentiert.

Die Abschreibung, die Bemessungsgrundlage und die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wurden entsprechend der verbindlichen Abschreibungstabelle angesetzt.

Soweit die Nutzung der Sachanlagen zeitlich begrenzt ist, wurde der Wert entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen vermindert. Hierfür ist grundsätzlich eine lineare Abschreibung vorgesehen. Diese fand auch Anwendung.

Geringwertige Vermögensgegenstände wurden im Jahr ihrer Anschaffung in voller Höhe als Aufwand gebucht. § 45 Abs. 6 GemHKVO wurde beachtet.

Zugänge zum Sachvermögen waren in Höhe von 874.304,58 € ausgewiesen. Abgangsbuchungen waren in Höhe von 811.702,84 € festzustellen.

Die wesentlichsten Zugänge waren:

- die Anschaffung des Tanklöschfahrzeuges TLF 4000 (rd. 316,6 T€)
- der Neubau des Feuerwehrgerätehauses Braunlage (rd. 206,1 T€)
- die Fortführung des Ausbaus der Gehwege und der Straßensanierung im Ortsteil Hohegeiß (rd. 87,6 T€) und
- die Fortführung der Dorferneuerung in Hohegeiß (rd. 53,3 T€).

2014 wurde die Wurmbergschanze wegen Baufälligkeit abgerissen. Die am Turm befestigte Anlaufspur wurde als Vorrat bilanziert, da diese nach dem Abbau eingelagert und zu einem späteren Zeitpunkt weitergenutzt werden sollte. Aufgrund dieser Vorgehensweise wurden im Jahr 2014 keine Abschreibungen verbucht.

Die Anlaufspur ist bilanziell als selbstständiger Gebäudebestandteil zu werten, auch wenn sie mit dem Gebäude fest verbunden war. Nach Auffassung des RPA hätte die Anlaufspur deshalb als Betriebsvorrichtung bilanziert und weiterhin abgeschrieben werden müssen.

5.5.1.3 Finanzvermögen

Das Finanzvermögen wird mit 12.981.748,65 € (Vorjahr: 20.033.768,66 €) ausgewiesen.

Eine wesentliche Veränderung ergab sich bei den Ausleihungen. Die Stadt Braunlage hat darauf verzichtet, die Investitionskredite der Städtischen Betriebe Braunlage (rd. 7.636,5 T€) als Ausleihung in ihrer Bilanz auszuweisen (siehe Berichtsziffer 5.5.2.3 des Vorjahresberichts).

Anteile an verbundenen Unternehmen (Anteil größer 50 Prozent) sowie Beteiligungen der Stadt sind zutreffend bilanziert.

Die in der Bilanz dargestellten Forderungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 605.979,13 € auf 2.148.127,27 €. Die Forderungen wurden mit dem Nennwert angesetzt. Wegen der Einzelheiten wird auf das Kapitel "Forderungsübersicht" verwiesen.

5.5.1.4 Liquide Mittel

Als flüssige Mittel sind der Kassenbestand und das Guthaben bei Kreditinstituten aufgeführt.

Das Guthaben bei Kreditinstituten war durch Kontoauszüge nachgewiesen.

Die liquiden Mittel betragen 49.998,55 € zum 31.12.2014 (Vorjahr: 103.032,47 €) und waren damit um 53.033,92 € gesunken.

Die Liquidität der Stadt war zum Bilanzstichtag nicht durch eigene Mittel gewährleistet (siehe Kapitel "Liquiditätskredite").

5.5.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzung

Es wurden Rechnungsabgrenzungsposten mit einem Gesamtbetrag von 115.794,73 € für die Abschläge für die Beamtenversorgung 2015 an die NVK, Vorauszahlung der Versorgungsbezüge und geringfügige Beträge aus der Abgrenzung für Sach- und Dienstleistungen und von sonstigen Aufwendungen gebildet.

5.5.2 Bilanz - Passiva

In der folgenden Übersicht sind die einzelnen Posten der Passivseite zusammengefasst.

	31.12.2013	31.12.2014	Veränderung in %
1. Nettosition			
1.1 Basis-Reinvermögen	262.174,73 €	6.769.187,95 €	+2.481,9 %
1.2 Rücklagen	0,00 €	0,00 €	0,00 %
1.3 Jahresergebnis	6.457.347,56 €	-814.042,54 €	-112,6 %
1.4 Sonderposten	6.939.810,75 €	6.297.696,85 €	-9,3 %
2. Schulden	16.166.289,54 €	10.671.647,66 €	-34,0 %
3. Rückstellungen	9.362.160,07 €	8.821.253,31 €	-5,8 %
4. Passive Rechnungsabgrenzung	152.853,43 €	209.434,61 €	+37,0 %
Gesamt	39.340.636,08 €	31.955.177,84 €	-18,8 %

Tabelle 8: Passiva

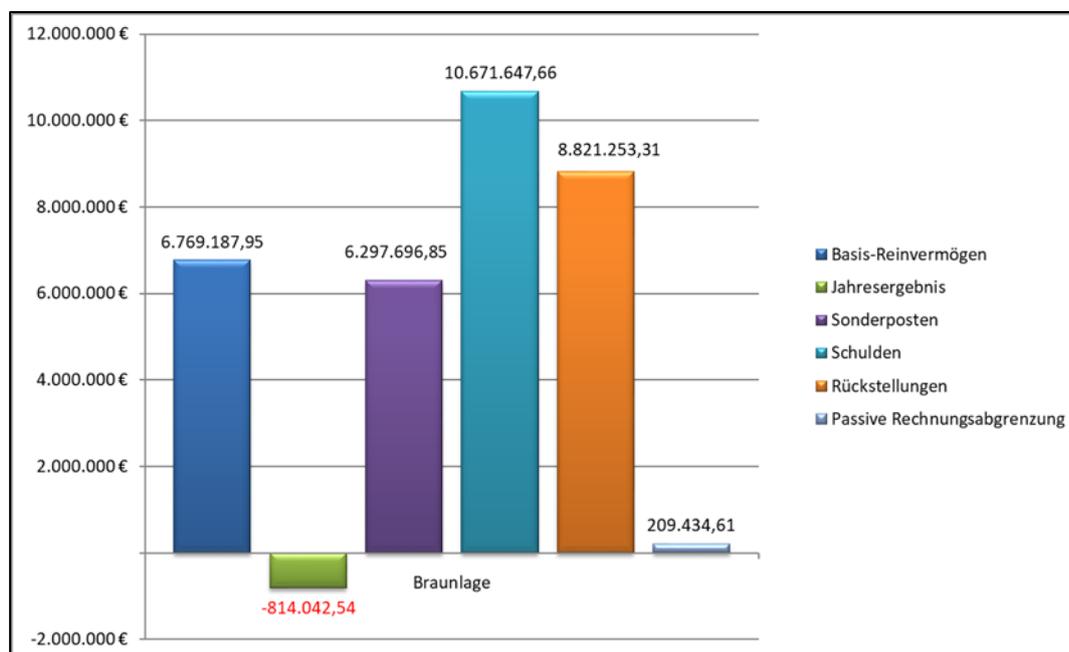


Abbildung 9: Passiva 2014

Die Bilanzsumme hat sich um 7.385.458,24 € auf 31.955.177,84 € vermindert.

Die Bilanzpositionen der Passiva waren durch entsprechende Nachweise zutreffend nachgewiesen und ausreichend erläutert. Das Jahresergebnis wird übereinstimmend mit der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

5.5.2.1 Nettosition

Das Basis-Reinvermögen ist zum 31.12.2014 mit 6.769.187,95 € um 6.507.013,22 € gegenüber dem Vorjahresabschluss höher ausgewiesen.

Das Jahresergebnis zum 31.12.2013 wurde korrekt übertragen.

5.5.2.2 Sonderposten

Es wurden Sonderposten in Höhe von 6.297.696,85 € gebildet und durch ertragswirksame Auflösungen sowie Neubildungen hat sich der Bestand um 642.113,90 € gegenüber dem Vorjahr verringert.

5.5.2.3 Schulden

Die Schulden haben sich gegenüber dem Vorjahr um 5.494.641,88 € gemindert. Die Schuldenaufnahme ist entsprechend der aufgestellten Richtlinie vom 29.04.2008 erfolgt. Die Höhe der Schulden ist jeweils urkundlich belegt.

Über die Schulden wurde der Rat der Stadt vorschriftsmäßig unterrichtet.

5.5.2.4 Rückstellungen

Es wurden zum 31.12.2014 Rückstellungen in Höhe von 8.821.253,31 € gebildet und entsprechend in der Bilanz ausgewiesen. Die gebildeten Rückstellungen erscheinen angemessen.

5.5.2.5 Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre

Folgende Positionen wurden unter der Bilanz gemäß § 54 Abs. 5 GemHKVO ausgewiesen:

- Übertrag von Haushaltsermächtigungen: 4.545.013,97 €
- Bürgschaften: 169.120,12 €
- Übertragene Kreditermächtigung: 4.898.900,00 €

Die Beträge waren zutreffend ermittelt.

5.6 Anhang

5.6.1 Rechenschaftsbericht

Der Rechenschaftsbericht für 2014 ist gemäß §§ 128 Abs. 3 Nr. 1 NKomVG, 57 GemHKVO erstellt worden. Er enthält die grundsätzlich geforderten Angaben.

Der zur Prüfung vorgelegte Rechenschaftsbericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss. Die sonstigen Angaben im Rechenschaftsbericht erwecken keine falschen Vorstellungen von der Lage der Stadt. Es wird zutreffend auf die voraussichtliche Entwicklung hingewiesen.

5.6.2 Anlagenübersicht

In der folgenden Tabelle ist die Anlagenübersicht dargestellt:

Anlagenübersicht ²		
Anlagenvermögen	Buchwerte	
	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres
Spalte 1	Spalte 12	Spalte 13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	83.651,93 €	20.772,33 €
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	18.683.346,53 €	19.057.519,07 €
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	10.833.621,38 €	18.491.620,52 €
insgesamt	29.600.619,84 €	37.569.911,92 €

Tabelle 9: Anlagenübersicht

Die Anlagenübersicht entspricht dem Muster 16 des Ausführungserlasses und weist zum 31.12.2014 einen Bestand von 37.569.911,92 € aus. Sie hat immaterielle Vermögensgegenstände, Sachvermögen (ohne Vorräte) sowie dem Finanzvermögen (ohne Forderungen) zum Inhalt.

5.6.3 Schuldenübersicht

In der folgenden Tabelle ist die Schuldenübersicht gemäß § 128 Abs. 3 Ziff. 3 NKomVG, § 56 Abs. 3 GemHKVO des Jahresabschlusses 2014 dargestellt:

Schuldenübersicht					
Art der Schulden	Gesamtbetrag am 31.12.2014	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2013
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
1. Geldschulden	10.040.489,88 €	6.808.117,31 €	186.966,87 €	3.045.405,70 €	14.967.605,13 €
1.1 Anleihen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	3.242.428,21 €	10.055,64 €	186.966,87 €	3.045.405,70 €	10.630.687,00 €
1.3 Liquiditätskredite	6.798.061,67 €	6.798.061,67 €	0,00 €	0,00 €	4.336.918,13 €
1.4 sonstige Geldschulden	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	166.273,27 €	166.273,27 €	0,00 €	0,00 €	564.498,84 €
4. Transferverbindlichkeiten	224.805,20 €	224.805,20 €	0,00 €	0,00 €	274.173,48 €
5. sonstige Verbindlichkeiten	240.079,31 €	222.759,54 €	17.319,77 €	0,00 €	360.012,09 €
Schulden insgesamt	10.671.647,66 €	7.421.955,32 €	204.286,64 €	3.045.405,70 €	16.166.289,54 €

Tabelle 10: Schuldenübersicht

Die Zahlen der Schuldenübersicht stimmen mit den Werten der Bilanz überein.

5.6.4 Forderungsübersicht

In der folgenden Tabelle ist die Forderungsübersicht gemäß § 56 Abs. 2 GemHKVO des Jahresabschlusses 2014 dargestellt:

² Spalten 12 und 13 nach dem Muster 16 des Ausführungserlasses

Forderungsübersicht					
Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 31.12.2014	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2013
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	809.109,54 €	809.109,54 €	0,00 €	0,00 €	740.733,90 €
2. Forderungen aus Transferleistungen	15.501,36 €	15.501,36 €	0,00 €	0,00 €	253.848,51 €
3. Sonstige privatrechtliche Forderungen	1.323.516,37 €	1.323.516,37 €	0,00 €	0,00 €	547.565,73 €
Summe aller Forderungen	2.148.127,27 €	2.148.127,27 €	0,00 €	0,00 €	1.542.148,14 €

Tabelle 11: Forderungsübersicht

Die Forderungen waren durch Saldenlisten nachgewiesen. Die Zahlen der Forderungsübersicht stimmten mit den Werten in der Bilanz überein.

5.6.5 Rückstellungsübersicht

In der folgenden Tabelle befindet sich eine Übersicht über die Rückstellungen:

Rückstellungsübersicht					
Art der Rückstellung	Bestand am 31.12.2014	Zuführung	Inanspruch- nahme und Herabsetzung	Auflösung	Bestand am 31.12.2013
1. Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen davon	8.098.288,58 €	7.731,38 €	331.136,91 €	0,00 €	8.421.712,11 €
1.1 Pensionsrückstellungen	7.097.536,00 €	0,00 €	302.914,00 €	0,00 €	7.400.450,00 €
1.2 Beihilferückstellungen	1.000.752,58 €	7.731,38 €	28.222,91 €	0,00 €	1.021.262,11 €
2. Rückstellungen für Altersteilzeit und andere Maßnahmen	238.346,87 €	70.272,58 €	101.757,28 €	0,00 €	269.831,57 €
3. Instandhaltungsrückstellungen	389.190,42 €	248.464,60 €	389.931,76 €	0,00 €	539.657,58 €
4. Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge kommunaler Deponien	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen	4.758,81 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	4.758,81 €
8. andere Rückstellungen	90.668,63 €	39.503,73 €	75.035,10 €	0,00 €	126.200,00 €
Summe aller Rückstellungen	8.821.253,31 €	365.972,29 €	906.861,05 €	0,00 €	9.362.160,07 €

Tabelle 12: Rückstellungsübersicht

5.6.6 Übertrag von Haushaltsermächtigungen

Im Neuen Kommunalen Rechnungswesen ist der Übertrag von Haushaltsermächtigungen gemäß § 20 GemHKVO zulässig, soweit nach § 43 GemHKVO nicht vorrangig Rückstellungen gebildet werden müssen. Zu differenzieren ist zwischen Ermächtigungen des Ergebnishaushalts und solchen des Finanzhaushalts. Überträge führen in keinem Jahr zu einer Buchung im Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt, sie erhöhen nur die Ermächtigungen des Folgejahres.

Das NKR in Niedersachsen sieht die folgenden (zwingenden) Formvorschriften vor:

Alle in das Folgejahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen für Erträge und Einzahlungen sowie für Aufwendungen und Auszahlungen sind einzeln in einer Übersicht dem Anhang des Jahresabschlusses beizufügen (§ 128 Abs. 3 Nr. 6 NKomVG).

Die Überträge von Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen müssen im Rechenschaftsbericht begründet werden, wobei unwesentliche Beträge zusammengefasst werden dürfen (§ 20 Abs. 5 GemHKVO).

Alle übertragenen Haushaltsermächtigungen werden in die Haushaltsüberwachungslisten für das Folgejahr vorgetragen (§ 25 Abs. 5 und § 26 Abs. 4 GemHKVO).

Die Gesamtsumme der am Ende des Haushaltsjahres gebildeten Überträge für Aufwandsermächtigungen wird in der Bilanz beim Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag als Vorbelastung angegeben, während die Gesamtsumme der am Ende des Haushaltsjahres gebildeten Überträge für Auszahlungsermächtigungen unter der Bilanz auszuweisen ist (§ 54 Abs. 4, Nr. 1.3.2 GemHKVO i. V. m. RdErl. d. MI v. 04.12.2006 -33.3- 10300/2-, Muster 15).

Einnahmeermächtigungen als Haushaltseinnahmereste wurden in Höhe von 1.595.400,00 € in das Folgejahr übertragen. Haushaltsreste für Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen wurden in Höhe von insgesamt 4.664.165,56 € gebildet. Entsprechend einer dem Anhang beigefügten Übersicht werden im Ergebnishaushalt 119.151,59 € und im Finanzhaushalt 4.545.013,97 € in das Folgejahr übertragen.

Das ordnungsgemäße Verfahren wurde weitgehend eingehalten.

6 | Ergebnis der Jahresabschlussprüfung

Der ordentliche Bereich der Ergebnisrechnung schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von -730.125,83 € ab. Dabei wurden

Erträge in Höhe von	14.110.196,35 € und
Aufwendungen in Höhe von	14.840.322,18 € gebucht.

Das Ergebnis des außerordentlichen Bereichs weist einen negativen Saldo in Höhe von -83.916,71 € aus.

Dieses ergibt sich aus den Erträgen in Höhe von	318.755,40 € und
den Aufwendungen in Höhe von	402.672,11 €.

Der Saldo aus dem ordentlichen Ergebnis und dem außerordentlichen Ergebnis wird mit -814.042,54 € als Jahresergebnis ausgewiesen. Damit ist ein Fehlbetrag in dieser Höhe entstanden.

Es gab keine kumulierten Fehlbeträge aus Vorjahren. Darüber hinaus beträgt der noch bestehende Sollfehlbetrag aus dem letzten kamerale Abschluss 3.990.125,37 €.

In der Bilanz hat sich die ausgewiesene Nettoposition um 1.406.490,78 € auf 12.252.842,26 € verringert.

6.1 Zusammenfassung

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich

auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Basis der Beurteilung ist dabei die Darstellung, welche durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und durch den Rechenschaftsbericht vermittelt wird.

Im Rahmen der Prüfung wurden die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Inventar, Jahresabschluss, Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung sowie Rechenschaftsbericht auf Basis von Stichproben beurteilt. Die wesentlichen Ergebnisse sind in diesem Schlussbericht zusammengefasst.

Der zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss 2014 wurde ordnungsgemäß aus den Büchern und den sonst erforderlichen Aufzeichnungen der Stadt entwickelt.

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsführung, der sonstigen Teile des Rechnungswesens, der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Kassen- und Vergabewesens hat Feststellungen ergeben. Hinweise und unwesentliche Beanstandungen wurden im Rahmen der Prüfung besprochen. Einwendungen gegen die Buchführung, den Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht sind nach dem abschließenden Ergebnis dieser Prüfung nicht zu erheben.

Die Vermögenswerte sind ausreichend nachgewiesen sowie grundsätzlich richtig und vollständig erfasst.

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung und die Finanzrechnung wurden grundsätzlich nach den Vorschriften des NKomVG und der GemHKVO sowie den analog anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Der Anhang enthält die vorgeschriebenen Angaben.

Die Prüfungsfeststellungen wirken sich nicht so erheblich auf den Jahresabschluss aus, dass sie aus Sicht des RPA des Landkreises Goslar einem Beschluss über den Jahresabschluss und einer Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG entgegenstehen.

6.2 Bestätigungsvermerk

Es wird bestätigt, dass

- der Haushaltsplan eingehalten wurde,
- die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung beachtet worden sind,
- bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen des Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren wurde und
- sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage darstellt.

Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Goslar




Britta Sauthof

Anlage: Teilbericht über die Prüfung abgeschlossener Maßnahmen vom 02.12.2015

LANDKREIS GOSLAR
Rechnungsprüfungsamt
14 41 00 - 03

**Prüfung des Jahresabschlusses 2014
der Stadt Braunlage gem. § 156 NKomVG
Teilbericht über die Prüfung abgeschlossener Maßnahmen**

Technische Prüferin: Kreisangestellte Heinze

Prüfungszeitraum: 14.09. – 23.09.2015

Prüfungstagewerke: 6

1	Allgemeine Vorbemerkungen	3
1.1	Prüfungsauftrag.....	3
1.2	Prüfungsunterlagen.....	3
2	Prüfung der abgeschlossenen Maßnahmen.....	3
2.1	Ausbau Gehwege in Hohegeiß.....	3
2.2	Lieferung und Montage von Außenspielgeräten (Outdoorfitness) im Kurpark Braunlage.	4
2.3	Beschaffung eines Rasenmähertraktors.....	6
2.4	Arbeiten für den Stadtforst St. Andreasberg	7
2.5	Abriss des Wurmbergturms und der Anlaufbrücke.....	8
3	<u>Schlussbemerkungen</u>.....	10

1 Allgemeine Vorbemerkungen

1.1 Prüfungsauftrag

Der Prüfungsauftrag ergibt sich aus dem § 156 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG).

Dieser Teilbericht wird zu gegebener Zeit Bestandteil des Schlussberichts über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014.

1.2 Prüfungsunterlagen

Zu der Prüfung wurden folgende Unterlagen herangezogen:

- Einzelakten der jeweils zuständigen Sachbearbeiterin/Sachbearbeiter für die jeweiligen Gewerke,
- Belege,
- Haushalts- und Kassenunterlagen und
- sonstige Unterlagen.

2 Prüfung der abgeschlossenen Maßnahmen

2.1 Ausbau Gehwege in Hohegeiß

- Buchungsstelle 54100.0962000S-T16

Die Leistungen wurden im Jahr 2013 beschränkt ausgeschrieben. Insgesamt wurden sieben Bieter zur Angebotsabgabe aufgefordert. Zur Submission am 26.09.2013 lagen sechs zu wertende Angebote vor.

Die Vergabe wurde dem RPA vor Auftragserteilung zur Prüfung vorgelegt. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen oder Anmerkungen.

Die schriftliche Auftragserteilung erfolgte mit Datum vom 28.10.2013 auf das Angebot in Höhe von 64.420,33 €.

Auftragssumme	64.420,33 €
---------------	-------------

Schlussrechnung	74.583,36 €
-----------------	-------------

Die erbrachten Leistungen wurden anhand von Mengenermittlungen, Stundenlohnnachweisen und Lieferscheinen belegt. Die Nachweise liegen unterschiedlich den Abschlagsrechnungen oder der Schlussrechnung anbei und sind von der Firma unübersichtlich aufgestellt. Eine Prüfung der Rechnung ist nur mit erhöhtem Aufwand möglich.

Die Rechnung enthält u. a. Leistungen im Stundenlohn für insgesamt 182 Stunden. Es ergibt sich einschließlich Maschinen und Material hierfür ein hoher Rechnungsanteil von ~ 10.000,- € netto.

In der Position 80.70.0010 (Tiefbord liefern und einbauen) wurde in der Rechnung die Menge von 98,55 lfdm entsprechend der Angabe im Aufmaß auf 60,95 lfdm geändert, die Positionssumme aber unverändert gelassen.

Alt 98,55 lfdm x 25,- € = 2.463,75 € netto

Korrigiert 60,95 lfdm x 25,- € = 1.523,75 € netto

Die Rechnungsposition ist entsprechend zu prüfen und zu korrigieren.

Weiter gibt es Unstimmigkeiten bei der Abrechnung der Stundenlohnarbeiten.

In der Schlussrechnung vom 09.12.2014 werden die Lohnzettel Nr. 7702 (vom 11.08. – 15.08.2014) und Nr. 7703 (vom 25.08. – 29.08.2014) aufgelistet und abgerechnet. Die Angaben des Lohnzettels 7703 wurden geändert, die Facharbeiterstunden von 36 h auf 10 h, der Einsatz LKW von 8 h auf 3 h und der Einsatz der Rüttelplatte von 3 h auf 1 h gekürzt. Die Kürzung erfolgte in der Rechnung und analog auch im Aufmaß. Der Lohnzettel Nr. 7702 wurde unverändert anerkannt. Es ergibt sich für beide Stundenlohnzettel ein Rechnungsanteil in Höhe von 1.839,90 € netto bzw. 2.189,48 € brutto.

Eine weitere Rechnung der Firma vom 09.09.2014 in Höhe von 3.950,68 €, welche im Rahmen der Straßenunterhaltung abgerechnet wurde, enthält jedoch bereits die Abrechnung der Lohnzettel 7702 und 7703. Hier sind die Stunden des Lohnzettels Nr. 7703 allerdings ungekürzt enthalten. Zusätzlich wurden beim Lohnzettel 7702 noch ein Containereinsatz und 1 Baggerstunde abgerechnet, die jedoch nicht auf dem Stundenlohnzettel vermerkt waren. Die Stundenlohnzettel wurden demnach doppelt abgerechnet.

Die Schlussrechnung ist entsprechend der vorgenannten Anmerkungen zu überprüfen.

Die Prüfung erfolgte stichprobenweise.

2.2 Lieferung und Montage von Außenspielgeräten (Outdoorfitness) im Kurpark

Braunlage

- Buchungsstelle 42410.0720000

Die o. g. Leistungen wurden im Jahr 2014 freihändig an eine Firma vergeben. Die schriftliche Beauftragung erfolgte durch die Stadt Braunlage am 05.03.2014 in Höhe von 16.795,41 €.

Grundlage des Auftrags bildete das Angebot der Firma vom 04.11.2013, Angebote weiterer Anbieter lagen nicht vor.

Bei dem beauftragten Bieter wurden bereits im Vorfeld für diesen Leistungsumfang Angebote eingeholt. Weitere Angebote lagen vom 09.10.2012 in Höhe von 16.287,53 € und vom 22.05.2013 über 17.498,95 € vor. Die Angebotseinholung erfolgte über den Marketingbeirat.

Im Schreiben des Marketingbeirats vom 07.05.2013 zur Anschaffung dieser Geräte erfolgte die Aussage:

„Nach Vergleich verschiedener Anbieter solcher Geräte, hat sich die Firma xyz als 1. Wahl zur Lieferung solcher Geräte herauskristallisiert“.

Diese Aussage ist nicht weiter belegt. Wie bereits angemerkt, liegen Angebote weiterer Anbieter nicht vor, auch ist ein Vergleich unterschiedlicher Anbieter schriftlich nicht dokumentiert. Somit wurden keine Vergleichsangebote anderer Bieter eingeholt.

Es wird auf die Beachtung des Vergaberechts verwiesen, hier insbesondere der VOL/A, des NTVergG (Niedersächsischen Tarifreue- und Vergabegesetz) und der NWertVO (Niedersächsischen Wertgrenzenverordnung).

Das NTVergG gilt für die Vergabe öffentlicher Aufträge u. a. über Lieferaufträge ab einem geschätzten Auftragswert von 10.000 € (ohne Umsatzsteuer). Auf der Grundlage des NTVergG wurden in der NWertVO u. a. Wertgrenzen für die Wahl der Vergabeart festgelegt. Nach § 4 Abs. 2 NWertVO dürfen Aufträge über Liefer- und Dienstleistungen bis zu einem Auftragswert von 25.000 € (ohne Umsatzsteuer) im Wege der Freihändigen Vergabe vergeben werden. Dabei sollen nach § 3 Abs. 1 Satz 4 VOL/A grundsätzlich mindestens drei geeignete Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert werden. Der Bewerberkreis soll stets neu zusammengestellt sein. Zur Stärkung des Wettbewerbs und zur Vermeidung von Diskriminierung soll mindestens ein nicht ortsansässiges Unternehmen zum Bewerberkreis gehören.

Es wird auf den Schriftverkehr der Kommunalaufsicht zum Thema Marketingbeirat von Ende 2012/Anfang 2013 verwiesen.

Für die Auftragsvergabe und auch für die Vorlagepflicht beim RPA stellt sich die Frage, ob diese Leistung der VOL/A oder der VOB/A zuzuordnen ist. Allgemein wird auf die Ausführungen unter § 1 VOB/A im Kommentar von Ingenstau/Korbion, 18. Auflage, verwiesen. Aufgrund ihrer Vielzahl können sie hier nicht einzeln aufgeführt werden, sondern werden nur auszugsweise wiedergegeben.

Danach kann die Entscheidung der Zuordnung von Vergaben in Grenzfällen nicht verallgemeinert werden, sondern muss sich immer nach dem Einzelfall richten. U. a. ist dabei der Schwerpunkt des Vertrages zu ergründen und grundsätzlich auf die Art des zu liefernden Gegenstandes, das Wertverhältnis von Lieferung und Montage sowie auf die Besonderheiten des geschuldeten Ergebnisses abzustellen. Im vorliegenden Fall ist der kostenmäßige Anteil der Montage im Verhältnis zum Lieferpreis der Spielanlage gering und diese Vergabe wäre dem Bereich der VOL/A zuzuordnen und somit dem RPA zur Prüfung vorlagepflichtig gewesen. Eine Vorlage beim RPA ist nicht erfolgt.

Auftragssumme	16.795,41 €
Schlussrechnung	16.459,75 €

Die Rechnungssumme entspricht dem Angebot und enthält zusätzlich ein Skonto von 2% bei Zahlung innerhalb von 14 Tagen.

2.3 Beschaffung eines Rasenmähertraktors

- Buchungsstelle 42410.0620000S

Die Beschaffung des Traktors erfolgte im Rahmen einer freihändigen Vergabe.

Es lagen Angebote mehrerer Anbieter vor. Die Angebote datieren vom Zeitraum Dezember 2013 bis Februar 2014 und enthalten Fahrzeuge mit unterschiedlichen technischen Daten.

Es wurde ein Angebot vom 18.02.2014 in Höhe von 11.819,38 € beauftragt.

Die Vergabe wurde dem RPA nicht zur Prüfung vorgelegt. Das Rechnungsprüfungsamt hat gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG die Prüfung von Vergaben nach Wertgrenzen beschränkt. Danach waren Vergaben, die im VOL-Bereich 10.000,00 € übersteigen, zur vorherigen Prüfung vorzulegen.

Auftragssumme	11.819,38 €
Rechnungssumme	11.819,38 €

2.4 Arbeiten für den Stadtforst St. Andreasberg

Buchungsstelle 55500.4212010S

Auf dieser Buchungsstelle wurden u. a. an eine Firma Zahlungen in Höhe von rund 63.000 € für forstliche Dienstleistungen (Holzeinschlag, Holzbringung etc.) geleistet. Bei der Stadt lagen außer den Rechnungen keine weiteren Unterlagen zur Vergabe dieser Leistungen vor.

Die Stadt St. Andreasberg hat im Jahr 2005 einen Betreuungsvertrag mit der Anstalt Niedersächsische Landesforsten (NLF) über die forstliche Betreuung der derzeitigen und zukünftigen Waldflächen im Eigentum der Betreuungsförderung abgeschlossen. Dafür zahlt die Stadt ein jährliches Betreuungsentgelt.

Die Vergabe und Durchführung der o. g. Leistungen wurde von den Landesforsten begleitet und die Leistungen wurden bei der Berechnung des zu zahlende Betreuungsentgeltes mit berücksichtigt.

Für die o. g. Leistungen wurde auf Nachfrage von den Niedersächsischen Landesforsten die Angebote von zwei Bietern und ein Vergabevermerk vorgelegt.

Danach forderten die Niedersächsischen Landesforsten für die zu vergebenden Leistungen beschränkt vier Unternehmen zur Angebotsabgabe auf. Die Angebotsabforderung erfolgte auf der Grundlage einer Leistungsbeschreibung. Von den aufgeforderten Bietern gaben zwei ein Angebot ab. Eine vorherige Kostenschätzung des Gesamtumfangs der Leistungen lag nicht vor. Die Auswertung der eingegangenen Angebote erfolgte auf der Grundlage der Einheitspreise je Festmeter, ein Gesamtangebotspreis wurde nicht ermittelt. Die Bewertung erfolgte anhand des durchschnittlichen Einheitspreises je Festmeter.

Es gibt keine Unterlagen, aus denen zu ersehen ist, wann und durch wen in welcher Höhe der Bieter beauftragt wurde. Nach der Leistungsbeschreibung ermittelt sich bei dem Bestbieter ein zu beauftragender Gesamtumfang von ca. 44.000,00 € brutto.

Die Vergabe wurde dem RPA nicht zur Prüfung vorgelegt. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, dass Vergaben, die im VOL-Bereich 10.000,00 € übersteigen, zur vorherigen Prüfung vorzulegen sind.

Bei der Stadt liegen Rechnungen des Bieters in Höhe von insgesamt ~64.000,00 € vor, diese Summe liegt erheblich über dem Ausschreibungsergebnis. Die in den Rechnungen aufgeführten Massen (FM) übersteigen die in der Ausschreibung enthaltenen Mengen teilweise um mehr als das Doppelte. Andererseits wurden die in der Leistungsbeschreibung enthaltenen Arbeiten für den Abschnitt „Stadtforst ohne Betreuungsvertrag“ nicht ausgeführt, Rechnungen dafür lagen nicht vor.

Für das Jahr 2014 wurde von der Niedersächsischen Landesforst ein Betreuungsentgelt

von 9.725,38 € in Rechnung gestellt. Die aufgeführten Mengen bzw. zu Grunde gelegte Rechnungssummen sind nicht weiter nachgewiesen. Künftig sind von der NLF die begründenden Unterlagen zu den berechneten Massen und Summen beizufügen.

Auf die Dokumentationspflicht der Stadt selbst wird ebenfalls verwiesen. Für die Prüfung der Rechnungen sind die erforderlichen Unterlagen wie z. B. Mengennachweise, Summen der Einnahmen aus dem Holzverkauf o. ä., sofern möglich, zu dokumentieren oder entsprechend von der NLF anzufordern.

2.5 Abriss des Wurmbergturms und der Anlaufbrücke

- Buchungsstelle 42410.4211010S

Im Juni 2014 wurde festgestellt, dass aufgrund der vorgefundenen Korrosionsschäden die Standsicherheit des Turmgerüsts nicht mehr gegeben war und die Gefahr eines Teil- oder Gesamteinsturzes des Turmes bestand.

Von der Eigentümerin des Wurmbergturms wurde ein Ingenieurbüro mit der statisch-konstruktiven Überprüfung und Bewertung des Wurmbergturms als auch mit den erforderlichen Ingenieurleistungen zur Demontage beauftragt.

Ingenieurleistungen

Es liegt eine Honorarermittlung vom 02.09.2014 für die Demontage der Wurmbergschanze und des Wurmbergturms in Höhe von 23.451,21 € brutto vor. Den ermittelten Honorarkosten wurde eine Grob-Kostenschätzung von 105.000 € netto zu Grunde gelegt, wobei auf die Demontage der Schanze 65.000,- € und auf die Demontage des Wurmbergturms 40.000,- € entfallen.

Die Honorarermittlung für die Ingenieurleistungen erfolgte einmal insgesamt für alle zu erbringenden Leistungen und weiter für den Anteil, den nur die Stadt zu finanziell zu leisten hat.

Die Ingenieurkosten wurden insgesamt in Höhe von 19.706,90 € ermittelt. Die von der Stadt zu tragenden Ingenieurkosten, laut Kostenschätzung 62 % der Gesamt-Ingenieurkosten, betragen anteilig 14.539,75 €.

Die Ingenieurkosten teilen sich in Leistungen für die Objektplanung und die Tragwerksplanung auf. Bei der Objektplanung wurden die zu erbringenden Grundleistungen der Leistungsphasen gemäß § 34 HOAI und Anlage 10 mit einem Prozentsatz von 65 %, die Grundleistungen der Leistungsphasen der Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI und Anlage 14 mit 70 % bewertet. In der Honorarermittlung wurden die zu erbringenden Grundleistungen der Tragwerksplanung nicht mit lediglich 70 %, sondern mit den vollen 100 % berücksichtigt. Bei Berücksichtigung von 70 % ergeben sich vorläufige Ingenieurkosten von insgesamt 17.098,20 € bzw. anteilig für die Stadt von 12.615,06 €.

Die erbrachten Ingenieurleistungen wurden (unter Berücksichtigung der Bewertungsätze für die Leistungsphasen von 65 bzw. 70 %) in Höhe von 13.719,03 € abgerechnet und überschreiten das vorläufig ermittelte Honorar. Eine Kostenberechnung, welche Bestandteil der Leistungsphase 3 ist und bei einer vollen Bewertung dieser Leistungsphase mit dem vollen Prozentsatz von 15 % zu erbringen war, liegt nicht vor. Die Kostenberechnung ist als wesentlicher Bestandteil dieser Leistungsphase anzusehen. Weitere Grundleistungen wie die Erstellung von Planungsunterlagen, Aufgabenbeschreibungen, Erläuterungen o. ä. liegen ebenfalls nicht vor.

Die Honorarabrechnung basiert somit auf den Zahlen der Grob-Kostenschätzung.

Entgegen der Honorarermittlung bzw. dem Honorarangebot wurden die Tragwerksleistungen nicht nach der Honorarzone III, sondern nach der Honorarzone IV abgerechnet. Gründe dafür finden sich in den Unterlagen nicht.

Wie bereits aufgeführt, liegt eine gemäß der Leistungsphase 3 zu erbringende Kostenberechnung nicht vor. Weitere Fragen zu den Unterschieden in der Leistungserbringung und der Bewertung der Leistungsphasen ergeben sich auch in anderen Leistungsphasen. So wurden z. B. in der Leistungsphase 6 (Vorbereitung der Vergabe) die Ingenieurleistungen mit dem vollen Bewertungsatz abgerechnet. Leistungsbeschreibungen, Zusammenstellen von Mengen, Kostenkontrolle etc. liegen jedoch nicht vor. Nach Aussage wurden vor der Vergabe die Leistungen mit den einzelnen Bietern vor Ort mündlich abgesprochen. Schriftliche Dokumentationen dazu liegen nicht vor.

Es stellt sich die Frage, ob Ingenieurleistungen, welche im Rahmen von Gebäudeabrissen erbracht werden, in die HOAI einzuordnen sind. Die HOAI regelt die Honorare bei reinen Abbruchplanungen und –überwachungen nicht. Das heißt, diese Honorare können frei als Zeithonorar oder als freie Pauschale vereinbart werden.

Bauleistungen

Von dem Ingenieurbüro wurden für die Demontage der Stahlkonstruktion Schanze/Turm insgesamt 5 Angebote eingeholt. Die Angebotsabfrage erfolgte formlos auf der Grundlage einer Ortsbesichtigung. Eine Leistungsbeschreibung oder ein schriftlich festgelegter Leistungsumfang existiert nicht.

Die Kosten für die zu erbringenden Leistungen sollten dabei jeweils getrennt für den Turm und die Schanze berechnet werden.

Die Angebote differieren in Ihren Angebotssummen zwischen 29.800,- € und 196.711,20 € netto. Eine Angebotsaufklärung oder Überprüfung der Kalkulation erfolgte nicht. Weiter wurde bei der Vergabe u. a. die Vorgaben zur Zahlung des Mindestentgelts bzw. des Tariflohns nach dem NTVergG nicht beachtet.

Die Angebote, bis auf das preisgünstigste, enthalten wie gefordert eine Aufteilung der

Kosten jeweils nach Schanze und Turm. Das preisgünstigste und von der Turmeigentümerin beauftragte Angebot vom 30.06.2014 enthält einen Gesamtpauschalpreis. Die Aufteilung des Gesamtpreises erfolgte vom Bieter im Verhältnis 2:1 mit einem Anteil von 19.900,- € für die Stadt (Schanze) und 9.900,- € Anteil für die Eigentümerin (Turm).

Die Stadt erteilte den Auftrag am 21.08.2014 in Höhe von 19.900,- € netto (23.681,- € brutto).

Die Leistungen wurden in Höhe von 31.223,92 € abgerechnet. Der Rechnungsbetrag enthält neben der Pauschale für den Abriss noch den Mehraufwand für die Gerüststellung.

Über die o. g. Ingenieurgesellschaft wurde ebenfalls ein Angebot für die Demontage der Anlaufspur und dem Rückbau der Holzverkleidung der Sprung-Schanze eingeholt. Das vom Bieter am 10.07.2014 erstellte Angebot, welcher bereits mit dem Abriss der Schanze beauftragt war, enthält Kosten für diese Leistungen von 23.060,- € brutto. Der Auftrag auf das Angebot erfolgte von der Stadt mit Datum vom 18.07.2014. Die Schlussrechnungssumme entspricht dem Angebot.

Die Vergabe wurde dem RPA nicht zur Prüfung vorgelegt. Das Rechnungsprüfungsamt hat gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 5 NKomVG die Prüfung von Vergaben nach Wertgrenzen beschränkt. Danach waren Nachtragsaufträge, deren Auftragswert im Einzelfall 5.000 € und 20 % des Wertes des zu Grunde liegenden Auftrags übersteigt und das Auftragsvolumen einschließlich des Hauptauftrags im VOB-Bereich 30.000 € übersteigt, zur vorherigen Prüfung vorzulegen. Auf das Schreiben des Rechnungsprüfungsamtes vom 14.01.2002 – Az. 14 10 07 wird hingewiesen.

Insgesamt wurden an den Bieter Leistungen in Höhe von 46.767,- € beauftragt und in Höhe von 54.309,93 abgerechnet.

Die Prüfung erfolgte stichprobenweise.

3 Schlussbemerkungen

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 wurden die vorgenannten, einzelnen Maßnahmen geprüft.

Die Prüfungsfeststellungen und die Anregungen seitens des Rechnungsprüfungsamtes wurden im Prüfungszeitraum mit den jeweils zuständigen Sachbearbeitern besprochen.

Zu den Prüfungsbemerkungen wird bei den Berichtsziffern

- 2.1 Ausbau Gehwege in Hohegeiß
- 2.2 Lieferung und Montage von Außenspielgeräten (Outdoorfitness) im Kurpark
- 2.4 Arbeiten für den Stadtforst St. Andreasberg
- 2.5 Abriss des Wurmbergturms und der Anlaufbrücke

um Stellungnahme bis zum 30.01.2016 gebeten.

Goslar, 02.12.2015

Wolfgang Zein

Stellungnahme zum Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Goslar über den Jahresabschluss 2014 der Stadt Braunlage

I. Teilbericht über die Prüfung abgeschlossener Maßnahmen (Schlussbericht vom 02.12.2015)

Berichtsziffer 2.1 Ausbau Gehwege in Hohegeiß

Stellungnahme der Verwaltung (A 60)

Die angefallenen Stundenlohnarbeiten sind auf unvorhersehbare Probleme im Bereich des Baugrundes zurückzuführen. Des Weiteren sind auf Grund aktueller Entwicklungen bezüglich der Sanierung der Ortsdurchfahrt Hohegeiß (Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr) kurzfristig teilweise die Ausbaubereiche neu festgelegt worden.

Bezüglich der Abrechnung der Pos. 80.70.0010 (Tiefbord) trifft die Anmerkung des RPA zu. Die überzahlte Summe wurde vom AN zurückgefordert. Dies gilt auch für die Prüfbemerkungen zu den abgerechneten Stundenlohnarbeiten (Tagelohnzettel 7702 + 7703). Hier ergibt sich eine teilweise Überzahlung, die ebenfalls vom AN zurückgefordert wurde. Die überzahlten Summen wurden durch den AN bereits an die Stadt zurückgezahlt.

Berichtsziffer 2.2 Lieferung und Montage von Außenspielgeräten (Outdoorfitness) im Kurpark Braunlage

Stellungnahme der Verwaltung (A 60)

Die vergaberechtlichen Vorgaben werden künftig beachtet. Da keine eindeutigen Angaben zur Abgrenzung VOB/VOL – Vertrag vorliegen, wurde im vorliegenden Fall, da auch Bauarbeiten zur Aufstellung der Geräte erforderlich waren, von einem VOB- Vertrag ausgegangen. Andere Anbieter haben nicht die Geräte in der gewünschten Ausführung anbieten können (Kataloginformation), daher wurde der Auftrag an den AN vergeben. Insgesamt ist davon auszugehen, dass keine preisgünstigeren Geräte mit den gewünschten Ausstattungsmerkmalen auf dem Markt zu bekommen waren.

Berichtsziffer 2.4 Arbeiten für den Stadtforst St. Andreasberg

Stellungnahme der Verwaltung (A 60)

Die Feststellung des RPA sind zutreffend. Auf Grund der nur mündlichen Absprachen im Rahmen von gemeinsamen Besprechungsterminen zur Übertragung der Arbeiten im Rahmen des Betreuungsvertrages ist ein Hinweis auf die Vergabevorschriften unterblieben. Dieses wird künftig beachtet.

Hinsichtlich der Rechnungsstellung für das Betreuungsentgelt sind zu Dokumentationszwecken eigene Erfassungstabellen über den Umfang der anzurechnenden Leistungen bereits angelegt worden.

Berichtsziffer 2.5 Abriss des Wurmbergchanzenturms und der Anlaufbrücke
Stellungnahme der Verwaltung (A 60)

Bezüglich der Vergabe und Abrechnung sowohl der Ingenieurleistungen als auch der Abbruchleistungen treffen die Angaben des RPA zu und sind auch nicht weiter zu kommentieren. Auf Grund der Dringlichkeit wurden die Aufträge zeitnah erteilt, dies war aus Sicherheitsaspekten heraus notwendig.

Die Abrechnung der Ingenieurleistungen für die Tragwerksplanung wurde mit 70 % vorgenommen. Die vereinbarten (teilweise mündlich abgesprochenen) Leistungen sind aus Sicht der Stadt Braunlage erbracht worden und waren, wie auch geschehen, zu vergüten.

Bezüglich der Abrechnung der Ing.- Leistungen (Tragwerksplanung) nach Honorarzone IV, gegenüber dem Honorarangebot Honorarzone III, wurde der überzahlte Betrag zwischenzeitlich vom Ingenieurbüro zurückgefordert und auch bereits an die Stadt zurückgezahlt.

II. Jahresabschlussprüfung (Schlussbericht vom 27.01.2023)
Besonders zu beachtende Berichtsziffern

Berichtsziffer 5.5.1.2 Sachvermögen
Stellungnahme der Verwaltung (A 20)

Die Anlaufspur der Wurmbergchanze Braunlage ist als selbständiger Vermögensgegenstand bilanziert worden, nachdem der Hauptteil der Schanze abgebrochen worden ist. Die in 2014 vorgenommene Bilanzierung unter den Vorräten ist per Januar 2015 wieder zurückgenommen worden, es erfolgte eine Umbuchung in das sonstige Infrastrukturvermögen.

Die Abschreibungen bleiben weiterhin ausgesetzt. Da die Anlaufspur in ihre Einzelteile zerlegt worden ist und in einem beheizten Gebäude (Rathaus Braunlage) eingelagert worden ist, unterliegt sie weder einer Abnutzung durch Gebrauch noch einer Abnutzung durch Witterung o.ä. Voraussetzung für eine Abschreibung ist die Inbetriebnahme oder die Möglichkeit der sofortigen Inbetriebnahme. Beides war in diesem Fall nicht gegeben.


(Langer)